

Wien, am Freitag, den 2. Dezember 1927

Die neue Müllumleerstation Favoriten.

Die Einführung des Haus-

kahrlichtabfuhrsystems "Colonia" hat zwecks rascher Entleerung der Coloniaszüge die Errichtung von Kahrlichtumleerstationen notwendig gemacht. Solche wurden bis heute am Bruckhaufen und in Hernab errichtet. Vor wenigen Wochen ist nun die dritte Müllumleerstation im Betrieb gesetzt worden. Sie befindet sich in Favoriten an der Laxenburgerstrasse und ist die grösste und technisch sehens -werteste Einrichtung ihrer Art. Von der Laxenburgerstrasse führt eine modernst hergestellte Betonstrasse auf das Gelände des Ableerplatzes. Im Zuge dieser Strasse, auf der die Sammelzüge zu- und abfahren, liegen zwei Abwurföffnungen für den Kahrlicht, der aus dem Sammelwagen direkt in die sogenannten Unterwagen fällt, die auf einer Art Bühne auf Rädern stehen und nach der Füllung sofort in die Mulde, die das Gelände dort aufweist, ^{werden} verführt. Dort werden die Unterwagen von einem sogenannten Raupenschlepper erwartet und in das Gelände abgeschleppt. Ein anderer Raupenschlepper bringt sofort zwei leer Unterwagen wieder auf die Bühne und diese werden mit einem Schrägaufzug sofort wieder in die Höhe gezogen, um vom neuem mit Kahrlicht wieder gefüllt zu werden. Der Schrägaufzug ist die grösste Anlage, die bisher ausgeführt wurde. Es werden mit ihm Lasten von 15.000 bis 18.000 Kilogramm befördert. Die für die Abbeförderung des Inhaltes eines normalen Coloniasammelzuges in das Gelände notwendige Zeit beträgt nicht mehr als dreissig Sekunden. Die Gesamtkosten der Anlage, die für den Bedarf von etwa 30 bis 35 Jahren ausreichen wird, betragen rund 700.000 Schilling.

Glückwunsch des Bühnenvereines an den Bürgermeister. Heute vormittags erschienen in Vertretung des Bühnenvereines Präsident Stärk und Sekretär Eisler bei Bürgermeister Seitz, um ihn anlässlich des Misslittentats zu beglückwünschen. Die Mitglieder des Bühnenvereines freuen sich ganz

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y.

422

Wien, am Samstag, den 3. Dezember 1927.

Männerbetten in der Lungenheilstätte Grimmenstein. Bekanntlich hat sich die Gemeinde Wien im Zuge der Ausgestaltung der städtischen Tuberkulosefürsorge in mehreren Lungenheilstätten Tuberkulosebetten für Männer, Frauen und Kinder vertragsmässig gesichert. So stehen der Gemeinde Wien in der Lungenheilstätte Grimmenstein sechzig Betten zur Verfügung. Diese waren bis jetzt für tuberkulöse Frauen bestimmt. Durch Adaptierungsarbeiten ist es nun möglich geworden, von diesen sechzig Betten dreissig für Männer zu gewinnen. Es stehen somit nun in der Lungenheilstätte Grimmenstein der Gemeinde Wien dreissig Betten für tuberkulöse Frauen und dreissig Betten für tuberkulöse Männer zur Verfügung.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung wurden in der Inneren Stadt die Mahlerstrasse, Dumbagassa, Bösendorferstrasse, Canovagasse und Akademiestrasse mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Diese wird nun im Laufe der nächsten Tage in Betrieb gesetzt werden.

Ausserordentliche Notstandsfürsorge der Gemeinde Wien zugunsten besonders bedürftiger Arbeitsloser. Mit Rücksicht auf die noch immer bestehende ausserordentliche Notlage der Arbeitslosen hat die Wiener Gemeindeverwaltung auch heuer eine einmalige ausserordentliche Notstandsunterstützung für Arbeitslose vorgesehen. Für diese Unterstützung kommen Familienerhalter, deren Arbeitslosigkeit erwiesenermassen mindestens zwanzig Wochen dauert, und Ausgesteuerte, die nicht im Familienverbande leben, in Betracht. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen haben sich an ihre zuständige Gewerkschaft, alle anderen an ihren Fürsorgerat zu wenden. Diese einmalige ausserordentliche Unterstützung ist nicht als Fürsorgemassnahme für die Wintermonate, sondern als Feiertage gedacht. Die Aktion wird bis 29. Februar 1928.

Liquidierung der Donauregulierungskommission.

Errichtung einer Donauhochwasserschutz-Konkurrenz.

Der Wiener Landtag wird sich am Freitag mit der Beratung von zwei Gesetzen befassen, die für die Wiener Donaufragen von besonderem Interesse sind. Es wird die Donauregulierungskommission, die ihre Aufgabe im wesentlichen beendet hat, liquidiert und gleichzeitig für den künftigen Hochwasserschutz vorgesorgt. Die Gesetzentwürfe wurden mit dem Bund und mit dem Land Niederösterreich vereinbart.

Die Donauregulierung wurde auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Februar 1869 und den Beschlüssen des Wiener Gemeinderates vom 20. Oktober 1868 auf der Strecke Nussdorf bis Fischamend mit Einschluss des Donaukanals in Angriff genommen. Einige weitere Reichsgesetze, Landesgesetze und Beschlüsse des Wiener Gemeinderates dehnten die Regulierungsarbeiten in den späteren Jahren immer mehr aus. Niederösterreich und Wien haben je ein Drittel der Kosten getragen; nur von 1899 bis Ende 1911 hat die Gemeinde bloss achteindrittel Prozent geleistet. Die Donauregulierung sollte bis Ende 1919 abgeschlossen werden. Nach dem Zusammenbruch sollte die Donauregulierungskommission liquidiert und der Donauregulierungsfonds aufgeteilt werden. Das Aktivvermögen besteht hauptsächlich aus Liegenschaften. Die Gemeinde Wien erhält vorweg aus der Aufteilungsmasse das Gebiet des Freudenauer- und des Kuckuckelhauerhafens, ferner ebenso unentgeltlich das Strandbad Gänsehäufel und den Engels- sowie Allerheiligenplatz. Der gesamte Liegenschaftserwerb der Gemeinde umfasst mehr als drei Millionen Quadratmeter, davon siebenhunderttausend Quadratmeter Wasserfläche. Die Verhandlungen über die Grundaufteilung gestalteten sich sehr langwierig; es gelang aber die Bereinigung einer Reihe von strittigen Fragen, vor allem die Beseitigung aller Differenzen hinsichtlich der Abrechnung über die Floridsdorfer Brücke.

Die Liquidierung der Donau-Regulierungs-Kommission zwingt zu

der Regelung der künftigen Besorgung des Donauhochwasser-

der Forterhaltung der bestehenden Stütz- und Damm-

bedürfnisse. Die am Freitag im Wiener

Gesetzentwürfe sehen nun die Bildung

der Bund, das Land

nicht

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

423

Wien, am Montag, den 5. Dezember 1927

Änderungen der Beschäftigung für den Wiener Magistrat. Als Folge der Titeländerung der Verwaltungsgruppen III und IV musste die Geschäftseinteilung für einige Magistratsabteilungen geändert werden. So scheidet die Magistratsabteilung 14 (Sozialversicherung, Arbeitsvermittlung) mit dem Berufsberatungsamt aus der Verwaltungsgruppe IV aus und wird der Verwaltungsgruppe III angegliedert. Die Nummer der Magistratsabteilung 27b (Wohnhausbauten) wird in Nummer 15 geändert; die nunmehrige Magistratsabteilung 15 wird aus der Verwaltungsgruppe V (technische Angelegenheiten) ausgeschieden und kommt in die Verwaltungsgruppe IV, die jetzt sämtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens vereinigt. Aus der Verwaltungsgruppe V scheiden auch jene Magistratsabteilungen aus und kommen in die Verwaltungsgruppe VII, die polizeiliche Agenden besorgen. Es sind dies die Magistratsabteilung 40, die nun die Nummer 46 führt (administrative Bau-polizei für die Bezirke I bis IX und XX, Verkehrspolizei und administrative Verkehrsangelegenheiten), die Magistratsabteilung 36, die jetzt die Nummer 56 führt, (Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei für die inneren Bezirke) weiters die Magistratsabteilung 20, die nunmehr die Nummer 57 führt, (technische Verkehrsangelegenheiten) und endlich die Magistratsabteilung 18, die jetzt die Nummer 54 hat, (Stadtregulierung und Vermessungswesen)

Die neue Geschäftsführung der Bezirksvertretung Währing. Wie bekannt, hat der Verfassungsgerichtshof die Wahl in die Bezirksvertretung Währing, die am 24. April dieses Jahres stattgefunden hat, aufgehoben. Der Bürgermeister hat nun bis zur Neuwahl der Bezirksvertretung die gleiche Führung der Geschäfte des Bezirksvorstehers übernommen. Die Leitung der Verwaltung dem bisherigen Bezirksvorsteher August ...
Bezirksvorsteherstellvertreter

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H e n a y

424

Wien, am Montag, den 5. Dezember 1927 Zweite Ausgabe.

Dank des Bürgermeisters der Stadt Wien. Der Bürgermeister hat anlässlich des auf ihn verübten Attentates aus allen Volkskreisen Wiens, der Bundesländer und vielfach auch aus dem Ausland Telegramme und Schreiben erhalten, in denen der Freude über das Misslingen des Attentates Ausdruck gegeben wird. Er ist ausserstande alle diese individuellen und korporativen Kundgebungen der Sympathie einzeln zu erwidern. Bürgermeister Seitz bittet daher seinen Dank in dieser Form aussprechen zu dürfen.

Der Rauhreif und die Fernleitungen der Städtischen Elektrizitätswerke. Seit einigen Tagen herrscht starker Nebel bei kaltem Ostwind, was namentlich auf den Höhen eine ganz ausserordentlich starke Rauhreifbildung zur Folge hat. Für die Hochspannungsfernleitungen, die Wien mit Strom versorgen, bedeutet der Rauhreif eine schwere Kalamität. Die Betriebsingenieure meldeten schon am Samstag aus Gresten, dass die Fernleitungen mit einer 13 cm starken Rauhreifschichte überzogen sind. Sonntag wurde gemeldet, dass der Rauhreif schon eine Dicke von 20 cm erreicht hat und die Porzellanisolatoren der Leitungen vielfach schon ganz mit Eis überzogen sind. Durch das Eisgewicht und durch den herrschenden Wind wird nun die Festigkeit der Seile und Seilstützen auf das äusserste beansprucht und durch das ab und zu stattfindende Loslösen und Herabfallen des Rauhreifes von den Leitungsseilen wird ein Emporschnellen der Leitungen vorgerufen, wobei es vorkommen kann, dass zwei Leitungen nahe kommen, dass elektrische Entladungen von Leiter zu Leiter stattfinden. Dadurch entsteht ein Feuer, das die Leitungen zerstört und die Ursache von Störungen ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

425

Wien, am Dienstag, den 6. Dezember 1927

Das neue Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum im Wiener Rathaus.

Am Mittwoch eröffnet Bürgermeister Seitz das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in der Volkshalle des Rathauses. Vor drei Jahren wurde es von der Gemeinde Wien zusammen mit der Wiener Arbeiterkammer gegründet, denen sich Sozialversicherungsinstitute, Gewerkschaften und einzelne österreichische Städte anschlossen. Wenn auch zunächst^{nur} in kleinen Räumen untergebracht, die in Hinkunft einer Spezialausstellung dienen werden, hat das Museum dennoch, insbesondere durch die Beteiligung an grossen Ausstellungen und durch seine Veröffentlichungen sich internationale Anerkennung errungen. Auf der "Goselei" in Düsseldorf 1926 erntete die "Wiener Methode" wie sie gelegentlich genannt wird, ihren ersten grossen Erfolg die Leistungen auf der Ausstellung "Wien und die Wiener" 1927 wurden auch in der ausländischen Presse gerühmt.

Nun kann das Museum wesentliche Teile seiner umfangreichen Arbeiten in den Räumen der früheren Volkshalle in einer auch technisch befriedigenden Weise vorführen. Das Museum ist ein Volksbildungsinstitut für soziale Aufklärung geworden, dessen grosse Wanderausstellung gegenwärtig in deutschen Städten gezeigt wird, den engen kulturellen Zusammenhang zwischen Deutschland und Oesterreich bekundend. Das Museum bringt vor allem Bildstatistik in Tafeln, Diapositiven Magnetkarten und neuartige Filme. Die Gegenwart soll durch das Zahlenbild erschlossen werden, der Aufbau der Produktion, der Umfang des Verbrauches, die gesellschaftliche Gliederung, die Wirksamkeit der Organisationen und Einrichtungen. Dies gelingt hier, weil die Mitarbeiter des Museums im jahrelangen Zusammenarbeiten allen auftretenden Problemen vertraut nach einheitlichen Grundsätzen die Veranschaulichung in ansprechender Form farbenprächtig geschaffen haben. Klare Linien, einfache Darstellungen, eine reichliche Ausstattung mit Texten und Bildern, die in der Volkshalle

zelheiten zu unterrichten, die zum Verständnis erforderlich sind.

Die bedeutsame Sonderabteilung des Museums "Sozialhygiene und Sozialversicherung" die auch die Individualhygiene behandelt, wird demnächst an anderer Stelle eröffnet werden. Hier werden einige Tafeln daraus gezeigt.

Das Museum dient nicht nur dazu, einzelnen Besuchern Aufklärung zu verschaffen, sondern vor allem dazu, durch Führungen in Verbindung mit dem gesprochenen Wort Aufklärend zu wirken. In steter Fühlungnahme mit den Wiener Lehrern, denen Sondervorträge gehalten wurden, bemüht sich das Museum, den Schulen zu dienen, denen auch die neuen Hilfsmittel wie Leuchttafeln, statistische Zeichenfilme und Magnetkarten angepasst werden. So fügt sich das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien der intensiven Bildungsarbeit ein, die Wien besonders auszeichnet.

Wenn in Hinkunft Einheimische und Ausländer das neue, lebendige Wien und das kommende Wien kennen lernen wollen, dann können sie zunächst im Rathaus einen Ueberblick gewinnen und Umfang und Bedeutung der Einrichtungen begreifen lernen, die sie dann mit eigenen Augen im Einzelnen betrachten. Bilder, Filme, Leuchttafeln, Magnetkarten, Modelle bereiten zu einer fruchtbaren Wanderung durch die Stadt vor. Dadurch aber, dass das Museum die gesamte Weltwirtschaft und den Aufbau der Menschheit darzustellen unternimmt, wird das, was hier geschieht, einem grösseren Ganzen eingefügt, das in diesem Museum nie aus dem Auge verloren geht.

Die Eröffnung des neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum im Neuen Wiener Rathaus. Morgen, Mittwoch, um sechs Uhr abends wird Bürgermeister Seitz das neue Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum im Neuen Rathaus eröffnen.

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Rudolfsheim am 9. Dezember 1927, um 6 Uhr abends zusammen. Am Freitag, den 12. Dezember 1927, um 4 Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Neubau eine Sitzung ab.

teile und von der
ind

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

426

Wien, am Dienstag, den 6. Dezember 1927 Zweite Ausgabe

Die gesundheitliche Ueberwachung der Schulkinder. Dem Wiener städtischen Gesundheitsamte obliegt die gesundheitliche Ueberwachung der Schulkinder. Sie umfasst rund 127.000 Kinder. Den Schularztdienst versehen 27 Aerzte und 21 Aerztinnen. Diese werden in fürsorgerischer Hinsicht von den Fürsorgerinnen der Bezirksjugendämter entsprechend unterstützt. In den Hilfsschulen besorgen besonders vorgebildete Fachärzte den Dienst. Rund dreitausend Kinder waren im Vorjahre einem Schularzt zur Ueberwachung zugewiesen. Jeder Arzt hat an den ihm zugewiesenen Schulen jeweils täglich zwei Stunden Dienst. Von besonderer Bedeutung ist der Kampf der Schulärzte gegen die Tuberkulose. Die Dermatinprobe, ein wichtiger Untersuchungsbehelf, die mit Zustimmung der Eltern vorgenommen wird, wurde nunmehr schon einmal wiederholt. Nicht weniger als 8028 Knaben und 7495 Mädchen der ersten Volksschulklassen konnten auf diese Weise untersucht werden.

218 Apotheken in Wien. Nach einer Mitteilung des Wiener städtischen Gesundheitsamtes sind in Wien 218 Apotheken etabliert. Von diesen sind 198 öffentliche Apotheken, 16 Anstalt- und 4 Klosterapotheken. Die grösste Zahl von Apotheken weist mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr die Innere Stadt auf, der dann die Leopoldstadt an zweiter Stelle folgt.

Dienstjubiläum des Obersenatsrates Hofer. Heute feierte der Vorstand der Wiener städtischen Humanitätsanstalten Obersenatsrat Karl Hofer die Vollendung des dreissigsten Dienstjahres. Der Jubilar trat im Dezember 1897 in den magistratischen Dienst. Viele Jahre war er in der städtischen Armenpflege, wobei er sich grossen Verdienst um die Ausarbeitung der Vorschriften für die städtischen Armenanstalten leistete. Obersenatsrat Hofer ist seit 1911 Mitglied des städtischen

100 90 80 70 60 50 40 30 20 10 0

Architektonische Wettbewerbe für Teilregulierungspläne. Die Gemeinde Wien beabsichtigt im Zuge des Wohnbauprogrammes auch die Verbauung grösserer, noch freier Flächen in der Leopoldstadt in der Schüttaustrasse, in Favoriten auf dem Eisenstädterplatz und in Floridsdorf in der Franklinstrasse. Um darüber Verbauungsstudien zu gewinnen, werden beschränkte Wettbewerbe unter anerkannten einheimischen Architekten veranstaltet. Die Ausarbeitung der Pläne für jeden dieser Grundstücke ist dem Ausschuss für die Ausarbeitung der Pläne für die Teilregulierung der Grundstücke im Beschluss des Gemeinderates anvertraut. Die Ausführung der Pläne ist dem Stadtbauamt anvertraut.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

428

Wien, am Mittwoch, den 7. Dezember 1927

Zweite Ausgabe

Die Eröffnung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums im Neuen Rathaus. Heute um sechs Uhr nachmittags eröffnete Bürgermeister Seitz die in der Volkshalle des Rathauses untergebrachte neue Abteilung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums. Zur Eröffnungsfeier waren der Präsident der Statistischen Zentralkommission Vizekanzler a.D. Breisky alle amtsführenden Stadträte, die Präsidenten Dr. Danneberg und Hellmann Präsident Glöckel mit Regierungsrat Washuber, Bundesrat Schorsch, Präsident Dr. Schiff, die meisten Gemeinderäte, Magistratsdirektor Dr. Hartl und viele Gemeindefunktionäre erschienen.

Im Namen des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums begrüßte Direktor Dr. Neurath die Festgäste. Er erinnerte daran, dass Bürgermeister Seitz vor drei Jahren eine Ausstellung des Wirtschafts- und Gesellschaftsmuseums in einem kleinen Raum am Parkring eröffnet hat. Damals hat der Bürgermeister versprochen dass die Gemeindeverwaltung das Wirken des Museums fördern werde. Der seit dieser Eröffnung erzielte Fortschritt zeigt, dass die Gemeinde ihr Versprechen gehalten hat. Das Museum soll mit Hilfe von Bildern, Bilder- tafeln und Filmen soziale Aufklärung in die breitesten Schichten tra- gen. In einem Zeitalter, wo das gesamte Volk an der Regierung und Ver- waltung mitzuwirken beginnt, ist soziale Aufklärung unerlässlich. Das Museum danke der Gemeinde die tatkräftige Unterstützung.

Lebhaft begrüßt, erwiderte Bürgermeister Seitz dann, dass das Gesell- schafts- und Wirtschaftsmuseum in wenigen Jahren Grosses geleistet hat. Hier wird der Versuch gemacht, die Statistik in eine geläufige, allgemeiner verständliche Form zu bringen. Wir hoffen, dass die ganze Welt sich diese neue Methode zu eigen machen wird. Wenn auf dem Gebiete der Statistik andere Formen eingeschlagen werden, so ist das auch für die gesamte Volksbildung von ungeheurer Bedeutung. Das Museum ist ein wissenschaftliches Institut geworden, das auch den Verkehr beiträgt. Der Bürgermeister, dem Präsidenten des Gesellschaftsmuseums, Dr. Weber, dem

Wien, am Freitag, den 9. Dezember 1927

Behebung der neuen Steuertafeln für Autotaxi. Die Kraftwagenabgabekennzeichen für das Jahr 1928 sind im Jänner zu lösen. Um die Abwicklung des Parteienverkehrs klaglos zu bewirken und ein allzu-
langes Anstellen der Parteien zu vermeiden, wird der Magistrat die Abgabekennzeichen für Autotaxi für 1928 schon im Dezember ausgeben. Die Besitzer von Platzkraftwagen werden daher aufgefordert, die neuen Abgabekennzeichen gegen Bezahlung der Abgabe für das erste Quartal 1928 im Betrage von achtzehn Schilling ab 12. Dezember im Neuen Rathaus, II. Stock, Tür 16, zu beheben. Die Ausgabe der Steuertafeln für die Besitzer von Kraftwagen mit den Lizenznummern (E)1 bis (E)999 wird ausschliesslich in der Woche vom 12. bis 17. Dezember, mit den Lizenznummern (E)1000 bis (E)1806 und (F)2001 bis (F)2199 in der Woche vom 19. bis 24. Dezember und endlich mit den Lizenznummern (F)2200 bis (F)3040 in der mit 27. Dezember beginnenden Woche erfolgen. Die Regelung des Parteienverkehrs für die Besitzer von Privatautos wird wie heuer ebenfalls im Jänner 1928 gleichfalls nach Gruppen von Nummern erfolgen.

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Gegenüber dem Vormonate sind die Kanalräumungsgebühren für Dezember unverändert geblieben. Sie betragen das Dreissigfache des Monatszinses August 1914 beziehungsweise des Monatszinses, der der Bemessung der Wohnbausteuer zugrunde gelegt wurde.

Die Ausstellung der Wiener Kunstgesellschaft in St. Pölten. Wie bekannt, veranstaltet gegenwärtig die Wiener Kunstgesellschaft in St. Pölten eine Ausstellung, wobei auch Führungen veranstaltet werden. So führt morgen, Samstag, Maler Professor Harlfinger um 16 Uhr nachmittags und übermorgen, Sonntag, gleichfalls um 16 Uhr Kunstschriftsteller Alfred Markowitz.

Wien, am Freitag, den 9. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT
als LANDTAG

Sitzung vom 9. Dezember 1927.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um vier Uhr die Sitzung.

Nach der Wahl von drei Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern der Kommission für Wien bei der Heeresverwaltungsstelle berichtet Stadtrat Richter über die Beendigung der Tätigkeit der Donauregulierungskommission, über die Aufteilung des Donauregulierungsfonds und die künftige Durchführung der Donauregulierungsarbeiten. Er beantragt, die Gesetzesvorlage zu beschliessen.

Das Gesetz wird nun ohne Debatte in erster und zweiter Lesung beschlossen.

Stadtrat Richter berichtet sodann über die Bildung einer Donauhochwasserschutzkonkurrenz, worüber dem Wiener Landtag ein Gesetz zur Beschlussfassung vorliegt.

GR. Kärber (E.L.) weist auf die Gefahren der Hochwässer in den Jahren 1897 und 1899 hin. Besonders im Jahre 1899 erreichte das Donauhochwasser eine solche Ausdehnung, dass bei der Reichsbrücke nahezu bis zur Engerthstrasse austrat. Der Damm im Inundationsgebiet wurde beinahe überschwemmt. Das Inundationsgebiet selbst wird fast jedes Jahr überschwemmt. Dabei wird dort von der Donau Schotter und Sand abgelagert. Dadurch wird der Grund des Inundationsgebietes immer mehr gehoben, sodass das Inundationsgebiet nicht mehr so viel Wasser aufnehmen kann wie in früheren Jahren. Es wäre sehr angezeigt, den angeschwemmten Schotter und Sand durch das Baugewerbe unentgeltlich abräumen zu lassen. Es ist Pflicht der Gemeinde Wien, alles vorzunehmen, um Hochwasserkatastrophen zu vermeiden.

GR. Angermayer (E.L.) erklärt, dass nach dem Urteil der Fachleute der Donauhochwasserschutz nicht genügt. Die technischen Vorkehrungen sind nicht auf jen er Höhe, die der Bevölkerung volle Beruhigung bei Hochwasserkatastrophen bieten könnten. Im Laufe der Jahre sind wohl viele Projekte entstanden, es ist aber ein wirksamer Hochwasserschutz nicht zu stande gekommen. Vor allem spielte die Geldfrage eine grosse Rolle. Als im Jahre 1910 durch den Austritt der Seine in Paris dort eine grosse Hochwasserkatastrophe sich ereignete, wurde die Frage des Donauhochwasserschutzes wieder akut. Abermals fanden Aussprachen der Fachkreise statt, die aber auch zu nichts führten und allmählich ist die ganze wichtige Frage wieder beiseite geschoben worden. Durch die Hochwasserkatastrophe in Nordamerika ist heuer abermals der Donauhochwasserschutz in den Vordergrund gerückt. Wir haben bisher das Glück gehabt, dass derartige Katastrophen sich nicht ereignet haben, aber auf die Dauer darf mit einem solchen Glücksfall nicht gerechnet werden. Es ist notwendig, dass grosszügig vorgegangen wird, dass man der Bevölkerung die volle Beruhigung bietet, dass auf alle Eventualitäten Rücksicht genommen wurde. Insbesondere der Vertreter der Gemeinde Wien in der neuen Donauhochwasserschutz-Konkurrenz müsste dahin wirken, dass Abhilfe geschaffen wird und die Bevölkerung von Hochwasserkatastrophen nichts mehr zu befürchten hat. (Beifall).

GR. Daffinger (E.L.) meint, dass die Stadt Wien es nur einem glücklichen Zufall zu verdanken habe, dass durch Hochwasserkatastrophen nicht grosser Schaden angerichtet wurde. Der Hochwasserschutz ist nach dem Urteil der Fachleute ungenügend, weil man nicht die notwendigen Geldmittel zu seinem Ausbau hatte. Es wird Aufgabe der Hochwasserschutz-Konkurrenz sein, hier gründlich zu arbeiten, um jede Gefahr von der Bevölkerung abzuwenden. Die Minderheit werde für die Vorlage stimmen.

Stadtrat Richter erwidert, dass es selbstverständlich Aufgabe der Hochwasserschutzkonkurrenz sein muss, alles vorzunehmen, was geeignet ist, Wien vor Hochwasserkatastrophen zu bewahren.

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Präsident Dr. Danneberg erklärt, dass damit auch das Übereinkommen beschlossen ist.

Stadtrat Linder berichtet über einige Änderungen der Wiener Bauordnung. Die Änderungen bestimmen, dass die Gemeinde berechtigt ist, von den Eigentümern zu verlangen, dass Strassen hergestellt, erhalten, gereinigt und beleuchtet werden müssen, wenn sie lediglich der besseren Aufschliessung eines Grundstückes dienen. Ferner werden bestimmte Leistungen und Verpflichtungen auf Antrag der Baubehörde nunmehr im Grundbuch anzumerken sein. Schliesslich wird noch die Aufstellung von Motoren und Maschinen für Genehmigungspflichtig erklärt, wenn ihre Aufstellung die Festigkeit des Gebäudes beeinflussen. Anlagen, die mit einer Belästigung der Bewohner des Gebäudes oder der Umgebung oder mit einer Gefahr für die Sicherheit der beschäftigten Personen verbunden sind, bedürfen auch hinsichtlich des Betriebes dann der baubehördlichen Genehmigung, wenn der Betrieb nicht der gewerbebehördlichen oder einer anderen behördlichen Genehmigung unterliegt.

GR. Doppler (E.L.) bemerkt, die Vorlage weise formale und sachliche Gebrechen auf. Es sei zunächst ein gesetzestechnischer Fehler, dass zwischen den neuen Bestimmungen und den Abänderungen kein Unterschied gemacht, dass beides vielmehr zusammengefasst werde. Schon aus diesen formalen Gründen, aber auch wegen der fiskalischen Tendenz der Vorlage müsse er einen Rückverweisungsantrag stellen. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages stelle er eine Reihe von Anträgen zur Verbesserung der Vorlage. Es genüge vor allem nicht, die Bestimmung des Artikels II des Gesetzes vom 17. Juni 1920, wonach Bodenräume als Wohnungen hergestellt und verwendet werden können, nur auf zwei Jahre zu verlängern, er beantrage die Frist auf drei Jahre zu erstrecken. Da nur innerhalb dieser Zeit eine ungestörte Bautätigkeit möglich sei.

Nach § 2, Abs. 1 werden alle Lasten auf diejenigen abgewälzt, die sich bemühen neue Gebiete aufzuschliessen. Es werde dem freien Ermessen des Magistrates ein viel zu grosser Spielraum gelassen. Die Bestimmung über die "Einbauten" sei eine Fussangel, da darunter auch Gasleitungen und elektrische Leitungen verstanden werden können. Er beantrage daher, sich hier an die Bestimmung der Bauordnung anzulehnen und zu bestimmen, dass die Kosten zwischen dem Eigentümer und der Gemeinde zur Hälfte geteilt werden sollen. In Paragraph 3, wo von den Anmerkungen im Grundbuch die Rede ist, beantrage er im Punkt g die Worte "gemeinschafliche Anlagen als zu allgemeinen zu streichen, ebenso die Bestimmung, dass die Baubehörde in geringfügigen Fällen von der Anmerkung absehen könne, da diese letztere Bestimmung sehr schikanös ausgelegt werden könne. (Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

Stadtrat Linder bemerkt zunächst auf die formalistischen Einwendungen des GR. Doppler, dass hier eine Meinungsverschiedenheit möglich sei, dass jedoch gelegentlich der Vorlage einer neuen Bauordnung, die wir in ein bis zwei Jahren vorzulegen die Absicht haben, solchen Einwänden Rechnung getragen werden könne. Aus demselben Grunde sei es auch noch notwendig, die Bestimmung des Art. I über zwei Jahre hinaus zu verlängern, zumal die Frist vom Zeitpunkt der Bewilligung an gerechnet werde, daher über zwei Jahre hinausreiche. Gegen den Antrag auf Kostenteilung müsse er sich deshalb aussprechen, da dies bedeute, dass ein Teil des Gemeindevermögens einer einzelnen Person zugewendet werde.

Der Rückverweisungsantrag Doppler wird abgelehnt.
Der Gesetzentwurf wird unter Ablehnung der Anträge Doppler
Schluss der Sitzung 6 Uhr abends.

angenommen.

Wien, am Freitag, den 9. Dezember 1927 (Dritte Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 9. Dezember 1927

Bürgermeister Seitz eröffnet um sechs Uhr die Sitzung.

Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen, die die Subvention des Deutschen Volksgesangsvereines in Wien mit 600 Schilling, die Widmung von 6000 Schilling für das Professor Eduard Suess-Denkmal, den Arbeitsvertrag für die ständigen Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke, den Ankauf des Schlepfbahngeländes auf den Gründen des ehemaligen Massengüterbahnhofes, den Neubau eines Hauptkanals in der Miltsgasse-Meinrich Kolinastrasse

bis zur Gusenleithnergasse und in der verlängerten Moosbachergasse, in der Leopoldstadt in der Schüttaustrasse und

GR. Weber berichtet über die Vergabung von Bauvor-

schüssen an verschiedenen Siedlungsgenossenschaften. Die Bauvorschlüsse machen 572.520 Schilling aus.

Nachdem Gemeinderat Ulrich erklärt hat, dass bei manchen Siedlungsgenossenschaften Baukostenüberschreitungen bis zu zehn Prozent vorkommen, wird nach einer kurzen Erwiderung des Stadtrates Weber der Antrag angenommen.

Stadtrat Richter referiert über den einen erstmaligen Kredit von 60.000 Schilling für die notwendigen baulichen Herstellungen zur Erhöhung der Feuersicherheit im Neuen Rathaus.

GR. Stöger (E.L.) bemängelt, dass weder gesagt ist, welche baulichen Herstellungen vorgenommen werden sollen, noch auch, wie hoch die Gesamtkosten seien, da hier nur ein einmaliger Betrag in Anspruch genommen werde. Gegen zweckmäßige bauliche Vorkehrungen zur Erhöhung der Feuersicherheit im Neuen Rathaus ist nichts einzuwenden. Die frühere Gemeindeverwaltung hat für ausreichenden Feuerschutz gesorgt, was man von der heutigen Majorität nicht behaupten kann. Früher hat die Feuerwehr die ganze Nacht Dienst gemacht, es hat eine Kontrolle durch Stechuhren gegeben, das ist heute nicht der Fall. Der Rädner beantragt den Feuerwachdienst durch Aufstellung von Kontrolluhren für den Nachtdienst zu sichern.

die Genehmigung

von 60.000 Schilling für die notwendigen baulichen Herstellungen zur Erhöhung der Feuersicherheit im Neuen Rathaus und schliesslich die Bewilligung von 25.000 Schilling für die Erwerbung von verschiedenen Musikmanuskripten und Autographen durch die städtischen Sammlungen betroffen, angenommen.

GR. Reisinger (soz. dem.) berichtet über die Anschaffung einer Einrichtung zum Vorwärmen für Speisewasser im Ueberlandkraftwerk Ebenfurth der städtischen Elektrizitätswerke. Der neue Vorwärmer wird grosse Ersparnisse erzielen. Die Kosten betragen 150.000 Schilling, die aus Betriebsmitteln bestritten werden.

GR. Uebelhör (E.L.) beanstandet zunächst, dass solche Anschaffungen aus Betriebsmitteln bestritten werden. Er ironisiert dann die im Antrag vorkommende Bezeichnung "Anzapfdampf-Speisewasser-Vorwärmereinrichtung", die er nicht deutsch nennt. "Wärmeeinrichtung", welche die deutsche Sprache geradezu lächerlich macht.

GR. Reisinger erwidert, dass die Anschaffung keine Neuananschaffung ist, sondern nur eine Abänderung einer bestehenden Anlage. Daher ist es gerechtfertigt, die Kosten der Anlage aus Betriebsmitteln zu decken.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Stadtrat Richter bemerkt gegenüber dem Gemeinderat Stöger, der vorliegende Antrag beweise, dass unter der früheren Gemeindeverwaltung nicht alles für die Feuersicherheit des Rathauses vorgekehrt worden sei. Die Ueberwachung ist dieselbe geblieben, wie früher, ja sie ist sogar verschärft worden. Sie besteht nicht nur im Stechen, sondern darin, dass auf den Kontrollgängen wirklich eine ganz genaue Ueberwachung stattfindet. Der Referent spricht sich für die Ablehnung des Antrages Stöger aus; dieser Antrag sei überflüssig, da ohnedies alles, was in ihm verlangt wird, bereits vorgekehrt sei. (Zwischenrufe bei der Minorität).

GR. Stöger (E.L.): Wo sind die Stechuhren?

GR. Kolassa (E.L.): Dass der Gemeinderat so zum Narren gehalten wird!

GR. Kunschak: Bitte mir nach Schluss der Sitzung die Stechuhren zu zeigen!

Der Referentenantrag wird angenommen, der Antrag Stöger mit 35 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

GR. Schneider referiert über den Neubau eines Hauptkanals in der Schüttaustrasse im zweiten Bezirk, mit einem Kostenanfordernis von 95.000 Schilling.

GR. Körber (E.L.) wendet sich dagegen, dass der Kanal nur bis zur Wagramerstrasse geführt werde und verlangt, dass der Kanal auch durch die Wagramerstrasse geführt wird.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Schluss der Sitzung 7 Uhr abends.

.....

Schliessung der Bundesrealschule in der Albertgasse. Heute früh wurde den Schülern der Bundesrealschule, als sie in die Anstalt kamen, mitgeteilt, dass die Schule wegen eines Falles von Kinderlähmung geschlossen wurde. Dazu wird mitgeteilt, dass die Diagnose der verstorbenen Frau Stummer, der Erzieherin des Kindes, überhaupt nicht feststeht und die Verstorbenen nur zu einem einzigen Schüler der Schule insofern in einem Gelegenheitsverhältnis einer Infektion stehen konnte, als sie diesem Schüler Privatunterricht in einer fremden Sprache erteilte. In der Anstalt selbst ist kein Fall einer Erkrankung an Kinderlähmung oder auch nur einer verdächtigen Erkrankung vorgekommen. Das Wiener städtische Gesundheitsamt hat den Auftrag gegeben, die Schule wieder zu eröffnen, weil solche überängstliche Vorsichtsmassnahmen nur geeignet sind, die Bevölkerung zu beunruhigen.

.....

Wien, am Samstag, den 10. Dezember 1927

Der "Türkenritt" wird ein städtisches Wohnhaus schmücken. Maskenumzüge und Narrenspiele haben schon im Mittelalter dem Fasching sein besonderes Gepräge gegeben. Insbesondere die Wiener huldigten gerne solchen Scherzen. Ihr unbeugsamer Lebensmut und Frohsinn war dafür das beste Rüstzeug, dem auch die schwere Zeit der Türkenbelagerung nichts anhaben konnte. So gab auch der schmähliche Abzug des Türkerheeres dem Volkswitz neue Nahrung und am Befreiungstag Wiens, am 12. September fanden die Hernalser alljährlich in der drolligen Verhöhnung des türkischen Rückzuges, im sogenannten "Eselsritt", der auch "Türkenritt" genannt wurde, ihren sorgen-erlösenden Spott. Der Maskenumzug fand am Nachmittag statt. Im Hofraum des Gemeindehauses hatten sich die Teilnehmer geordnet. Die Tore wurden nun geöffnet und ein höllischer Lärm, Gelächter und die Klänge einer türkischen Musik verkündeten das Herannahen des Zuges. An die Musikbande reihte sich dann eine Schar jämmerlich gekleideter Christen, die mit Ketten und Stricken gefesselt waren und von grimmig aussehenden, bärtigen Janitscharen geführt wurden. Dann kam eine Schar bewaffneter Türken, denen der Hauptspass des Maskenumzuges folgte, ein in der grössten Pracht morgenländischen Schmuckes prangender Pascha. Meist selbst von einem gewaltigen Leibesumfang, sass er auf dem dicksten Esel, den man in der ganzen Umgebung hatte auftreiben können. Durch sein Aussehen allein löste er schon Lachsalven bei den Zuschauern aus. Und wenn ^{er} gar, allen Gesetzen und Regeln des Korans entgegen, dem Weine, der ihm aus den Weinbauerhäusern gereicht wurde, herzlich zugesprochen hatte, dann wurden seine Reden und Gebärden immer komischer; mitunter sass er dann verkehrt auf dem Esel und war so die Zielscheibe des Spottes und mannigfachster Neckereien. Da die Hauptsache der armen Christensklaven darin bestand, den Zuschauern Sammelbüchsen flehend und jammernd entgegen zu strecken, die reichlich mit Spenden gefüllt wurden, so ging es nach dem Umzug des Maskenzuges in Dornbach und Neuwaldegg immer hoch her. Bis spät nachts tobten Gesang, Musik und Tanz durch das Dorf.

Von dem "Türkenritt" hat nun Bildhauer Heinrich Scholz eine Plastik geschaffen, die er jetzt im Auftrage der Gemeindeverwaltung in Stein ausführt. Das Kunstwerk wird über dem grossen Eingangstor zum Strassenhof der neuen städtischen Wohnhausanlage in der Hernalser Hauptstrasse abgebracht werden, wodurch diesem Bau ein besonderer Schmuck verliehen werden wird.

Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum im Neuen Rathaus. Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum im Neuen Rathaus ist jeden Dienstag und Freitag von 17 Uhr bis 19 Uhr und jeden Sonntag von neun Uhr bis dreizehn Uhr allgemein zugänglich. Für Schulen, Vereine und sonstige Führungen wird das Museum jederzeit gegen vorherige Anmeldung geöffnet. Direktion des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums befindet sich in Rudolfsheim, Ullmannstrasse 14. Fernsprecher 85-4-68.

Neue Kurse an der städtischen Koch- und Haushaltungsschule. Am 1. Jänner beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien VI., Brückengasse 3 neue Kurse. Es werden abgehalten ein täglicher Vormittagskochkurs für einfache und feine Küche, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs mit einer Abteilung für einfache und feine Küche, der im III. Bezirk, Petrusgasse 10 abgehalten wird, zweimal wöchentlich ein Abendkurs für Weissnähen und Kleidermachen, einmal wöchentlich ein Abend-Modisten-

kurs und einmal wöchentlich ein Abendservierkurs. Einschreibungen täglich von 10 bis 13 Uhr. Prospekte beim Schulwart. Telefonische Anfragen unter Nummer 54-19.

Entfallende Sprechstunden beim städtischen Finanzreferenten und beim amtsführenden Stadtrat Julius Linder. Wegen dienstlicher Verhinderung entfällt am Dienstag die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner. Montag und Donnerstag entfallen die Sprechstunden beim amtsführenden Stadtrat Julius Linder.

Die Budgetberatung des Wiener Gemeinderates. Der Wiener Gemeinderat tritt Montag um fünf Uhr nachmittags und am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag um vier Uhr nachmittags zur Beratung des Budgets für 1928 zusammen. Donnerstag und Freitag werden allenfalls auch vormittags Sitzungen abgehalten werden.

Die städtischen Schneesäuberungsarbeiten. Zur Beseitigung der in den letzten Tagen gefallenen Schneemengen hat die Gemeinde gestern und heute 3500 Arbeitslose aufgenommen. Gestern waren 1060 städtische Strassenarbeiter und heute 1110 mit der Schneesäuberung beschäftigt. Im Betrieb wurden 268 Pferdeschneepflüge, 20 Autokehrzüge und 14 Kehrmaschinen gesetzt. Für die Schneesabfuhr wurden 275 fremde Pferdepaare verwendet.

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau. Die Bezirksvertretung Neubau tritt am Donnerstag, den 15. Dezember 1927, um sechs Uhr nachmittags im Sitzungssaal des Amtshauses, VII., Hermannsgasse 24, zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

Der neue Wiener Schulatlas. In diesen Tagen wurden an die Wiener Haupt- und Bürgerschulen 24.000 Exemplare des neuen Schulatlases abgegeben. Dieser nach ganz modernen Grundsätzen gearbeitete Lehrbehelf ist das Werk des im ganzen deutschen Gebiete bekannten Fachmannes Dr. Hans Slanar, der zweieinhalb Jahre mühevollen Arbeit darauf verwendet hat. Die muster-gültige technische und künstlerische Ausführung übernahmen der deutsche Verlag für Jugend und Volk und das Bundes-Kartographische Institut. Auch vom methodischen Standpunkte aus wird ein neuer Weg eingeschlagen. Von der Fliegeraufnahme über die Spezialkarte zum Plan und zur Landkarte im üblichen Masstabe geht der Weg. Dem Kind wird die Landkarte lebendig und aufschlussreich gemacht. Immer wieder werden Grössenvergleichsobjekte herangezogen, so dass die falschen Vorstellungen vermieden werden, die leicht durch die verschiedenen Masstäbe herbeigeführt werden können. Wirtschaftskarten und Landschaftsregionen sind jedem österreichischen Bundeslande beigegeben, dazu Darstellungen charakteristischer Landesteile im Bild und Spezialkarte. Immer wieder wird die Beziehung zwischen Natur, Wirtschaft, Siedlungsdichte, Sprache und Staat hergestellt. Die Karten zeichnen sich durch eine seltene Plastik und Uebersichtlichkeit aus. Das besonders für diesen Zweck ausgewählte Papier ist nur auf einer Seite bedruckt, es gibt keine geknickten Karten. Nach dem übereinstimmenden Urteil der Fachleute, die beim Internationalen Kongress in Locarno und Berlin Gelegenheit hatten, den Atlas zu sehen, liegt hier eine Höchstleistung Oesterreichs sowohl in wissenschaftlicher als auch in technischer Beziehung vor.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Honay

Wien, am Montag, den 12. Dezember 1927

433

.....
Die städtischen Schneesäuberungsarbeiten. Das Schneewetter hat auch Samstag und Sonntag angehalten. Zur Beseitigung der gefallenen Schneemengen wurden gestern und heute 11211 Arbeitslose aufgenommen. Gestern waren 1111 städtische Strassenarbeiter und heute 1081 mit der Schneesäuberung beschäftigt. In Betrieb wurden 459 Pferdeschneepflüge, 176 Motorpflüge mit 264 Anhängern, 7 Kehrmaschinen und 20 Autoschneepflüge gesetzt. Für die Schneesabfuhr wurden 28 Lastkraftwagen und 178 fremde Pferdepaare verwendet. Heute werden noch weitere 2000 Arbeitslose zur Schneesäuberung aufgenommen.

.....
Die Kongresstadt Wien. Bei der letzten Hauptversammlung der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke in Düsseldorf stellte Vizebürgermeister Emmerling, der die Gemeinde Wien vertrat, den Antrag, die nächste Hauptversammlung in Wien abzuhalten. Nunmehr ist von der Vereinigung der Deutschen Elektrizitätswerke ein Schreiben ^{für} eingelangt, das/die nächste Hauptversammlung, die voraussichtlich in der zweiten Hälfte Juni 1928 abgehalten wird, Wien als Tagungsort bestimmt.

.....
Jubilare der Ehe. In ^{Vertretung} des Bürgermeisters überreichte dieser Tage Stadtrat Richter den Ehepaaren Philipp und Fanny Heimann, Ignaz und Rosalie Singer und Wilhelm und Karoline Sager anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien. Der Ueberreichung wohnte auch Stadtrat Linder bei.

.....
Die Zahl der Hebammen in Wien sinkt. Die Zahl der Hebammen betrug Anfangs 1926 noch 997. Ende 1926 gab es nurmehr 891 Hebammen in Wien und diese Zahl fiel Mitte des heurigen Jahres auf 877. Die grösste Zahl der Hebammen weist Favoriten auf.

.....
Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Leopoldstadt tritt am Samstag, den 17. Dezember, um 6 Uhr nachmittags zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Am Dienstag, den 20. Dezember, ^{nachmittags} um 4³⁰ Uhr hält die Bezirksvertretung Wieden eine Sitzung ab.

.....
Weihnachtsbücherausstellung. Unter Leitung des Wiener Stadtschulrates wurde im Stadtschulratsgebäude, I., Burggasse 9, eine Bücherausstellung veranstaltet, die von den bedeutendsten Verlagsbuchhandlungen ausserordentlich reich beschickt wurde. Den Eltern soll dadurch eine praktische Handhabe geboten werden, geeignete Jugendschriften, die von Fachleuten überprüft und ausgewählt wurden, kennen zu lernen. Die amtliche Jugendschriftenprüfungsstelle des Stadtschulrates für Wien sorgt für eine sachgemässe Führung und Auskunftserteilung an der Ausstellung, die an allen Wochentagen von 8 Uhr bis 18 Uhr geöffnet und unentgeltlich zu besichtigen ist.

.....

Wien, am Montag, den 12. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 12. Dezember 1927

DIE BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES.

Der Gemeinderat begann heute nachmittags die Beratung des Voranschlags für 1928. Bürgermeister Seitz eröffnete um fünf Uhr die Sitzung. Es wurde sofort in die Generaldebatte eingegangen. Der städtische Finanzreferent Stadtrat Hugo Breitner leitete die Verhandlungen mit einer Rede ein.

Stadtrat Breitner führte aus: Die Beratung des Voranschlags bietet alljährlich Gelegenheit, die Richtlinien der Verwaltung einer Erörterung zu unterziehen und sich ein Bild über die Wirtschaftsverhältnisse zu schaffen, die im kommenden Verwaltungsjahr voraussichtlich herrschen werden. Die im heurigen Frühjahr stattgefundenen Wahlen haben gezeigt, dass zwei Drittel der Wiener Bevölkerung die Steuerpolitik der Gemeinderatsmehrheit billigen, die Fortsetzung der Gemeindefarbeit auf den bisherigen Grundlagen, insbesondere die Aufrechterhaltung des kommunalen Wohnhausbaues unbedingt wünschen. Wo es möglich ist, ohne Beeinträchtigung der Leistungen der Gemeinde Abgabenerleichterungen eintreten zu lassen, geschieht dies. Solche Vorlagen haben im Laufe des Jahres den Wiener Landtag wiederholt beschäftigt und künftig sich anbietende Gelegenheiten werden in gleicher Weise wahrgenommen werden. Neue Steuerlasten sind nicht beabsichtigt. Der sich ergebende Gehaltsabgang wird auf die Kassenbestände verwiesen und der Voranschlag 1928 zeigt das deutliche Bestreben durch Herabminderung der Ausgaben das Gleichgewicht herzustellen.

Die Wirtschaftslage in Oesterreich wird nach wie vor durch die Tatsache beherrscht, dass das Ende des Weltkrieges keineswegs die Rückkehr zu den normalen Zuständen des Friedens gebracht hat. Die Gegensätze finden ihren Ausdruck in der Form von Zollschränken, von Erschwernissen aller Art, die den Waren- und selbst den Personenverkehr behindern. Trotz dieser grossen Schwierigkeiten vollzieht sich stetig, wenn auch langsam die Besserung. Selbst die Arbeitslosigkeit, diese furchtbarste Hinterlassenschaft des Krieges, zeigt eine leise Abschwächung. Zumindest was Wien anlangt. Zum richtigen Vergleich kann man nur die ersten neun Monate des vorigen und heurigen Jahres heranziehen, weil seit dem 1. Oktober mit der Einführung der Altersrenten eine Verschiebung eingetreten ist. Auf dieser Grundlage errechnet ergibt sich, dass in Wien in den ersten neun Monaten 1926 durchschnittlich 89.186 unterstützte Arbeitslose vorhanden waren. Im gleichen Abschnitt des laufenden Jahres ist die Durchschnittszahl 83.748. Der Prozentanteil Wiens an der allgemeinen Arbeitslosigkeit in Oesterreich geht unausgesetzt zurück. Im Jahre 1923 hatte Wien noch mehr als 59 Prozent aller Arbeitslosen aufzuweisen. Gegenwärtig sind es weniger als 49 Prozent. Die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit in Wien sich vermindert, in den anderen Bundesländern aber wächst, ist zweifellos auf die starke, ausgiebige Investitionstätigkeit der Gemeinde zurückzuführen. In sinnfälligster Weise kommt dies dadurch zum Ausdruck, dass die Gemeinde selbst in der ersten Dezemberwoche unmittelbar auf den Bauten noch 7635 Arbeiter beschäftigt hat. Dazu gesellen sich noch jene Tausende, die in Gewerbebetrieben und Fabriken durch Gemeindeaufträge Arbeit finden.

Ein anderer wichtiger Gradmesser der Wirtschaftsverhältnisse sind die gerichtlichen Ausgleichs und Konkurse. Auch da hat das Jahr 1927 eine Besserung gegenüber 1926 gebracht. Auch da zeigt es sich aber, dass die Besserung sich auf Wien beschränkt. Bis Ende November sind heuer in ganz Oesterreich 2450 gerichtliche Ausgleichs und 587 Konkurse zu verzeichnen. In der Vergleichszeit 1926 gab es 2440 Ausgleichs und 575 Konkurse. Für das gesamte Oesterreich also ein kleines Ansteigen. Hingegen kann für Wien allein ein immerhin erheblicher Rückgang festgestellt werden. Die Zahl der gerichtlichen Ausgleichs ist von 1228 auf 1159, die der Konkurse von 237 auf 213 gesunken. Das entspricht einer Verminderung um sechs beziehungsweise bei den Konkursen um zehn Prozent.

Zur Zeit der vorjährigen Budgetdebatte war das Zinsfuss der Nationalbank neun Prozent. Gegenwärtig ist er sechs ein halb Prozent. Das bedeutet einen sehr erheblichen, für die gesamte Volkswirtschaft fühlbaren Unterschied. Im Jahre 1926 war der Zinsfuss durchschnittlich 7 1/4 Prozent. Unter der begründeten Annahme, dass bis Jahresende keine Veränderung im Zinsfuss der Nationalbank eintreten wird, ergibt sich für 1927 hingegen ein Durchschnittssatz von bloss 6 3/4 Prozent. Ueber diese allgemeine Verbilligung hinaus ist die Aktion der Gemeinde zugunsten des Kleingewerbes zu erwähnen. Dadurch werden gerade jenen erwerbstätigen Schichten, denen Bankkredite zumeist überhaupt unerlangbar sind, Darlehen zu dem ungewöhnlich niederen Satz von sechs Prozent netto geboten. Der Kreditverein der Zentralsparkasse hat auf dieser Grundlage im heurigen Jahr zehn Millionen Schilling zu dem schon bis dahin eröffneten Krediten von fünfzehn Millionen Schilling neu verliehen. So ist vielen Hunderten die Möglichkeit geboten worden, ihre geschäftliche Tätigkeit stärker zu entfalten, ihre Betriebe besser auszustatten. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Das Anwachsen der Spareinlagen bei den österreichischen Geldinstituten schreitet fort. Am 31. Oktober 1926 war der Stand 855 Millionen Schilling, am 31. Oktober 1927 betrugen die Spareinlagen 1040 Millionen Schilling. Die Zunahme ist also eine erhebliche und bemerkenswerte.

Ein weiteres Symptom der Besserung ist die Tatsache, dass die städtischen Elektrizitätswerke bis zum 15. November 1927 rund 108 Millionen Kilowattstunden Kraftstrom an Industrie und Gewerbe abgegeben haben. Im gleichen Zeitraum 1926 wurden bloss hundert Millionen Kilowattstunden verbraucht.

Auch die Tatsache, dass die Zahl der Privatautomobile in Wien um tausend gestiegen ist und damit den überhaupt höchsten je verzeichneten Stand erreicht hat, muss erwähnt werden.

Besonders erfreulich ist die Entwicklung des Fremdenverkehrs. Schon das Jahr 1926 war recht günstig. Heuer sind noch bessere Erfolge zu verzeichnen. Bis zum 30. November 1926 kamen 498.597 Fremde nach Wien. Heuer waren es 524.557. Der Ruf Wiens als einer schönen und gepflegten Stadt, als die Stadt der Musik, der medizinischen Wissenschaft, als die Stadt, in der man behaglich, aber auch billig leben kann, geht wirklich und wirksam durch die Welt. Im Jahre 1913 kamen aus Deutschland 45.595 Besucher, in den ersten elf Monaten des heurigen Jahres 86.135 nach Wien. 1913 waren in Wien 8212 Amerikaner gemeldet. Heuer bis zum 30. November bereits 21.221. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines Fremden in Wien, errechnet nach den international

geltenden Normen, beträgt 4,2 Mächtingen, und ist wesentlich länger als in den meisten anderen Fremdenstädten. Die von den Ländern Wien und Niederösterreich errichtete Fremdenverkehrskommission leistet allgemein anerkannte Arbeit. Es wird deshalb beantragt, ihr im kommenden Jahr wesentlich grössere Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Wiener Hotels, Pensionen und Sanatorium haben von dem für sie geschaffenen Steuerbegünstigungsgesetz zum Zwecke von Investitionen umfassenden Gebrauch gemacht. Das hat für Gewerbe und Industrie eine Fülle von Bestellungen gebracht, die noch 1928 und 1929 fortwirken und stellt aber vor allem eine so durchgreifende Modernisierung dar, wie sie in der Vergangenheit nie zu verzeichnen gewesen ist. Als ein Beispiel sei hervorgehoben, dass in 71 Hotels, Pensionen und Sanatorien das fließende Wasser eingeleitet wird, beziehungsweise bestehende Anlagen erweitert werden. Die Aussichten für 1928 sind sehr günstige. Das Jahr wird im Zeichen Franz Schubert's stehen. Das grosse, von der Gemeinde tatkräftig geförderte Sängerefest wird solche Massen von sehr gerne gesehenen Gästen nach Wien bringen, dass die grössten Anstrengungen notwendig sein werden, sie alle zu beherbergen.

Die von der Gemeinde zur Erleichterung der Ausfuhr nach Russland übernommene Haftung wird sich voraussichtlich im nächsten Jahre günstig geltend machen. Jene Anfangeschwierigkeiten, die gegenwärtig zu beobachten sind, entsprechen genau den in Deutschland gemachten Erfahrungen. Sie wurden dort überwunden und es wird wohl auch bei uns der Fall sein.

Ein weiteres belebendes Element ist die Aufnahme der dreissig Millionen Dollar-Anleihe für Investitionen der grossen städtischen Monopole. Dem amerikanischen Kapital stehen in der ganzen Welt Veranlagungsmöglichkeiten offen. Es ist daher in der Beurteilung besonders vorsichtig, hat aber durch diesen Beschluss das volle Vertrauen zu Wien bekundet. Für uns ist diese Anleihe die erwünschte Gelegenheit, die Leistungsfähigkeit der Strassenbahnen zu erhöhen, die Autobusse in den Wiener Verkehr einzufügen, die Elektrizitäts- und Gaswerke noch weiter und besser auszugestalten. Zusammen mit den grossen Investitionen der Hochbauverwaltung werden wieder gewaltige Aufträge an alle Zweige von Industrie und Gewerbe Wiens ergehen. Die Gemeinde wird auch im Jahre 1928 so wie bisher die Arbeitslosigkeit in dieser einzig wirksamen Form bekämpfen und damit im weitestem Umfange jene besondere Pflicht erfüllen, die den öffentlichen Verwaltungen in Krisenzeiten obliegt. (Beifall).

Stadtrat Breitner bespricht sodann die Einzelheiten des Voranschlags und bemerkt im Bezug auf die Post Wohnhausbauten folgendes: Die gegenwärtige Mehrheit hat es sich zum Grundsatz gemacht, auch vor den Wahlen wo man im allgemeinen mit Versprechungen sehr freigebig zu sein pflegt, nichts zuzusagen, was sie nicht voll und restlos zu erfüllen vermag. In jenem Programm, mit dem die Wiener Sozialdemokraten in die heurigen Wahlen eingetreten sind, heisst es an erster Stelle: "Zur Befestigung des Mieterschutzes, zur Bekämpfung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit, wird die Gemeinde in den nächsten fünf Jahren weitere dreissigtausend Wohnungen in Hochbauten und Siedlungen schaffen." Dem entsprechend wurden die Herstellungskosten für sechstausend Wohnungen in den Voranschlag 1928 eingesetzt. Es entspricht dies auch dem Durchschnitt der Bauleistungen und Geldausgaben in den fünf Jahren von 1923 bis 1927. Die Verwaltung hält also durchaus an dem öffentlichen Wohnhausbau fest; sie verteidigt damit den Mieterschutz, für dessen Aufrechterhaltung sich die Wiener Bevölkerung in der unzweideutigsten Weise ausgesprochen hat. Durch die bisher geschaffenen dreissigtausend Gemeindewohnungen ist die Not in einem starken Masse bereits gemindert worden. Die Bevölkerung Wiens zeigt keine Zunahme. Die Zahl der Eheschliessungen ist gegenüber der Vorkriegszeit im Rückgange. In den letzten zehn Jahren vor Kriegsausbruch sind in Wien, wenn man die durch Demolierungen im Wegfall gekommenen Wohnungen abzieht, durchschnittlich neuntausend Wohnungen im Jahre hinzugewachsen. Wir können daher mit sechstausend kommunalen Wohnungen das Auslangen finden, wozu noch die von der Gesiba mit Kredit-

hilfe der Gemeinde hergestellten Familienhäuser und die sonstige Privatbeschäftigung hinzukommen.

Stadtrat Breitner legt sodann den weiteren Ausbau der Fürsorgeeinrichtungen dar, die Errichtung von fünf neuen Kindergärten, zwei Mutterberatungsstellen, zwei Zahnkassen, fünf weiteren Kinderfreizeiten, die Vermehrung der Tuberkulosefürsorgestellen und Betten für Tuberkulotiker, die neuen Gartenanlagen und BMer. Für das Schulwesen mit der neuen, einen wichtigen Fortschritt beinhaltenden Hauptschule sind 75 Millionen Schilling vorgesehen. Der Fortbildungsschulrat errichtet zunächst sechzig Klassen als Ausbildungskurse für jugendliche Arbeitslose. Die Schlagkraft der Wiener Feuerwehr wird eine Erhöhung erfahren. Der Ausgestaltung der Markthallen und Schlachthäuser werden erhebliche Summen gewidmet. Desgleichen der Wasserversorgung. Zwei sehr lange gewünschte Strassenbahnlinien, die eine in Ottakring-Gandeleiten und die Fortführung der 11er Linie bis zum Engelsplatz sind in dem sehr umfangreichen Investitionsprogramm der städtischen Unternehmungen enthalten.

Stadtrat Breitner schliesst seine Ausführung mit folgenden Sätzen: Zu einem rosenroten Optimismus ist natürlich kein Anlass. Wohl aber zeigt die ruhige Betrachtung, dass die Feste, unerschütterliche Zuversicht in die Lebenskraft Wiens, die wir in den schwersten Tagen nach dem Zusammenbruche und dem Gewaltfrieden bekundet haben, vollkommen begründet war und ist. Aus dem Wien der hungernden, auf das Mitleid des Auslandes angewiesenen Kinder wurde in wenigen Jahren eine Stadt, in der die Kindersterblichkeit auf das halbe Ausmass des Jahres 1913 herabgedrückt werden konnte. Trotz der noch sehr grossen Sorgen geht es vorwärts. In gemeinsamer Anstrengung alles daran zu setzen, dass das Jahr 1928 wieder ein Stück Besserung bringe, muss unser Ziel sein. In diesem Sinne bitte ich in die Beratung des Voranschlags einzutreten und ihn rechtzeitig zu verabschieden. (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Kunschak beschäftigt sich zunächst mit den Ausführungen des Stadtrates Breitner und bemerkt, der Rückgang der Kindersterblichkeit sei eine Tatsache, der man sich ausserordentlich freuen dürfe. "Es wäre aber verfehlt, dies lediglich auf das Konto der Gemeinde Wien zu buchen. Dieselbe Erscheinung ist im ganzen Reich zu konstatieren und ist daraus zu erklären, dass die furchtbaren Nachwirkungen des Krieges und die grosse Notlage nach dem Kriege behoben werden konnte. Man vergisst eben, wessen Sorgenkonto damals die Verpflegung der Bevölkerung belastete. Und auch bei dieser Gelegenheit muss man wieder einen Vergleich zwischen Bund und Gemeindepolitik zu ziehen. In der Agitation der Mehrheitsparteien ist heute ein sehr beliebter Schlagwort, dass Stadtrat Breitner die Anleihe bekommen hat, während der Finanzminister Kienböck noch immer darum verhandeln muss. Die Lage Kienböcks ist eben eine andere, als die Breitners. Breitner kann darauf hinweisen, dass sich im Lichte der stabilisierten Währung und der gebesserten allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse auch die Lage der Gemeinde Wien sich gebessert hat, während Kienböck darüber verhandeln muss, ob die Reliefkredite, die damals von der Regierung Renner, der daraus kein Vorwurf gemacht werden soll, aufgenommen wurden, noch einmal zugunsten einer Anleihe zurückgestellt werden sollen. Diese Reliefkredite mussten damals aufgenommen werden, weil es von ihnen abhing, ob die österreichische Bevölkerung dem Hungertode preisgegeben werden sollte. Aber diese Schulden sind nun einmal vorhanden und die Gemeinde, beziehungsweise ihre Bevölkerung hat an ihnen den allergrössten Anteil (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Auch was den Rückgang der Arbeitslosigkeit betrifft, handelt es sich um ein Schmücken mit fremden Lorbeeren. Zunächst muss festgestellt werden, dass die Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen wieder rapid ansteigt und zwar gerade wieder in Wien. Es ist der Rückgang der der Arbeitslosigkeit auf die Wirtschaft und Investitionspolitik der Gemeinde zurückzuführen ist. Wenn der Referent hier

aber besonders die Bautätigkeit der Gemeinde Wien hervorhob, so muss dem gegenüber festgestellt werden, dass die Gemeinde auch zu Investitionen auf dem Gebiete des Bauwesens verpflichtet ist. Die Mehrheit steht immer auf dem Standpunkt, dass an der Mietengesetzgebung nicht gerüttelt werden darf. Aus dieser Forderung ergibt sich zwangsläufig die Unmöglichkeit jeder privaten Bautätigkeit und wer die private Bautätigkeit unmöglich macht, ist moralisch verpflichtet durch eine eigene Bautätigkeit dafür Ersatz zu schaffen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Nun ist es aber gar nicht richtig, dass die Gemeinde allein Investitionspolitik getrieben hat und dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit lediglich auf die Investitionspolitik der Gemeinde zurückzuführen ist. Denn im Bundesbudget des Jahres 1927 ist bereits für Investitionen ein Betrag von 179 Millionen Schilling vorgesehen und der grössere Teil dieser Summe gelangt auf dem Wiener Boden zur Verausgabung. Und kann ruhig annehmen, dass 80 Millionen Schilling an Investitionen dem Wiener Wirtschaftsleben durch den Bund zugeführt worden sind. Daran darf man nicht vorbeigehen und ein Referent über das Budget handelt sehr unrichtig und unaufrichtig, wenn er nur die eine Seite betont und das andere absichtlich unter dem Tisch fallen lässt. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Der Redner stellt ferner gegenüber dem Stadtrat Breitner fest, dass es seit dem 1. Jänner 1927 keine Beiträge zur Arbeitslosenunterstützung gibt, sondern nur solche zur Notstandsunterstützung. Wenn der Referent errechnet, dass die Beiträge zur Notstandsunterstützung plus dem Beitrag zur Altersrente grösser sei, als der Ertrag aus der Biersteuer, so können wir das nicht überprüfen. Aber die Einführung der Altersrente hat bereits zur Herausgabe eines Erlasses geführt, wonach ein grosser Teil der Erhaltungsbeiträge der sogenannten alten Pfründner unter Berufung darauf wesentlich gekürzt wird, dass die Leute Altersrente beziehen. Andererseits ist es evident, dass der Gemeinde Wien durch die Altersrenten grosse Ersparungen an Verpflegskosten erwachsen. Die Gemeinde Wien hat ja sofort den Auftrag gegeben, dass die Pflinglinge im Versorgungsheim angeben müssen, ob sie Altersrenten beziehen und dass sie in diesem Fall bei der Aufnahme einen Revers unterschreiben müssen, sie seien einverstanden damit, dass die staatliche Altersrente nicht an sie, sondern an die Gemeinde Wien überwiesen wird. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Es wäre sehr interessant, wenn uns der Referent sagen würde, wie gross der Ertrag der Biersteuer ist, wie gross das Erfordernis für die Zuschüsse zur Notstandsunterstützung und zu den Altersrenten und in wievielen Fällen die städtischen Unterhaltsbeiträge gekürzt und in wieviel die Altersrente nicht an den Bezahler, sondern an die Gemeinde Wien abgeführt wurde. Wir sind überzeugt, dass die Gemeinde Wien an der Biersteuer, beziehungsweise aus der Beitragspflicht für die Notstandsunterstützung und Altersrenten ein Geschäft macht.

Die Prüfung des Budgets legt uns die Verpflichtung auf, uns nicht nur mit den wirtschaftlichen Verhältnissen und mit den Finanzen der Gemeinde zu beschäftigen, sondern auch mit den Verhältnissen, die in der Gemeindeverwaltung herrschen. Wenn man sonst einer Opposition ^{partei} vorwirft, dass sie faktische Opposition treibe, so ergibt sich in diesem Saale die Sonderbarkeit, dass die faktische Einstellung in der Politik nicht bei der Minderheit, sondern bei der Mehrheit festzustellen ist und man kann sagen, dass die Mehrheit des Gemeinderates in faktischer Opposition zur Opposition des Wiener Gemeinderates steht. Denn von der Mehrheit wird grundsätzlich und unbeschaut alles abgelehnt, was die Opposition an Anregungen und Anträgen bringt. Wir haben zum Beispiel bei der Bauordnung einige Anträge gebracht, von denen der Referent selbst sagte, man könne darüber reden. Man hat darüber nicht geredet,

weil die Mehrheit nicht zugeben will, dass die Minderheit nutzbringende Anträge stellt. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Tätigkeit der Opposition nutzlos ist. Nur vergeht von der Zeit, wo unsere Anträge gestellt werden, bis zu ihrer Verwirklichung so viel Zeit, dass es oft zu spät ist. Wir haben an der Verwaltung der Gemeinde eine Reihe sehr ernster Ausstellungen zu machen, vor allem an der Organisation der Verwaltung, die von der Erwägung ausgegangen ist, eine Konzentration der in der Verwaltung wirkenden Kräfte herbeizuführen, die aber in einer Zerkümmern der Verwaltung geendet hat. Die Aktionen, die Sie auf dem Gebiete der Reform der Verwaltung unternommen haben, wirken nicht konzentrisch, sondern exzentrisch. Das ist ein überaus schwerer Mangel. Wir hatten früher in der Verwaltung zwei individuelle Instanzen, den Bürgermeister und den Magistratsdirektor, und zwei kollegiale Instanzen, eine Beschlussfassende, den Gemeinderat und Stadtrat und die Exekutive, den Magistrat. Das ist beseitigt worden. Man hat nicht etwa untersucht, inwieweit der frühere Zustand reformbedürftig ist, sondern hat kurzen Prozess gemacht, hat das alte eingelebte System einfach über den Haufen geworfen und das heutige Verwaltungssystem aufgestellt. Ausserlich haben wir noch immer die Formen von früher. Aber Bürgermeister und Magistratsdirektor sind Schattenkönige in ihrem Reich. Der Bürgermeister ist seiner Rechte entkleidet worden. Er ist heute vielfach nicht mehr, als der noble Gastgeber bei gelegentlichen Besuchen ausländischer Gäste, der Repräsentant des Gemeinwesens und ich muss gestehen, dass sich der Bürgermeister in dieses Amt mit grossem Geschick und grosser Routine hineingefunden hat. (Sehr gut! bei der Minderheit). Wenn es auf Äusserlichkeiten und auf das Zeremoniell ankommt, dann kann es der Demokrat, der Bürger Seitz mit seiner Majestät verflossener Zeiten ruhig aufnehmen. Die Bürgermeister vergangener Zeiten, grosse Männer, wie Felder, Feix und Lueger, haben ihren Ehrgeiz dareingesetzt, dem Gemeinderat zu präsidieren und haben dafür Stunden geopfert. Der Bürgermeister von heute scheint auch im Gegensatz zu seinem unmittelbaren Vorgänger an dem Vorsitz im Gemeinderat keine Freude zu haben. (Beifall bei der Minderheit). Ich finde es begreiflich, dass die ausgehöhlte Position des Bürgermeisters schliesslich seine psychologischen Rückwirkungen ausübt. Der Magistratsdirektor hat noch seinen Titel von früher und seine Bezüge. Was ihm nicht gelungen ist zu erhalten, ist das Ansehen und der Inhalt seiner Stellung, wobei ich gleich feststelle, dass das nicht an der Persönlichkeit des Magistratsdirektors, sondern an der Stellung liegt, die man ihm zugedacht hat. Der Gemeinderat ist mit seinen Ausschüssen im wesentlichen doch nur eine Abstimmungsmaschine. Charakteristisch ist z.B. was heute im Achterausschuss geschehen ist. Man hat ihn um 4 Uhr zu einer Sitzung einberufen und ihm als Tagesordnung einen Kollektivtrag und eine Abrechnung über die Stadtbahn vorgelegt. Als er nach einer Stunde mit seiner Beratung nicht zu Ende war, hat der Stadtrat erklärt, es beginne nun die Gemeinderatssitzung, er breche die Verhandlungen ab, wir werden vor der Beratung des Budgets kaum mehr zusammen kommen, wir werden das im Stadtrat und dann im Gemeinderat genehmigen und nach Neujahr rufe ich Euch wieder zusammen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Das ist ein klassisches Beispiel dafür, was man sich unter Demokratisierung der Verwaltung vorstellt. Tatsächlich ist die Verwaltung weder Bürgermeister, noch Magistrat, weder Gemeinderat, noch seine Ausschüsse, sondern die Omnipotenz der acht amtsführenden Stadträte. Die Verwaltung holpert von einem Stadtrat zum andern und so geht alles systematisch rettungslos verloren. Wir hatten früher eine kontrollierende Instanz, die Stadtbuchhaltung, unabhängig vom Magistrat. Der Buchhaltungsdirektor war im Rahmen der Verwaltung eine ganz besondere Persönlichkeit. Oft ist er beim Gemeinderat vorstel-

lig geworden, damit gewisse Dinge so und nicht anders gemacht werden. Die Stadtbuchhaltung von heute ist aller ihrer Selbstständigkeit entkleidet, sie ist dem Magistratsdirektor vollständig unterstellt, ihre frühere Kontrollfunktion ist auf ein Kontrollamt übertragen worden, das direkt dem Gemeinderat unterstellt worden ist. Diese Entscheidung war keine glückliche. Geben Sie der Buchhaltung ihre frühere Stellung zurück! Machen Sie aus Ihrem Direktor wieder einen unabhängigen freien Mann! Heute wird vielfach nicht miteinander, ja nicht einmal nebeneinander, sondern gegeneinander verwaltet. Das gilt insbesondere vom Personalreferenten. Der Mann soll alles verstehen, Er soll verstehen, wer zum Maschinenputzer, zum Strassenkehrer, zum Schulleiter, zum Pfleger, zum Koch geeignet ist, wer sich für den Konzeptsbeamten, für einen technischen Beamten, für einen medizinischen Beamten eignet. Wenn Herr Speiser das wirklich nicht treffen kann, so kann man ihn persönlich daraus keinen Vorwurf machen. Und wenn dabei nichts anderes heraus kommt, als dass sich der Personalreferent auf die Linie des Parteiinteresses begibt, so darf man sich darüber auch nicht verwundern, das ist eine ganz selbstverständliche Wirkung. (Lebhafter Beifall bei der Minorität). Das Verwaltungssystem, das Sie aufgerichtet haben, zweifelt an sich, die Möglichkeit schwerer Unzukömmlichkeiten und des Amtsmissbrauchs und die starke Versuchung zu beidem. Das ist eine schwere Anklage. Und wenn ich sie begründen soll, möchte ich vor allem auf die alte Verwaltungsgruppe V, die Gruppe des Bauwesens, verweisen. Dort hat Ihre Verwaltungsprinzip und Ihre Verwaltungsmethode nicht konstruktiv, sondern direkt destruktiv gewirkt. Diese Verwaltungsgruppe hat bereits alle Merkmale des Chaos aufgewiesen; Unregelmässigkeiten haben sich an Unregelmässigkeiten gereiht und auch ohne Amtsmissbrauch ist es sicherlich nicht abgegangen. In dieser Gruppe haben Sie ein Musterinstitut von Inkompatibilitäten geschaffen. Der amtsführende Stadtrat dieser Gruppe hat vier Funktionen in sich vereint. Er war Bauherr, Baumaterialienfabrikant, Baumaterialienhändler und Baupolizei. Welcher Mensch kann, wenn er auch von der höchsten sittlichen Qualität ist, durch dieses Gestrüpp von Kompetenzen durchkommen? Er muss einmal zum Straucheln kommen. Wie sinnlos diese Konstruktion ist und wie destruktiv sie wirken muss, haben die traurigen Erfahrungen auf dem Gebiete der städtischen Wohnhausbauten in den letzten Monaten überreichlich gezeigt. Der beste Beweis dafür, wie recht wir mit unserer Kritik haben, ist der, dass Sie unserer Kritik nicht mehr zu widersprechen den Mut haben, sondern dass Sie aus ihr die Folgerungen ziehen. Sie haben bereits die raffinierte Konstruktion von Inkompatibilitäten zu einem Verwaltungssystem bereits gesprengt. Sie haben einen anderen Stadtrat zum Bauherren bestimmt, einen dritten Stadtrat mit der Baupolizei betraut und in der letzten Stadtratssitzung am Freitag waren Sie genötigt, unserer letzten Forderung Rechnung zu tragen und einen vierten Stadtrat mit dem Einkauf der Baumaterialien zu betrauen. Wir können uns dieser Tatsachen freuen, aber unsere Freude wird sehr gemindert, wenn wir daran denken, in welchem Umfang dies auf Kosten der Steuerträger und der Gemeindefinanzen gegangen ist. (Lebhafter Beifall). Dabei ist es notorisch, dass aus dieser Gruppe V die angeblich dazu gedient hat, den Technikern gleichen Rang neben den Juristen zu geben, ein Institut der Missachtung der Techniker geworden. Man hat gedacht, dass der Stadtbaudirektor aus seiner Subordination gegenüber dem Magistratsdirektor herausgehoben werden und eine selbständige Verwaltungspersönlichkeit werden soll. In Wirklichkeit ist dem Stadtbaudirektor nicht viel mehr geblieben, als das Amt, der Rang und die moralische Verantwortlichkeit für die Vorkommnisse in seinem Amt, er hat aber nicht die Möglichkeit das Amt nach seiner Auffassung und seinem Gewissen zu verwalten.

Man hat also bewusst und gewollt den Stadtbaudirektor ausgeschaltet und hat sich Leute bestellt, die fachliche Kenntnisse durch Untertänigkeit und Willenlosigkeit ersetzen. Ich habe hier bereits zwei Dinge ereignet haben, von denen sich ein Stadtbaudirektor nichts träumen liess. Wir hoffen, dass dies nur eine Reminiszenz an eine unwürdige Epoche ist.

Der Referent hat auch ausführlich über den Wohnhausbau gesprochen und ihn als eine Pflicht der Gemeinde bezeichnet, weil er die Stütze des bestehenden Mietengesetzes zu sein hat. Diese Rechtfertigung haben wir wiederholt gehört. Wenn dies Ihre innere Überzeugung ist, dann sind Ihre Handlungen treulos gegenüber Ihren Grundsätzen. Es müsste das Mietproblem ein Problem der Hausherren und der Mieter sein, wenn Sie Recht behalten. Aber das Problem der Reform des Mietengesetzes ist längst aus dem engen Rahmen hinausgewachsen und ist ein volkswirtschaftliches Problem aller ersten Ranges geworden. Der Referent hat auch von den städtischen Krediten gesprochen. Man könnte da die Frage stellen, ob damit nur den Gewerbetreibenden geholfen wird. Wurde doch der Gruppe um das Extrablatt herum gleichfalls ein Kredit gegeben, was doch nur deshalb geschah, um mit Hilfe des Kreditvereins auf diese Zeitungen einen Einfluss zu nehmen. Aber immer deutlicher tritt als eine ausserordentliche Erscheinung beim Kreditsuchen und beim Kreditgeben die Tatsache hervor, dass der Realbesitz kein Kreditobjekt mehr ist. Dadurch sind grosse Kreditsummen vollständig verschüttet. Mancher Unternehmungsgeist verzehrt sich vergeblich, weil er nicht in der Lage ist, sein Kreditbedürfnis zu befriedigen, da er trotz seines Hausbesitzes ein Bettler ist. Wenn Sie glauben die Frage des Mieterschutzes so behandeln zu können wie bisher, so können wir nur feststellen, dass dies an den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten scheitern wird. Wenn Sie wirklich durch den Wohnungsbau den Mieterschutz stützen wollen, dann müssten Sie eine ganz andere Bautätigkeit einschlagen. Der eigentliche Notstand ist jetzt gegeben und deshalb müssten Sie sehr rasch bauen. Aber Sie fangen jetzt schon an, das Bauprogramm zu reduzieren. Sie haben im Budget für 1927 den Bau von 10.000 Wohnungen eingestellt. Wie wir jetzt erfahren, sollen nur 8000 gebaut werden. Für 1928 ist das Programm auf 6000 Wohnungen reduziert worden, gegenüber 1927 um 4000 Wohnungen weniger. Sie sagen, dass Sie mit 6000 Wohnungen das Auslangen finden. Sie argumentieren aber verkehrt. Warum haben wir eigentlich so wenig Eheschliessungen? Doch nur deswegen, weil die bisherigen Erfahrungen auf die Schliessung einer Ehe geradezu abschreckend wirken. Viele Tausende von Ehepaaren können keine Wohnung finden, leben getrennt, haben die Kinder anderswo untergebracht und solche Erfahrungen schrecken vor Eheschliessung ab. In vielen Fällen besteht nur der sakramentale oder zivilrechtliche Vertrag, die Realisierung ist vollständig ausgeschlossen. Sie müssen den Wohnbau forcieren um die Eheschliessungen wieder zu ermöglichen. Von den 6000 Wohnungen müssen Sie auch noch die Räume abziehen, die demoliert werden. Auch die Gemeinde selbst trägt dazu nicht wenig bei und wir werden darüber wenn wir das Beweismaterial besitzen, ausführlich sprechen.

St. R. Rummelhardt: Ein Stadtrat ist überhaupt nicht hier. Die Stadträte interessieren sich für die Generaldebatte nicht.

St. R. Kynschak: Man darf auch nicht übersehen, dass im Krieg und später nicht gebaut wurde. Das Stadtbauamt berechnet den Verlust von 1914 bis Ende 1919 mit 75.000 Wohnungen. Aber selbst wenn wir den kleinsten Schwund mit 54.000 Wohnungen in dieser Zeit annehmen, wie wollen Sie da den Wohnungsbedarf auf pari bringen? Sie stehen da vor einer Unmöglichkeit. Der Wohnungsmarkt ist zu sehr erschüttert, als dass er durch solche Massnahmen wieder zur Gesundheit gebracht werden könnte. Gerade der Umstand, dass Sie jetzt mit Ihrer Wohnbaupolitik auf die Rückzugslinie gehen, ist der stärkste Beweis dafür, dass Sie im Innersten bereits empfinden, dass Sie den Zustand nicht bessern können. (Beifall).

Nun einige Worte über die Wohnungsbewirtschaftung. Bis Ende 1925 haben wir das Wohnungsanforderungsgesetz gehabt und es bestand im Wohnungsamt eine Wohnungszuweisungskommission, die achtzehn Mitglieder zählte. Drei Mitglieder wurden besonders hervorgehoben und mit haubtmännlichen Charakter in das Wohnungsamt hineingesetzt, darunter auch ein Mitglied der Minderheit. Ende 1925, als das Wohnungsanforderungsgesetz erlosch, forderte der Bürgermeister uns auf, eine kleinere Kommission zu beschicken, die aus sechs Mitgliedern zusammengesetzt sein sollte. Wir sollten zwei nominieren. Unser Klub hat am 7. Jänner 1926 sich mit dieser Frage beschäftigt und es wurden die Gemeinderäte Binder und Doppler nominiert. Nun wurde es still. Und bis zum heutigen Tage ist nichts geschehen. Erst heute erhielt ich ein Schreiben des Bürgermeisters, worin auf meine Reklamation mitgeteilt wird, dass man sich mit der Absicht getragen hat, einen solchen Ausschuss einzusetzen, aber durch das Erlöschen des Anforderungsgesetzes diese Absicht wieder fallen gelassen wurde. Dazu hat man vom Jänner 1926 bis Dezember 1927 gebraucht. Diese geplante Kommission ist also nicht eingesetzt worden, weil das Anforderungsgesetz zu bestehen aufhörte. Wir müssen aber die Ausschaltung der Minderheit als einen Rechtsakt betrachten. Das Anforderungsgesetz hat ja nur einen ganz losen Zusammenhang mit der Frage der Wohnungszuweisung. Der Ausschuss war ja nicht nur eingesetzt, um die Wohnungen, die durch das Anforderungsgesetz aufstiegen, sondern auch die Wohnungen in den städtischen Neubauten auszuweisen. Es bleibt also dabei, dass die Auflösung des früheren Wohnungszuweisungsausschusses und die Nicht-einberufung des neuen Ausschusses seine Ursache nur hat in der Absicht bei der Verteilung der Wohnungen ungestört und unkontrolliert zu sein. (Beifall bei der Minderheit). Wir haben seit Jänner 1926 in die Wohnungszuweisung und in den Wohnungstausch, bei dem sich gar nette und liebliche Dinge abspielen, nicht den geringsten Einblick. Dafür aber ist an Stelle des verfassungsmässigen Ausschusses verfassungswidrig der Herr Gemeinderat Reismann getreten. Er übt im Wohnungsamt eine Funktion aus, die sich wenig von der eines Beamten unterscheidet. Es wurde auch gesagt, er sei der Stellvertreter des Stadtrates. Ich habe mich bemüht, mich in der Verfassung eine Bestimmung zu finden, die das rechtfertigt. Ich habe nichts gefunden. Auch in der Geschäftsordnung des Gemeinderates und Stadtrates steht darüber nichts. Wie kommt also der Herr Gemeinderat Reismann als Stellvertreter des Stadtrates in das Wohnungsamt hinein? Stadtrat Weber hat gesagt, dass er ihn dem Parteienverkehr abnimmt. Das ist eine sehr ernste Sache, die weit über den Parteienverkehr hinausgreift. Wir sehen nämlich, dass aus den Händen eines unter Geheiss stehenden Stadtrates amtliche Weisungen an jemandem übergeben, der von jedem Geldeis entbunden ist und nur als Parteimann entscheidet. Das ist eine schlimme Entwertung im Rahmen der städtischen Verwaltung und ein Verfassungsbruch schlimmerer Art, gegen den die Frage, welche Bestüge Gemeinderat Reismann widerrechtlich empfängt, gar keine Rolle spielt (Beifall bei der Minderheit).

Wir haben immer gesagt, dass Investitionen aus laufenden Mitteln keine befruchtende Wirkung ausüben können. Jetzt haben Sie sich entschlossen, eine Anleihe für Investitionen der städtischen Unternehmungen aufzunehmen. Es wurde ein relativ günstiger Abschluss erzielt. Wir haben daran nur auszusetzen, dass Sie die Anleihe zu spät aufgenommen haben. Wie die Tatsachen auf dem Gebiete des Anleihemarktes zeigen, hätten Sie, wenn Sie früher eine Anleihe aufgenommen hätten, eine solche zu noch besseren Bedingungen bekommen hätten. Ein Faktor, der 15. Juli, der auf die Verhandlungen sicherlich bestimmend gewirkt hat, wäre Ihnen erspart geblieben. Wenn Sie die Anleihe vor dem 15. Juli unter Dach und Fach gebracht hätten, wären sicher günstigere Bedingungen erzielt worden. Mit der Aufnahme der Anleihe ist aber auch eine Verpflichtung fällig geworden, die Sie eingegangen sind. Wir haben immer die Aufhebung der Wasserkraftabgabe verlangt, doch wurde dies immer abgelehnt. Ich habe in dem letzten Budgetberatung neuerlich den Antrag gestellt, sie aufzuheben.

Der Gemeinderat hat einstimmig die geschäftsordnungsmässige Behandlung meines Antrages beschlossen. Ich frage Sie nun, Herr Stadtrat Breitner, berührt es Ihr demokratisches, verfassungsmässiges und gesellschaftliches Gefühl gar nicht, neuerlich über ein Budget zu berichten, ohne ein Wort darüber zu sagen, was mit dem Antrag geschehen ist? Wenn Sie sich mit ihm nicht beschäftigt haben, so haben Sie wenigstens den Mut, es zu sagen. Sie haben erklärt, die Aufhebung der Wasserkraftabgabe käme nur dann in Betracht, wenn Sie eine Anleihe für die Elektrizitätswerke bekommen. Sie haben jetzt eine Anleihe und ich verlange deshalb wieder die Aufhebung der Wasserkraftabgabe, für die jede gesellschaftliche Grundlage fehlt und für deren Aufhebung die Achtung vor dem Gesetze unbedingt verpflichtet. Stadtrat Breitner hat dann noch die Russlandkredite erwähnt. Wir sind dieser Aktion mit sehr geringem Vertrauen gefolgt. Gemeinderat Dr. Wagner hat schon seinerzeit den Gemeinderat von den Erfahrungen Deutschlands Mitteilungen gemacht, die sehr beachtenswert waren. Sie wurden aber von Ihnen nicht gehört. Nun stehen wir vor der Periode der Wirksamkeit der Russlandkredite. Breitner hat aus gepresster Brust und mit sehr bescheidenen Worten auf den Erfolg der Russlandkredite hingedeutet. Ein Blatt, das von Ihnen sehr gefüttert wird, schreibt einen sehr skeptischen Aufsatz über das Russlandgeschäft. Ein anderes Blatt meldet, dass das Geschäft mit Siemens Schuckert storniert wurde. Als Ursache erklärt man, dass die Russen neue Forderungen stellen, die es den Unternehmern unmöglich macht, darauf einzugehen und die auch für die Gemeinde unmöglich sind. Die Russlandkreditaktion scheint also zu Wasser zu werden und es wird gut sein, wenn Sie dieses Rahmesblatt aus dem Kranz ziehen. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik steht auch die Steuerpolitik. Ich will von der Lastbarkeitsabgabe nicht reden. Von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe aber muss man sagen, dass es da nur einen Grundsatz gibt, der Willkür heisst. Vor den Wahlen hat man die Kaffeehausbesitzer von Hernals, die unter den ganz gleichen Bedingungen stehen, von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe rundwegs ausgeschaltet. Nur ein Kaffeehaus, von dessen Besitzer man weiss, dass es vergeblich ist, ihn zu bekehren, wurde mit fünf Prozent Bruttoabgabe darinnen gelassen. Ich habe diese Angelegenheit schon einmal besprochen und den Erfolg erzielt, dass dem Kaffeehausbesitzer angekündigt wurde, dass seine Abgabe von fünf Prozent auf viereinhalb Prozent ermässigt werde. Das freie Ermessen überhaupt ist, wo immer es angewendet wird, eine Quelle der Willkür und eine starke Versuchung zur Protektion, die schliesslich auf Korruption hinausläuft. Das freie Ermessen ist nicht Ihre Erfindung. Dem Manne, der es eingeführt hat, wurde jede Entscheidung als ein Akt der Willkür angekreidet. Als ich seinerzeit sein Amt als Schulreferent im niederösterreichischen Landesausschuss übernommen habe, war es mein erstes, dass auf dem Lehrgesetz das freie Ermessen ausgeschieden wurde. Schaffen Sie für die Nahrungs- und Genussmittelabgabe andere Grundlagen, schaffen Sie bestimmte Kriterien, damit nicht die von der Abgabe betroffenen Unternehmer das Bewusstsein haben, Opfer der Willkür und Protektion zu sein. Sie haben auch in den letzten Jahre einige Steuerermässigungen vorgenommen. Sie haben diese aber auf den leichten Feldern der von Ihnen niedrigergerungen Existenzen durchgeführt. Damit haben Sie sich selbst und dem ganzen Wirtschaftsleben um einen grossen Erfolg gebracht. Dies namentlich bei den Theatern. Da sind zwei Fehler zu verzeichnen, die ein Schlaraffenland die Redlichkeit Ihrer Gesinnung werfen. In der Volksoper waren die früheren Direktoren nicht

in der Lage, die Lustbarkeitsabgabe zu tragen. Es haben sich daher grosse Rückstände angesammelt. Glauben Sie, Herr Stadtrat Breitner, dass sich ein Nachfolger einer Direktion findet, der die Rückstände dieser Direktion übernimmt? So haben Sie in der Volksoper einen Zustand geschaffen, der kurz über lang jämmerlich zusammenbrechen wird. Breitner hat erklärt, dass er dem Theaterverein die Steuer anlastet. Wenn er aber auch dem neuen Direktor die Steuer nicht anlasten will, so ist es ihm möglich, das Gesetz zu ändern, wobei wir ihm willig Folgschaft leisten werden. Breitner bezeichnet die Rückstände als eine Aktivpost, der Kaufmann hingegen als dubios. Sie täuschen sich damit selbst und die Öffentlichkeit. Schreiben Sie doch diese Rückstände ab und schaffen Sie einen anderen Zustand. Die Staatstheater sind ebenfalls mit der Lustbarkeitsabgabe belastet. Aus dieser Situation ist eine hochpolitische geworden. Die Landesvertreter verweisen auf das Defizit der Staatstheater, das sich fast mit der Höhe der Abgabe der Lustbarkeitssteuer an die Gemeinde Wien deckt, und sagen, wie so sie dazu kommen, das Defizit für Theater zu decken, die zu neunzig Prozent den Ruf Wiens als Musikstadt tragen. Aus diesem Zustand haben Landesvertreter ohne Unterschied der Partei die Konsequenzen gezogen. So hat der Bürgermeister von Graz von der Regierung gefordert, dass Grazer Theater zu subventionieren. Klagenfurt hat das Gleiche getan, ebenso die sozialdemokratische Linzer Stadtverwaltung. So ist eine ernste politische Frage entstanden. Welchen Wert haben die Staatstheater für Wien? Sie sind das tragende Element des Fremdenverkehrs und des Rufes der Musikstadt Wien. Sie sind die einzige Hoffnung, dass es gelingen kann die uralte Kunsttradition Wiens den kommenden Geschlechtern unversehrt zu halten. Breitner wird sagen, die Staatstheater sollen besser wirtschaften, dann werden Sie kein Defizit haben. Das ist eine sehr billige Sache. Die Regierung und die Staatstheaterverwaltung sind unausgesetzt bemüht, durch eine strenge Gebarung und durch strenge Ersparungsmassnahmen das Defizit zu mindern. Leute, die für die Situation Verständnis haben, sagen, dass die Staatstheaterverwaltung schon hart an die Grenze gekommen ist, wo die Gefahr entsteht, dass die Staatstheater ihren Kunstwert verlieren können.

Wir wollen sagt der Redner, seine Ausführungen zusammenfassend, auch nur den Schein aufkommen lassen, als ob wir zu Ihrer Verwaltung Vertrauen hätten. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Denn der Impuls der Wiener Gemeindeverwaltung zielt nur auf die Wahrung des sozialdemokratischen Parteiinteresses ab. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Minderheit). Wenn Dr. Seipel bei seinem ersten Amtsantritt erklärte, Staatspolitik steht über Parteipolitik, so heisst es bei Ihrer Parteipolitik geht über jede Gemeindepolitik. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Das beweisen vor allem zwei Fakten, die Tätigkeit der Gewista und die Währinger Wahlen. Die Gewista hat neben ihrem Reklamegeschäft die Funktion den Reptilienfonds, der einmal in der Monarchie bestanden hat, auf das Gebiet der Gemeindeverwaltung zu übertragen und aus diesem Reptilienfonds die Presse freundlicher zu stimmen. Jahr für Jahr werdend durch die Gewista Riesenbeträge an bestimmte Zeitungen verausgabt. Das ist an sich schon eine sinnlose Verschwendung von Geldern. Wenn Sie aber dieses System gar nur auf bestimmte bürgerliche Zeitungen anwenden, die die Geneigtheit zeigen, Ihnen günstig gesinnt zu sein, so kann man nur von einem Missbrauch öffentlicher Gelder und von Pressekorruption reden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Was die Wahlen in Währing betrifft, sind die Verfügungen des Bürgermeisters, die sich auf die Auflösung der Bezirksvertretung und auf die einstweilige Betrauung zweier Herren mit den Geschäften des Bezirksvorstehers und des Bezirksrates in Ordnung. Der vom Bürgermeister bekämpfte Entwurf schliesst dafür zu sorgen, dass die Neuwahl als vollkommen rein und ein-

wandfrei bezeichnet werden kann, ist lobenswert. Aber wir können nicht daran glauben. Wir sind der Meinung, die Wahl müsste und zwar so rasch wie möglich auf Grund der alten Wählerlisten wiederholt werden, die mit den Korrekturen versehen werden müssten, welche der Magistrat und der Verfassungsgerichtshof als gesetzlich notwendig bezeichnet hat. Das heisst, die Wahlen müssen, so weit es menschlich möglich ist, von den Leuten vorgenommen werden, die am 21. April um ihr Wahlrecht betrogen worden sind. Der Bürgermeister hätte mit der Auflösung sofort die Wahlen ausschreiben müssen. Er weigert sich aber das zu tun. Er will die Wahl nicht mehr in diesem Jahre ausschreiben, sondern die Wiederholung der Wahl ins nächste Jahr verlegen, in dem die Zusammensetzung der Wählerschaft natürlich eine ganz andere sein wird, als im Jahre 1927. Es war ein Grund für die Aufhebung der Währinger Wahlen, dass das sozialdemokratische Parteisekretariat, gedeckt durch den Namen des Bezirksrates Papuscheck, Leute in die Wählerliste reklamiert hat, die gar nicht im Bezirk wohnen. Wenn so etwas geschehen ist, ist zu befürchten, dass dieser Apparat bis zu dem Tag, an dem die Wahl festgesetzt wird, gründliche Arbeit leisten wird, um die Wählerliste entsprechend zu präparieren. Dieses Misstrauen ist berechtigt auf Grund der Fakten, die vom Verfassungsgerichtshof nachgewiesen wurden, und die der Magistrat in 27 Fällen selbst zugegeben hat, sowie in der Tatsache, dass ein sozialdemokratischer Parteifunktionär diesen Wahlschwindel begangen hat, der seine Rechtfertigung auch vor dem Strafgericht finden wird. Wenn der Bürgermeister reine Wahlen haben will, muss er jede Möglichkeit der Fälschung der Wählerlisten abriegeln und die Wahlen sofort ausschreiben. Tut er es nicht, so können wir an seine Verheissung reiner Wahlen nicht glauben. Dann gibt es für mich keine andere Überzeugung, als dass der Bürgermeister bewusst dem Wahlschwindel die Hand macht. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Wir hoffen, dass durch eine günstigere Wendung auch in dieser Frage eine gewisse Vertrauensatmosphäre in diesen Saal herbeigeführt werden wird. Derzeit stehen wir in einer erschreckenden Misstrauensatmosphäre und in dieser können wir nur unseren Protest erheben, dem Budget aber niemals die Zustimmung erteilen. (Stürmischer Beifall und enthaltendes Händeklatschen bei der Minderheit).

GR. Zimmerl (S.L.) knüpft an die letzten Bemerkungen des GR. Papuscheck an und bemerkt, nicht nur in Währing, sondern in allen Bezirken sei dieselbe Erscheinung in Bezug auf die Wahlen zu treten. Nur fehlt es der Opposition mangels jedes amtlichen Apparates an der technischen Möglichkeit, anderwärts den Wahlschwindel so genau festzustellen wie in Währing. Was die Entwicklung unserer Wirtschaft betrifft, so sei zweifellos eine Besserung zu verzeichnen und es ist unser aller Wunsch, dass die Besserung raschere Fortschritte macht, als im vergangenen Jahre. Sehr interessant ist es, dass sich der Sozialdemokrat Breitner über die Steigerung der Spareinlagen freut, da ja sonst die Sozialdemokraten Gegner derjenigen sind, die Kapitalien sammeln. Auch dass die Zahl der Automobilen gestiegen ist, ist gewiss erfreulich. Eine wirkliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wären aber nur dann zu konstatieren, wenn sich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten gebessert hätten. Darüber konnte uns Breitner nichts Günstiges berichten. Wir hören im Gegenteil von glaubwürdiger Seite, dass der Brot- und Gebäckkonsum zurückgegangen ist, gewiss ein Zeichen dafür, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten schlechter geworden sind. Der Vorschlag unterscheidet sich wesentlich von dem vergangener Jahre. Er ist ein Vorschlag der Eingekerkerten zunächst gegenüber unserem jahrelangen Kampf. Zu einer Reform der Finanzverwaltung, wie wir sie verlangt haben, haben sie sich zwar nicht bekannt, aber sie haben einige von uns geforderten Steuerermässigung konzediert und das Budget zeigt, dass der Ertrag der Landes- und Gemeindeabgaben trotz dieser Ermässigungen weiterhin steigend ist. Sie werden sich auch zu einer eingehenden Reform des ganzen Steuersystems entschliessen müssen. Nur werden Sie es zu spät machen. Ein zweiter Erfolg den wir erzielt haben, ist die Anleihe. Man ist die Bahn frei für eine

und unaufrecht, wenn er nur die eine Seite betont und das andere schlichtlich unter dem Tisch fallen lässt. (Lebhafter Beifall) Achter Bogen. Gegen eine erträgliche Besteuerung der Vergnügungsorte ist gar nichts einzuwenden. Aber die Besteuerung von Sport- und Volksbildungsveranstaltungen ist ein Unsinn. Sie erschlägt den weltbekannten Frohsinn und die Wiener Gemütlichkeit, die von Engländern, Franzosen und Amerikanern gerühmt wird. Auch in Berlin wird eine Lustbarkeitsabgabe eingehoben. Wir sind dafür, dass dieses Gesetz auch auf Wien angewendet wird. Dort sind nämlich alle Wohltätigkeitsveranstaltungen von der Steuer befreit. Wir haben in unserem Gesetz ganz ausserordentliche Härten. Nehmen Sie nur einen jungen Musiker. Der muss, um bekannt zu werden, Freikarten für seine Konzerte ausgeben. Aber auch davon muss er die Lustbarkeitsabgabe zahlen. Dabei zeigt sich ein ganz antisozialer Grundsatz. Der Sohn reicher Eltern wird sich das leisten können, aber der Sohn eines Proletariats nicht. So erschwert die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung jungen Arbeitern die künstlerische Entfaltung. (Sehr richtig! bei der Minderheit)

Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe ist unserer Meinung nach ungesetzlich, weil sie eine zweite Warenumsatzsteuer ist. Sie wird sogar von den kleinen Grinzingern Weinbauern eingehoben, die nur ihre eigene Fechsung verkaufen. Hier kann von Luxuslokal überhaupt nicht gesprochen werden, weil diese Leute in ihrer eigenen Wohnung den Wein ausschenken.

Bei der Fremdenzimmerabgabe stehen wir auf dem Standpunkt, dass Sie, soweit sie Unternehmungen trifft, die dem Fremdenverkehr dienen abzuschaffen ist.

Die Hausgehilfensabgabe wirkt volkswirtschaftlich bedauerlich. Am 30. November 1926 wurde für 7256 Hausgehilfinnen die Abgabe gezahlt, am 30. November 1927 nur für 6842. Diese Steuer mit dem rasenden Ansteigen der Prozentsätze verleitet die Leute zum Einschränken ihrer Haushalte. Schliesslich hat Dr. Verkauf, also ein Sozialdemokrat, selbst einmal aufgezeigt, dass das Prosperieren der Luxusindustrie für Tausende wirtschaftlichen Vorteil bringt.

Die Wertzuwachsabgabe ist die grösste Lüge im städtischen Steuersystem. Wird nur die Spekulation besteuert, so haben wir nichts dagegen. Aber da werden Menschen besteuert, die auf alle Annehmlichkeiten durch Jahrzehnte verzichtet haben, um ihren sehnächtigen Wunsch, ein eigenes Haus zu besitzen, erfüllen zu können. Wenn diese armen Teufeln durch die Not gezwungen werden, ihr Haus zu verkaufen, dann verlangt die Gemeinde wie zum Hohn eine Wertzuwachsabgabe. Dieser konservative Hausbesitz soll von der Steuer befreit werden und wir beantragen, dass in allen Fällen, wo der Erwerb vor dem 31. Dezember 1918 erfolgt ist, beim Verkauf von der Einhebung einer Wertzuwachsabgabe abgesehen werden soll.

Die Einhebung der Wasserkraftabgabe ist ein Unrecht. Die Gemeinde hat der Wag 49 Millionen geborgt. Die Wag hat dann noch 16 Millionen andere Schulden. Aus der Wasserkraftabgabe wurden bis jetzt 15 Millionen gezahlt. Die Gemeinde kann aber doch nicht die 49 Millionen, die sie aus laufenden Steuern vorgestreckt hat, jetzt noch einmal durch die Wasserkraftsteuer sich holen. Sie würde sich dann zweimal etwas zahlen lassen, was bei einem Privaten einen Konflikt mit dem Strafrecht herbeiführen würde. Die Minderheit beantragt deshalb, dass die Wasserkraftabgabe nur bis 31. März 1928 einzuhoben ist.

Im Gemeindebudget spielen die Abgabenertragsanteile eine grosse Rolle. Es sind 112 Millionen Schilling, die die Gemeinde vom Bund bekommt. Das ist das Recht der Gemeinde. Aber was die Mehrheit im Zuge der Wahlbewegung für eine masslose Hetze gegen die Bundessteuern, an der sie in der Still- und Choam beteiligt ist, getrieben hat, das ist zu mindestens unfair zu nennen. Eine derartige Bekämpfung der Steuern, an

deren Ertrag die Gemeinde so stark interessiert ist, müsste man eigentlich mit einem unparlamentarischen Ausdruck belegen.

Wir begrüßen es, dass die Post-Fremdenverkehrsförderung von 400.000 auf 550.000 Schilling erhöht wurde. In der Fremdenverkehrskommission wird nämlich wirklich jede Parteipolitik vermieden und wir würden wünschen, dass auch auf anderen Gebieten der Verwaltung so gearbeitet wird. Gewiss könnten noch eine steuerfiskalische Hindernisse für die Entwicklung des Fremdenverkehrs hinweggeräumt werden. Auch wäre es zweckmässig, in ausländischen Städten Erhebungen über die Besteuerung der Fremden zu pflegen.

Dem Defizit sehen wir mit gewohnter Ruhe entgegen, weil wir wissen, dass so wie das Jahr 1927, auch das Jahr 1928 einen Überschuss bringen wird. Die Lage der Gemeinde Wien wird von Jahr zu Jahr besser, weil Sie die Bereicherungsmethode fortsetzen. Anders steht die Lage, wenn man die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung berücksichtigt. Um das, was sich die Gemeinde bereichert, wird die Bevölkerung ärmer.

Schliesslich erklärt Gemeinderat Zimmerl, dass das Kontrollamt nach Art des Obersten Rechnungshofes umgestaltet werden müsse, weil es heute nur ein Exekutivorgan des Stadtrates Breitner ist. Die Minderheit werde den Kampf gegen das System Breitner und gegen die Politisierung der Verwaltung solange weiterführen, bis die Gemeinde nicht mehr sozialdemokratisch, sondern sozial verwaltet wird. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Wagner (F.L.) vergleicht zunächst die Haltung der Sozialdemokraten im Nationalrat als Opposition und als Mehrheit im Gemeinderat. Die Opposition im Wiener Gemeinderat bemühe sich, sachlich zu kritisieren, während die Opposition im Nationalrat nur krawallisiere und Theaterspiele. Stadtrat Breitner hat seine Ausführungen mit dem üblichen Appell geschlossen. Wir merken aber nicht, dass der Appell des Bundesfinanzministers anlässlich der Budgetberatung bei der Minderheit im Nationalrat jene Wirkung gefunden hat, die bei uns vorausgesetzt wird. Wir werden das Budget nach politischen Gesichtspunkten prüfen und die einzelnen Posten eingehend besprechen. Die Methode der Opposition im Nationalrat aber werden wir nicht nachahmen. Gemeinderat Dr. Wagner spricht dann ausführlich zu den Posten Wohnbauten, Gemeindebau, Gemeinde- und Landesabgaben und schliesslich zu der Post Steuerertragsanteile. Bei den Wohnbauten wird an den alten Finanzierungssystem festgehalten und mit der gleichen politischen Absicht weitergebaut. Der Weg der Enteignung des Hausbesitzes wird weitergegangen. Die Ausgabe für die Gemeindegasse ist die überflüssigste, weil die Gemeindegasse die überflüssigste Institution ist. Die Post hat aber eine symptomatische Bedeutung, sie ist das Symbol des Willens, den Klassenkampf fortzusetzen. Die Überschüsse, die Stadtrat Breitner seit 1923 erzielt, sind blutiger Schweiß, der aus der Bevölkerung herausgeschunden wurde. Das Budget überhaupt zeigt das Gesicht Breitners, das Janusgesicht. Das Gesicht des Voranschlags ist grülich, das Gesicht des Rechnungsabschlusses aber ist ein freundliches und lächelndes. Gemeinderat Dr. Wagner bespricht sodann die Stellung Wiens in Europa. Wien ist in Europa eines der ältesten Kulturzentren überhaupt. Wien hat die Wahl, entweder eine Grossstadt Deutschlands im Osten zu werden, oder ein internationaler Wechsel.

Sie treiben hier eine isolierte Politik. Sie sind ein Vorposten des östlichen Bolschewismus mitten in der alten Kulturlandschaft Europas.

Vorsitzender Hofbauer fragt den Redner, ob er seine Ausführungen noch längere Zeit fortsetzen werde, worauf Gemeinderat Dr. Wagner erwidert, dass er noch ungefähr eine Stunde sprechen werde.

Die Sitzung wird hierauf abgebrochen und Gemeinderat Dr. Wagner wird morgen Dienstag, 4 Uhr nachmittags, seine Rede fortsetzen.

Schluss der Sitzung 10 Uhr nachts.

12 September

12/
12

Wien, am Dienstag, den 13. Dezember 1927.

.....
Die städtischen Schneesäuberungsarbeiten. Die Beseitigung des Schnees aus den Wiener Strassen wird ohne Unterbrechung fortgesetzt. Auch heute wurden wieder 8463 Arbeitslose zu Schneesäuberungsarbeiten aufgenommen; 1007 städtische Schneearbeiter sind mit der Schneebeseitigung beschäftigt. In Betrieb wurden 97 Pferdeschneepflüge und die neue Schneeaufłademaschine gesetzt, deren Arbeit besonderes Aufsehen erregt. Für die Schneeabfuhr werden 20 Lastkraftwagen und 289 fremde Pferdepaare verwendet.

.....
Die Säuglingswäsche-Aktion der Gemeinde Wien. Trotz der Verlautbarungen der Vorbedingungen ^{für} das Erlangen der Säuglingswäsche der Gemeinde Wien unterlassen es viele Frauen, sich rechtzeitig für den Bezug der Säuglingswäsche anzumelden. Es wird daher neuerlich darauf aufmerksam gemacht, dass nur die nach Wien zuständigen und in Wien wohnhaften Frauen Anspruch auf die Säuglingswäsche haben, die sich spätestens im achten oder neunten Schwangerschaftsmonate beim zuständigen Bezirksjugendante für den Bezug der Säuglingswäsche angemeldet haben. Ein Armuts- oder Bedürftigkeitsnachweis ist nicht notwendig. - Nach den bisherigen Anmeldungen gehören die Frauen, die sich um die Säuglingswäsche beworben haben, allen Bevölkerungsschichten an. Seit Beginn der Aktion bis Ende Oktober dieses Jahres wurden schon ^{mehr als siebentausend} Säuglingswäschepakete ausgegeben. Einem Wunsche der Mütter entsprechend, werden nunmehr für Knaben blaue und für Mädchen rosa Babydecken ausgegeben.

.....
Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau. Am 4., 11., 18. und 25. Jänner 1928 finden beim Vermittlungsamte Neubau im Büro des Bezirksvorstehers die Sühneverhandlungen statt. Sie beginnen um 10 Uhr 30 vormittags.

.....
Die sechste Erweiterung des Wiener Zentralfriedhofes. Wie schon gemeldet, wird der Wiener Zentralfriedhof jetzt neuerlich/erweitert. Diese Erweiterung ist die sechste, die der Zentralfriedhof erfährt. Sie erfordert wieder eine Reihe von Herstellungen für die Wasserversorgung u. s. w. Der gemeinderätliche Wohlfahrtsausschuss hat für diese Herstellungen nun insgesamt 62.000 Schilling bewilligt.

.....
Wiener Stadtsenat. Mittwoch um elf Uhr vormittags findet eine Sitzung des Stadtsenates statt. Es wird die Vorlage über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Elektrizitätsarbeiter beraten werden.

Wien, am Dienstag, den 13. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 13. Dezember 1927

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr die Sitzung. Gemeinderat Dr. Wagner (E.L.) setzt sofort seine Ausführungen, die er gestern um zehn Uhr nachts unterbrochen hat, fort. Nach den Erklärungen des Stadtrates Breitner und dem Geist, in dem die Verhandlungen hier geführt werden, zu schliessen, besteht keine Hoffnung, dass das isolierte politische System, das hier im Rathaus geübt wird, das System der rücksichtslosen Mehrheitsherrschaft geändert wird. Gemeinderat Dr. Wagner beschäftigt sich dann eingehend mit einzelnen Gemeindeabgaben. Er bezeichnet die Wohnbausteuerabgabe als eine soziale Steuer, weil sie den Wohnungsaufwand durchgehend besteuert. Die Standabgabe ist die Fürsorgeabgabe, die eine Lohnsteuer ist. Es ist sehr bedauerlich, dass sich fast alle Bundesländer das schlechte Beispiel Wiens zu eigen gemacht haben. Unverständlich aber ist es, dass gerade die Sozialdemokraten an dieser ausgesprochenen Inflationssteuer festhalten. Sie wirkt auf die Produktion verwerfend, sie ist eine Importprämie, die den Ausland gewährt wird. Sie ist auch eine der Mitursachen der Arbeitslosigkeit. Durch das grosse Inspektionsrecht, das mit der schweren Erfassung der Fürsorgeabgabe zusammenhängt, hat sich Stadtrat Breitner zum stillen Kompagnon aller Unternehmungen gemacht. Im Voranschlag für 1928 ist die Fürsorgeabgabe mit 69 Millionen Schilling veranschlagt; 76 Millionen Schilling hingegen sind für Wohnbauten vorgesehen. Es sieht fast so aus, als ob die Fürsorgeabgabe für die Wohnbauten verwendet werde. Wenn ja, dann müsste es dann auf den Wohnbauten heissen: Errichtet aus den Mitteln der Fürsorgeabgabe. Der Redner bespricht sodann die Post Lustbarkeitsabgabe, wobei er insbesondere auf die Lustbarkeitsabgabe der Bundestheater hinweist. Von allen Bundesländern hat nur Wien von den Bundestheatern Vorteile. Das Festhalten an der Abgabepflicht der beiden uralten deutschen Kulturstätten ist eine kleinliche Schmutzerei (Beifall bei der Minderheit). Gemeinderat Wagner bespricht dann die Post Nahrungs- und Genussmittelabgabe, die ebenfalls nach freiem Ermessen vorgeschrieben wird, was der Korruption Tür und Tor öffnet. Er hebt dann die Reformbedürftigkeit der Wertzuwachs-, Fremdenzimmer-, der Anzeigen-, der Hauspersonalabgabe und der Automobilsteuer hervor und schliesst sich hinsichtlich der Wasserkraftabgabe den Ausführungen der christlichsozialen Redner an.

Sodann wendet er sich gegen die Ausführungen des Stadtrates Breitner über die Fortsetzung der Bautätigkeit seitens der Gemeinde Wien. Wenn aus diesen Ausführungen herausgeklungen hat, dass am Mieterschutz auch in Zukunft nicht gerüttelt werden darf, so weisen die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse gerade den entgegengesetzten Weg. Sicher ist, dass die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien nicht in demselben ^{betrieben} Umfange werden kann wie die private Bautätigkeit und daher bedeute die Aufrechterhaltung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde die Aufrechterhaltung der vermehrten Arbeitslosigkeit. Sie haben leider aus dem Mieterschutz ein elendes Politikum gemacht und es ist geradezu eine Infamie, wenn man uns unterstellt, dass wir uns nur um der Interessen der Hausherrn willen in die schwierigen Auseinandersetzungen über die Frage des Mieterschutzes einlassen. Es ist eine volkswirtschaftliche Not-

wendigkeit, dass auch in Wien mitten in Europa die private Bautätigkeit ermöglicht und der normale und gerechte Ertrag des Hauses wieder hergestellt wird, wobei man allerdings mit der grössten Vorsicht vorgehen muss.

Der Redner beschäftigt ^{sich} sodann mit der von sozialdemokratischer Seite und von der ihr nahestehenden Seite aufgeworfenen Frage einer Aenderung der Regierungspolitik und bezieht sich auf die seinerzeitigen Ausführungen des Gemeinderates Kunschak über diese Frage. Auch uns erscheint es richtig, dass eine Zusammenarbeit im Bunde auch ein Zusammenarbeiten in der Gemeinde Wien voraussetzt, wir sehen aber, wenn wir uns die Politik des Voranschlags und die Politik der Mehrheit überhaupt vor Augen halten, keine Tendenz zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit. Wenn Gemeinderat Kunschak seinerzeit gefordert hat,

dass bei den Sozialdemokraten eine andere Einstellung zu den religiösen Fragen eintreten müsse, so müssen auch wir, obwohl uns viele Weltanschauungsfragen von den Christlichsozialen trennen, offen aussprechen, dass uns wannmal die Ruppigkeit des Tons erstaunen macht in welchem oft von Seite der sozialdemokratischen Presse und sozialdemokratischen Redner über diese Dinge gesprochen wird. Wir können uns eine Regierung der Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Nichtsozialdemokraten nur vorstellen, wenn durch ein Gesetz darüber Klarheit geschaffen wird, dass der Terror ^{der} in den Fabriken und Betrieben gegen Angestellte und Arbeiter ausgeübt wird, eine verabscheuungswürdige und daher strafwürdige Handlung sei (Lebhafter Beifall bei der M.). Ehe an eine solche Zusammenarbeit geschritten werden kann, müssten die Sozialdemokraten auch noch eine Reihe anderer Fragen beantworten: ob sie bereit sind, ihre konfiskatorischen Steuern preiszugeben, ob sie darangehen wollen, die Verwaltung zu entpolitisieren, ob sie das Baunopol beseitigen, die Mietenfrage nach den Bedürfnissen der Volkswirtschaft regeln, ob sie der Hetze adieu sagen, ob sie die religiöse und jede ehrliche Meinung ihrer Mitbürger schonen, ob sie die Gemeindefschutzwache und den Schützband auflösen wollen und damit einverstanden sind, dass hinsichtlich der Wacktkörper wirkliche Staatspolitik betrieben wird. Der Redner erklärt zum Schlusse, dass er gegen den Voranschlag stimmen werde (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

St.R. Rummelhardt (E.L.) kommt auf die letzten Ausführungen des Gemeinderates Wagner zurück und bemerkt, die Frage der Koalition könne weder von der Presse noch von einem einzelnen Politiker noch im Gemeinderat überhaupt gelöst werden. Nach der derzeitigen politischen Konstellation in Oesterreich hat einzig und allein die christlichsoziale Partei zu entscheiden, ob es zu einer Koalition kommt oder nicht (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Einheitsliste). Die Verhältnisse, wie sie heute herrschen sprechen absolut nicht dafür. Wir können nur alle vom Herzen wünschen, dass die heutige Koalitionsregierung unter der Führung Seipel recht lange zum Glücke Oesterreichs bestehen bleibt (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.). Wenn gestern Gemeinderat Kunschak daran erinnert hat, es gehe nicht an, dass der Bürgermeister während der Budgetdebatte sich darauf beschränkt, die Sitzung zu eröffnen und sich dann mit seiner Cortège aus dem Saale entfernt, was eine Nichtachtung des Gemeinderates sei, so hat diese Erinnerung nichts genützt, den heute war es ebenso. Gestern war auch während der Rede des Führers der Christlichsozialen keiner der amtsführenden Stadträte im Saal. Solche Verhältnisse sind auf die Dauer unseidlich. Wir können diese Verhältnisse nicht ändern, solan-

ge Sie hier die Mehrheit haben. Allerdings wenn nicht nur die Schwindeleien in Währung sondern wenn alle Schwindeleien korrigiert würden, hätten Sie nicht die Majorität (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Sie sitzen zu Unrecht an der Macht, weil Ihre Herrschaft nur durch Gewalt, durch Terror und wie sich jetzt zeigt, durch Schwindel errungen ist (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

Der Redner beschäftigt sich sodann mit dem Budget und weist darauf hin, dass den Wienern dadurch, dass Land und Gemeinde zusammenfallen, eine Instanz genommen werde. Der Bürgermeister stellt sich gewissermaßen vor den Spiegel und sagt ja und der Landeshauptmann, das Spiegelbild, das aus dem Spiegel schaut, muss auch ja sagen. Die Bevölkerung braucht eine von der Gemeinde unabhängige höhere Instanz. Wir haben uns gegen die Trennung Wiens von Niederösterreich immer ausgesprochen. Heute sieht man klar, dass sie ein Fehler war. Was ist nun neu geschaffen worden? Eine Parce! Ein Landtag, der keine Landtagsabgeordneten hat, denn im Landtag sitzen die Gemeinderäte. Der Landeshauptmann hat nicht einmal einen Stellvertreter, ist also durch die Verfassung unentbehrlich geworden. Am meisten ist dem Landeshauptmann der Stadtsenat zuwider. Dort führt er sehr ungern den Vorsitz und es wird notwendig sein, dass man dort, so wie im Gemeinderat Vorsitzende wählt.

Bürgermeister Seitz: Sie kennen die Verfassung nicht!

Stadtrat Rummelhardt: Ihr beliebtes Mittel durch einen Dialog diese Frage auf ein Nebengeleise zu schieben, verfährt nicht. Sie haben da etwas geschaffen, was nicht Fisch und Fleisch ist. Auch im Voranschlag ist für die Bedürfnisse des Landes nichts vorgesehen. In der Verfassung ist aber ausdrücklich der vermögensrechtliche Charakter des Landes Wien festgesetzt. Das Land hat eine eigene Verwaltung und muss daher auch eine eigene Verrechnung haben. Es ist die höchste Zeit, dass man sich endlich darüber klar wird.

Unverkörpert ist, dass schon bei den Anstellungen der Nachweis der Zugehörigkeit zu einer roten Gewerkschaft und zur sozialdemokratischen Partei verlangt wird. Im Namen der jungen Wiener und Wienerinnen müssen wir fordern, dass unsere Landeskinder ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, wenn sie die notwendige Befähigung dazu haben, in den Dienst unserer Stadt gestellt werden. Es wird immer gesagt, dass kein Bedarf ist. Man hat aber trotzdem vor kurzer Zeit einen Konzeptsbeamten aus Oberösterreich angestellt. Er macht in der Leopoldstadt Dienst, ist natürlich Sozialdemokrat und es ist interessant, dass der Mann mit zwei Vorstrafen angestellt wurde, während alle anderen abgewiesen werden. Der Personalreferent soll darüber Auskunft geben.

Sie sagen immer, dass die Strassenarbeiter und die Reinigungsfrauen übervalorisierte Bezüge haben. Wir gönnen ihnen das, müssen aber verlangen, dass auch die anderen Angestellten, die heute weit untervalorisiert sind, anständige Bezüge erhalten. Sie müssen sich endlich auch entschliessen, ihren Hochmut aufzugeben und nicht allein nur mit Ihren Organisationen verhandeln. Wenn Sie die Koalitionsfreiheit hochhalten, dann müssen Sie auch die anderen Organisationen gleichberechtigt betrachten.

Es ist auch vom Mieterschutz gesprochen worden. Stadtrat Breitner hat gemeint, die Baupolitik der Gemeinde Wien sei das einzige Mittel den Mieterschutz zu sichern. Es ist aber gar niemand da, der den Mieterschutz beseitigen will. Das war nur Ihr demagogischer Wahlwähler. (Beifall bei der Minderheit). Der Mieterschutz bleibt erhalten. Niemand will den Mieterschutz weghaben. Es soll nur ein gerechtes Gesetz geschaffen werden. Es soll nicht sein, dass prächtige Wohnungen spottbillig für reiche Leute zu haben sind, während arme Teufel in nassen Löchern wohnen müssen. Wir wollen eine gerechte Form der Miete. Dass das auch eine Erhöhung der Mietzinse bis zu einem gewissen Mass notwen-

dig macht, ist selbstverständlich, es müssen eben die Sicherungen gegeben sein, dass der arme Teufel diesen Zins bezahlen kann. Es werden sich dann die Arbeitslöhne erhöhen, aber dafür wird die Kreditfähigkeit gestärkt und die Volkswirtschaft gesunden. Die öffentlichen Angestellten müssen wieder das alte Quartiergeld erhalten. Bei der endgültigen Lösung der Mietenfrage, wird der Bund gewiss auch diese Frage ordnen. Man darf nicht nur ein Freund der Angestellten sein, wenn man in der Minorität ist, sondern muss es auch sein, wenn man die Mehrheit hat. (Stadtrat Speiser: Sehr richtig! Ironischer Beifall bei der Mehrheit).

Stadtrat Rummelhardt verlangt dann, dass die Angestellten, die bei den früher üblichen Vorrückungen übergangen worden sind, ein Äquivalent erhalten. Ebenso muss das Versumnis der Gemeinde gegenüber den armen Kriegsinvaliden endlich gut gemacht werden. Es ist eine unerhörte Schande, dass die reiche Gemeinde noch immer nicht für die Opfer des Krieges dasselbe leistet, was das kleinste Bundesland längst tut. Der Hintergrund scheint hier ein rein politischer und kein fiskalischer zu sein. Sie wollen nicht, dass die Männer, die Blut und Leben in dem grossen Kampf für ihr Vaterland aufs Spiel gesetzt haben, auch eine Anerkennung erhalten. Aber diese Männer verdienen die Hochachtung der Bevölkerung und ihres Dienstgebers. (Beifall bei der Minderheit).

Es muss auch verlangt werden, dass den Pensionisten ihr Recht wird. Man muss auch die nach dem Stichtag in Pension getretenen Angestellten die den anderen Angestellten gewährte Stufenverrückung anrechnen. Es wird erzählt, dass dieser grosse Nachteil einvernehmlich mit dem Verband der städtischen Angestellten ausgehandelt wurde. Wenn das richtig ist, dann handelt es sich hier um eine gelbe Gewerkschaft in des Wortes vollster Bedeutung. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

StR. Rummelhardt kommt dann auf die Juliereignisse zu sprechen. Er sagt, es wäre interessant zu wissen, warum die Angestellten im Rathaus am 15. Juli nicht ihre Pflicht erfüllt und ihre Schreibstische verlassen haben. Stadtrat Speiser hat gesagt, es war aus ehrlicher Entrüstung über das Schattendorfer Urteil. Wo ist dann da aber jetzt die hohe Moral und die kochende Volksseele, wo es sich bei den jetzigen Urteilen doch auch um Proletarier handelt. Unsere Meinung ist, dass der Aufstand am 15. Juli in einer Zentralstelle ausgekocht wurde und eine Etappe im Kampf um die Macht in Oesterreich gewesen ist. Sie haben das Volk aufgewiegelt, sie haben also auch die Schuld zu tragen. (Unruhe). Sie müssen es anhören, dass ich hier über die Juliereignisse spreche, denn unsere Leute im Parlament mussten ihre demagogischen Verdrehungen im Parlament über den 15. Juli auch anhören. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Von Strassenbahnern wurden Autos aufgehalten und damit zum Schauplatz der Exzesse gefahren. Ein Teil der Elektrizitätsarbeiter ist gegen die Universität Sturm gelaufen und hat die dort befindliche Sicherheitswache Bluthunde und Trottel beschimpft. Mit Steinen, Sand und Eisenstangen waren sie ausgerüstet; vor solchen Elektrizitätsarbeitern muss man jede Achtung verlieren, sie gehören keine Stunde länger in einem städtischen Betrieb. (Beifall bei der Minderheit). Geradezu ein Verbrechen ist es, wieso Werkzeuge aus städtischen Depots benützt, ja sogar Schneepflüge zum Barrikadenbau verwendet wurden. Die Angestelltenschaft hat die Pflicht, die Werkzeuge zu bewachen. Sie selbst aber habe sie zu Exzessen benützt. Ihre Sache, Herr Stadtrat Speiser, ist es, in den Betrieben eine strenge Untersuchung zu führen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Wir wollen, die Schuldigen wissen. (Beifall bei der Minderheit). In den Juliprozessen haben die Schöffen verurteilt, die Geschworenen frei gesprochen. Sie haben in Ihrer Partei sogenannte Geschworenenschulen und da muss nun untersucht werden, was in diesen Schulen gelehrt wird. Es wurden sogar von den Geschworenen Freisprüche gefällt, wo ein Ge-

stündnis vorlag. Das Interesse der öffentlichen Sittlichkeit erfordert es, dass hier Remeßur geschaffen wird, selbst auf die Gefahr hin, die Geschworenengerichte auf einige Zeit zu sistieren. (Lebhafter, langanhaltender Beifall bei der Minderheit).

Obtin. Dr. Motzko (E.L.) bemängelt zunächst, dass die für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung eingesetzte Post mit 76.000 Schilling zu hoch bemessen sei, da von dieser Post eigentlich die Landesumlage für den Verbrauch von Bier und die Fürsorgeabgabe als Zwecksteuern in Abzug gebracht werden müssen. Wenn man unter Wohlfahrt richtig versteht, dass die Grundlage für ein Gemeinschaftsleben in dieser Stadt und die materiellen Voraussetzungen hierzu geschaffen werden müssen, so bedeuten die Massnahmen der Mehrheit eine absolute Verneinung jeder Wohlfahrt. Solange sich die Mehrheit nicht zu einer ernsthaften Revision ihres Programmes entschliesst wird sie in dem Konflikt, der sich überall offenbart, bleiben als Verwalter aufbauen zu wollen und als Partei in Wirklichkeit zu zerstören.

Ihre Einstellung zu den Fragen der wirtschaftlichen Finanzpolitik hat vermehrte wirtschaftliche Not und eine stärkere Inanspruchnahme der städtischen Mittel für Wohlfahrtspflege zur Folge. Die Mehrheit drängt die arbeitstüchtigen Kreise der Bevölkerung durch Ihre Politik immer mehr in die Fürsorge hinunter.

Ihr Festhalten am Parteizwang und Parteiterror im Personalreferat und in den Betrieben führt nur zu einer Vermehrung der Notfälle. Durch Ihre Steuerpolitik bringt die Mehrheit viele kleine Gewerbetreibende und Kaufleute um ihr Arbeitseigentum, durch Ihren Terror bringt sie viele Arbeiter um ihren ehrlichen Lohn. Sie erweist damit, dass es keinen grösseren Ausbeuter und Kapitalisten gibt, als die gegenwärtige Wiener Gemeindeverwaltung. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Auch auf dem Gebiete der Wohnbaupolitik macht sie nur die Geste des Helfenwollens. Denn auf jede neu zu vergebene

Wohnung reflektieren in Wahrheit vier Parteien. Der Referent dürfte sich nicht darauf berufen, dass die geringere Zahl von Eheschliessungen es ermögliche, dass weniger gebaut wird. Ihre kulturzerstörende Propaganda hat nicht nur die Verringerung der Zahl der Eheschliessungen sondern ein wahres Chaos im Eheleben dieser Stadt herbeigeführt. Auf die Vermehrung der Not im Jahre 1927 nimmt die Mehrheit keine Rücksicht. Die Posten für offene Fürsorge, für Erhaltungsbeiträge und Mietzinsausbühfen werden nicht erhöht. Sie treiben in der offenen Fürsorge rücksichtslose Ersparungen und einseitige Parteipolitik. Ihre Fürsorgepolitik ist aber auch Kulturkampf. Heute noch weigert sich die Gemeinde Wien für ein Kind Pflegegeld zu zahlen, wenn es in eine Anstalt des Caritasverbandes kommt. Wir verlangen hier die klare Antwort auf unsere Frage, was Sie zu einem so einseitigen verantwortungslosen Verhalten in der Fürsorge berechtigt. Ihre ganze Verwaltung ist nicht nur Kulturkampf sondern Kulturhass. Sie fördern Organisationen und eine Propaganda, die schon wegen ihrer Aufmachung eine schwere Beschämung für unsere Stadt sind. Sie liefern dem Freidenkertum bewusst die Jugend aus. Auf die Verdienste, die sich das Freidenkertum um die Hebung der Geistigkeit in Wien erwirbt, dürfen Sie nicht stolz sein. In einer solchen Freidenkerschrift eines Johann Most wird gesagt, dass die "Gottespest" die allerscheusslichste unter allen Geisteskrankheiten ist. (Lebhafte Hört!Hört!Rufe bei der Minderheit). Ueber der Förderung solcher Organisationen vergessen Sie die zwei grossen Aufgaben des Wohlfahrtswesens; die Linderung der Not und die allmähliche Umschaltung der Fürsorge und ihre sinngemässe Angleichung an die Sozialpolitik. Dass heute noch die Anfallspründe neun Schilling im Monate ausmachen, ist ein Skandal. Dann muss der Mann ein Jahr warten, bis er um eine Er-

höhung der Pfründe ansuchen darf. Unterdessen verhungern die Leute. Dann wird die Pfründe bestenfalls um zwei bis vier Schilling erhöht. Sie müssen sich endlich entschliessen, wenigstens den alten, den Siebzigjährigen Menschen sofort die höchste Pfründe zuzubilligen. Um wirklich soziale Fürsorge leisten zu können, müsste eine ehrliche Arbeitsgemeinschaft zwischen öffentlicher und privater Fürsorge gesucht werden. Tatsächlich schliessen Sie aber den Caritasverband überall aus, in der Invalidenfürsorge zum Beispiel suchen Sie nur eine Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Landesverband, während jede Zusammenarbeit mit dem Reichsbund der Kriegsoffer abgelehnt wird. Wir verlangen hier wirkliche Neutralität. Solange Sie nicht in der Sozialpolitik eine entscheidende Wendung vollziehen, werden Sie uns in der schärfsten Kampfstellung finden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Pfeiffer (E.L.) gibt zunächst dem Wunsche Ausdruck, dass das Listenwahlrecht für den Gemeinderat sobald wie möglich abgeschafft werde, da ein Listenwahlrecht für einen Verwaltungskörper, in dem man Fachleute braucht, ein Unding sei und ein solches Wahlrecht eine gewisse Sesshaftigkeit auf Mandate zur Folge hat. Er bezeichnet es als bedauerlich, dass die Funktionäre an der Spitze der Gemeindeverwaltung sich ausschliesslich als Parteilaute fühlen. Dass der Bürgermeister auf dem vorjährigen sozialdemokratischen Parteitag in den Ruf nach Aufrichtung des Proletariates eingestimmt hat, sowie dass er sich in seiner Antrittsrede ausschliesslich als Parteipolitiker bekannt hat, sei ein Fehler. Der allergrösste Fehler sei aber, die Haltung des

Bürgermeisters nach den Ereignissen des 15. Juli. Es sei die Aufgabe des Bürgermeisters sich auf die Seite derjenigen zu stellen, die Ruhe und Ordnung in dieser Stadt wünschen. Wenn der Bürgermeister das nicht getan, sondern gegen den Polizeipräsidenten Schober die schwersten Angriffe erhoben hat, so ist das mit seiner Stellung nicht vereinbar.

Auch Stadtrat Breitner hat wiederholt Aeusserungen getan, die mit seiner Stellung als Finanzreferent nicht vereinbar sind. So hat er sich auch bei seiner Budgetrede auf den Standpunkt des Parteipolitikers gestellt und erklärt, er werde das sozialdemokratische Wahlprogramm durchführen. Wir erheben dagegen den schärfsten Protest, weil Breitner nicht Beauftragter der sozialdemokratischen Partei ist, sondern ein Beauftragter des Gemeinderates. Eine solche parteipolitische Einstellung führender Persönlichkeiten müssen wir ablehnen. Gemeinderat Pfeiffer kritisiert sodann verschiedene Posten des Voranschlages. Ganz besonders tadelt er die Subventionspolitik der Gemeindeverwaltung, wobei er erklärt, dass das Subventionschaos nicht länger mehr ertragen werden kann. Er verlangt, dass die Minderheit über alle Subventionsansuchen unterrichtet werde und dass ihr einmal im Jahr alle Subventionsansuchen vorgelegt werden. Der Redner streift dann die Koalitionsfrage und schliesst seine Ausführungen mit der Bemerkung, dass er kein Vertrauen zum Bürgermeister habe, weil dieser immer den Bürgermeister hinter den sozialdemokratischen Parteimann stelle, dass er kein Vertrauen zum Finanzreferenten habe, weil dieser der Exponent der sozialdemokratischen Partei sei, und dass er schliesslich auch kein Vertrauen zur Mehrheit habe, weil diese mehr auf das bolschewikische Russland vertraue, als auf das Bruderreich Deutschland. Deshalb lehne er auch den Voranschlag ab. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Broczyner (Soz. Dem.) berichtet über eine Abänderung der Verwaltungsgruppe II des Voranschlages, die die dreissig Millionen Dollar-Anleihe erfordere. Er stellt den Antrag, die Abänderung zu genehmigen

GR. Holubak (E.L.) nimmt ebenfalls in längeren Ausführungen dem Voranschlag Stellung. Er vergleicht die Tätigkeit der Christlich-sozialen Gemeinderatsmehrheit mit der Arbeit der Sozialdemokraten und erklärt, dass die Aufbautätigkeit der Christlichsozialen nur durch den Krieg gehemmt wurde, der schliesslich den Sozialdemokraten zur Herrschaft verhalf. (Stadtrat Rummelhardt: Sie sind politische Kriegsgewinner!) Der Grundton jeder Politik der Sozialdemokraten wird vom Parteiinteresse beherrscht, obwohl den 600.000 Stimmen der Sozialdemokraten 450.000 Stimmen der Parteien der Einheitsliste gegenüberstehen.

Der Redner wendet sich gegen die Fürsorgeabgabe, die Nahrungs- und Genussmittel-, die Kraftwagen-, die ^{Aus}gehilfenabgabe, sowie gegen die Besteuerung des Luxusgewerbes als Arbeiterfeindlich. Im Besprechen der Wohnbausteuer, erklärt Redner, niemand wolle den Mieterschutz aufheben, wir wollen nur eine sachliche Regelung der Mietenfrage, die von den Sozialdemokraten anderer Länder mit weit grösserem Verständnis behandelt wird, als von unseren Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten müssen das Schlagwort aufgeben, dass sie durch ihre Steuerpolitik die Arbeiterschaft schonen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie müssen in den Gemeindebetrieben wirklich die Koalitionsfreiheit herstellen, was Sie von jedem Ausbeuter verlangen. Der Redner schliesst mit der Bemerkung, dass Not und Elend in Wien zum grossen Teile eine Folge der Steuerpolitik der Gemeinde sei. Die christliche Arbeiterschaft, die schwer unter dem Terror zu leiden habe, hoffe doch, dass einmal der Tag der Befreiung kommen wird und dass das Märchen vom Roten Wien der Vergangenheit angehören wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Einheitsliste).

GR. Uebelhör (E.L.) erinnert an die Verdienste, die sich Lueger um die Förderung des Gewerbestandes erworben habe. Demgegenüber habe die sozialdemokratische Partei es in ihren Programmen an jeder Stellungnahme zu den Gewerbetreibenden fehlen lassen. Der Redner hebt die Nachteile hervor, die Aufrechterhaltung des öffentlichen Bautätigkeit für den Gewerbestand habe. Der Hauptnachteil den der Mieterschutz dem Gewerbe bringt, ist die Entwertung des Realbesitzes, der früher die wichtigste Grundlage für den Kredit an die Gewerbetreibenden bildete. Ausserordentlich wichtig für den Gewerbestand ist eine Reform des Steuerwesens, insbesondere der Fürsorge-, der Lustbarkeits-, der Nahrungs- und Genussmittel-, der Fremdenzimmer- und der Anzeigenabgabe. Er verlangt eine weitere Ermässigung der Steuer für Kleinautos und bringt schliesslich den Wunsch vor, dass in Zukunft die Vergebung von Arbeiten im Wege öffentlicher Ausschreibungen erfolgen möge und dass eine von der Gemeinde unabhängige zweite Instanz geschaffen werde. Beides liege im Interesse des Gewerbestandes. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

Stadtrat Breitner bemerkt, von der Minderheit seien alle Steuern mit Ausnahme der Hundeabgabe als schädlich hingestellt worden, ohne dass auch nur ein Redner erklärt hätte, wie nach Abschaffung dieser Steuern die Gemeinde ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen könnte. In einer Erwiderung auf die Ausführungen des GR. Kunschak stellt Stadtrat Breitner fest, dass der weitaus grösste Teil der Investitionen des Bundes dem Bundesländern zugute komme, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Wien vornehmlich auf die Investitionen der Gemeinde zurückzuführen sei. Unrichtig ist es, dass die Gemeinde durch die Altersrenten ein Geschäft macht. Von dem am 1. Oktober 1927 im Bezug eines Unterhaltsbeitrages stehenden 312 Personen ist keinem der Unterhaltsbeitrag gestrichen worden. Selbst wenn dies geschehen wäre, würde dies nur einen Betrag von 56.000 Schilling ausmachen, während der Beitrag der Gemeinde zu den Altersrenten über drei Millionen Schilling beträgt. (Hört! Hört! bei der Mehrheit).

von

Dass den in Heimen befindlichen Rentnern, über die die Gemeinde die vol-

le Obhut übernimmt, ein Teil ihrer Renten und zwar nicht nur der Altersrenten an die Gemeinde abgetreten wird, ist gewiss gerechtfertigt.

Das Mietenproblem ist gewiss ein volkswirtschaftliches Problem und nur in dem Sinne ein politisches, weil die politischen Parteien zu den volkswirtschaftlichen Problemen eine verschiedene Einstellung haben. Es gibt politische Parteien, denen das Heiligtum des Privateigentums und solche, denen das Wohlergehen der Masse das Bestimmende ist. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Wir sind der Anschauung, dass unsere Volkswirtschaft die Last der Erhöhungen infolge des Mieterschutzes nicht aushalten kann und dass wir an dem Mieterschutz solange festhalten müssen, bis auf allen Gebieten die Mieten in den Reallohn eingebaut sind. Gegenüber dem Gemeinderat Kunschak stellt ferner Stadtrat Breitner fest, dass die Aufnahme von Anleihen im Auslande immer nur ein notwendiges Übel sei, da der Tatsache des Einfliessens von neuen Kapitalien, der Zwang der Zurückzahlung in einer langen Reihe von Jahren gegenüberstehe. Was die Russlandaktion betreffe, wäre, selbst wenn sie keinen Erfolg hätte, zu einer Genugtuung kein Anlass. In Wirklichkeit sind bisher bereits Geschäfte bis zu 500.000 Schilling angemeldet und die Haftung der Gemeinde dafür erklärt worden. Im Uebrigen müsse man abwarten. Jedenfalls hat die Gemeinde alles getan, um den Export nach Russland zu fördern. Hinsichtlich der Nahrungs- und Genussmittelabgabe giete das freie Ermessen gewisse Möglichkeit zu einer Kritik. Es gehe aber nicht an, den einfachsten Verbrauch gleichhoch wie den grössten Luxusverbrauch zu besteuern, ein Vorgang, der übrigens für die Gemeinde einträglicher wäre. Bei den Bundessteuern spiele im Ubrigen das freie Ermessen eine viel grössere Rolle als bei den Gemeindesteuern. Bezüglich der Steuerrückstände von Theatern ist es gelungen bei einzelnen gute Abmachungen über die Abstattung zu treffen. Auch bei der Volksoper wird es möglich sein, wenn sich ein kapitalstärkter Bewerber findet. Die Steuer für die Staatstheater betrage nur ein Zehntel des Defizits dieser Theater, sei also im Verhältnis zu dem Defizit keine besondere Grösse. Die Staatstheater sind gegenüber den Privattheatern darin bevorzugt, dass sie von der Wohnbausteuer und der Fürsorgeabgabe befreit sind, Beträge, die ungefähr der Lustbarkeitsabgabe gleich sind. Ich will nur wieder die seinerzeitige Aeusserung des Herrn Bürgermeister wiederholen, der gesagt hat, wenn die Bundesregierung der Anschauung ist, dass die Ausgaben für die Bundestheater eine unerträgliche Last im Budget darstellen, so möge sie mit uns in Verhandlungen eintreten und wir werden für die notwendigen Mittel für die beiden Theater entsprechend ihrer Vergangenheit und ihrer Kulturwirksamkeit vorsorgen. Wenn Gemeinderat Rummelhardt bedauert hat, dass Wien und Niederösterreich nicht mehr zusammengehören, so kann ich nur sagen, dass die Trennung eine historische Notwendigkeit gewesen ist. Die Trennung ist auch in der Verfassung verankert und im Nationalrat hat Dr. Seipel darüber selbst referiert. Ich verahre mich auch gegen die Behauptung, dass Wien wegen des Anteiles an den Ertragsabgaben gegenüber dem Bund undankbar sei. Wir haben eine Reihe von wertvollsten Steuerrechten abgetreten, wir haben gar keinen Grund dankbar zu sein, weil ja ein Rechtsanspruch besteht. Das Budget wurde mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit erstellt und wenn hier der Abgang von 36 Millionen Schilling in Zweifel gezogen wurde, so ist es kein Unglück, wenn der Rechnungsabschluss einen Ueberschuss aufweist. Ich bitte die Verwaltungsgruppe II zu bewilligen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Nach tatsächlichen Berichtigungen der Gemeinderäte Zimmerl und Kunschak auf das Schlusswort des Stadtrates Breitner wird der Voranschlag der Verwaltungsgruppe mit dem Abänderungsantrag Broczyner's genehmigt. Die Abänderungsanträge der Minderheit werden abgelehnt. Schluss der Sitzung um zehn Uhr abends. Morgen wird in der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Personallangelegenheiten eingegangen, die amführender Stadtrat Speiser einleiten wird.

Wien, am Mittwoch, den 14. Dezember 1927.

Warnung vor unbefugten Verkäufern von Broschüren der Gemeinde Wien. Es hat sich in der letzten Zeit wiederholt ereignet, dass Geschäftsleute angerufen und im Namen des Wiener Magistrates zum Ankauf von Broschüren der Gemeinde Wien aufgefordert werden. Kurz darauf werden die Geschäftsleute von einem Mann besucht, der ihnen verschiedene Broschüren zum Preise von sechs bis zwölf Schilling zum Kauf anbietet. Es wird nun darauf aufmerksam gemacht, dass die Gemeinde Wien diesem Vorgehen vollkommen ferne steht und niemand zum Verkauf von Broschüren beauftragt hat. Es liegt im eigenen Interesse der Firmen, solche unbefugte Broschürenverkäufer anhalten zu lassen. Die bei Firmen in irgend einer Angelegenheit auf dienstlichen Auftrag versprechenden Personen sind immer mit Legitimationen ausgestattet.

Fortsetzung der Schneesäuberungsarbeiten. Die Beseitigung des Schnees aus den Wiener Strassen wird ohne Unterbrechung fortgesetzt. Auch heute wurden wieder 7393 Arbeitslose zu Schneesäuberungsarbeiten aufgenommen. Bis heute wurden insgesamt über 32.000 Arbeitslose beschäftigt. 1071 städtische Strassenarbeiter beschäftigen sich heute mit der Schneebeseitigung. In Betrieb wurden zur Schneesabfuhr 33 Lastkraftwagen und die neue Auflademaschine, die vorzüglich arbeitet, gesetzt. Ausserdem wurden 335 fremde Pferdepaare verwendet.

Die Einäscherungen in der Feuerhalle der Stadt Wien. Im Krematorium der Stadt Wien wurden im November 217 Verstorbene eingeäschert. Von diesen waren 141 Männer und 76 Frauen. Der römisch-katholischen Kirche gehörten 121, der evangelischen 21, der mosaischen 19 und der altkatholischen Kirche 6 an. Konfessionslos waren 50 Eingeäscherte. Kirchliche Einsegnungen wurden im November in der Zeremonienhalle des Krematoriums 72 vorgenommen. Von den 217 Verstorbenen waren 15 von Orten ausserhalb Wiens.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung wird in den nächsten Tagen in Ottakring in der Klausgasse, Kreitnergasse, Hubergasse, Reinhardtgasse und in der Bachgasse, in Favoriten in der Triesterstrasse sowie auf dem Neubau in der Seidengasse und Bandgasse die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt werden.

Schaffung von eigenen Gräbern auf dem Hetzendorfer Friedhof. Die Beerdigungen auf dem Hetzendorfer Friedhof nahmen in der letzten Zeit so stark zu, dass der Vorrat an eigenen Grabstellen erschöpft wurde. Der gemeinderätliche Ausschuss für Wohlfahrtswesen ^{hat nun} die Schaffung von eigenen Gräbern in zwei Gruppen von Einzelgräbern genehmigt, die schon verfallen sind.

Wien, am Mittwoch, den 14. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 14. Dezember 1927

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES

1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr die Sitzung. Es wird sofort in die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten eingegangen. Von der Minderheit sind hierzu acht Redner eingetragen. Das einleitende Referat hält amtsführender Stadtrat Speiser. Er führt aus: Der Gesamtpersonalaufwand, der im Budget dieser Verwaltungsgruppe enthalten ist, macht etwa 170 Millionen Schilling aus. Bei dieser Summe ist der Personalaufwand der städtischen Unternehmungen nicht berücksichtigt. Der Aufwand für Beamte und Arbeiter der städtischen Unternehmungen wird im Voranschlag der Verwaltungsgruppe für die städtischen Unternehmungen angeführt. Die Stadt Wien veranschlagt also für das Jahr 1928 die Ausgaben für das Personal der Hoheitsverwaltung, des Schulwesens und jener städtischen Betriebe, die mit der Hoheitsverwaltung in engsten Zusammenhang stehen, Fuhrwerkebetrieb, Strassenpflege und Kehrriemabfuhr, Lagerhaus, Märkte, Schlachthöfe, Bäder, Dampfwäscherei, Wasserversorgung, Friedhöfe, Baustoffbetriebe, Kanalaräumung usw.) mit rund 170 Millionen Schilling. Von dieser Summe werden für die im aktiven Dienst stehenden Angestellten etwa 128²/₅ Millionen Schilling und für die Pensionsparteien etwa 41⁵/₅ Millionen Schilling ausgegeben. In der Summe für die aktiven Angestellten stecken die Kosten der gewählten Mandatäre in Gemeindevertretung, Bezirksvertretung und Fürsorgeinstituten mit rund 0⁶/₆ Millionen Schilling. Die Bezüge der in der eigentlichen Hoheitsverwaltung (Ämter und Kanzleien) beschäftigten Angestellten machen 27²/₂ Millionen Schilling aus, die Bezüge des Schulpersonals betragen 40²/₂ Millionen Schilling, die Bezüge der Angestellten der in Betriebsform geführten Verwaltungszweige (Wohlfahrtsanstalten und Betriebe) 58¹/₁ Millionen Schilling. Für Dienstkleider, Beiträge zur Sozialversicherung und Angestelltenfürsorge gibt die Stadt rund 2⁴/₄ Millionen Schilling aus. Von den Ausgaben für Pensionisten von 41⁵/₅ Millionen entfallen für eigene Pensionsparteien rund 37³/₃ Millionen Schilling, für die nach der Trennung von Wien und Niederösterreich verbliebenen gemeinsamen Pensionisten und für eine kleine, übernommene Pensionistengruppe rund 4²/₂ Millionen Schilling.

Die Bezüge der aktiven Angestellten werden laut Voranschlag im Jahre 1928 um 14³/₃ Millionen Schilling oder um 12⁶/₆ Prozent, die Bezüge der Pensionsparteien um 2⁷/₇ Millionen Schilling oder sieben Prozent steigen, so dass hiefür insgesamt eine Erhöhung der Voranschlagsziffer für 1928 um rund 17 Millionen Schilling oder 11¹/₁ Prozent entsteht.

Stadtrat Speiser führt nun die einzelnen Massnahmen an, durch die im Jahre 1927 die Lage der städtischen Angestellten verbessert wurde. Er verweist insbesondere auf die Regulierung, die mit 1. Jänner 1927 für die Dienstordnungsangestellten in Kraft getreten ist und deren wichtigster Inhalt die Auszahlung je eines halben Monats^{Monats-}gehaltes zum Urlaub und zu Weihnachten war. Die Schaffung einer eigenen Kreditstelle für die Angestellten, die auch den Arbeitern und Angestellten der Unternehmungen zugänglich ist, hat die Verwendung von bisher 3⁶/₆ Millionen Schilling zu einem sechsprozentigen Zinsfuss ohne jede Nebengebühr, Bürgen oder Pfizen

möglich gemacht. Die Kosten der Verwaltung trägt die Gemeinde allein. In einer Reihe von Angestelltengruppen sind Verbesserungen erfolgt. Auch das Arbeitsverhältnis jener Kollektivvertrügler, die bei der Hoheitsverwaltung beschäftigt sind, wurde verbessert. Insbesondere sind die Arbeiter des Kanalaräumungsbetriebes und der für die städtischen Anstalten arbeitenden eigenen Bäckerei in die Pensionskasse einbezogen worden.

Die Personallasten haben sich ungefähr auf der Höhe des Vorjahres erhalten. Eine kleine Steigerung ist durch Standesvermehrung in den Wohlfahrtsanstalten, im Jugendamt, im Gesundheitsamt und im technischen Dienst, sowie durch die Errichtung der Gemeindevache erfolgt. Diese Standesverwaltung ist aber zum grossen Teil durch Standesverminderungen bei der Schule, bei der maschinisierten Strassenpflege und durch eine Betriebsreform bei der Kanalaräumung ausgeglichen worden. Im allgemeinen kann man wohl sagen, dass sich nach einer achtjährigen Reformarbeit in den Kanzleien, Schulen und Betrieben jetzt eine Stabilisierung des Standes ergeben hat. Die Ueberszahl von Angestellten aller Art, die nach dem Krieg vorhanden war, hat sich auf das normale und unbedingt notwendige Ausmass reduziert, ohne das gewaltsame Abbaumittel angewendet wurden.

Die Reformarbeit darf natürlich nicht zum Stillstand kommen. Der Zweck der weiteren Reformen wird sein, noch mehr als bisher den Aktengang zu beschleunigen und der Bevölkerung einen möglichst rasch und gut arbeitenden Verwaltungsapparat zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei der Mehrheit.) Auf diesem Gebiet haben sich schon bisher in aller Stille Änderungen vollzogen und es ist einvernehmlich mit dem Personal gelungen, eine stets anschwellende Verwaltungsreformarbeit zu leisten. Auch in Zukunft sollen durch Verwaltungs- und Betriebsreformen weitere Verbesserungen erzielt werden, die zur Vermehrung des Personals in jenen Verwaltungszweigen, die im Ausbau sind (Wohlfahrtswesen usw.), verwendet werden sollen. Die gleiche Tätigkeit vollzieht sich auch in den der Hoheitsverwaltung nicht unterstehenden städtischen Unternehmungen. Die grösste Betriebsreform des vergangenen Jahres war die im Gas- und Elektrizitätswerk. In diesen Unternehmungen wurde zum erstenmal versucht, kontinuierliche Betriebe im reinen Achtstundendienst zu führen. Dadurch kommt der Nutzen des Achtstundentages auch den Arbeitern dieser Betriebe zugute und es konnte und kann eine nicht unbeträchtliche Anzahl Arbeitsloser in diesen Betrieben aufgenommen werden. Auch in den städtischen Unternehmungen arbeiten die Personalvertreter und Betriebsräte an dem Werk der Reorganisation eifrig mit.

Redner bittet um Annahme des Voranschlages seiner Verwaltungsgruppe (Lebhafter Beifall).

GR. Geschlädtschlädt bemerkt, das Ziel der Wiener Gemeindeverwaltung müsste sein, sich in die Verwaltungspolitik des Bundes einzupassen. Gerade die Wiener Politik müsste spezifisch österreichische Politik sein. Das Ziel der heutigen Gemeindepolitik ist dagegen, das bestmögliche Geschäft für die sozialdemokratische Partei zu machen, und den Angestellten der Gemeinde wird zu verstehen gegeben: nütze dem politischen Geschäft, so nützt Du Dir selbst! Die Angestelltenschaft, die von der heutigen Mehrheit übernommen wurde, war ein Elite korps in jeder Beziehung. Wenn früher die Beamten wirtschaftliche Besserstellung erstrebten, zerbrachen sie sich den Kopf darüber, wie die Erfüllung ihrer Forderung mit dem Budget in Einklang gebracht werden könne. Heute sagt man den städtischen Angestellten, dass sie sich in nichts von der Arbeiterschaft unterscheiden, dass sie Proletarier sind, die ihre Arbeitskraft zu verkaufen und dafür den höchsten Lohn herauszuschinden haben. Namens aller derer, die in seiner Gewerkschaft organisiert sind und der vielen, die innerlich zu dieser Gewerkschaft stehen, protestiere er gegen diese Auffassung und stelle demgegenüber fest, dass die Angestellten zufolge der von ihnen eingegangenen Verpflichtung zur Hingabe an den öffentlichen Dienst den sittlich rechtlichen Anspruch - und das ist ihr Kapital, das sie vom

Proletarier unterscheidet - auf eine angemessene Lebensversorgung für sich und ihre Familie haben. Das Elitekorps von einst wurde zertrümmert und wo es nicht ging, depriviert. Zum Beispiel ist das städtische Bauamt seiner Selbständigkeit entkleidet und zu einem Handlanger von verschlachten und korrupten Bauunternehmungen herabgewürdigt worden. Wie es mit dem Konzept steht, zeigen einige Beispiele. Nach einer Bestimmung der Gewerbeordnung haben von dem Ergebnis von Straftatbeständen, die z.B. Genossenschaften, Handelskammern u.ä.w. auf Anzeigen von öffentlichen Körperschaften/durchgeführt werden, die Anzeigeleger verständigt zu werden. In einem Erlass wird dies auch auf die Gewerkschaften ausgedehnt und in einer vertraulichen Interpretation des Erlasses gesagt, dass darunter die freien Gewerkschaften zu verstehen sind. (Hört! Hört! bei der Minderheit). Oder bei der Magistratsamt V, der ich als Beamter zugewiesen bin, wird ein Disziplinarfall gegen einen Beamten anhängig. Als der Magistratsdirektor davon erfährt, sagt er: Dort beim Magistratsamt V ist ja mein Freund Geschlät! Sie Thüre, könnte das Kontrollamt nicht vielleicht dem Herrn Geschlät ein kleines Feuer anzünden (Lebhafter Hört! Hört! Rufe bei der Minderheit). Was ist die Führung der Geschäfte durch den Magistratsdirektor. Was geht es den Magistratsdirektor an, dass ein Beamter auf einem ganz anderen Gebiete, nicht im Dienste eine Stellung einnimmt, die ihm nicht sympatisch ist.

Wie alle anderen Ämter ist auch das Konzeptionsamt in dem grossen Wurstkessel des Gemeindestatus verschwunden. Seitdem die Personalverwaltung der Gemeinde in sozialdemokratischen Händen ist, sind die Angestellten verklagt. Sie werden aber den Vormarsch der christlichen Gewerkschaft nicht aufhalten und die Idee der christlichen Weltanschauung nicht erschlagen können. Es wird der Tag kommen, wo wir auf den Plan treten und uns unser Recht verschaffen werden. Selig wird der Tag sein, an dem die Angestellten frei sein werden in ihrer politischen Ueberzeugung in der Wahl ihrer Organisation, frei sein werden von jedem Zwang und von jeder Gewalt. Ich rufe den Gemeinderat Rader auf, mit mir gemeinsame Sache zu machen in der Befreiung der städtischen Angestellten. (Beifall bei der Minderheit).

Am 19. November hat der Verband dem Personalreferenten seine Forderungen überreicht. Und am nächsten Tag schon hat Stadtrat Speiser in der Arbeiterzeitung geschrieben, dass die Gemeindeangestellten verhältnismässig glänzend gestellt und ihre Bezüge sogar schon übervaloriert sind. Das ist der Versuch, die Angestellten vor der breitesten Öffentlichkeit zu diskreditieren. (GR. Untermüller: Speiser hat schon die Manieren des Industriellenverbandes!) Stadtrat Speiser hat mit Ziffern jongliert, mit denen ihn der Magistratsdirektor hineingelegt hat. Das Ergebnis eines solchen Systems ist ein fürchterliches. Aus ehemaliger Dienstesfreude ist in tausenden von Fällen Unlust und reine mechanische Dienstesanwesenheit geworden. Wir sind deshalb gegen den Personalreferenten mit grösstem Misstrauen erfüllt und lehnen daher den Voranschlag der Gruppe für Personalangelegenheiten ab. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

GRin. Schlössinger (E.L.) bespricht die Personalpolitik im Schulwesen. Die Wiener Lehrerschaft kann auf eine gute Tradition zurückblicken, sie war immer ein Elitekorps, hat stets viel auf Standesehre gehalten, war erfüllt vom eifrigen Bestreben, sich fortzubilden war erfüllt von der Heiligkeit der Schule. Sie hat bei der Einführung der Schulreform ihre Feuerprobe bestanden. Die Worte der Anerkennung aber, die Sie dafür gefunden haben, klingen wie Hohn, wenn man die Taten der Personalverwaltung betrachtet. Die Personalversetzungen ten durch die Lehrerversetzungen das Ideal der Schule systematisch zugrunde und sie begehen dadurch ein bewusstes Verbrechen an die Lehrer an die Kinder und an der Schule. Die Massenversetzungen unserer

Lehrer sind nur parteipolitische Verfolgungen im Kulturkampf um unsere Schulen, sie sind bewusste Schädigungen unseres Schulwesens. Die Rednerin führt zahlreiche Beispiele von Versetzungen christlicher Lehrpersonen an. Ein Volksschullehrer mit 32 einhalb Dienstjahren wurde versetzt, weil er die Kinder in sittlich religiösem Geist erzog (Hört! Hört! bei der Minderheit). Ebenso eine Bürgerschullehrerin, obwohl sie die einzig geprüfte Lehrerin ihrer Fachgruppe war und an ihre Stelle wurden zwei ungeprüfte Lehrerinnen gesetzt (Hört! Hört! Rufe bei der Minderheit). Dagegen kommt man den sozialdemokratischen Lehrkräften sehr entgegen. Der Volksschullehrer Gatterer zum Beispiel, ein Mitglied des Zentralvereins durfte sich die Schule aussuchen, in die er versetzt wurde. (Hört! Hört! bei der Minderheit) und er hat sich bezeichnender Weise die Schule in der Johannesgasse ausgesucht, wie es überhaupt merkwürdig ist, dass sich sozialdemokratische Lehrer mit Vorliebe in die inneren Bezirke versetzen lassen. An einer Mädchenschule im XVI-Bezirk, wo es sich um die Anstellung von drei Lehrkräften handelte, wurden zu diesem Zweck achtzehn Versetzungen vorgenommen (Hört! Hört! bei der Minderheit). Es gibt christliche Lehrkräfte die jedes Jahr versetzt werden wie zum Beispiel die Lehrerin Soukup, eine Lehrerin, die mit den Schülern gebetet hat wurde deshalb versetzt und zwar in eine jüdische Schule und in eine Klasse in der nur drei katholische Schüler sind (Hört! Hört! bei der Minderheit). Man will auf diese Weise die christlichen Lehrkräfte niederzwingen und so die Entchristlichung der Schule vollends durchführen. In der jüngsten Zeit wurde von einigen Schulleitern ein Kampf gegen die Kreuzbilder eröffnet. Nach der Schulordnung müssen die Schulleiter für die Erhaltung des Inventars sorgen und schon als ein einfaches Inventarstück hat das Kreuzifix in der Klasse seinen Platz. Für uns ist aber das Kreuzifix nicht ein einfacher Inventargegenstand, sondern ein Gegenstand der Verehrung und ein Symbol unserer Weltanschauung, in der die katholischen Eltern ihre Kinder erziehen wissen wollen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Man spricht immer von einem Zwang zu religiösen Übungen vergisst aber, dass vielmehr Zwang auf der anderen Seite geübt wird. Zum Beispiel hat eine Lehrerin in der Bischofgasse die Kinder geradezu gezwungen das Schu gebet zu unterlassen und hat an seiner Stelle das Lied von den zehn Negerlein gesetzt (Hört! Hört! bei der Minderheit). Dafür ist sie nicht etwa in Disziplinaruntersuchung gezogen, sondern durch eine Stufenverrückung prämiert worden. (Neuerliche Hört! Hört! Rufe bei der Minderheit). Das ist nicht Jugendbildung, sondern offene Revolutionierung unserer Jugend und dann darf man sich nicht wundern, dass die Jugend jeden Halt verliert und dass wie die amtlichen Ausweise ergeben, sich die Zahl der sittlichen Vergehen gerade unter der Jugend so sehr vermehrt. Die Rednerin wendet sich gegen das Lehrerdienstgesetz, das sie als ein Verklavungsgesetz bezeichnet, urgiert die Aktivierung der Personalvertretung für die und Lehrerschaft, verlangt eine stärkere Berücksichtigung der Lehrerinnen bei Leiterposten. Sie wendet sich dagegen, dass zuviel Schulklassen aufgelassen werden, kritisiert die Ueberlastung der Handarbeits- und Französisch-Lehrerinnen und fordert Massnahmen zur Behebung der Not der Junglehrer nach deutschem Muster. Schliesslich bezeichnet sie es als eine Ungerechtigkeit, dass die Katecheten in Wien fünf Religionsstunden in subsidia- rischen Verdienst unentgeltlich erteilen müssen und verlangt, dass diese wie in den anderen Bundesländern dafür honoriert werden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Stöger (E.L.): meint, dass es sehr fraglich sei, ob Stadt- rat Speiser wirklich auf die Valorisierung der Bezüge der städtischen Angestellten hinarbeite, obwohl es doch Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung sein soll, die Verproletarisierung der städtischen Angestellten zu verhindern. Die Angestellten haben jetzt doch das Recht, dass die Versprechungen, die ihnen im April 1919 gemacht wurden, nun eingelöst werden. Die Finanzlage Wiens hat sich sehr gebessert und die Rolle Breitners als armer Jonathan wirkt daher abstoßend. Aber wie überall, so drücken auch hier die Sozialdemokraten die Löhne herab. Beim Steigen der Macht der Sozialdemokratie sinken die Löhne und erhöht sich die Arbeitslosigkeit. Gemeinderat Stöger vergleicht dann das System der Anshilfen und Darlehen bei der christlichen Stadtverwaltung und bei der heutigen, er streift die Winexpresse, wobei er die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses in der Winexangelegenheit mit den Freisprüchen vergleicht, die jetzt in den Juliprozessen erfolgen, von denen der Adner meint, es scheine, dass die Geschworenen selbst bei den Juliereignissen beteiligt waren und daher jetzt die geständigen Angeklagten nicht recht verurteilen können. Seine weiteren Ausführungen gelten dann dem Prozessen städtischer Angestellter vor dem Strafgericht und den Prozessen städtischer Angestellter gegen die Gemeindeverwaltung, die so treffend den Unterschied zwischen der Behandlung der städtischen Angestellten von einst und jetzt zeigen. Seine Rede beendend, sagt Gemeinderat Stöger, dass auf den Trümmern des Terrors der sozialdemokratischen Herrschaft die Freiheit der städtischen Angestelltenschaft wieder erblühen werde. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Roder (Soz. Dem.) erklärt, dass es sehr bedauerlich ist, wenn die städtischen Angestellten und Arbeiter in öffentlicher Gemeinderatssitzung von der Minderheit beschimpft werden.

Rufe bei der Minderheit: Das ist eine Verleumdung!

GR. Preyer (E.L.): Ihr gehört auf die Anklagebank, Ihr habt die Leute verhetzt!

GR. Roder: Mit aller Entschiedenheit müssen die städtischen Angestellten gegen die Beschimpfung protestieren, dass ihr Verband eine gelbe Gewerkschaft ist. Die Minderheit sollte das schon deshalb nicht sagen, weil viele von ihren Parteiangehörigen diesem Verband angehören. Heute umfasst der Verband der städtischen Angestellten 98 Prozent der Gemeindebediensteten. In diesem Verband haben alle Parteien Platz.

GR. Preyer (E.L.): Sie waren doch selbst bei den Christlich sozialen Vertrauensmann!

GR. Roder: Sie erzählen Märchen! Genau so erfunden ist auch die Behauptung, dass der Verband beim freiwilligen Abbau mitgewirkt hat. Ich stelle fest, dass der Verband an alle Kollegen und Kolleginnen die Aufforderung gerichtet hat, sich nicht freiwillig abbauen zu lassen. Die Leute haben sich aber vielfach von den hohen Abfertigungssummen verlocken lassen. Der Verband hat keinen Einfluss auf die Wiederanstellung der freiwillig Abgebauten.

GR. Roder bespricht noch ausführlich die Haltung der städtischen Angestellten bei der Demonstration am 15. Juli. Er erklärt, dass der Verband keinen einzigen Angestellten und Arbeiter aufgefordert hat, an diesem Tag den Betrieb oder die Kanzlei zu verlassen. Im Rathaus versammelten sich die Angestellten spontan im Arkadenhof und ich habe dort eine beruhigende Rede gehalten, was die dort anwesenden christlichsozialen Angestellten bestätigen können. Nach meiner Rede sind die Angestellten wieder spontan auf die Ringstrasse gezogen. Als wir zum Burgtheater kamen, sind berittene Wachleute in die Demonstranten hineingeritten und haben sie niedergeschleift.

GR. Angermayer (E.L.): Das ist unerhört! Reden Sie doch nicht einen solchen Unsinn zusammen!

GR. Preyer (E.L.): Eine solche Verdrehung von Tatsachen!

GR. Merbaul (E.L.): Heute redet er so und im Arkadenhof hat er zum Anzünden aufgefordert!

GR. Rummelhardt (E.L.): Wollen Sie nicht die Namen der Beamten nennen, die niedergeschleift worden sind?

GR. Roder (Soz. Dem.): Ich werde Ihnen diese Namen mitteilen.

Merbaul (E.L.): Reden Sie nicht so bloss!

Vorsitzender GR. Weigl: Herr GR. Merbaul, ich muss Sie zur Ordnung rufen!

GR. Jenschik (Soz. Dem.): Wenn der Kunschak nicht da ist, könnt Ihr Euch nicht anständig benehmen!

GR. Roder: Die städtischen Angestellten haben auch beim Brand der Polizeistube in der Lichtenfelsgasse helfend eingegriffen. Es ist Ihnen zu verdanken, dass der Löschtrain vor das Brandobjekt kommen konnte. Auch Samariterdienste leisteten sie den Wachleuten. Ich kann nur allen städtischen Angestellten danken, dass sie sich in einer so edlen Weise betätigt haben. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Wenn hier über die Personalpolitik der Gemeinde gehandelt wurde, so will ich feststellen, dass der Verband gewiss noch nicht alles erreicht hat. Aber wie steht es denn bei den Bundesangestellten. Tatsache ist, dass die städtischen Bediensteten um 15 bis 20 Prozent höhere Bezüge haben, als die Bundesangestellten. Wir haben neue Forderungen eingebracht, aber die Art, wie die Forderungen der Bundesangestellten von der Regierung zurückgedrängt wurden, hat uns sehr enttäuscht. Auch die städtischen Angestellten erinnern sich noch sehr an die Zeit, die Verwaltung geführt haben. Seit dem Jahre 1919 ist es gelungen ganz wesentliche Verbesserungen hinsichtlich der Vertretung des Personals zu erzielen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Die Personalvertretung ist eine Einrichtung auf Grund der Dienstordnung, die alle zu vertreten hat und zwar nicht nur diejenigen, die dem Verband angehören, sondern alle Beamten.

STP. Rummelhardt: Daher muss man alle wählen lassen und darf nicht delegieren!

GR. Roder: Jeder Angestellte der Standesgruppe kann sein Wahlrecht ausüben und wo sich Schwierigkeiten ergeben, sind wir die ersten, die den Gruppen das Wahlrecht sichern. Wir haben in der Frage der Personalvertretung sehr viele Fortschritte zu verzeichnen und wünschen nur, dass auch der langgehegte Wunsch der Bundesangestellten nach einer Personalvertretung in Erfüllung gehe (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Sie wünschen, dass die Gemeindeverwaltung auch mit den Gewerkschaften der Minderheit verhandeln soll. Die städtischen Angestellten sind zu 98 Prozent im Verband organisiert und wir wünschen, dass an dem bisherigen Zustand nichts geändert werde, solange Sie die städtischen Angestellten so beschimpfen (Stürmischer Widerspruch bei der Minderheit).

GR. Preyer (E.L.): Wir haben nicht geschimpft, wir haben die Wahrheit gesagt!

GR. Rummelhardt: Auch das Zuhören will gelernt werden!

GR. Stöger: Nennen Sie ein einziges Schimpfwort!

Gemeinderätin Bock: Sie haben gesagt die städtischen Angestellten sind Dummköpfe! (Stürmischer Widerspruch bei der Einheitsliste).

GR. Stöger: Ich habe nicht mit einem Wort geschimpft! Herr Vorsitzender ich bitte die Kollegin Bock zur Ordnung zu rufen! GR. Motzko: Der Vorsitzende traut sich nicht Frechheiten zu rügen! (Anhaltende Zwischenrufe).

GR. Reder bemerkt zum Schluss, die Minderheit habe kein Recht auf Kritik, solange beim Bund keine Personalvertretung besteht, solange die Altpensionisten in der Art behandelt werden und solange man die Bundesangestellten schlechter behandle als die Gemeindeangestellten (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Wagner (E.L.) widerspricht der Behauptung des Gemeinderates Reder, dass die Minderheit die städtischen Beamten beschimpft habe und stellt fest, dass kein einziger Redner der Minderheit das getan habe. Diese Behauptung ist von der Gegenseite lediglich aus agitatorischen Gründen aufgestellt worden (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Wie unrichtig die Behauptung ist, dass der Verband keine Parteipolitik betreibt geht schon aus dem Umstande hervor, dass nach dem Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei jedes Parteimitglied ja verpflichtet ist, der freien Gewerkschaft anzugehören, so dass also Ihre Gewerkschaften Parteigewerkschaften sind.

Während der Ausführungen des Gemeinderates Wagner herrscht im Saale Unruhe. Zahlreiche Rufe auf den Bänken der Einheitsliste: Herr Vorsitzender mahnen Sie Ihre Parteigenossen zur Ruhe!

GR. Angermeyer ruft dem Vorsitzenden zu: Wozu sitzen Sie als Vorsitzender oben?

Vorsitzender Weigl erteilt dem Gemeinderat Angermeyer für diesen Ausdruck den Ordnungsruf.

GR. Wagner (E.L.) wehrt sich sodann gegen die Behauptung des Gemeinderates Reder sowie gegen einen Artikel des Stadtrates Speiser in der Arbeiter Zeitung worin bemerkt wird, dass die städtischen Angestellten besser daran seien als die Bundesangestellten und beruft sich auf eine von der Gewerkschaft deutscher Landes- und Gemeindeangestellter durchgeführte Berechnung, wonach in der Gruppe IIa städtische Angestellte mit 17 bis 21 Dienstjahren nur zu 61,5 Prozent also als die Beamten schlechter beim Bund in ihren Bezügen valorisiert sind und Beamte derselben Gruppe mit 27, 28 und 29 Dienstjahren zu 69 bis 70 Prozent was ungefähr dem Zustande beim Bunde entspricht. Man könne daher nicht sagen, dass die städtischen Bediensteten besser daran sind als die Bundesangestellten und Stadtrat Speiser wird den neuen Zuwendungen an die Bundesbeamten mit gemischten Gefühlen entgegensehen, da dies auch Rückwirkungen für die Gemeinde haben muss. Was insbesondere die Gemeindebeamten betrifft, so gelingt es ihnen bei der grössten Selbstzucht, bei Einhaltung aller Dienstvorschriften und bei durchschnittlichen Fleiss höchstens normal zu avancieren. Höherreihenungen und Belohnungen sind für diese Armen vollständig ausgeschlossen und wir wollen diesen Menschen die wahrhaft Charaktere sind und ein karges Leben einer Gesinnungslumperei vorziehen, von dieser Stelle aus herzlich danken (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Die gleiche Zurücksetzung erfahren jene Lehrer, die der Wiener Lehrervereinigung angehören. Kein deutschnationaler Lehrer wird zu einem Schulleiter ernannt! Und da behaupten Sie noch, dass Sie die Verwaltung nach gerechten Grundsätzen führen? Ich appelliere an Sie, Herr Stadtrat Speiser, mit diesen Kränkungen der Lehrer aufzuhören, an Sie, der einst aller Lehrer Mitkämpfer war und jetzt zum Unterdrücker der Lehrer geworden ist. Ihr System der Versetzungen ist die boshafteste Schikane, die Sie den Lehrern bereiten. Früher wurde der Lehrer für eine bestimmte Schule angestellt und systemisiert. Heute geben Sie ihm keinen festen Posten, sondern Sie behalten sich vor, ihn dorthin/verschicken, wohin Sie wollen. Dabei ist auffällig, dass Sie die sozialdemokratischen Lehrer in den Bougoisbezirken, die nichtmarxistischen im Proletarierbezirken verwenden.

GR. Wagner tadelt dann, dass Professor Palm, der vier Jahre am Pädagogischen Institut der Stadt Wien vortrug, der eine internationale Kapazität ist, der wegen seines Wirkens am Pädagogischen Institut wiederholt vom Wiener Stadtschulrat belobt wurde, zu Beginn des jetzigen Wintersemesters nicht mehr zum Vortragenden am Pädagogischen Institut berufen wurde. Im Juli wurde er noch belobt und Ende Oktober war er in Ungnade gefallen. Wo liegt da die Erklärung? Nach einer Darstellung des Professors Palm hat dieser nach den Juliereignissen zwischen sich und den Sozialdemokraten einen scharfen Trennungsstrich gezogen. Das dürfte die Ursache gewesen sein, dass er nicht mehr berufen wurde. Die Parteipolitik ist eben der tragende Gedanke Ihrer Verwaltung, weshalb wir ihr Budget entschiedenst ablehnen. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

G.R. Haider (E.L.) erklärt, dass im Gegensatz zum Bund bei der Gemeinde nicht nach demokratischen Grundsätzen verwaltet wird. Nach dem Umsturz waren wir der Meinung, dass nun mit der Vorherrschaft einer gewissen Clique gebrochen ist. In Wien hat sich aber eine Vorherrschaft etabliert und eine Diktatur breitgemacht, wie sie entsetzlicher nicht gedacht werden kann. Es wäre höchste Zeit, wenn der Personalreferent endlich wahr machen würde, was er in diesem Saal so oft gesprochen hat. Er hat hier wiederholt feierlich erklärt, dass er streng nach den Grundsätzen der Unparteilichkeit und Objektivität vorgehen wird. Aber wir haben davon bis jetzt nichts bemerkt. Es wurde in der Stadtverwaltung ein Terror etabliert, wie er niemals zu verzeihen war. Es werden nur sozialdemokratisch orientierte Personen angestellt und der Personalreferent möge nicht mit einer Retourkutsche kommen und wieder sagen, auch Lueger habe keine Andersgesinnten aufgenommen. Ich gebe offen zu, dass auch damals etwas vorgekommen ist, dass auch damals etwas faul war im Staate Dänemark.

G.R. Nachtnebel: Etwas spät kommt diese Erkenntnis!

G.R. Haider: Wir würden nur wünschen, dass auch bei Ihnen bald diese Erkenntnis kommt. Aber unter unserer Herrschaft hat es keinen einzigen Fall solchen Terrors gegeben wie heute. Mit welchem Recht verlangen Sie, dass derjenige der angestellt wird, jahrelang sozialdemokratisch organisiert sei, dass er seinen Glauben über Bord werfen muss.

Von einem Koalitionsrecht für alle, wie es seinerzeit Ihr eigener Kanzler Renner gepriesen hat, ist leider in Wien keine Rede. Eine Partei mit einer so stark ausgebauten Gewerkschaftsorganisation hätte es doch nicht nötig, durch brutale Gewalt die Reihen ihrer Anhänger zu vermehren. Auch Ihr Parteigenosse Reder, was bis vor ganz kurzer Zeit noch in unseren Reihen. (Hört! Hört! bei der E.L.) Auch in der Privatindustrie erleben tausende Arbeiter ein Martyrium, wenn sie sich weigern ihre Ueberzeugung preiszugeben und der sozialdemokratischen Organisation beizutreten. Was Sie aber an Terror bei der Strassenbahn leisten, spottet jeder Beschreibung. Dort müssen die christlichen und nationalen Angestellten mehr als ein Martyrium/über sich ergehen lassen. Mit welchem Recht verlangen Sie von den Strassenbahnen, dass sie der sozialdemokratischen Gewerkschaft angehören müssen? Der politische Terror, den Sie bei den Strassenbahnen anwenden, wenden Sie auch bei den anderen Unternehmungen an. Wenn ich der Stadtrat Speiser wäre, ich würde es unter meiner Würde finden, die Angestellten so schikanös zu behandeln.

Es ist zehn Uhr geworden und der Vorsitzende Gemeinderat Hofbauer richtet an den Redner die Frage, ob er seine Rede unterbrechen und morgen fortsetzen wolle. Gemeinderat Haider erklärt, dass er seine Ausführungen unterbricht.

Schluss der Sitzung 10 Uhr nachts. Fortsetzung morgen Donnerstag vier Uhr nachmittags.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

439

Wien, am Donnerstag, den 15. Dezember 1927

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 15. Dezember 1927

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES

1928

Bürgermeister Seitz eröffnet im vier Uhr die Sitzung, worauf sofort Gemeinderat Haider, der seine Rede gestern um zehn Uhr nachts abgebrochen hat, seine Ausführungen fortsetzt. Er dankt den städtischen Angestellten und Arbeitern, die keine Gesinnungslumpen geworden sind und deswegen schwere wirtschaftliche Schädigungen ertragen müssen, für den Mut, den sie im Kampf um Recht und Gerechtigkeit aufbringen. Wie es um die soziale Lage der städtischen Angestelltenschaft bestellt ist, zeigen die Ausführungen des Gemeinderates Redner, der gestern hier erklärt hat, dass es bei den städtischen Angestellten und Arbeitern welche gibt, die nie satt werden können. Das heisst, dass die Forderungen der städtischen Angestelltenschaft nicht berechtigt sind. Durch diese Erklärung Redners wurde die Vertretung der Angestelltenschaft durch die Gemeinderatsmehrheit treffend dargestellt. Beim Bund werden Sie nie müde, für die Bundesangestellten Forderungen zu stellen. In der Gemeinde aber ist Ihre Haltung eine ganz andere. Dadurch dass Sie einen grossen Teil der städtischen Arbeiter das Definitivum genommen haben, wurden viele zu Hilfsarbeitern hinabgedrückt; eine Kulturschande ist es auch, dass Sie die Pensionen von Arbeitern der städtischen Unternehmungen, wenn die Arbeiter gleichzeitig Unfallrentner sind, um die Unfallrente kürzen. Gemeinderat Haider schliesst seine Ausführungen mit dem Appell an den Personalreferenten, die Menschenwürde der städtischen Angestellten nicht weiter zu missachten (lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Höppeler (E.L.) bemerkt, das Budget enthalte nichts als Hausnummern. Das Schulbudget ist um über zwei Millionen erhöht, ohne dass zu ershen ist, für welche Zwecke. Der für Gehaltsvorschüsse präliminierte Betrag ist zu gering. Die Kosten für die Schulinspektoren erscheinen zweimal im Budget. Wenn man die für die Gemeindegewache ausgewiesenen Kosten auf die Zahl der Gemeindegewachleute aufteilt, so ergibt sich, dass ein Mann 56 1/2 Schilling im Monat beziehen müsste. Tatsächlich ist diese Post um ungefähr eineinhalb Millionen überpräliminiert. Der Redner polemisiert gegen den Artikel des Personalreferenten in der Arbeiter-Zeitung, worin von einer Übervalorisierung der Lehrergehalte gesprochen wird, und bemerkt, der Personalreferent habe sich hier vom Präsidenten des Zentrallehrervereines Neumann hineinsetzen lassen. In Wirklichkeit sind die Endbezüge der Volks- und Bürgerschullehrer sowie der Oberlehrer und Bürgerschuldirektoren nur zu 78 bis 80 Prozent valorisiert, wenn man die Goldparität zur Grundlage nimmt und gar nur zu 56 bis 58 Prozent, wenn man, wie dies der Verband der städtischen Angestellten tut, die Kaufkraft des Geldes zugrunde legt. Richtig ist, dass die Anfangsbezüge eines Lehrers um 156 Prozent und die Bezüge eines Lehrers nach zwei Jahren um 126 Prozent übervalorisiert seien, das sei jedoch ohne Bedeutung, da seit dem Jahre 1919 Lehrer nicht mehr angestellt werden. Der Redner bespricht sodann das Lehrerdienstgesetz sehr ausführlich. Er erkläre im Namen der gesamten Lehrerschaft, dass diese von dieser Fessel befreit werden zu wünschen. Der Paragraph über die Lehrerversetzungen ist ein Mittel um die Lehrerschaft zu knebeln. Dieser Paragraph muss verschwinden. In die Qualifikationskommission müssten auch Lehrpersonen kommen. Die höch-

ste Qualifikation" besonders zufriedenstellen" erhalten nur Lehrer, die beim Zentralverein organisiert sind. Es ist ein geflügeltes Wort bei der Lehrerschaft, dass das b.z. bedeute, beim Zentrallehrerverein. (Heiterkeit). Die Disziplinarverhandlungen müssen öffentlich der Disziplinaranwalt müsste ein Lehrer und kein Beamter, dagegen der Verteidiger ein Rechtskundiger sein. Heute werden auf Grund anonymer Anzeigen Disziplinarverfahren durchgeführt, Kinder von neun bis elf Jahren als Kronzeugen einvernommen. Der Redner hält der Disziplinierung des Obmannes der christlichen Lehrergewerkschaft entgegen, dass zwei Lehrpersonen, die die Kinder nach einem Vortrage, beziehungsweise nach einem Ausflug auf der Strasse entliessen, ohne sie nachhause zu begleiten, bisher noch nicht in Disziplinaruntersuchung gezogen worden seien. Er beantragt, der Wiener Gemeinderat als Landtag möge eine Novellierung des Lehrerdienstgesetzes im demokratischen Sinn beschliessen. Der Redner richtet an den Personalreferenten das Ersuchen, die Frage der Heimkehrer und Invaliden unter den Lehrern zu regeln und kritisiert die Verhältnisse bei der Krankenfürsorgeanstalt der Lehrer.

Die nächsten Ausführungen des GR. Höppeler beschäftigen sich sehr ausführlich mit der Wiener Schulreform. Der Redner kritisiert insbesondere, dass der Wiener Stadtschulrat nichts unterlasse, um für die Wiener Schulreform im Ausland Reklame zu machen. Den Wiener christlichen Lehrern ist die Schule viel zu heilig, dass man für sie im Ausland Reklame macht. Die Schulreform hat im Schulwesen ein wahres Chaos geschaffen, ein Wirrwarr, indem sich nicht einmal der Wiener Stadtschulrat auskennt. Die Schulreform ist eine Revolution, die unbedingt abgelehnt werden muss. Eine Revolution auf technischem Gebiet kann ein Segen für die Menschheit sein, aber im Schulwesen ist sie ein Verbrechen, weil eine Reform des Schulwesens nur eine Evolution, eine Erneuerung von Innen sein kann. Wohl hat die Schulreform manches an sich und sie wurde auch von christlichen Lehrern vorbereitet, aber nichtsdestoweniger wurde sie der Lehrerschaft aufgezwungen. Die christlichen Lehrer machen eine gesunde, vernünftige Schulreform gerne mit, für Auswüchse aber auf dem Gebiete der Schulmaterialismus in der Schule durchzusetzen, weshalb sie auch ein Kulturkampf ist. Darauf ist die Entfernung der Kruzifixe eingestellt, die Ausmerzung des Wortes Gott, die Unterdrückung des Schulgebetes, die Erschwerung des Religionsunterrichtes und noch so manches. Gerade die vielen Versetzungen von christlichen Religionslehrern machen den Religionsunterricht beinahe unmöglich. Gemeinderat Höppeler bespricht dann sehr ausführlich Versetzungen mehrerer christlicher Religionslehrer, wobei er einige Fälle besonders hervorhebt.

Er erklärt, dass die christlichen und nationalen von der herrschenden mit Zuckerbrot und Peitsche behandelt werden. Er belegt dies mit einer Reihe von Fällen, wobei er insbesondere den Fall der Lehrerin Helene Hickel hervorhebt, die pensioniert wurde, ohne auf ihre Dienstfähigkeit untersucht worden zu sein (Hört! Hört! bei der Minderheit) und die infolge Einschreitens des Unterrichtsministeriums reaktiviert werden musste, sowie den Fall der Lehrerin Berta Michel, der plötzlich die Pension vollständig eingestellt wurde. Er erklärt schliesslich die christliche und deutsch gesinnte Lehrerschaft werde sich dem Terror nicht beugen, sondern in treuer Pflichterfüllung aufrecht auf ihren Posten bleiben (Beifall bei der Minderheit).

GR. Lehninger (E-L-) bespricht den Sondervoranschlag der Strassenbahnen und bemerkt, in diesem Voranschlag seien wie gewöhnlich die Personalbezüge hoch, die Einnahmen dagegen niedrig präliminiert. Die Ausgaben für das Personal machen mehr als siebenzig Prozent aller Einnahmen aus. Niemand glaubt der Gemeindeverwaltung diese Hausnummern.

Zweiter Bogen.

Stadtrat Speiser bleibt auf alle Anwürfe taub, die gegen seine Personalpolitik erhoben werden; er macht eben Personalpolitik, wie er will. Der Redner kritisiert dann Masseregeln von Strassenbahnern, die nur deshalb gemassregelt wurden, weil sie sich über den 15. Juli abfällig geäußert haben. Auch das System der Entlohnung ist das verwerflichste, was man sich vorstellen kann. Die Mehrdienstleistungen der Strassenbahnern, die von der jetzigen Gemeindeverwaltung gezüchtet werden, verhindern die Aufnahme von Arbeitslosen. Ein Schandkapitel sondern gleichen ist das System der Aufnahme. Was die Disziplinarkommission anlangt, so hat kein Fehmengericht im Mittelalter solche Schandurteile gefällt, wie sie. Eine heftige Kritik des Redners erfährt auch die Pensions- und Krankenkasse der städtischen Strassenbahner, die seit acht Jahren so verschuldet wurde, dass die Strassenbahner darunter bis zum Jahre 1942 werden leiden müssen. Gegen solche Zustände müssen wir entschieden protestieren und daher lehnen wir den Voranschlag ab. (Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

GR. Kogler (Soz. Dem.) nimmt nun gegen die Ausführungen der Redner der Parteien der Einheitsliste Stellung, wobei er die Personalverwaltungspolitik der Christlichsozialen Gemeindeverwaltung mit der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung vergleicht. Die Sozialdemokraten haben den Arbeitern eine bessere Entlohnung, die Verkürzung der Arbeitszeiten und eine andere Behandlung versprochen. Diese Versprechungen wurden auch erfüllt. Unter Ihrer Herrschaft hatte im Jahre 1914 ein Vorarbeiter der Elektrizitätswerke einen Taglohn von 5,67 Kronen, das sind 8,60 Schilling; heute bezieht er 12,96 Schilling. Ein Bauarbeiter hatte 1914 4,76 Kronen, das sind 7,20 Schilling; heute hat er 12,40 Schilling. Sie bezahlten einem Hilfsarbeiter vier Kronen für den Tag und heute erhält ein Hilfsarbeiter 10,71 Schilling als Taglohn. Das Versprechen der Verkürzung der Arbeitszeit wurde durch die Einführung des Achtstundentages erfüllt. Wir haben den Achtstundentag eingeführt und es gibt auch heute keinen kontinuierlichen Betrieb mehr, wo nicht die 48 Stunden-Woche eingeführt ist. Unter Ihrer Herrschaft betrug die Überstundenzahlung 25 Prozent, heute geniesst unser Arbeiter 50 Prozent. Ihrer Verwaltung wäre es auch möglich gewesen, den Arbeitern Urlaubs- und Weihnachtzuschüsse zu geben. Sie haben das nicht getan. Heute nun erhalten die Arbeiter diese Zuschüsse, ebenso Zulagen für den Nachtdienst und für den Sonntagsdienst, die Sie auch nicht für notwendig gefunden haben. Jeder Arbeiter bekommt auch heute eine Pension (Rufe bei der Minderheit: Auch früher!) Ja, wenn es ein guter, braver Arbeiter war, so haben Sie ihm ein Gnadenbrot gegeben. (Stadtrat Kunschak: Wer hat Ihnen denn diese Dummheit aufgeschrieben?) Sie haben auch so viel davon gesprochen, wie jetzt die Aufnahmen durchgeführt werden. Sie haben die Aufnahmen so durchgeführt, dass kein Sozialdemokrat in die Betriebe gekommen ist. Und wenn einer Sozialdemokrat war, so haben Sie die Mittel gefunden, um ihn wieder hinauszubringen. Gemeinderat Haider hat gestern aus der Schule geschwätzt, indem er zugeben musste, dass auch bei Ihnen nicht alles einwandfrei war. In Wirklichkeit hat unter Ihnen der gewisse Terror geherrscht. Jetzt beschweren Sie sich über einen Terror, der nicht vorhanden ist (Lachen bei der Minderheit und Rufe: Hoch der rote Terror). Man vergleiche einmal die Verhältnisse der Arbeiter bei der Gemeinde und beim Bund! Bei der Gemeinde hat der Vorarbeiter v. 1'30 Schilling Arbeitslohn beim Bund 1'08 Schilling. (Gemeinderat Unterwiesing: Die waren doch bei Ihnen organisiert! Haben Sie für die Leute nichts gemacht.) Ich werde darauf noch kommen. Die Facharbeiter erhalten bei der Gemeinde 1'30 Schilling beim Bund 1'03 (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Die angelernten Arbeiter bei der Gemeinde 1'20 beim Bund 1'03, die Hilfsarbeiter bei der Gemeinde 1'10 beim Bund 90 Groschen (Lebhaftes Hört! Hört! Rufe bei der Mehrheit: Rufe bei der Minderheit: Bei welchen Unternehmen?) In den

Staatsbetrieben. Das sind ganz nette Spannungen. Der Anfangslohn der Frauen bei der Gemeinde ist 80 Groschen, beim Bund 75 Groschen. Bei den Schlussziffern ist die Spannung weit ärger. Bei Vorarbeitern wird bei der Gemeinde 1'76 S. gezahlt, beim Bund 1'32 S. (Lebhaftes Hört! Hört! Rufe bei der Mehrheit). Die Facharbeiter bekommen bei der Gemeinde 1'72 beim Bund 1'27 S. Die angelernten Arbeiter bei der Gemeinde 1'61 S. beim Bund 1'27 S., die Hilfsarbeiter bei der Gemeinde 1'57 S. beim Bund 1'20 S. Weit ärger ist es noch, dass die Meister in den Staatsbetrieben pro Stunde 1'20 S. erhalten (Lebhaftes Hört! Hört! bei der Mehrheit) einen Betrag, den jeder Hilfsarbeiter in einem Privatbetrieb hat, wogegen der Meister bei der Gemeinde ein Beamter ist.

In den Staatsbetrieben wird einfach erklärt, dass nur christlichsoziale Arbeiter angestellt werden dürfen. Im Munitionshauptdepot in Stammerdorf zum B. versuchte der Major Miller Betriebsräte, die ihm unangenehm waren zu beseitigen, jedoch hat das Einigungsamt den Abbau abgelehnt. Da das also nichts nützte, hat er den christlichsozialen Arbeitern eingegeben, den Rücktritt des Betriebsrates zu verlangen, sonst werde abgebaut werden und tatsächlich haben die christlichsozialen Arbeiter Unterschriften gesammelt und unter ungeheurem Terror ist es gelungen die Betriebsräte zu entfernen.

In der Heereschule in Schlosshof hat man Arbeiter entfernt unter dem Vorwand, dass sie keine österreich. Staatsbürger seien, was gar nicht der Fall war (Lebhaftes Hört! Hört! bei der Mehrheit). Während ein Arbeiter der tatsächlich kein österreichischer Staatsbürger, dafür aber christlichsozial organisiert war, bleiben konnte (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Ist das Terror? Im Zentralverpflegungsmagazin hat der Oberverwalter Rauch, einer Ihrer Agitatoren erklärt, der Betriebsrat dürfe nicht so bleiben wie er sei, es müssen Christlichsoziale hineingewählt werden. Wenn es nicht passe, der solle austreten und sich beim republikanischen Schutzbund um eine Arbeit bemühen. Ist das nicht Terror? Im Zeugensdepot Kaiser Ebersdorf wurde das Verlangen unserer Leute, dass der 12. November und die Weihnachtstfeiertage bezahlt werden abgelehnt. Nachdem der Betriebsrat durch Ihren Terror christlichsozial geworden war, hat man ohne dass die Forderung gestellt worden wäre, den 12. November bezahlt. (GR. Nachtnebel: Und da sagt man immer: Ihr seid keine Republikaner! - Heiterkeit). Einer Ihrer Hauptagitatoren, der Oberst Gang hat mehreren Christlichsozialen durch Handschlag versichert, sie mögen ihre Agitation nur fortsetzen, es werde niemandem etwas geschehen.

GR. Rengl (E.L.): Ist der bei der Schuhwa Oberst?

GR. Wagner (E.L.): Nein beim Scheibbs (Lebhaftes Heiterkeit).

GR. Kogler: Dazu hat man noch andere Agitatoren angestellt. Wir gratulieren Ihnen dazu, dass Sie Leute die von uns hinausgeworfen sind, mit offenen Armen aufnehmen. In der Staatsfabrik Simmering hat man 12 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter erst dadurch hinauszubringen versucht, dass man erklärt, die Trainwerkstatt werde aufgelöst. Als dieses Mittel keinen Erfolg gehabt hat, sind christlichsoziale Arbeiter in die Wohnungen der anderen Arbeiter gegangen und haben den Frauen gesagt, dass ihre Männer bewegen müssen, sich christlichsozial organisieren zu lassen, sonst werden sie unbarbarisch entfernt (Lebhaftes Hört! Hört! bei der Mehrheit).

GR. Prinke (E.L.): Das sind Märchen!

GR. Hederfer: Ich erzähle Ihnen einmal, was für Lumpereien Ihr in Simmering gemacht habt (Lachen bei der Minderheit). Die Lumpereien werdet Ihr nicht weglachen!

GR. Doppler (E.L.): Ihr habt die Leute zu tausenden entlassen!

GR. Kogler: Den Leuten, die christlichsoziale Agitation betrieben haben, hat man ausserhalb des Kollektivvertrages Zulagen gegeben, während hochqualifizierte freigewerkschaftliche Arbeiter keine Zulagen erhalten haben.

Es wurde hier auch gesagt, dass sich bei der Aufnahme zur Strassenbahn unerhörte Dinge abspielen. Darüber sollten Sie lieber schweigen. Man müsste sonst davon sprechen, wie es unter Ihrer Verwaltung war. Wir nehmen den Standpunkt ein, dass die städtischen Unternehmungen nicht für einzelne Familien vorhanden sind.

Rufe bei den Christlichsozialen: Bei Euch sind lauter Doppelverdiener!

GR. Täubler (Soz. Dem.): Von Euch angestellt!

Rufe bei den Christlichsozialen: Herr und Frau Täubler! Er meldet sich schon!

GRin. Glöckel: Den Täubler habt Ihr ja entlassen?

GR. Kogler: Es ist Ihnen in diesem Saal schon wiederholt gesagt worden, wie Sie in der schamlosesten Weise Protektion geübt haben. Wir Funktionäre und die Bediensteten der städtischen Unternehmungen sind mit der Personalpolitik, die jetzt geübt wird, vollständig zufrieden. Wir werden unseren Weg gehen und zusammen mit der jungen Generation den Kampf solange führen, bis wir den Sozialismus verwirklicht haben. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

GR. Doppler (E.L.): Die Personalpolitik der Gemeinde ist gewiss von weittragender Bedeutung. Wäre das Lob, das der Vorredner dieser Personalpolitik gezollt hat, begründet, wir würden uns darüber freuen. Aber die Dinge liegen gar nicht so. Auch die Vergleiche der Löhne der Bediensteten in den Gemeindebetrieben mit den Löhnen in den Bundesbetrieben hinken. Tatsache ist, dass viele Arbeiter aus den Gemeindebetrieben zu uns kommen und erklären, dass sie früher viel leichter gearbeitet haben, als Menschen gewertet wurden, während sie heute nur als ein Stück organisiertes Subjekt behandelt werden. Mit dem Dienstgeber dürfen Sie überhaupt nicht mehr verhandeln. Das besorgen die kleinen Bonzen. Freilich, wenn man ein Ratzenberger oder Rohner ist, dann wird man gut behandelt, aber ganz anders ist es, wenn man beispielsweise nur ein armer Kanalräumer ist, der sich eine kleine Verfehlung zuschulden kommen liess. Der Mann hat Gewerkschaftsbeiträge einkassiert, die Frau war schwanger, Geld war keines im Haus, eine Schar Kinder war bereits vorhanden und der Mann hat ungefähr siebzig Schilling nicht abgeliefert.

Trotzdem seine Kollegen ihm den Betrag gestundet und für seine Belastung gebeten haben, wurde der Mann entlassen. Der Redner tadelt dann die Abzüge, insbesondere die Abzüge für Schutzbundmonturen und für das Gehalt des Fachvereines Obmann Peterlein, die die städtischen Kanalräumer wöchentlich leisten müssen. Zu den Ausführungen des Gemeinderates Roder bemerkt GR. Doppler, dass die Mitglieder der Minderheit mit aller Entschiedenheit sich gegen die Darstellung des Gemeinderates Roder wenden müssen, dass Oppositionsredner die städtischen Angestellten beschimpft haben. Seine Darstellung ist eine völlige Entstellung. Die weiteren Ausführungen des GR. Doppler beschäftigen sich dann mit dem Verhalten der städtischen Angestellten- und Arbeiterschaft am 15. Juli, wobei er gegen die Behauptung des Gemeinderates Roder, er habe am 15. Juli die Angestellten beschwichtigt, die Rathauskorrespondenz zitiert, die meldet, dass der Vizepräsident des Verbandes der städtischen Angestellten in der Versammlung im Arkadenhof gegen das Schattendorfer Urteil protestiert hat.

am 15. Juli
Er verweist sodann darauf, dass ein Bezirksvorsteher dem Amtsleiter/behelfen habe, das Haus zu sperren (Lebhafte Hörtrufe bei der Minderheit). Auf seine Anfrage wurde dem Amtsleiter von einem Beamten der Mag. Dir. bestätigt, der Mag. Direktor wisse, dass die Sperrung erfolgen solle

und sei damit einverstanden (Lebhafte Hörtrufe bei der Minderheit). Ähnliches war bei einer Reihe anderer Bezirksämtern der Fall. Wir wissen schon, dass es eine grosse Zahl städtischer Beamter gibt, denen es kein Vergnügen war mitzugehen, die nur zu solchen Dingen missbraucht werden. Es war gar nicht notwendig, dass Gemeinderat Roder die städtischen Angestellten verteidigt hat, wir haben genug Hochachtung vor denen, die sich trotz des furchtbaren Drucks als aufrechte Charaktere erwiesen haben (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Solange Roder seine gestrige Behauptung, es seien Leute von der Sicherheitswache niedergeschlagen worden, nicht durch Namensnennung belegt, was ja leicht möglich sein muss, müssen wir das als eine Verächtlichung der ordnungsliebenden Sicherheitswache hinstellen (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Roder und Kogler haben vom Mund gesprochen, nach der Taktik, reden wir von etwas anderem. Die Verhältnisse beim Bund hinsichtlich der Bezahlung der Angestellten sind mit diesen bei der Gemeinde nicht zu vergleichen, da der Bund beim Umsturz sein Vermögen verloren hat und dazu noch Beamte der Sukzessionsstaaten übernehmen musste, während sich die Gemeinde beim Umsturz bereichert hat. Die Lohnpolitik der Gemeinde ist ganz unabhängig von der des Bundes.

Stadtrat Breitner: Ist für die Bundesbeamten das Fleisch und Brot billiger?

GR. Doppler: Herr Stadtrat Breitner hat als er noch nicht Stadtrat war, einmal dem Beamten im Zirkus Busch gesagt, sie mögen nur fordern ohne sich um die Bedeckung zu kümmern. Heute weist er die Beamten auf die Bedeckung hin.

GR. Beisser: Ihr erklärt aber immer, es solle nur die Steuern er niedrigen, man brauche den Beamten nichts zu geben!

GR. Doppler: Ich werde Ihnen nicht den Gefallen tun, zu antworten wie Sie es wünschen um hier Exzesse verüben zu können. Ich lasse den Herrn Beisser lieber allein zerspringen. (Heiterkeit und zahlreiche Zwischenrufe).

GR. Jenschik: Bei der Postsparkasse habt Ihr das Geld verpulvert!

GR. Haider: Was ist es mit den zwei Milliarden des Herrn Eldersch?

GR. Reismann: Der Zimmerl hat auch eine Abfertigung bekommen! Rufe bei den Christlichsozialen: Aber nicht in der Höhe!

GR. Hofbauer: Hören Sie doch mit Ihren Methoden auf, Ihr seid ja so empfindlich, wenn man Euch etwas vorwirft.

GR. Haider: Und Ihr solltet von der Postsparkasse nichts reden!

GR. Doppler: Auch Steuerermässigungen kommen im Wege einer Verbilligung der Lebenshaltung den Beamten zugute. Aus den obenangeführten Gründen, darf man den Abbau beim Bund und bei der Gemeinde nicht vergleichen. Der Abbau bei der Gemeinde war ja auch kein freiwilliger, er ist vielmehr durch Drohungen der Personalvertretung erzwungen worden. Sie Im Uebrigen haben ja unter der Kanzlerschaft Renners und unter der glorreichen Regierung Seitz 28.000 Offiziere ohne Abfertigung antlassen wollen und nur der Weigerung des Referenten ist es zu danken, dass Sie von diesem schandhaften Vorhaben abgehalten wurden. Der Redner bespricht sodann den Erlass des Mag. Dir. vom 17. November 1927, worin verfügt wird

Vierter Bogen.

dass Gehilfenausschüsse und Gewerkschaften von dem Ergebnis der von Ihnen erstatteten Strafanzeigen zu verständigen sind und als Gewerkschaften die freien Berufsorganisationen erklärt werden. (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei der Minderheit). Dieser Erlass ist eine Ungehörigkeit, ein Amtsmisbrauch schlimmster Sorte, hier wird offenkundig Parteipolitik geübt. Ist der Mag. Direktor der oberste Beamte der Stadt, oder ein Parteisekretär? Dieser Erlass soll den Gehilfenausschüssen und freien Gewerkschaften Agitationstoff geben und den Leuten die Möglichkeit zum Vernadern geben (Pfuirufe bei der Minderheit). Der Redner kritisiert sodann die zuständigen Invaliden an, indem er hervorhebt, dass der gesetzliche Beirat lediglich aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sei und das Arbeitslosenkomitee, das im Gesetz nicht begründet ist, sich Altmeneinsichtnahme und Beeinflussung der Beamten erlaube. Der Personalreferent möge Ordnung machen, und dieses Arbeitslosenkomitee entfernen. Er wendet sich ferner dagegen, dass der Personalreferent seinen ganzen Einfluss aufgewendet habe, um der Krankenfürsorgestalt den Wälschhof um teures Geld aufzuliegen. Wir haben, schliesst der Redner alle Ursache, die Personalpolitik der Gemeinde auf das schärfste zu verurteilen, diese Personalpolitik muss für immer ausgeschaltet werden (Lebhafter Beifall bei der M.L.).

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des Gemeinderates Lehninger ergreift Stadtrat Speiser das Wort. Er weist darauf hin, dass zwischen den Ausführungen des Gemeinderates Doppler und Gschladt ein Hauptgegensatz bestehe. Gemeinderat Doppler habe gemeint, die Gemeinde habe sich in ihrer Personalpolitik um den Bund nicht zu kümmern, während Gemeinderat Gschladt uns zum Vorwurfe machte, dass wir uns in die Verwaltungspolitik des Bundes nicht einpassen. Diese beiden Auffassungen lassen sich nicht zusammenreimen. Ich glaube, man kann in den öffentlichen Verwaltungskörperschaften in der Republik nicht ohne gegenseitige Rücksichtnahme vorwärtskommen und jeder seiner Pflichten bewusste öffentliche Verwalter muss sich bemühen, eine von gleichen Richtlinien getragene dem Personal gegenüber wohlwollende, aber auch die Interessen der Bevölkerung berücksichtigende Politik zu machen.

Herr Gemeinderat Gschladt
Wenn beispielsweise/sagt, dass die städtischen Angestellten früher ein Elitekorps waren, heute aber nur mehr gezwungen in den Dienst gehen und die städtische Betriebe und Kanzleien nur mehr ein grosser Kerker sind, dann ist das eine solche masslose Uebertreibung, dass ich sie nicht nur im Namen der Verwaltung, sondern der wirklich dadurch beleidigten städtischen Angestellten auf das entschiedenste zurückweisen muss. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Wenn der Herr Gemeinderat Gschladt viele Beamte das von Unterstützern eines Stadtbaues als einem korrupten Bauunternehmen spricht, so muss ich diese Pauschalverdächtigung gegen viele Beamte dieses Amtes ebenso entschieden zurückweisen. (Neuerlicher Beifall).

ST.R. Kunschak: Ist das Bauunternehmen korrupt oder nicht? Es ist korrupt!

ST.R. Speiser: Ganz haltlos sind die Angriffe auf den Magistratsdirektor, von dem gesagt wurde, dass er zum Parteisekretär herabavanciert ist. Im Zusammenhang mit einer Disziplinarsache wurde dem Magistratsdirektor hier im Gemeinderat eine Aeusserung in den Mund gelegt, die er schon deswegen gar nicht gemacht haben kann, weil er während dieser Zeit auf Urlaub gewesen ist. (Hört-Hört!).

GR. Jenschik: Das hat der akademisch gebildete Herr Gschladt erfunden!

St.R. Speiser: Ebenso haltlos ist der zweite Angriff. Das Rundschreiben an die magistratischen Bezirksämter verlangt, dass die Gehilfenausschüsse und die Gewerkschaften so behandelt werden,

wie die Genossenschaften, wenn sie Strafanzeigen im gewerblichen Angelegenheiten erstatten. Es sind alle Gewerkschaften darunter gemeint, also auch die christlichen. Ich glaube, dass ich es nicht länger notwendig habe, den Herrn Magistratsdirektor zu entschuldigen (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Ich möchte nur sagen, dass der Minderheit wenn sie davon spricht, dass der Magistratsdirektor zum Parteisekretär mit einem anderen Magistratsdirektor herabavanciert ist, eine Verwechslung/unterlaufen ist (Heiterkeit und Rufe bei der Mehrheit: Der Pawelka!).

Auf die Anwürfe, dass die städtischen Angestellten unter Terror zu leiden habe, erklärt Stadtrat Speiser, dass er nicht dafür sei, dass die Arbeitsleistung der städtischen Angestellten und Arbeiter danach beurteilt werde, welcher politischen Richtung sie angehören, sondern, dass es im Interesse der Verwaltung liege, dass tüchtige Menschen gefördert werden. Ich muss in diesem Zusammenhang sagen, dass zur Durchführung einer Betriebs- und Verwaltungsreform, die mein Ziel ist

auch die nötigen Mittel zur Verfügung stehen müssen. Solche Mittel sind das ausserordentliche Avansament und gewisse Remunerationen für ausserordentliche Einzelleistungen. Ich erkläre mich bereit, den Herrn in die Listen Einsicht nehmen zu lassen.

Stadtrat Speiser tritt ferner dem Irrtum entgegen, dass die Anstellungen von den Gewerkschaften vollzogen werden. Dass die Art der Gehaltbewegung beim Bunde auf die Gemeinde zurückwirken müsse, sei selbstverständlich, heute bereits sind die Angestellten der Gemeinde um 18 bis 20 Prozent höher besoldet als die Bundes-

angestellten. Es wird auch weiterhin getrachtet werden, die Interessen der städtischen Angestellten im Rahmen der Möglichkeit zu fördern.

Schliesslich nimmt Stadtrat Speiser gegen den Vorwurf Stellung, dass sich das Personalreferat in den Händen der Betriebsräte sich befinde und stellt fest, dass trotz aller Kränkheiten, die auch die Betriebsräteorganisation mitzumachen hatte, mit dem Betriebsrätesystem sowohl hinsichtlich der Beamten wie der Arbeiter die besten Erfahrungen gemacht worden seien.

GR. Reismann berichtigt tatsächlich, dass er mit der vom Gemeinderat Lehninger erwähnten bei der Strassenbahn angestellten Frau Reismann weder verwandt noch bekannt ist und auch niemals interveniert hat. Die Dame ist ihm gänzlich unbekannt.

Die Verwaltungsgruppe wird mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt. Der Antrag Höppeler auf Novellierung des Wiener Lehrerdienstgesetzes wird abgelehnt.

Schluss der Sitzung zehn Uhr nachts. Morgen Freitag wird die Budgetberatung um vier Uhr nachmittags fortgesetzt. Es gelangt die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtspflege zur Verhandlung.

... ..

Wien, am Freitag, den 16. Dezember 1927

Achter allgemeiner Sammeltag für die Armen Wiens. Auch heuer findet wieder am 18. Dezember (Goldener Sonntag) eine Sammlung für die Armen Wiens statt. Die Sammlung erfolgt in der bisher erprobten Weise durch eine Strassensammlung mit Sammelbüchsen und durch Sammelbogen in den Häusern. Die Bezirksvorstehungen, Fürsorgerräte und Hausbesorger sowie eine grosse Zahl von Helfern werden sich auch diesmal wieder in den Dienst der Sache stellen. Die Sammelberechtigten sind mit amtlichen Legitimationen versehen. Der vorjährige Sammeltag brachte den Armen Wiens den Betrag von 168.000 Schilling, der in den Fürsorgeinstituten verteilt wurde.

Autobustagverkehr am Goldenen Sonntag. Um dem Publikum, das am Goldenen Sonntag sehr viele Einkäufe besorgt, Gelegenheit zu geben, die städtischen Autobuslinien benützen zu können, findet am Goldenen Sonntag, wie an den Werktagen der Autobustagverkehr statt.

Eine Weihnachtsbescherung für Lehrlinge. Die Lehrlingsfürsorgeaktion hat in einem Uebereinkommen mit der Gemeinde Wien und dem Fortbildungsschulrat die Verpflichtung übernommen, für die Bekleidung der in den Lehrlingsheimen untergebrachten Lehrlinge zu sorgen. Diese Verpflichtung nimmt die Lehrlingsfürsorgeaktion zum Anlass, eine Weihnachtsbescherung zu veranstalten, die am Mittwoch, den 21. Dezember, um 7 Uhr abends im Mittleren Konzerthaus, III., Lothringerstrasse 20, stattfindet. Es werden 480 Lehrlinge bekleidet. Die Kosten betragen rund Dreissigtausend Schilling und werden von der Gemeinde Wien und dem Fortbildungsschulrat getragen.

Zusammenstoss von zwei Strassenbahnzügen. Heute um 7 Uhr 44 Minuten kam es auf der Kreuzung Lerchenfelderstrasse-Museumstrasse zu einem schweren Zusammenstoss. Ein zur Stadt fahrender Dreiwagenzug der Linie 46 fuhr dort in einen einfachen Zug der Linie J2 hinein. Der Triebwagen des Zuges der Linie 46 erfasste den Beiwagen des Zuges der Linie J2, der gegen die Mariahilferstrasse zu fuhr, an der hinteren Ecke. Der Beiwagen wurde gegen den links von der Fahrbahn der Lastenstrassenlinie stehenden Beleuchtungsmast geschleudert und entgleiste. Ebenso entgleiste der Zug der Linie 46 und der Triebwagen rollte auf dem Pflaster in die Parkanlage beim Justizpalast. Bei dem Unfall wurden zwanzig Fahrgäste und vier Bedienstete verletzt. Darunter ist ein Bediensteter, der eine Gehirnerschütterung und ein Rahrgast, der innere Verletzungen erlitt. Die Störung dauerte bis 9 Uhr 4 Minuten.

Der Fahrer des Zuges der Linie 46 erklärt, dass das Ueberfahren der Haltestelle und dadurch der Zusammenstoss durch das Versagen der elektrischen Bremse erfolgte. Er fuhr mit der mässigen Stundengeschwindigkeit von 18 Kilometer bis zur Piaristengasse. Dort schaltete er auf die erste Bremsstufe, ohne dass sich eine Wirkung zeigte. Auch das Schalten auf weitere Bremsstufen unter Sandstreuen nutzte nichts. Die Lerchenfelderstrasse hat dort ein sehr starkes Gefälle und als der Zug nur noch eine Wagenlänge von der Haltestelle bei Kreuzung Museumstrasse entfernt war, war die Fahrgeschwindigkeit auf ungefähr 20 bis 24 Kilometer gestiegen. Soeben verliess dort ein Zug der Linie J2 die Haltestelle. Der Fahrer der Linie J2 erkannte sofort die kritische Situation und schaltete die höchste Geschwindigkeit ein, doch wurde sein Zug noch beim Ende erfasst.

Die gründliche Untersuchung der Bremsvorrichtung wurde sofort in Angriff genommen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redaktion: **H. H. H. H.**
Karl H. H. H.

Wien, am Freitag, den 16. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 16. Dezember 1927

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 3/4 5 Uhr nachmittags.

In Fortsetzung der Spezialdebatte über das Budget wird die Verwaltungsgruppe III "Wohlfahrtswesen und Sozialpolitik" in Verhandlung gezogen.

ST.R. Dr. Wandler leitet die Debatte mit folgendem Referat ein: Die Ausgabensumme ist in keiner anderen Gruppe so gestiegen, wie in dieser. Im Jahre 1923 betrug das Budget dieser Gruppe 35'8 Millionen Schilling; es ist von da ununterbrochen gestiegen und hat im vergangenen Jahre den Betrag von 80 Millionen und in diesem Jahre rund 87'8 Millionen Schilling erreicht. Im Jahre 1923 machten die produktiven Ausgaben 43'5 Prozent, die unproduktiven 56'5 Prozent aus. Der Anteil an den unproduktiven Ausgaben wurde im Laufe der Jahre so eingeschränkt, dass heuer der Anteil an produktiven Ausgaben 53'3 und der an unproduktiven Ausgaben 46'5 Prozent beträgt. Nimmt man die Ausgaben für die der Gruppe III nunmehr angefallenen Aufgaben der Sozialpolitik hinzu so beträgt das Gesamtbudget 99'94 Millionen Schilling.

ST.R. Tandler beschäftigt sich sodann mit den einzelnen Zweigen seines Ressorts. Die Zahl der in offener Armenfürsorge stehenden Personen ist leider auf rund 41.000 gestiegen, eine angesichts des Rückgangs der Arbeitslosigkeit unbegreifliche Steigerung. Dagegen sind in der geschlossenen Fürsorge mit der Zahl der Betten ausgekommen, ja es war sogar möglich, durch Veräußerung eines Pavillons des Lainzer Versorgungshauses in einen Krankenpavillon die Zahl der Betten zu verringern. Das Hauptgewicht haben wir auch im vergangenen Jahre auf die Jugendfürsorge gelegt und wenn auch die einzelnen Zweige der Jugendfürsorge, vor allem die Schulfürsorge, die Kleinkinderfürsorge eines weiteren Ausbaues bedarf, so können wir mit den bereits erzielten Resultaten zufrieden sein. Die Zahl der Kindergärten hat im vergangenen Jahre zugenommen, sie wird im nächsten Jahre weiter steigen. Stadtrat Tandler gedenkt insbesondere des Erfolges der Schulzahnpflege, einer Institution, mit der wir selbst gegenüber jenen Staaten, von denen wir sie übernommen haben, mustergültig geworden sind. Wir haben gegenwärtig zehn Schulzahnkliniken. Wir würden deren zwanzig brauchen. Im Laufe des nächsten Jahres werden noch einige eröffnet werden. Was geschlossene Fürsorge anbelangt, so haben wir den Tivoli verlassen und dafür den Wilhelminenberg akquiriert und damit eine kleine Restriktion der uns zur Verfügung stehenden Plätze durchgeführt. Es war uns möglich immer mehr Kinder in die private Pflege zu geben und damit den Anstaltsbetrieb einzuschränken, eine Entwicklung, die der Berichterstatter für vorteilhaft halte.

Stadtrat Tandler berichtet sodann über den Gesundheitszustand in der Gemeinde. Im Laufe der letzten Jahre hat sich in dem Gesundheitszustand unserer Stadt eine Wandlung vollzogen, wie sie in Ländern mit einer etwas genaueren Statistik schon vorher erfasst worden ist. Das ist die Steigerung der Krebserkrankungen oder besser der Erkrankungen welche auf bösartige Geschwülste zurückzuführen sind. Im Jahre 1920 hies in Wien 2423 Todesfälle an Krebs gegeben. Die Zahl ist im Jahre 1925 auf 3692 gestiegen und hat im

heutigen Jahre schon bis zum September 3257 betragen. Man kann sagen, dass die Krebssterblichkeit heute nicht mehr hinter der Tuberkulosesterblichkeit zurückbleibt, eine markwürdige Tatsache, die einer weitschauenden Verwaltung die Pflicht auferlegt, sich mit der Bekämpfung dieser Krankheit mehr zu beschäftigen als bisher. Der Stand an akuten Infektionskrankheiten war im vergangenen Jahre nicht so günstig wie früher. Wir hatten im Frühjahr eine schwere Epidemie an Scharlach und eine nicht leichte an Diphtherie und in letzter Zeit zeigt sich wieder ein Ansteigen dieser Erkrankungen, wenn wir auch in der angenehmen Lage sind, jenen schweren Diphtherieformen, wie sie in einzelnen Städten Deutschlands zu beobachten sind, verschont zu bleiben. Die allgemeine Aufregung über die Kinderlähmung hat sich gelegt. Es hat sich gezeigt, dass wir im Ganzen und Grossen auch von dieser furchtbaren Erkrankung verschont geblieben sind.

Was die chronischen Erkrankungen betrifft, so haben wir unser Hauptaugenmerk wie bisher der Bekämpfung der Tuberkulose zugewandt. Es wurde da und dort manchmal von einem Ansteigen der Tuberkulosesterblichkeit gesprochen. Ein minimales Ansteigen dieser Sterblichkeit, wie es jetzt zu konstatieren ist, ist aber keinesfalls eine beunruhigende Erscheinung, denn jedem eingeweihten Statistiker ist bekannt, dass die stärksten Senkungen in den Krankheitskurven nicht glattrandig sind, sondern kleine Zackungen aufweisen. Solche Zackungen sind schon bei der Veränderung der Witterung, bei dem Vorhandensein von ein paar Todesfällen gerade am Ende des Jahres usw. möglich. Unsere Abwehrmassnahmen gegen die Tuberkulose haben wir auch heuer fortgesetzt. Wir haben unsere Fürsorgestellen vermehrt und der Anruf der Bevölkerung zu ihnen offenbart das allgemeine Interesse für diese Erkrankung. Diese Volksaufklärung durch die Tat wird eines der besten Kampfmittel gegen die Tuberkulose sein. Wir haben im vergangenen Jahre die Zahl unserer Betten vermehrt, wir werden im nächsten Jahre die Heilstätte San Felagio mit Rücksicht auf den Rückgang der Malaria in diesem Gebiet wieder ganzjährig bewirtschaften können. Wir haben die Zahl der Betten auf der Baumgartnerhöhe vermehrt und eine eigene Untersuchungsstelle für Sputum errichtet. Wir haben den Versuch, die Kinder der ersten Klasse, auf die Tuberkulosereaktion zu prüfen auch im vergangenen Jahre durchgeführt und die ausserordentlich grosse Zahl der Eltern, die sich mit dieser harmlosen Prozedur an ihren Kindern einverstanden erklären, zeigt am allerbesten, wie viel Interesse die Bekämpfung der Tuberkulose begegnet.

ST.R. Tandler hebt sodann die von der Gemeinde eingeleiteten Massnahmen zur Bekämpfung der Syphilis hervor und spricht zunächst sein Bedauern aus, dass die städtische Gesundheitsverwaltung nicht ebenso wie in Deutschland in ihren Massnahmen an ein Gesetz anknüpfen könne. Wir haben eine Beratungsstelle errichtet, die ganz ausgezeichnet funktioniert und sich grosser Beliebtheit erfreut. Wir denken daran, im nächsten Jahre allen Menschen die Möglichkeit zu bieten, sich über ihren Gesundheitszustand Rechenschaft zu geben und werden daher mehrere öffentliche Stationen errichten, in welchen jeder zu einer bestimmten Zeit des Tages oder abends sich einer Blutprobe unterziehen kann und über das Ergebnis der Blutprobe Bescheid erhält. Wir halten dieses diagnostische Verfahren für ungeheuer wichtig, weil es uns die Menschen näher bringt und uns so die Möglichkeit geboten wird sie einer Heilbehandlung zuzuführen. Ermuntert werde ich zu diesem Versuch durch die Erfolge unserer Eheberatungsstelle und unserer Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten. Wir haben ferner die Einrichtung getroffen, dass in unseren Spitälern alle Patienten auf Wassermann untersucht werden, eine Einrichtung, die im Steinhof bereits auf mehrere Jahre zurückgeht. Wir setzen alles mögliche daran, um diese Massenkrankheit, deren Kurve nach meiner Meinung

nur eine vorübergehend absteigende war, zu bekämpfen. Wir haben darum auch eine Einrichtung getroffen, mit der Wien originell ist und an der Spitze aller Grossstädte marschiert. Seit dem 1. Dezember 1925 werden alle jene, die sich bei der Gemeinde Wien in Dienst melden, der Wassermessungen Probe unterzogen. In der letzten Zeit haben auch die Eisenbahnen Ähnliches in Erwägung gezogen. Das ist aber nur ein bescheidener Anfang. Die Öffentlichkeit hätte ein Recht zu verlangen, dass sich von Zeit zu Zeit einer solchen Probe unterziehen. Würden die öffentlichen und auch die Privatbetriebe das tun, so wären wir auch ohne Gesetz imstande im Laufe der Jahre dieser Krankheit Herr zu werden. Aufklärung allein genügt nicht, ein Beweis dafür, dass bei der Gruppe von Menschen, die am besten über diese Krankheit aufgeklärt ist, bei den Ärzten und Medizinern der Prozentsatz an Syphiliserkrankungen nicht geringer ist als bei anderen Berufsclassen.

St. R. Tandler verweist sodann darauf, dass im vergangenen Jahre versucht worden ist, in einzelnen städtischen Betrieben die Blutproben der dort Beschäftigten festzustellen, zunächst einmal um Blutspender zur Verfügung zu haben. Wie mir bekannt geworden ist, gehen jetzt die professionellen Blutspender daran, sich zu organisieren (Lebhaftes Gelächter). Wir stehen also vor einer Preistreibe bei im Blut-Symptom unserer Zeit. Diese Blutfeststellungen sollen aber auch den weit wichtigeren Zweck haben, den Menschen die Scheu vor Blutproben zu nehmen, sie dazu zu bringen sich regelmässig solchen Blutproben zu unterziehen und so die Möglichkeit zur Feststellung und Bekämpfung syphilitischer Erkrankungen zu bieten.

Zum Schlusse beleuchtet Stadtrat Tandler die Belastung der einzelnen Stellen seines Ressorts mit dem Hinweis darauf, dass in der Zentrale des Jugendamtes allein im letzten Jahre 37.000 Geschäftsstücke gelaufen sind, dass die Jugendämter zusammen einen Einlauf von mehr als 65.000 Geschäftsstücken hatten und dass im Fürsorgeamt bis zum 1. Dezember 14.571 Parteien verkehrt haben. Dass es gelungen ist, diese grosse Arbeitslast ohne Reibungen zu erledigen, ist nur der Ruhe, der Lebenswürdigkeit und dem Arbeitsseifer aller Angestellten und Beamten zuzuschreiben, denen Stadtrat Tandler an dieser Stelle herzlich dankt (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

GR. Angermayer (E.L.) erklärt, dass auch in der Verwaltungsgruppe III alles mit ausserordentlichem Talent zusammengetragen wird was mit der Wohlfahrtspflege und der Jugendfürsorge zusammenhängt, um mit grossen Ziffern jonglieren zu können. Es soll damit der Eindruck erweckt werden, dass die frühere Rathausverwaltung nur in einem verkümmerten Masse die Wohlfahrtspflege geübt habe. Jeder muss zugeben, dass nach dem Kriege der Pflichtkreis der Wohlfahrtspflege grösser geworden ist. Die Pflicht der Wohlfahrt aber hat nicht nur die Gemeinde Wien allein, sondern jedes Gemeinwesen zu erfüllen. Diese Wohlfahrt ist aber sehr unterschieden von der freiwilligen Fürsorge und da finden wir im Budget der Verwaltungsgruppe III sehr viele Ausgaben, die mit der freiwilligen Fürsorge nichts zu tun haben, so die Post für Massnahmen zur Bekämpfung und Verhütung von ansteckenden Krankheiten und die Post für Gemeindefriedhöfe. Das sind Posten, die von Fürsorge und Wohlfahrt ausgenommen werden müssen, weil ihre Bestimmung eine Verpflichtung der Gemeinde Wien ist. Wir wollen anerkennen, dass Sie für die Freiwillige Fürsorge nicht weniger machen als früher, aber auch nicht mehr. Die Beträge aber für die freiwillige Fürsorge werden durch Posten belastet, die für Reklamewecke geeignet sind. So die Reklamewindeln. Uns wird der Vorwurf gemacht, dass wir den Reichen die Steuern ersparen wollen und Stadtrat Tandler nennt den Reichen mit den Reklamewindeln nach. Das ist wohl unsinnig. Gemeinderat Angermayer be-

spricht dann eingehend die Post Geld und Sachaushilfen für Erwachsene, deren Betrag er viel zu gering findet. Im Jahre 1926 wurden für Geld- und Sachaushilfen 1.579.000 Schilling gebraucht; für das Jahr 1928 sind aber nur 1.5 Millionen Schilling eingesetzt, obwohl Professor Tandler gesagt hat, dass die Zahl der Fürsorgebedürftigen von Jahr zu Jahr steigt. Auch die Notstandshilfe für Arbeitslose zeigt grosse Mängel. Ein lediger Arbeitsloser bekommt keine Aushilfe, während bei verheirateten Arbeitslosen der Mann und die Frau zugleich die Aushilfe erhalten können. Auch die Erhöhung der Pfründen wie die Erteilung von Pfründen überhaupt lasse sehr viel zu wünschen übrig. Aber nicht nur die finanzielle, sondern auch die ideelle Seite der Fürsorge ist sehr bedeutungsvoll. Immer wieder wird beklagt, dass die Pfléglinge besonders in der geschlossenen Fürsorge sehr viel unter ihrem parteipolitischen Einfluss zu leiden haben. Ueberall hört man, dass die Behandlung von Pfléglingen, die nicht Ihrer Partei angehören ausserordentlich viel zu wünschen übrig lasse. Fahren Sie einmal, Herr Professor Tandler, in die Gesellschaft hinein und schaffen Sie diesen Zuständen ein Ende. Dasselbe gilt auch für die offene Fürsorge. Es ist eine alltägliche Erscheinung, dass die Parteien gefragt werden, welcher politischen Richtung sie angehören. Das sind Einzelkälle, die in die Hunderte gehen. Das ganze Fürsorgewesen ist von parteipolitischen Geist durchdrungen, ist zu einem politischen Apparat hinabgesunken, weshalb wir auch dem Budget unsere Zustimmung verweigern. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Wawerka (E.L.) kritisiert zunächst, dass die Posten für Arzneien, Bandagen und für Geld- und Sachaushilfen viel zu gering sind. Es scheinen ihm auch die Verpflegskosten von 3.60 Schilling in den städtischen Versorgungshäusern zu gering, während in den anderen städtischen Anstalten die Verpflegskosten rund sechs Schilling betragen. Der Beitrag für das Wiener Jugendhilfswerk reicht ebenfalls nicht für die Bedürfnisse aus. Die Ausgabe von Fürsorgefahrtscheinen lässt sehr viel zu wünschen übrig. Das Kontingent, das für hauer zur Ausgabe vorgesehen ist, wurde auch in den früheren Jahren ausgegeben. Der Kreis der Anspruchsberechtigten hat sich aber bedeutend erweitert und so wird der Bedarf der einzelnen Vereine immer mehr eingeschränkt. Der Redner tadelt dann die parteipolitische Einstellung im Fürsorgewesen, die er als einen Unfug bezeichnet. Die parteipolitische Einstellung des Budgets zeigt sich schon in der Art, wie die Vereine subventionieren. Während der allgemeine Verband für freiwillige Jugendfürsorge 80.000 Schilling erhält, bekommt der Caritasverband gar nichts. Auf dem Gebiet der Subventionen drückt sich die parteipolitische Einstellung des Budgets am schärfsten aus. Subventioniert wird nur der Verein, der rot ist; wenn einer unpolitisch oder gar christlich ist, ist sein Ansuchen um eine Subventionierung stets ein vergebliches. Mit diesem System muss Schluss gemacht werden. Solange das nicht geschieht, verweigern wir dem Budget unsere Zustimmung. (Beifall bei der Minderheit).

SR. Kärber (E.L.) beschäftigt sich ausführlich mit der Verwaltung des Bürgerspitalsfonds. Dieser besitzt 33 Häuser und viele Gründe, auf denen jetzt die Gemeinde Wohnbauten errichtet hat, worüber aber im Budget nichts zu finden ist. Sehr bedauerlich ist es, dass sich Stadtrat Professor Dr. Tandler in seinem Bericht nicht auch über die Auflösung des Bürgerversorgungshauses geäussert hat. Es sollte doch, wenn das Bürgerversorgungshaus am 1. Jänner aufgelassen werden sollte, die Bürgervertretung gehört werden. Der Redner bringt dann zur Sprache, dass dem Grundarmenspital in der Leopoldstadt zwei polnische Juden zur Pflege zugewiesen wurden, worüber sich die anderen Pfléglinge wiederholt beschwerten. Zu tadeln ist es auch, dass eine gekümmte Hausgehilfin, die in Lains in Pflege ist, zur Wahlurne getragen wurde, nachdem man ihr in den Hemdausschnitt den sozialdemokratischen Stimmzettel gesteckt hat. Ein solcher Vorgang ist wahrlich unter aller Kritik.

Stöger (E.L.) bemerkt, die Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes sei unzulänglich, namentlich auf dem Gebiet der Jugendfürsorge. Ersparungen auf diesem Gebiet sind ein Raubbau an dem wichtigsten Volksgut. Der Belagraum in den städtischen Kinderherbergen ist ganz erheblich abgebaut worden, ohne dass aus dem Budget ersichtlich ist, dass die Ausgaben für Familienpflege gestiegen sind. Im Gegenteil, die Pflegebeiträge sind weit geringer als im Vorjahr. Wie gering die Beiträge sind, geht aus folgendem Fall hervor. Einer Frau, die drei Kindern in der grössten Not lebt, wurde ein monatlicher Beitrag von zwanzig Schilling gewährt und erst über Ein-schreiten des Stadtrats dieser Betrag um fünf Schilling erhöht. Das ist angesichts der grossen Not, in der die Frau lebt, ein lächerlicher Betrag und eine Sparsamkeit am unrechten Platz. Der Redner verlangt Auskunft über die Steigerung der Post "Kleiderbeteiligung anlässlich des Austritts aus der Anstaltspflege", ferner eine Teilung der Post "Pflegebeiträge, Verpflegungsgelder und Verpflegungskosten" und gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass die Post "Desinfektionsmittel" bedeutend erhöht wurde. Er stellt mit Bedauern fest, dass die Ausgaben für die Geisteskranken im Steinhof im Laufe der letzten Jahre in schier unerträglicher Weise gestiegen seien und bemerkt, es müsste doch möglich sein, diese hohen Abgaben herabzudrücken. Das könnte z.B. durch eine grosszügige Bekämpfung des Alkohols durch das Gesundheitsamt erreicht werden. Dass die Zahl der Konfliktsfälle von Betrunknen mit der Polizei immer mehr sinkt, ist ein Beweis dafür, dass Erfolge gegen die Trunksucht erzielt werden können. Dazu wäre vor allem notwendig, dass der Referent sich dazu entschliesst, die eine Trinkerfürsorgestelle, die es in unserer Stadt gibt, endlich auszubauen und ein Netz solcher Stellen für ganz Wien zu schaffen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Als dem Gemeinderat Eisinger das Wort erteilt wird, verlassen die christlichsozialen Gemeinderäte den Sitzungssaal.

GR. Eisinger (Soz. Dem.) stellt zunächst fest, dass die Post Fürsorge für Erwachsene in diesem Jahre abermals um drei Millionen gestiegen ist. Der Gemeinde wird zum Vorwurf gemacht, dass sie unter Umständen auf Kinder den Zwang ausüben, Beiträge an die Gemeinde zu leisten, wenn die Eltern in Fürsorge kommen. Dieser Zwang wird selbstverständlich nicht auf solche Leute ausgeübt, die selbst mittellos sind. Aber es ist vorgekommen, dass an Eltern, die sechs Kinder hatten, von keinem dieser Kinder ein Beitrag geleistet wurde. Wenn die Gemeinde in solchen Fällen darauf dringt, dass die Kinder ihre nicht nur gesetzliche, sondern auch moralische Verpflichtung zu erfüllen, ist das nur am Platze. Wenn der Gemeinde weiters der Vorwurf gemacht wird, dass bei Gewährung von Altersrenten die Pfründen gekürzt werden, so ist demgegenüber darauf zu verweisen, dass nach der Bestimmung des Gesetzes in solchen Fällen eigentlich die Pfründen um die Hälfte zu kürzen wären. Tatsächlich hat sich aber die Finanzverwaltung, wie Stadtrat Tandler wochenlang damit beschäftigt, wie man der Bestimmung des Gesetzes genügen könne, ohne die Pfründen zu schädigen. So ist man darauf gekommen, die Pfründen nur ein wenig, nicht bis zum Ausmass der gesetzlichen Bestimmung zu kürzen, so dass die Pfründer mehr erhalten, als die bei strikter Anwendung des Gesetzes erhalten würden. Der Kritik an der Anstaltsfürsorge hält der Redner entgegen, dass auch hier eine Steigerung der Ausgaben zu verzeichnen sei. Heute kostet ein Pflegling rund 30 Schilling in der Woche, angesichts der gegenwärtigen

Schneein Betrag, der sich sehen lassen kann. Ausserdem hat sich sowohl die Verpflegung, die Wohnung und Kleidung, sowie die geistige Pflege der Befürsorgten gegen früher wesentlich verbessert. Während z.B. früher nur an hohen Feiertagen und an Kaisers Geburts- und Namenstag Braten verabreicht wurde, gibt es heute an jedem Sonntag, am 1. Mai und am 12. November Braten. Auch das Nachtmahl ist verbessert, die Kost wird den Pflinglingen in menschenwürdiger Form, in schönem Geschirr verabreicht. Die Leute essen heute nicht mehr wie früher im Schlafraum, sondern in Speisräumen, der Ungezieferbekämpfung wird heute grosse Aufmerksamkeit gewidmet, die Bettstellen sind besser als früher, die Belagzahl wurde vermindert, die Kantinen abgeschafft und statt der Vergnügungen des Alkohols wird den Leuten geistige Unterhaltung geboten. Schliesslich bemerkt der Redner, dass jeder objektive Beurteiler zugeben müsse, dass niemand mehr als Professor Tandler auf die unpolitische Führung seines Referats dringe. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Erbaur (E.L.) erklärt zunächst, solange Gemeinderat Eisinger auf seinem Merkblatt das Wort "Verleumder" habe, können die Christlichsozialen seine Ausführungen nicht anhören. Er bespricht sodann ausführlich das Blindenwesen und beschäftigt sich insbesondere mit der Blindenanstalt in der Josefstädterstrasse, deren Pflinglinge der Mehrzahl nach nach Wien zuständig sind. Bis zum Jahre 1922 hat diese Anstalt von der Gemeinde nie einen Heller erhalten. Jetzt zahlt die Gemeinde für die nach Wien zuständigen Pflinglinge pro Tag 2.40 S., während die Verpflegungsgebühr für die Linzer Verpfleglinge S 3.60 beträgt. Aus dem Ertrags der Sammelstage wird diese Anstalt nicht beteiligt, was einen Entgang an Spenden im Betrage von ungefähr 100 Millionen bedeutet. Diese Anstalt gibt sich alle Mühe nicht nur ihren Stand aufrecht zu erhalten, sondern wenn möglich noch um zwanzig Blinde mehr einzustellen. Stadtrat Tandler möge sich endlich entschliessen, dieser Anstalt namentlich vor Weihnachten zu helfen. Der Redner verlangt ferner eine Hilfe für das Kuratorium der Maria Pribram-Mädchenheimstiftung in Jütteldorf, für das Asyl für blinde Kinder in der Hernals-Hauptstrasse, für das Blindenheim in Baumgarten, dass durch einen 17 Monate langen Streik der Pflinglinge schwer geschädigt worden sei und des Pulkersdorfer Blindenverein. Schon angesichts der Weihnachtsfeiertage sollten diese Vereinen Zuwendungen gemacht werden und er hoffe, dass Stadtrat Breitner hierfür Verständnis haben werde. Der Redner bespricht sodann die Holz- und Kohlenaktion und wendet sich dagegen, dass die Einlösung der Kohlenzettel nur bei der Wihoko am Matsleinsdorfer Frachtenbahnhof erfolgen könne. Das sei für viele Befürsorgte viel zu weit, da frühere Modus, dass bei jedem Kohlenhändler diese Zettel eingelöst werden konnten, sei viel besser. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Zimmerl stellt nun den Antrag auf Auszählung des Hauses und Schluss der Sitzung. Die meisten sozialdemokratischen Gemeinderäte nehmen jetzt ihre Plätze ein, während die Mitglieder der Minderheit während der Auszählung ihre Plätze verlassen und auf den Ruhebänken an der Saalwand Platz nehmen. Von ihnen bleibt nur Gemeinderat Biber zurück. Das Haus wird ausgezählt und die Anwesenheit von 62 Gemeinderatsmitgliedern konstatiert. Der Antrag des Gemeinderates Zimmerl auf Schluss der Sitzung wird abgelehnt.

GR. Wagner (E.L.) erklärt, dass die Ausgabe von so hohen Summen für die Wohlfahrtspflege und soziale Verwaltung mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet werden muss. Es würde mehr befriedigen, wenn die Ansätze geringer wären. Die ganze Not des österreichischen Staates und der österreichischen Wirtschaft spiegelt sich in diesen Zahlen wieder. Es müsste Aufgabe jeder Verwaltung sein, solche Verhältnisse zu schaffen, die ein Herabsetzen dieser Ausgaben für Wohlfahrtswesen ermöglichen

würden. Die Verwaltung der Sozialpolitik muss prophylaktisch sein. Es ist eine schreckliche Zahl, dass 51.000 Menschen in Wien in Fürsorge stehen, die mit der Finanzverwaltung in einem so innigen Zusammenhang steht, dass sich der Finanzreferent von dem Gedanken leiten lassen sollte, der Produktion keine überhöhten Lasten aufzubürden. Gemeinderat Wagner erkennt sodann die Fortschritte auf dem Gebiete des Gesundheitswesens an, das Sinken der Kindersterblichkeit und dankt dem Professor Tandler für das Wort, dass die Zahl der Kinderlähmungen in Wien das übliche Ausmass nicht überstiegen habe. Ebenso zählt er der Prophylaxis auf dem Gebiete der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten seine Anerkennung. Er erklärt, dass keine Ausgabe zu hoch sein darf, um den Kreis der Geschlechtskrankheiten einzudämmen. Die grösste Last ist die Tuberkulose. Auch in ihrer Bekämpfung wurden Fortschritte gemacht, aber nichtsdestoweniger muss ein noch höheres Mass der Tuberkulosefürsorge gefordert werden. Soweit sich das Budget auf das Gesundheitswesen beschränkt, könnte man ihm zustimmen. Aber schon bei der Ertüchtigung der Jugend zeigt es sich, dass auch diese Verwaltungsgruppe parteiisch verwaltet wird. Dr. Wagner bringt dann Zurücksetzungen des deutschen Turnerbundes 1919 zur Sprache, dem Turnstile gekündigt wurden, die grössten Schwierigkeiten bei seinen Schwingübungen gemacht wurden und dem auch nahezu alle städtischen Spießplätze verschlossen sind. Er/ und alle übrigen Sportvereine, die der Sozialdemokratie nicht nahestehen sind auch Stiefkinder der Verwaltung in der Subventionspolitik. Gemeinderat Dr. Wagner dankt dem Minister a. D. Vittek der schon lange Zeit seine schätzbaren Dienste der Rechtsaushilfestelle der Gemeinde Wien widmet. Er schliesst seine Ausführungen mit der Erklärung, gegen das Budget stimmen zu müssen weil die Verwaltung der Stadt Wien, die das Budget vorlegt, die Verwaltung einer Partei ist. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Prinke (E.L.) nimmt ausführlich zu dem Budget der Verwaltungsgruppe III Stellung. Er tadelt insbesondere die Subventionspolitik der Gemeindeverwaltung und die Verhältnisse im Obdachlosenheim. Einem Pfründner wurde von einem Fürsorgetrat erklärt, er bekomme nichts wenn er nicht rot organisiert sei. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Bermann: Nennen Sie einen Fall!

GR. Prinke: Fragen Sie Ihren Kollegen Hedorfer! Er hat das Protokoll von mir in der Tasche! (Hört! Hört! bei der E.L.)

GR. Hedorfer: Ich werde Ihnen antworten!

GR. Prinke: wendet sich dagegen, dass vor der Wahl die Obdachlosen Männer der Fürsorgegruppe Visitenkarten an die Pfründner hinausgeschickt. Auch die Kleider und Schuhe werden nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten verteilt. (Lebhafter Widerspruch bei der Mehrheit).

GR. Bermann: Gewöhnen Sie sich an, in diesem Saal die Wahrheit zu sprechen!

GR. Prinke: Sie als Sozialdemokrat werden die Wahrheit nie eingestehen! Wir können, schliesst der Redner, von Leuten, die nur Parteipolitik treiben, nicht erwarten, dass sie ein Herz für Arme und Bedürftige haben. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Schlössinger (E.L.) beschäftigt sich mit den Fragen der Jugendfürsorge und erklärt sich mit dem Grundsatz einverstanden,

dass an Stelle der Anstaltspflege die Familienpflege ausgebaut werde. Mit diesem Grundsatz steht aber im Widerspruch, dass die Pflegebeiträge so gering veranschlagt seien. Beiträge von 20 Schilling für ein Kind und ein Maximum von 50 Schilling bei mehreren Kindern ist zu wenig. Die Rednerin wendet sich dagegen, dass das Schloss Wilhelminenberg als Kinderdurchzugsstation, wozu es sich nicht eigne, verwendet werde. Wir sind mit dem Ausbau der Kindergärten sehr wohl einverstanden, meinen jedoch, dass an Stelle der Montessorimethode, die sinnig und ausgesprochen autoritätslos ist, besser die Fröbelmethode angewendet werden sollte. Sie verurteilt es ferner scharfsten, dass auch in den Kindergärten der Kampf um die Religion Eingang gefunden habe und verlangt, dass auf die Erziehung in den Kindergärten mehr Gewicht gelegt werde. Sie ersucht, die Fürsorge weiter auszubauen und sie vor allem von jeder Parteipolitik zu befreien. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Hedorfer (soz. dem.) wendet sich gegen den vom Gemeinderat Frinke erhobenen Vorwurf, es sei einer Befürsorgten von einem Fürsorgetrat in Simmering gesagt worden, ihr werde die Unterstützung wenn sie über die Roten schlüpfe. Er bringt dann einen Brief dieses Fürsorgetrates zur Verlesung, aus welchem sich ergibt, dass der Pflegebeitrag für ihr Kind nicht bewilligt wurde, weil sowohl sie wie ihr Lebensgefährte Einkommen bezogen, dass diese Frau nachher dem Fürsorgetrat beschimpft habe und dass dieser erklärt habe, er sei der Zustimmung des Gemeinderates Hedorfer sicher, wenn er die Frau deshalb bestrafe. Im Uebrigen habe derselbe Fürsorgetrat, weil sich die Einkommensverhältnisse der Leute änderten, später die Gewährung des Erziehungsbeitrages beantragt. (Hört! Hört! bei der Mehrheit).

Die Verhandlung wird abgebrochen. Schluss der Sitzung zehn Uhr. Nächste Sitzung Montag, vier Uhr nachmittags.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Henay

142

Wien, am Freitag, den 16. Dezember 1927 (Dritte Ausgabe)

Beileidskundgebung des Bürgermeisters Seitz anlässlich des Todes des Professors Dr. Chajes. Bürgermeister Seitz hat anlässlich des Todes des Oberrabbiners Professor Dr. Chajes an den Präsidenten der israelitischen Kultusgemeinde Dr. Alois Pick folgendes Schreiben gerichtet: Sehr geehrter Herr Präsident! Anlässlich des schweren Verlustes, den Ihre Gemeinde durch das Ableben Ihres Oberhauptes, des Oberrabbiners Professor Dr. Chajes erlitten hat, bitte ich, meiner innigen Anteilnahme versichert zu sein. Oberrabbiner Chajes war besetzt von unendlicher Liebe zu seinem Glaubengenossen und stets erfüllt von Hilfsbereitschaft und sozialem Empfinden. Nicht nur eine der prominentesten Persönlichkeiten seiner Gemeinde, sondern auch gründliches Gelerntes Wissen und seine ausserordentlichen wissenschaftlichen Leistungen, vor allem auf dem Gebiete der Orientalistik, haben seinen Namen weit über die Grenzen seines Volkes und unserer Stadt hinaus ruhmvoll in die Welt getragen. Ich darf wohl sagen, dass auch ein grosser Kreis der Wiener, die nicht seines Glaubens sind, dem Verbliebenen ein ehrenvolles Andenken bewahren werden, zu dem ich Sie, sehr geehrter Herr Präsident, bitte, den Ausdruck meines Beileides auch den Hinterbliebenen übermitteln zu wollen, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener Seitz.

Wien, am Samstag, den 17. Dezember 1927

Die städtischen Schneesäuberungsarbeiten. Die Beseitigung des Schnees aus den Wiener Strassen wird ohne Unterbrechung fortgesetzt. Donnerstag wurden 5673, gestern 8656 und heute 8587 Arbeitslose zu Schneesäuberungsarbeiten aufgenommen. Donnerstag waren 1054, gestern 1046 und heute sind 1083 städtische Strassenarbeiter mit der Schneebeseitigung beschäftigt. In den letzten drei Tagen wurden insgesamt 95 Pferdeschneepflüge, zehn Autoschneepflüge und ein Autokehrzug im Betrieb gesetzt. Für die Schneefahrt wurden 59 städtische und 30 fremde Lastkraftwagen sowie 917 fremde Pferdepaare und die neue Schneeauflademaschine verwendet.

Der Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1919 bis 1922. Das statistische Amt der Stadt Wien hat soeben ein umfangreiches Quellenwerk zeitgenössischer Verwaltungsgeschichte herausgebracht: den Bericht über die Verwaltung der Stadt Wien in den Jahren 1919 bis 1922. Auf tausend Seiten berichtet dieses auf Grund amtlicher Materialien gearbeitete Werk, das in der Buchhandlung Gerlach und Wiedling erschienen ist, über einen Zeitraum, der die städtische Verwaltung vor Aufgaben gestellt hat, wie sie noch nie zuvor einer Millionenstadt gestellt worden sind. Die zeitliche Distanz zwischen Bericht und Gegenstand hat dem Bericht den Tageskampf entrückt und unter die Kritik der Geschichte gestellt. Es ist gut, dass ein solcher Markstein überstandenen Leides und geleisteter Arbeit aufgerichtet ist, denn die Arbeit des Tages geht weiter und vergangenes Leid vergisst sich leicht. Der Bericht ruft das Wien der ersten Nachkriegszeit zurück, wo die Stadt von Hunger und Kohlennot bedroht war, wo verdunkelte Strassen, stillstehende Räder der Strassenbahn dem Stadtbild den Stempel aufdrückten. Der Bericht zeigt den Weg züher, bewusster, oft von feindlichen Einflüssen durchkreuzter, immer wieder aufgenommener unermüdlicher Arbeit, die doch zum Erfolg geführt hat. Er zeigt die tausendfachen Probleme der Verwaltungsorganisation, die Altes abbaut, Neues aufbaut, die Gemeinde zum Gliedstaat des Bundes erhebt, grosszügig und sparsam zugleich den grösstmöglichen Erfolg mit den geringsten Mitteln erreichend. Der Bericht zeigt die in der Verwaltungsgeschichte der Nachkriegszeit beispiellose Organisation des städtischen Finanzwesens, die Leistungen der Fürsorge, der Sozialpolitik, die technischen Grosstaten, er lässt die Errungenschaften unseres Schulwesens erkennen und berichtet leidenschaftslos, auf das Material der Quellen gestützt, über jede Frage des kommunalen Lebens. Chroniken von der Direktion der städtischen Sammlungen und von der Arbeiterkammer verfasst, ergänzen das Werk, das Zeugnis von schwerer, aber erfolgreicher Arbeit der Stadt Wien ablegt. So liest sich das Buch nicht wie eine amtliche Drucksache alten überwundenen Bürokraten styles, sondern wie ein Werk, aus dem jeder Kommunalpolitiker lebendiges Material schöpfen kann. — (Anbei geht das Werk der Redaktion zu.)

Sitzungen im Rathaus. Der Wiener Gemeinderat wurde zur Fortsetzung der Beratung des Voranschlags für 1928 für Montag und Dienstag einberufen. Die Sitzungen beginnen um vier Uhr nachmittags. Der Wiener Stadtsenat tritt Dienstag, den 20. Dezember, um zehn Uhr vormittags zusammen.

Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck". Morgen, Sonntag, um zehn Uhr und um elf Uhr vormittags finden im Neuen Rathaus im Gemeinderatssitzungssaal die Ueberreichungen der anlässlich des Wettbewerbes "Wien im Blumenschmuck" verliehenen Auszeichnungen statt.

Der Samstagnachmittagschluss bei den Banken. Heute vormittags sprach bei dem amtsführenden Stadtrat Linder eine Abordnung des Verbandes österreichischer Banken und Bankiers vor, die darauf verwies, dass infolge der Samstagbörse die Bewilligung einer Verlängerung der Arbeitszeit in den Banken am Samstag notwendig sei. Der Wiener Magistrat möge anordnen, dass die Verlängerung der Arbeitszeit über zwei Uhr nachmittags hinaus gestattet werde. Diese verlängerte Arbeitszeit werde den Angestellten durch die festgelegte Ueberstundenentlohnung entschädigt werden. Die Verlängerung der Dienstzeit an Samstagen sei unbedingt notwendig, weil die Gefahr einer Zurückdrängung Wiens als Finanzplatz zu befürchten sei, wenn nicht die Börsenaufträge rechtzeitig erledigt werden können. Stadtrat Linder erklärte, dass diese Angelegenheit nur im engsten Einvernehmen mit den Angestellten erledigt werden könne. Er machte gleichzeitig darauf aufmerksam, dass dieses Einvernehmen schon deshalb notwendig sei, weil in der Zeit der grossen Konjunktur im Jahre 1922 eine Verlängerung der Dienststunden an Samstagen nicht erfolgte. Dagegenüber wissen die Vertreter des Bankenverbandes darauf hin, dass damals in Wien am Samstag kein Börsentag war. Schliesslich einigte man sich, die Frage einvernehmlich mit dem Reichsverein der Bankangestellten einer Lösung zuzuführen.

423.307 Gaskonsumenten in Wien. Im November hat die Zahl der Gasabnehmer in Wien abermals bedeutend zugenommen. Es wurden Ende November insgesamt 423.307 Konsumenten gezählt. Da am 31. Dezember 1913 in Wien 211.815 Gasabnehmer waren, so hat gegenüber dem F. leden die Zahl der Gaskonsumenten sich nun schon fast verdoppelt. Diese Aufwärtsbewegung hält weiter an. Insgesamt wurden im November 3567 Gasmesser montiert. Auch die Zahl der Gasgeräte und der Gasöfen, die vom städtischen Gaswerk verkauft worden sind, nimmt ständig zu. Im November wurden 928 Koksöfen "Muster Wiener Gaswerke" verkauft.

Neue Kurse an der städtischen Frauengewerbeschule. An der städtischen Frauengewerbeschule V., Margaretenstrasse 152, beginnen anfangs Jänner folgende neue Abend- und Nachmittagskurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen für Schneiderinnen und Weissnäherinnen, Frisieren und Modistenarbeiten. Einschreibungen werden in der Kanzlei der Frauengewerbeschule täglich von acht bis vierzehn Uhr vorgenommen.

Starker Besuch im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Die in der Volkshalle des Neuen Rathauses untergebrachte Abteilung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums wird ungewöhnlich stark besucht. Da sich ununterbrochen Sondergruppen für den Besuch des Museums anmelden, ist auch der Besuch ausserhalb der normalen Besuchszeiten ungewöhnlich lebhaft. Am letzten Sonntag besuchten rund 400 Menschen das Museum, das eine neue Sehenswürdigkeit Wiens ist. Das Museum, das geheizt ist, ist Dienstag und Freitag von 17 Uhr bis 19 Uhr und Sonntag von 9 Uhr bis 13 Uhr geöffnet. An diesen Tagen finden um 18 Uhr beziehungsweise um 10 Uhr Führungsvorträge statt. Der Eintritt in das Museum ist frei.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

hjh

Wien, am Montag, den 19. Dezember 1927

.....
Das Schneewetter in Wien. Das ungestüme Schneewetter, das in der Nacht von Samstag auf Sonntag in Wien einsetzte, machte in den Strassen und im Wiener Strassenbahnnetz mehrmals umfangreiche Säuberungsarbeiten notwendig. So wurden zu Schneesäuberungsarbeiten gestern 5318 und heute 9091 Arbeitslose aufgenommen, 1003 städtische Strassenarbeiter waren gestern und heute sind 918 mit der Schneeabfuhr beschäftigt. Zehn Autoschneepflüge und 104 Pferdeschneepflüge wurden gestern im Betrieb gesetzt und heute 252. Für die Schneeabfuhr wurden insgesamt 51 städtische und 22 fremde Lastkraftwagen sowie 502 fremde Pferdapaare verwendet. Zur Säuberung des Strassenbahnnetzes wurden gestern 88 Motorschneepflüge, 132 Anhängeschneepflüge und 12 Pferdeschneepflüge verwendet. Die erste umfassende Säuberung der Strassenbahngelände wurde schon gestern vor der Frühausfahrt der Wagen vorgenommen. Tagsüber fuhren alle Schneepflüge wiederholt die Strecken ab und auch heute nachts wurden alle Strassenbahnlinien vom Schnee gesäubert. Die Schneesäuberung vollzog sich den schwierigen Umständen angemessen mit unvermeidlichen Hemmungen des Strassenbahnverkehrs durch die langsamfahrenden Schneepflüge. Der Betrieb wurde heute früh normal aufgenommen; nur auf der Linie 167, die nach Retzsidel führt, konnte, trotzdem diese Strecke die ganze Nacht mit Motorschneepflügen befahren worden war, der Betrieb nicht aufgenommen werden, da durch Schneeverwehungen Schneewächten bis zu einer Höhe von einem Meter die Gehise bedecken. Für die Säuberung der Strassenbahngelände wurden gestern rund 2700 und heute etwa 6600 Arbeitslose aufgenommen.
.....

Wien im Blumenschmuck. Die diesjährige Aktion "Wien im Blumenschmuck", die von Jahr zu Jahr eine immer grössere Ausdehnung erfährt, wurde gestern mit der Ueberreichung der Preise an die Preisträger abgeschlossen. Während im Vorjahr 494 Preise verteilt wurden, stieg diese Zahl heuer auf 633. Davon sind 22 erste Preise (Fünfundzwanzig Schilling in Gold), 98 zweite Preise (fünfundzwanzig Schilling in Silber), 203 dritte Preise (Zwanzig Schilling in Silber) und schliesslich 336 Diplome. Die Ueberreichung der Auszeichnungen an die Preisträger fand gestern vormittags im blumengeschmückten Gemeinderatssitzungssaal des Neuen Rathauses statt. Der Feier wohnten Vizebürgermeister Hoss, die Gemeinderäte Erban, Hartmann, Brehak, Schütz und Ullreich sowie die leitenden Beamten der Magistratsabteilung 22 bei. In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte Stadtrat Linder die Preisträger. Wien ist die Stadt der Blumen und Gärten. Der Stadt diesen kostbaren Schmuck zu erhalten, dienen die Bestrebungen der Aktion "Wien im Blumenschmuck". Die Gemeinde Wien geht diesen Bestrebungen mit gutem Beispiel voran. Sie schafft prächtige Gartenanlagen, schmückt die städtischen Wohnhäuser mit Blumen und sogar die Masten der elektrischen Leitungen erfreuen sich im Sommer eines bunten Blumenschmuckes. Der Wiener hat für alles Schöne Sinn und besonders auch für Blumen. Dem ist es zu danken, dass die Aktion "Wien im Blumenschmuck" von Jahr zu Jahr grössere und schönere Erfolge habe. Wenn die Fremden nach Wien kommen und unser schönes Wien im Blumenschmuck sehen, dann wird für sie die Wien nicht nur Weltstadt, sondern auch die Blumenstadt sein. Stadtrat Linder dankte dann den Preisträgern für ihre hervorragende Mitarbeit und nahm dann in Verein mit dem Gemeinderat Schütz die Verteilung der Preise vor. Unter den mit ersten Preisen ausgezeichneten befinden sich unter anderem die Arbeiterkammer, das Hotel Britol, die Verlagsanstalt Vorwärts, Stafa A. G. und das Cafe Landmann.
.....

Wien, am Montag, den 19. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

.....
Die Kleinrentnerhilfe der Gemeinde Wien. Die Gemeinde Wien hat zur Linderung der durch den Währungsverfall hervorgerufenen schlechten wirtschaftlichen Lage jener Kleinrentner, die seinerzeit Anleihen der Stadt Wien erworben haben, bis zum Inkrafttreten einer bundesgesetzlichen Regelung alljährlich einen Höchstbetrag von einer Million Schilling gewidmet. Aus diesem Betrag ^{werden} österreichischen Bundesbürgern, die ihren Wohnsitz im Bundesgebiet haben, für ihre Person Zuschüsse zu den Zinsen der Schuldverschreibungen gegeben.

Die Beurteilung im Einzelfall obliegt einer vom Bürgermeister ernannten Kommission, die aus den Gemeinderäten Angermayer, Blum, Broczyner, Fischer, Meidl und Haider und dem Obmann des Kleinrentnerverbandes Dr. Zalman besteht. Sie hielt heute unter dem Vorsitz des Stadtrates Breitner die erste Sitzung ab. Der Magistrat legte 215 Anträge vor, die sämtlich auf Stattgebung des angemeldeten Anspruches lauteten. Der Ausschuss, der vollzählig versammelt war, hat den Anträgen des Magistrates in allen Fällen zugestimmt. Die Auszahlung der Zuschüsse wird noch vor Weihnachten erfolgen. Der Magistrat arbeitet an der Überprüfung der noch vorliegenden mehr als zweitausend Gesuche. Die Kommission wird in kürzester Zeit wieder eine Sitzung abhalten.

.....
Der Wasserrohrbruch am Favoritenplatz. Am Montag früh ereignete sich am Favoritenplatz ein Bruch eines Rohrstranges der Wientalwasserleitung. Der Rohrstrang wurde abgesperrt. Durch die austretenden Wassermassen wurde das Geleise der Strassenbahn in der Richtung Kärntnerstrasse unfahrbar gemacht. Es musste der Strassenbahnverkehr auf den Linien 66 und 67 in der Richtung Kärntnerstrasse über Wiedner-Gürtel - Prinz Eugenstrasse und über Gärtnersstrasse - Wiedner-Hauptstrasse abgelenkt werden. Durch den Wasserrohrbruch ist auch ein Kabel der Elektrizitätswerke am Wiedner-Gürtel in Mitleidenschaft gezogen worden.

.....
Ein schwerer Tag für die Wiener Berufsfeuerwehr. Immer wieder ereignen sich die Fälle, dass an einzelnen Tages des Jahres besonders grosse Anforderungen an die Berufsfeuerwehr gestellt werden. Ein solcher Tag war der letzte Samstag und die Nacht vom Samstag auf Sonntag. Während dieser Zeit rückte die Berufsfeuerwehr in 37 Fällen zu Bränden und Hilfsaktionen aus, wobei die Feuerwehr in 13 Fällen mehr als je eine Stunde und in 3 Fällen mehr als 4 Stunden ^{tätig} war. Von den 37 Ausrückungen waren 23 Brände mit 3 Grossbränden und 14 andere Hilfsaktionen. Die Löschaktion beim Brande im Warenhaus Krupnik dauerte vom Augenblicke der Brandlegung bis zur Lokalisierung des Feuers nicht mehr als 12 Minuten. Der Brand in der Möbelfabrik Oppenheim konnte erst nach zwei Stunden mit zwei Schlauchlinien von der Kraftspritze gelöscht werden. Bei dieser Löschaktion wurde ein Löschmeister trotz des Atemschutzapparates ^{infolge schwerer Rauchvergiftung} ohnmächtig und musste von der Rettungsgesellschaft in das Wilhelminenspital überführt werden. Grosse Schwierigkeiten bereitete der Feuerwehr der in der Nacht von Samstag auf Sonntag ausgebrochene Brand des Holzlagerplatzes auf dem Handelskai. Dieses Feuer wurde mit fünf Schlauchlinien von drei Kraftspritzen, die ihr Wasser aus dem etwa zweihundert Meter entfernt liegenden Donaustrom nehmen mussten, nach mehr als vierstündiger Arbeit gelöscht. Sowohl dieses wie auch alle übrigen Feuer konnten auf den beim ^{Eröffnen} der Feuerwehr vorgefundenen Umfang beschränkt werden. Die Feuerwehr ist also trotz der starken, in allen Bezirken Wiens erfolgten Tätigkeit ihrer Aufgabe vollkommen gerecht geworden. Die Angestellten der Feuerwehr haben eine fast übermenschliche Arbeit geleistet.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 19. Dezember 1927.

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr die Sitzung.

Es wird die Beratung der Verwaltungsgruppe fortgesetzt.

GR. Hörmayer (E.L.) beschäftigt sich eingehend mit der Institution der Fürsorgeräte und bemerkt in einer Polemik gegen den Gemeinderat Hedorfer, dass auch diese Institution von den Sozialdemokraten politisiert worden sei. Die Anträge der christlichsozialen Fürsorgeräte werden in der Obmännerkonferenz gewöhnlich glatt abgelehnt. So wurde einer 73jährigen Pfründerin die Erhöhung der Pfründe deshalb verweigert, weil ihr arbeitsloser Sohn der Frontkämpferversicherung angehört. Die Höchstpfründen werden nur bevorzugten Parteileuten gegeben. Gemeinderat Reisinger hat festgestellt, dass ein Pflegling der Gemeinde Kosten von 30 Schilling in der Woche verursacht. Wenn man in der Gewährung der Höchstpfründen nicht so sparsam wäre, könnte die geschlossene Fürsorge der Gemeinde wesentlich entlastet werden. Der Redner stellt den Antrag, dass allen 70 Jahre und darüber alten erwerbsunfähigen und hilfebedürftigen Befürsorgten der höchste Unterhaltsbeitrag im Ausmass von 40 Schilling monatlich anzuweisen ist. Er bespricht sodann die Verhältnisse in der geschlossenen Fürsorge und bestreitet die Behauptung des Gemeinderates Reisinger, dass es heute in der geschlossenen Fürsorge besser sei als früher. Wenn Gemeinderat Reisinger die Tage aufgezählt an denen die Leuten Braten verabreicht wird, so hat er einen Tag, den vor der Wahl vergessen. Vor der Wahl tun die Sozialdemokratischen Fürsorgeräte überhaupt alles um die Pfründener dazu zu veranlassen sozialdemokratisch zu wählen. So sind die Pfleglinge des Versorgungsheimes im Werth in der Leopoldstadt vor der Wahl mit Autobus abgeholt und in die Volksope geführt worden. Warum geschieht dies nicht auch sonst. Ueberhaupt möge Stadtrat Tandler mitteilen, in was für einem Verhältnis der Herr Wildner, der dort eine grosse Rolle spielt, zu diesem Versorgungsheim steht. Dort werden alle Gäste aus dem Osten einquartiert und vor den bevorzugt, offenbar damit die Leopoldstadt als Judeninsel nicht ausstirbt. Der Redner bespricht dann die Kohlenaktion und verlangt, dass nicht wieder ein Teil der für diese Zwecke vorgesehenen Summe für das nächste Jahr aufgehoben, sondern dass vor Weihnachten doch noch Kohlenkarten ausgegeben werden. Schliesslich beschäftigt er sich mit dem Bürgerspitalfond und bezeichnet das Vorgehen der Gemeinde gegenüber dem Bürgerversorgungsheim als modernes Raubrittertum. Er verlangt in einer Besprechung der Körpersportbewegung, dass auch den christlich-deutschen Turnvereinen entgegengekommen werden möge. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Binder (E.L.) wendet sich dagegen, dass Gesuche um Pfründenerhöhungen erst nach einem Jahr des Pfründenbezuges möglich sind und verlangt, dass man jeden einzelnen Fall individuell behandeln möge. Es kommt vor, dass Leuten, die Altersrente beziehen die Unterhaltsbeiträge ganz eingestellt werden. Stadtrat Tandler möge dafür sorgen, dass sein Erlass eingehalten werde. Die einmaligen Aushilfen werden in einem vielzuerwartenden Betrage gewährt, ausserdem muss oft drei bis vier Monate gewartet werden, bis eine nochmalige Aushilfe möglich ist. Der Redner müsse mit

Bedauern feststellen, dass auch im Wohlfahrtswesen parteiisch vorgegangen werde. Er illustriert dies an zwei Beispielen. Einer Pfründerin, der die Pfründe eingestellt wurde, sagte der Fürsorgerat: Da kann man nichts machen! Sie sind ja eine Christlichsoziale! Wenden Sie sich an den Herrn Pfarrer, damit er für seine Pfarrkinder Sorge! Solche Bemerkungen sind ganz ungehörig. Einer anderen Pfründerin der die Pfründe eingestellt wurde sagte ein Fürsorgerat: Warum kommen Sie nur zur Gemeinde? Warum gehen Sie nicht ins Herzjesukloster oder in andere Klöster! Von der Gemeinde haben Sie schon so viel bekommen! Diese Bemerkungen der Fürsorgeräte sind protokollarisch festgestellt und ich ersuche den Herrn Stadtrat Tandler diesen Fällen nachzugehen.

Sämtliche Pfründner wurden vor der Wahl von den sozialdemokratischen Fürsorgeräten aufgesucht und durch Drohungen und andere Mittel eingeschüchtert, sie würden, wenn sie nicht sozialdemokratisch wählen, eine Erhöhung nicht bekommen oder es würde ihnen die Pfründe eingestellt werden. Ja man hat ihnen sogar gesagt, dass sie zur Wahl erst gehen dürfen, wenn sie abgeholt werden. Es ist ein Skandal, dass mit den Pfründnern so umgegangen wird. Der Redner bespricht sodann die Post "Inventar - Kleider und Wäsche, erhaltung" und verlangt Aufklärung darüber, warum diese Post gegenüber dem Jahre 1926 so ausserordentlich gekürzt worden sei. Er bespricht sodann die Verhältnisse im Kinderspital Schlachthausgasse und bemerkt, dass in diesem Spital die Wäsche vor einiger Zeit so schlecht war, dass die Kinder auf Lumpen gelegen sind. Auch wird darüber Beschwerde geführt, dass dort zu wenig geheizt wird. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Uebelhör (E.L.) bemerkt, gestern habe man wieder das Schauspiel sehen können, dass die reiche Gemeinde Wien in den Strassen für die Armen Betteln liess. Auf unsere Beschwerden wurden die Sammelstage, die in Wien veranstaltet werden auf fünf eingeschränkt. Wir würden es für notwendig halten, dass der Sammeltag für die Armen der Stadt Wien aufgehoben wird. Redner sei überhaupt dagegen, dass Gemeinden für die Armen sammeln und insbesondere dagegen, dass die reiche Gemeinde dies tue. Während Stadtrat Tandler sonst die private Fürsorge ausschalte, nehme er gerade für die Armen der Stadt die private Fürsorge in Anspruch. Das Ergebnis des Sammeltages ist 150.000 Schilling, das ist nur ein verschwindend kleiner Bruchteil der Summe, die durch die Fürsorgeabgabe aufgebracht wird. Das Erträgnis des Sammeltages fällt daher nicht ins Gewicht. Auch kann man zur Unparteilichkeit der verschiedenen Organe die die Verteilung vornehmen, kein Vertrauen haben. Durch die Auflassung dieser Sammlung würde auch mehr Platz für die übrigen Sammlungen geschaffen werden. Der Redner stellt den Antrag, der Sammeltag für die Armen der Stadt Wien sei nicht mehr abzuhalten und ersucht im Interesse des Ansehens der Stadt diesen Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Hengl (E.L.) bringt Beschwerden hinsichtlich der Gemeindefriedhöfe vor. Er weist darauf hin, dass die Städtung, die sich die Graberhaltung des bekannten Dichters Ferdinand Saar, dessen Grab sich in Oberdöbling befindet, durch die Inflation ihr Vermögen verloren habe. Die frühere Gemeindeverwaltung hat zu Ehren dieses Dichters den schönsten Platz in Döbling nach ihm benannt. Es wäre Pflicht der Gemeinde seine letzte Ruhestätte in ihre Obhut zu übernehmen, damit das Grab, das sich in einem unbeschreiblichen Zustand befindet, entsprechend ausgestaltet wird. Er wendet sich ferner dagegen, dass der Grinzinger Friedhof in die Kategorie der Nobelhöfe eingereiht worden sei. Ein Grab das auf dem Grinzinger Friedhof zum Beispiel 210 Schilling kostet, kostet auf dem Grinzinger Friedhof 427 bis 570 Schilling. So kommt es, dass viele Grinzinger in anderen Friedhöfen bestattet werden müssen.

Er verlangt ferner, dass den religiösen Bedürfnissen der Besucher des Grinzinger Friedhofes Rechnung getragen und die notwendigen Reparaturen dort ehestens durchgeführt werden. Sehr merkwürdig sei es, welche Rechte sich die Gemeinde an den Grabsteinen und Kreuzen verfallener Gräber beilege. Er kritisiert sodann die Pfründnerjausen und erklärt schliesslich, dass er wegen der parteipolitischen Einstellung des Budgets gegen diese stimmen werde. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Pfeiffer (E.L.) beschäftigt sich ausführlich mit der Frage der körperlichen Erziehung der Jugend. Seitdem die Sozialdemokratie in die Sportbewegung eingetreten ist, wurde diese politisiert. Die Sportbewegung wurde in zwei Lager gespalten, wovon das eine Lager, die Sozialdemokraten, parteipolitisch sind. Auch vom Sportbeirat der Gemeinde Wien kann man keine objektive Behandlung der Frage der körperlichen Erziehung der Jugend voraussetzen, da er ebenfalls parteipolitisch zusammengesetzt ist. Der Redner regt dann die Umwandlung der grossen Müllablagestelle in Hernals zu einem Sportplatz an und beschwert sich dann über kleinliche Einschränkungen des Skisports im Wienerwald. So dürfen die Skifahrer nicht auf der Hameustrasse und auf der Strasse zum Schottenhof nach Neuwaldegg fahren. Wenn sie dabei betreten werden, werden sie von der Wache angehalten und müssen zwei Schilling Strafe zahlen. Diese Einschränkungen aufzuheben, wäre höchste Zeit. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erwidert Stadtrat Tandler auf die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden. Er erklärt zunächst, dass die Behauptung des Gemeinderates Angermayer, die Gemeinde laufe den Reichen mit den Wahlwindeln nach, unrichtig sei. Bisher haben sich für den Bezug der Säuglingswäsche 11.366 Frauen angemeldet. Ausgegeben wurden 8880 Säuglingswäschepakete. Von diesen wurden nur 121 an Wöchnerinnen, die in einem Wiener Sanatorium entbunden haben, verteilt. Des weiteren führt Professor Tandler aus, dass eine Verordnung, wonach die Pfründen jährlich nur um zwei Schilling erhöht werden dürfen, nicht gibt. Allerdings habe die frühere christlichsoziale Gemeinderatsmehrheit die Erhöhung der Pfründen so geordnet, dass Pfründen halbjährig nur um zwei Kronen erhöht werden durften. Was die Differenz der Verpflegskosten in Lainz und in anderen städtischen Anstalten anlangt, so erklärt sich diese daraus, dass in Lainz, wo die Verpflegskosten täglich mit S 3.60 berechnet werden, nicht so viel Wartung und Pflege der alten Leute notwendig sei, wie sie die Wartung von Kindern in städtischen Waisenhäusern erfordert. Bezüglich der Auflassung des Bürgerversorgungshauses erklärt Stadtrat Tandler, dass die alten Bürger mit allen ihren Privilegien ihr neues Heim beziehen können. Hinsichtlich der Steigerung des Belages der Landes-, Heil- und Pflegeanstalt am Steinhof erklärt der Redner, dass auf 500 Einwohner Wiens ein Irrenbett komme. Demgegenüber kommt in anderen Ländern und Städten ein Irrenbett schon auf 300, ja sogar schon auf 200 Einwohner. Auf die vorgebrachten Vorwürfe, dass zu wenig hohe Pfründen ausgegeben werden, erwidert Professor Tandler, dass von 43.771 Pfründen im Jahre 1914 nur 798 Höchstpfründen waren, während von 41.000 Pfründen im Jahre 1927 3117 Höchstpfründen sind. Auf die Vorwürfe der Minderheit, dass Subventionen nach parteipolitischen Gesichtspunkten gegeben werden, erklärt Stadtrat Professor Tandler, dass dies unrichtig sei. Während beim Bund für das Jahr 1928 eineinhalb Milliarden Subventionsgelder bereitgestellt sind, die allerdings nicht im Bundesvoranschlag verzeichnet sind, hat die Gemeinde Wien die Subventionen in ihrem Budget berücksichtigt, was man also nur eine aufrichtige Budgetierung nennen kann. Der Vorwurf, dass die Schlosskapelle am Wilhelminenberg in ein Kino umgewandelt wurde, ist ebenfalls nicht richtig. Der Erzherzog hat einer Reihe von Menschen den Auftrag gegeben, den Inhalt der Kapelle zu entfernen. Diese Leute haben den Auftrag dermassen durchgeführt, dass von der Kapelle nur vier

leere Mauerwände übrig geblieben sind. Man kann also nicht behaupten, dass aus einer Kapelle ein Kino gemacht wurde. Unrichtig ist es auch, dass Altersfürsorgeregentern die Pfründe gestrichen wird. Von 6766 Menschen, die am 1. Oktober als Altersfürsorgeregentner anerkannt wurden, sind nur 312 Pfründner. Denen wird jedoch die Pfründe nicht gestrichen, sondern nur gekürzt, obwohl nach den gesetzlichen Bestimmungen die Pfründe gestrichen werden müsste. Schliesslich ersucht Professor Tandler, das Budget zu bewilligen. (Beifall bei der Mehrheit).

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des Gemeinderates Kunschak wird nun das Budget der Verwaltungsgruppe III angenommen. Die Anträge der Gemeinderäte Stöger und Uebald^{er} erst der geschäftsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird nunmehr die Verwaltungsgruppe IV in Verhandlung gezogen.

Stadtrat Weber erstattet das Referat zu dieser Gruppe und wendet sich einleitend dagegen, dass aus einer Minderung der Ansätze für den Wohnhausbau im heurigen Budget auf eine Reduzierung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde geschlossen werde. Die Gemeinde wird ihren Versprechen gemäss auch in diesem Jahre, wie seit dem Jahre 1923 sechstausend Wohnungen bauen. Dass die Budgetpost im heurigen Jahre gegenüber den Jahren 1925 und 1926 geringer ist, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass infolge der notwendigen Vorbereitungsarbeiten in den Jahren 1923 und 1924 nicht schon mit der vollen Bautätigkeit begonnen werden konnte und dass daher in den folgenden beiden Jahren, 1925 und 1926, der in den beiden vorangegangenen Jahren entstandene Rückstand nachgeholt werden müsste. In den Jahren 1925 und 1926 sind nicht sechstausend, sondern achtausend, beziehungsweise zehntausend Wohnungen in Bau genommen worden. Das Bauprogramm enthält also das, was der Gemeinderat beschlossen und was die Mehrheit des Gemeinderates anlässlich der Wahlen der Bevölkerung versprochen hat. Das Bauprogramm von 25.000 Wohnungen geht seiner Realisierung entgegen. Am 30. November d.J. waren bereits 21.666 Wohnungen besiedelt. Am gleichen Tage waren 8334 Wohnungen im Bau, wovon 5000 aus dem Programm des Jahres 1927 stammen, das als Ergänzungsprogramm zu dem seinerzeitigen Wohnbauprogramm beschlossen wurde. Trotz der Befreiung der Neubauten vom Mieterschätz, trotz aller Steuer- und Bauerleichterungen kommt die private Bautätigkeit nicht in Fluss. Die Gemeinde Wien ist auch gegenwärtig noch der einzige Bauherr. Vom Jahre 1923 bis 1926 wurden in Wien durch Private im ganzen 1791 Wohnungen,

im Jahre 1927 bis zum 1. November 596 Wohnungen gebaut. Der Wohnbedarf ist noch immer ungeheuer gross. Beim Wohnungsamt sind gegenwärtig rund 16.000 Ansuchen vorgemerkt, wovon aus dem Jahre 1922 bis 1925 5768 stammen. Vom 1. Jänner 1926, dem Zeitpunkt des Erlöschens des Wohnungsanforderungsgesetzes, bis Ende 1927 sind 5230 Wohnungslose vorgemerkt, so dass inklusive der 5000 Tauschansuchen insgesamt 16.016

Ansuchen vorliegen. Die Prüfung dieser Ansuchen erfolgt nach wie vor nach dem Grundsatz des Punktsystems. Die Vorarbeiten auf Grund des Anforderungsgesetzes konnten nicht zur Gänze befriedigt werden, weil von Monat zu Monat dringliche und unaufschiebbare Wohnungsansuchen auftreten. Bei der Bekämpfung der Wohnungsnot hat sich der Entgang der Verfügungsgewalt über die privaten Wohnungen seit Erlöschen des Anforderungsgesetzes sehr unangenehm fühlbar gemacht. Bis zum 1. November d.J. wurden 5939 Vermietungen im Neubauten einschliesslich der Siedlungsbauten vorgenommen, in alten Wohnungen 2824, zusammen 8763. Die Zahl der Vermietungen beziehungsweise der Zuteilungen in alten Häusern ist ziemlich gross. Sie ist auf den Wohnungstausch zurückzuführen, der soweit es möglich ist, von der städtischen Wohnhäuserverwaltung durchgeführt wird. Trotz der oben erwähnten Schwierigkeiten ist es gelungen, die allerdringendsten Fälle zu befriedigen.

Die Obdachlosigkeit in Wien ist erstaunlich gering und andere Grossstädte, die eine freie Wohnungswirtschaft haben, können uns darum beneiden. Das ist darauf zurückzuführen, dass bei der Vergabe der Wohnungen mit einer gewissen Strenge vorgegangen wird. Wenn in Wien trotzdem eine ziemlich grosse Anzahl von Obdachlosen gibt, erklärt sich dies daraus, dass viele dieser das Geld für ein eigenes Obdach nicht haben. Die Wohnungsnot ist noch immer ungeheuer gross und sie wird auch noch Jahre andauern. So rasch ist das Wohnungsdefizit, das während des Krieges und unmittelbar nachher entstanden ist, nicht einzuholen. Das ist auch weder finanziell möglich, noch ist es auch nötig, das Wohnungsdefizit mit einem Mal zu beheben. Wenn man bedenkt, dass wir gegenüber dem Jahre 1913 rund 118.000 Kinder weniger in den Wiener Schulen haben, so ergibt sich schon daraus, dass in späteren Jahren die Zahl der Haushaltungen und damit die Zahl der Wohnungsbedürftigen geringer werden wird, und in dieselbe Richtung weist der stetige Rückgang an Eheschliessungen. Im Jahre 1926 ist die Zahl der Haushaltsgründungen auf 16.238 gesunken, im Jahre 1927 wird sie auf rund 14.000 geschätzt, so dass angenommen werden kann, dass mit einem Bau von 6000 Wohnungen im Jahre in den nächsten Jahren das Auslangen gefunden werden kann. Stadtrat Weber beschäftigt sich sodann mit der Erhaltung des alten Wohnungsbestandes und stellt fest, dass die Wiener Häuser im allgemeinen als gut erhalten bezeichnet werden können, und dass in den letzten zwei bis drei Jahren sehr viel nachgeholt wurde, was in der Vergangenheit vernachlässigt worden war. Die Schlichtungsstellen haben hier eine sehr wichtige Funktion zu erfüllen. Im Jahre 1925 wurden die Schlichtungsstellen in 20.537 Fällen angerufen, im Jahre 1926 in 19.713 und in den ersten zehn Monaten dieses Jahres in 18.275 Fällen. Im Jahre 1925 wurde die Erhöhung des Instandhaltungszinses in 13.464 Fällen zugestimmt, im Jahre 1926 in 12.984, im Jahre 1927 in 11.969 Fällen. Was die Höhe des zugestimmten Instandhaltungszinses betrifft, so schwankt dieser zum Grossteile allenfalls vom 500fachen bis zum 1800fachen. Der Zweitausendfache bis Zweitausendsechshundertfache Instandhaltungszins wurde in 540 beziehungsweise 788 Fällen in den beiden letzten Jahren zuerkannt. Der 3000fache im Jahre 1925 in 376 Fällen, im Jahre 1926 in 605 und im Jahre 1927 in 468 Fällen. Ueber dem 3000fachen Instandhaltungszins hinaus sind im Jahre 1927 im ganzen 466 Steigerungen erfolgt. Durch die Entscheidungen der Schlichtungskommissionen wurden für die Instandhaltung aufgewendet im Jahre 1925 29.327.000 Schilling, im Jahre 1926 38.937.000 und in den ersten zehn Monaten d.J. 30.280.000 Schilling. Darüber hinaus hat die Gemeinde durch Ersatzausführungen im Jahre 1927 498 Wohnungen und zehn Geschäftslokale dem Wohnungsmarkt erhalten. Die Zahl der Ersatzausführungen seit dem Jahre 1922 beträgt 6532 Wohnungen und 372 Geschäftslokale. Durch diese Fürsorge ist es auch möglich, den alten Wohnungsbestand möglichst lange zu erhalten, d.h. den Abbruch zu verhindern. Der Abbruch war in der Vorkriegszeit ein ungleich grösserer, als heute, da nicht nur unbewohnbare Häuser niedergelegt wurden, sondern auch solche, an deren Stelle man rentablere Bauten setzen wollte. Im Jahre 1913 wurden in Wien insgesamt 816 Wohnungen der Demolierung zugeführt, vom Jahre 1919 bis 1927 500.

Stadtrat Weber kommt sodann auf den Wohnungsnachweis zu sprechen und hebt hervor, welche besondere Wichtigkeit für Wohnungsnachweis seit dem Erlöschen des Wohnungsanforderungsgesetzes zukommt. Der Wohnungsnachweis ist die Stelle, bei der freierverdingte Wohnungen gemeldet werden sollen, bei der die Wohnungssuchenden, die durch die Gemeinde nicht befriedigt werden können, erfahren können, wo die Wohnung oder

ein Geschäftslokal frei ist und wo sie allenfalls als Untermieter unterkommen können. Ein Wohnungsnach in diesem Sinne ausgestaltet, hätte eine ungeheure soziale Bedeutung. Leider wird aber dieser Wohnungsnachweis bei uns sabotiert, vor allem deshalb, weil das Gesetz nicht ausreicht. Stadtrat Weber spricht den Wunsch aus, dass wenn schon der Bund zur Bekämpfung der Wohnungsnot durch Bauten nichts beiträgt, er doch wenigstens durch Schaffung eines modernen Wohnungsgesetzes, wie es andere Staaten schon zum Teil in der Vorkriegszeit hatten, die Führung eines Wohnungsnachweises ermöglichen sollte. Wie sehr der Wohnungsnachweis sabotiert wird, beweist der Umstand, dass im Jahre 1926 7012, im Jahre 1927 nur 5481 Wohnungen angezeigt wurden, Umschreibungen im Jahre 1926 1794, 1927 nurmehr 611, Wohnungsfäusche im Jahre 1926 3437, im Jahre 1927 nur mehr 1872. Die Zahl der gerichtlichen Kündigungen ist dank dem Mietengesetz von 124.601 im Jahre 1913 auf 13.209 im Jahre 1926 zurückgegangen. Dagegen hat die Zahl der exekutiven Räumungen, die im Jahre 1913 1236 betragen hat, in den ersten zehn Monaten des Jahres 1927 1814 betragen. Diese ausserordentlich grosse Zahl beweist, wie ungerechtfertigt das Gesetz über die durch den Mieterschutz verursachten Kündigungsbeschränkungen ist, sie beweist, dass auch das heutige Mietengesetz reichlich viele Bandhaben zu Kündigungen bietet und sie beweist auch, wie recht wir haben, wenn wir die aus früherer Zeit vorgemerkten zurückstellen, um den dringendsten Bedarf zu befriedigen.

Stadtrat Weber spricht sodann über die Häuserverwaltung der Gemeinde und gibt bekannt, dass gegenwärtig 34.000 Wohnungen und 21.431 Geschäftslokale in der Verwaltung der Gemeinde stehen. Rechnet man die in den Objekten der Betriebe, Unternehmungen und Anstalten erhaltene 5612 Wohnungen dazu, so gibt es eine Gesamtsumme von 39.612 durch die Gemeinde verwalteten Wohnungen, eine Zahl, die heute schon hinreicht, um die Preisbildung auf dem Wohnungsmarkt zu beeinflussen. Erfreulicherweise bereitet allen Befürchtungen zum Trotz die Verwaltung dieses grossen Wohnungsbestandes, für die es in der ganzen Welt kein Gleichnis gibt, keinerlei Schwierigkeiten. Zum Schluss gedenkt Stadtrat Weber der Steigerung der Post für die Förderung des Kleingartenwesens und spricht den Wunsch aus, dass es der Gemeinde durch die Schaffung eines Enteignungsgesetzes bald ermöglicht werde, der Schwierigkeiten, die sich hinsichtlich der Bereitstellung der erforderlichen Baugründe ergeben, Herr zu werden. (Lebhafter Beifall der Mehrheit).

GR. Doppler (E.L.) bemerkt, dass der ganze Voranschlag, der durch die Einschränkung der Mittel für den Wohnhausbau gekennzeichnet. Heuer sind für diesen Zweck um rund 42 Millionen Schilling weniger präliminiert, als im Vorjahre. Zu den Erklärungen des Stadtrates Weber, dass es sich hier nicht um eine Reduzierung des ursprünglichen Programmes, sondern um ein Einholen früherer Versäumnisse handelt, ist festzustellen, dass die einzelnen Referenten, die über diesen Gegenstand sprechen, einander widersprechen. Tatsache ist, dass eine Reduzierung vorliegt. Ob diese Einschränkung darauf zurückzuführen ist, dass der Finanzreferent nun doch einmal zur Einsicht gekommen ist, dass die Bevölkerung die bisherige Ausplünderung nicht mehr verträgt, oder ob diese Sinnesänderung unter dem Druck der ausländischen Geldgeber anlässlich der Aufnahme der Dollaranleihe zustande gekommen ist, ist gleichgültig. Für uns ist die Tatsache entscheidend. Wir haben uns nie gegen den Wohnhausbau gewendet, sondern immer den Standpunkt vertreten, dass öffentliche Körperschaften und vor allem Länder und Gemeinden, dort, wo eine Wohnungsnot besteht, für eine

Vierter Bogen.

serung zu sorgen. Wir haben uns nur dagegen gewendet, dass die Gemeinde die Mittel hierfür aus den laufenden Steuergeldern aus der Wirtschaft herauspresst. Es beliebt der Mehrheit, hier regelmässig einen kleinen Dreh zu machen und zu behaupten, wir wollen nicht, dass Wohnungen gebaut werden, wir wollen nur für die Interessen der Hausbesitzer eintreten. Wenn der Finanzreferent sich zu einer Anleihe für gewisse Investitionszwecke entschlossen hat, so meinen wir, man wird daran gehen müssen, auch die Gelder für den Wohnhausbau auf andere Weise zu beschaffen. Der Redner wünscht eine Steigerung der Post für die Uebersiedlungshilfe und bemängelt, dass die Ausgaben nicht gesondert für die Wohnungsbauten und für das Siedlungswesen ausgewiesen sind. Vielleicht geschieht das deshalb nicht, weil es der Gemeinde nach dem Städtebaukongress im vorigen Jahre unangenehm ist, bekanntzugeben, wie wenig sie für den Siedlungsbau getan hat. Der Redner rechnet sodann aus der im Jahre 1926 ausgewiesenen Zahl von Wohnungen und Geschäften und aus der für dieses Jahr ausgewiesenen Zahl von Mietparteien eine Differenz von 947 und verlangt ihre Aufklärung und stellt fest, dass die Angaben über die Zahl der Wohnungen in den Wohnhausbauten überhaupt sehr stark differieren.

In den statistischen Mitteilungen der Stadt Wien wird die Zahl der Wohnungen, die von der Gemeinde bis 1. Juni 1926 geschaffen worden sind, mit 9300 angegeben. In der Grundsteinurkunde für die fünf- undzwanzigtausendste Wohnung sind nur 8953 Wohnungen angegeben. Woher kommt diese Differenz und welche Zahl ist eigentlich richtig? Bei solchen Widersprüchen ist es kein Wunder, wenn die Minderheit zu diesen Veröffentlichungen kein Vertrauen hat.

Skandalös ist auch, wie die Gemeinde bei ihren Bauten immer wieder ausländische Firmen bevorzugt. Bei den Wäschereien werden die Gasbügeleisen, die Kompressoren bei einer Hamburger Firma bestellt.

G.R. Kunschak: Da wird der Fuchs noch Ehrenbürger von Hamburg werden! (Heiterkeit)

G.R. Doppler: Der Vertreter dieser Firma ist ein Wiener Jude, der bei der Gemeinde sehr gut angeschrieben ist. Aber die Steuergelder werden aus der Wiener Bevölkerung herausgepresst und dürfen nicht für Lieferungen an ausländische Unternehmungen verausgabt werden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit)

Ein Kapitel für sich ist die Vergebung der Wohnungen. Hier haben wir alle Ursache zur bitteren Klage. Auch die Insassen der Gemeindehäuser werden wie Leibeigene behandelt. Unmittelbar nach den Wahlen hat man die Bewohner zusammengeholt und ihnen die Leviten gelesen, weil auch Stimmen für die Einheitsliste abgegeben worden sind. Das ist eine Sklavenwirtschaft! Aber unerträglich ist die Art der Wohnungsvergebung. Sie haben die Wohnungsvergebung vollständig der Kontrolle entzogen und sie einem Parteimann übergeben, der widerrechtlich im Wohnungsamt sitzt. Täglich kommen Leute zu mir, die Dinge erzählen, die geradezu haarsträubend sind. Nur einige Fälle will ich heute anführen. In der Lacknergasse ist ein Sekretariat der sozialdemokratischen Partei. Dort werden Passierscheine für das Wohnungsamt ausgegeben. Es ist dies die amtliche Drucksorte, die sich in grosser Menge in der Verwahrung des dort amtierenden Bezirksrates Renner befindet. Dort werden auch Passierscheine zum Gemeinderat Reismann ausgegeben. In diesem Lokal verkehren die Gemeinderäte Schön, Schneider und Jenschik.

G.R. Jenschik (Sozialdemokrat): Dort ist alles gut organisiert!

G.R. Kunschak: Stimmt, der Amtsmisbrauch!

G.R. Doppler: Was sich in Hernals abspielt, finden wir gewiss auch in den anderen Bezirken, die doch nicht bescheidener sein werden. Dann kommen Dinge heraus, die skandalös sind. Ein Mitglied des republikanischen Schutzbundes war noch nicht lange vorgemerkt und hat eine Wohnung erhalten. Wir haben nichts dagegen, aber warum wird ein anderer Wohnungssuchender der nicht beim Schutzbund ist mit fünf Kindern abgewiesen? Einem kinderlosen Ehepaar wird eine Wohnung zugewiesen, weil der Mann Setzer der Arbeiter-Zeitung ist. Einer Familie mit nur einem minderjährigen Kind werden gleich fünf Räume zugewiesen.

... ohne Qualifikation erhalten Wohnungen, während beispielsweise der Strassenbahner Petrik der delogiert und seit dem Sommer wohnungslos ist, keine Wohnung bekommen kann, weil er nicht klassifiziert ist. Eines müssen wir verlangen, dass die Menschen gleichmässig behandelt werden. Wie tief diese Verpolitisierung im Wohnungsamt bereits eingefressen ist, zeigt der Fall Petrik. Im Bahnhof hat man ihn gesagt, die Liste müsse erst zum Bezirksvorsteher Klepell kommen. Was hat der damit zu tun? Oder es wird den Parteien auch vom Referenten gesagt, der Fall kommt in die Sitzung. So wird die Bevölkerung offiziell im Wohnungsamt irre geführt. Weil nun Petrik sich erlaubt hat zu mir zu gehen, musste er das büssen. Man sagte ihm im Bahnhof, er soll dort hingehen, wo er schon gewesen ist. Das sind Zustände, die unerträglich sind. In Meidling ist ein schwer Nervenkranker, der Jahr für Jahr zum Wohnungsamt geht und dem man schliesslich ein Kabinett zuweisen will, das er aber nicht nehmen kann, weil er nicht in der Lage ist, sich dort zu bewegen. Dagegen hat man einem Mitglied des Schutzbundes eine Zweizimmerwohnung zugewiesen. Man schickt Menschen, die zwei bis drei Jahre verheiratet sind, ein amtliches Schreiben, das einer Prozelei gleichkommt.

Gemeinderat Doppler verlangt dann dringend die Schaffung einer wirklichen und aktionsfähigen Wohnungskommission und erklärt, dass die Wiener Gemeindeverwaltung diesem Verlangen unbedingt Rechnung tragen müsse. Es ist nicht richtig, dass der Rückgang der Geburten und Eheschliessungen die Zahl der notwendigen Wohnungen reguliere. Wenn eine vernünftige und gesunde Wohnungspolitik gemacht wird, werden sich die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt bessern. Auch auf dem Gebiete des Mieterschutzes müssen Sie Umkehr machen. Wir sind für den Mieterschutz. Es ist eine Unterschiebung, wenn Sie behaupten, dass wir Gegner des Mieterschutzes sind. Der Zeit aber muss Rechnung getragen werden und dem widersetzen Sie sich ununterbrochen mit Schlagworten. Die Zeit aber wird stärker sein als Ihre parteipolitische Damagogie und deshalb hoffen wir, dass Sie gezwungen sein werden, in der nächsten Zeit einen neuen Weg einzuschlagen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Millik (E.L.) nimmt zu dem Heiligenstädterbau Stellung. Auf dem Gelände, wo dieser Bau aufgeführt wurde, sind zwei grosse Fehler geschehen. Aber nicht der Techniker, sondern der Parteipolitiker hat diese Fehler verschuldet. Das Gelände ist 240.000 Quadratmeter gross. Wenn man ein Drittel der Fläche für Strassen und Wege abzieht, bleiben noch 160.000 Quadratmeter. Auf diesen hätte man 320 von Gärten und Parkanlagen umgebene Vierfamilienhäuser errichten können. Das aber ist nicht geschehen und statt einer Gartenstadt wurden kalte, hohe Zinskasernen errichtet, die auf krüppelhaften Betonpiloten aufgebaut sind. Dies haben Sie getan, um einen grossen Sammelplatz für Ihre Parteigenossen zu haben. Ein grosser Uebelstand in den städtischen Wohnhausbauten ist die Rauchfangeplage. Es ist Vorschrift, dass der Zylinderquerschnitt der Kamine 16 Zentimeter im Quadrat betragen soll. Es sind aber Fälle vorgekommen, wo Kamine abgebaut wurden und wo in Kaminen Ziegel und Eisenstücke drinnen liegen. Früher mussten die Rauchfangkehrer bei Neubauten Kaminbefunde vorlegen. Das geschieht heute alles nicht mehr. In einen Gaskamin werden auch Kohlenöfen eingekittet und dadurch wie auch durch Senkungen, die vorkommen, werden die Parteien doppelt gefährdet. Ich wünsche nur, Herr Stadtrat Weber, dass Sie den technischen Beamten des Bauamtes wieder ihre Macht geben mögen. (Beifall). Gemeinderat Millik verlangt dann, dass auch bei der Vergabe von Neubauten auf die kleinen Baumeister Rücksicht genommen werden

solle und schliesst mit der Erklärung, dass er erst nach Abschluss der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses für die Gebrechen an städtischen Neubauten zu den vielen dadurch entstandenen Fragen Stellung nehmen werde. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Ullreich (E.L.) nimmt sehr ausführlich zu einzelnen Posten des Budgets Stellung. Die Tätigkeit des Ausschusses für Wohnungswesen bezeichnet er als eine missbräuchlich parteipolitisch eingestellte Wirtschaft. (Beifall). Die Stellung des Gemeinderates Reismann im Wohnungsamt muss ebenfalls als ein Unfug bezeichnet werden. Schaffen Sie bald die Wohnungskommission und der grosse Andrang der Parteien wird aufhören und der Vizestadtrat Reismann wird entbehrlich werden. GR. Ullreich nennt manche Ziffern des Voranschlags für rätselhaft und ersucht um diesbezügliche Aufklärungen. Er stellt den Antrag, im Sondervoranschlag und Rechnungsabschluss die Zahl für ^{alte} Wohnhäuser, für Siedlungsbauten und für fertiggestellte Neubauten getrennt auszuweisen, und den Magistrat zu beauftragen, für 1928 einen getrennten Nachweis nachzubringen. Ein zweiter Antrag des Gemeinderates Ullreich geht dahin, die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen im Sondervoranschlag und Rechnungsabschluss getrennt auszuweisen und den Magistrat zu beauftragen, einen solchen Nachweis für 1928 beizubringen.

Schliesslich verlangt Gemeinderat Ullreich, dass die Gemeinde gegen die Obstschädlinge in den Kleingärten, insbesondere gegen die Eiblaus einen energischen Kampf eröffne. Die niederösterreichische Landesregierung hat am 9. Dezember 1925 eine diesbezügliche Verordnung herausgegeben, die auch auf Wien angewendet werden könnte. (Beifall)

Gemeinderat Daffinger (E.L.) sagt, dass zwischen den Worten der Referenten und der Wirklichkeit ein grosser Widerspruch klafe. Die amtierenden Stadträte bringen für die berechtigten Klagen der Minderheit wenig Verständnis auf. Gewiss, die Zahl der Qualifizierten geht von Jahr zu Jahr zurück, weil nichts mehr qualifiziert wird. Seit dem Erlöschen des Anforderungsgesetzes haben Sie es sich sehr leicht gemacht und nehmen Vormerkungen nicht mehr entgegen. Auch die Zahl der Obdachlosen ist nicht gering und man müsste doch einmal Räume schaffen, damit diese armen Teufel in der harten Jahreszeit eine Unterkunft haben. Die Gemeinde hebt heute einen Instandhaltungszins ein, der nicht gering ist. In den alten Häusern kann aber mit dem gesetzlichen Instandhaltungszins nicht das Auslangen gefunden werden, weshalb auch die grosse Zahl der Verhörungen vor den Schlichtungsstellen erklärlich ist. Die Mehrheit hat in der Wahlbewegung uns als Feinde des Mieterschutzes hingestellt. Wir wollen aber keineswegs den Abbau des Mieterschutzes, sondern ein vernünftiges Mietengesetz. Es geht nicht an, dass der Reiche oft nur ein Zigaret tengeld als Zins zahlt, während der arme Arbeiter in einem verfallenen Haus das sechs- bis siebentausendfache zu zahlen hat. (Lebhafter Beifall).

Die Vorsitzende Gemeinderätin Wielach unterbricht nun den Redner, der seine Ausführungen morgen 4 Uhr nachmittags fortsetzen wird. Schluss der Sitzung 10 Uhr nachts.

Der Gemeinderat wurde bis einschliesslich Freitag einberufen um die Budgetverhandlungen fortzusetzen. Die Sitzungen beginnen immer um 4 Uhr nachmittags.

--- -- -- -- --

Wien, am Dienstag, den 20. Dezember 1927

Die städtischen Schneesäuberungsarbeiten. Nach dem ungestümen Schneewetter der letzten Tage wird die Beseitigung des Schnees aus den Wiener Strassen ohne Unterbrechung fortgesetzt. So wurden heute 10.028 Arbeitslose zur Strassensäuberung und 700 Arbeitslose von den städtischen Strassenbahnen zur Geleisreinigung aufgenommen. 1023 städtische Strassenarbeiter sind ebenfalls mit der Schneebeseitigung beschäftigt. Im Betrieb wurden acht Autoschneepflüge und 107 Pferdeschneepflüge gesetzt. Für die Schneeabfuhr wurden 23 Lastkraftwagen, die neue Schneeaufłademaschine und 451 fremde Pferdepaare verwendet.

Der Kampf gegen die Tuberkulose in der Schule. Das Wiener städtische Gesundheitsamt hat nunmehr schon das zweitemal mit Zustimmung der Eltern die Untersuchung der Kinder der ersten Volksschulklassen auf Tuberkulose mit einer Dermatubineinreibung vorgenommen. Von den 10.967 Knaben und 10.314 Mädchen, die im vergangenen Schuljahre die erste Klasse besuchten, wurde bei 7346 Knaben und 6710 Mädchen die biologische Hautreaktion beobachtet. Bei den Knaben ergaben sich rund 30 Prozent, bei den Mädchen rund 31 Prozent positive Befunde, was gegenüber dem Schuljahr 1925/26, wo sich bei Knaben rund 33,7 Prozent und bei Mädchen 34,5 Prozent positive Befunde zeigten, einen nicht unwesentlichen Rückgang der positiven Befunde bedeutet.

Die Immobiliargebühreuzuschläge der Gemeinde. Infolge der Aenderung des Gesetzes über die Immobiliargebühren im Nationalrat wird auch die Gemeinde eine Novellierung des Wiener Landesgesetzes vornehmen. Die Vorlage wird am Donnerstag Vormittag vom Finanzausschuss und Stadtsenat und am Nachmittag vom Wiener Gemeinderat als Landtag beraten werden.

Die Weihnachtsferien in den Schulen. Der Stadtschulrat für Wien teilt mit, dass heuer die Weihnachtsferien in den Wiener Volks-, Haupt-(Bürger-)schulen, in den Mittelschulen, in den Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten und kaufmännischen Lehranstalten mit dem 24. Dezember beginnen und bis einschliesslich 2. Jänner dauern.

Weihnachtsfeier für Lehrlinge. Heute Mittwoch veranstaltet die Lehrlingsfürsorgeaktion im Mittlerem Konzerthausaal um sieben Uhr abends eine Weihnachtsfeier. Die Feier wird mit der Bekleidung von 480 Lehrlingen auf Kosten der Gemeinde verbunden. Die Festrede hält amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler. Mitwirkende: Hofrat Professor Dr. Max Springer, Staatsopernsänger Arnold, Frau Hilde Wegener, Gottesmannquartett.

Pendelverkehr der Strassenbahnlinie 66. Wegen des Wasserrohrgebrechens auf dem Favoritenplatz ist bis auf weiteres der Verkehr der Linie 66 auf dem Favoritenplatz unterbrochen. Der Verkehr der Linie 66 wird deshalb zwischen der Kärntnerstrassenschleife und dem Favoritenplatz einerseits und der Troststrasse und dem Favoritenplatz andererseits durch Pendelzüge aufrechterhalten.

Ablenkung der Strassenbahnlinie 67. Wegen des Wasserrohrgebrechens auf dem Favoritenplatz wird die Linie 67 in beiden Fahrtrichtungen über die Wiedner Hauptstrasse und Gudrunstrasse abgelenkt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

448

Wien, am Dienstag, den 20. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 20. Dezember 1927

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr die Sitzung. Es wird die Beratung des Voranschlages und zwar der Verwaltungsgruppe IV fortgesetzt. Gemeinderat Daffinger (E.L.) bemerkt in Fortsetzung seiner gestern unterbrochenen Rede, Stadtrat Weber sage zwar, dass nur zuständige Wiener eine Wohnung in Wien erhalten können, er könne aber auch ander Zum Beispiel ist einm nach Lanzendorf zuständiger Schuhmacher, der aller dings parteimässig gut empfohlen war, eine Wohnung im Schlingerhof zugewiesen worden und erst nachdem er die Wohnung bereits hatte, hat er um die Zuständigkeit angesucht. (Hört! Hört! bei der E.L.) Schliesslich führt der Redner Klage über die Zustände in den Simmeringer Baracken. Dort sind ca 300 Parteien untergebracht, die drei bis fünf Jahre Wohnung suchen, an die Leute denkt niemand. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Merbaul (E.L.) beschäftigt sich mit den Wohnhausbauten in Margareten. In dem Bau Stöbergasse, der im Sommer bezogen worden ist, können die Bewohner des Vordertraktes überhaupt nicht einheizen, weil der Rauch keinen Abzug hat. Die Leute müssen Petroleumöfen benutzen. Die Baukommission erklärte, man habe den Rauchfang nicht anders bauen können, weil sonst die ^{Symmetrie} der Rauchfänge gestört worden wäre. (Hört! Hört! bei der Minderheit). Auch die Bauweise einzelner Trakte in dem Hause auf dem Margaretengürtel bei der Siebenbrunnengasse ist verfehlt. Die Abortanlagen sind nach Art einer Telefonzelle in fremde Wohnungen eingebaut, dabei sind die Wände nur 5 Zentimeter stark. Der Redner kritisiert sodann die ^{Wohnungs-} Zuweisungen. Einem kinderlosen Ehepaar, das eine prachtvolle Wohnung hatte wurde eine Wohnung am Margaretengürtel nur deshalb zugewiesen, weil der Mann eine Balkonwohnung haben wollte. Da gegen sei es z.B. nicht möglich, einem Löschmeister der städtischen Feuerwehr, für den der Redner schon wiederholt interveniert habe, eine Wohnung zu verschaffen, obzwar der Mann bereits im März delogiert wurde. Solche Dinge dürfen nicht vorkommen. Am 12. November mussten die Gemeindehäuser beflaggt werden. Damals haben die Hausvertragsmänner die Wohnparteien gezwungen 3 Schilling für die Beflaggung der Häuser beizutragen, obzwar der Meter Stoff nicht mehr als 20 Groschen kostet. Der Vertrauensmann hat dabei also ein glänzendes Geschäft gemacht. Auch das muss abgestellt werden. Stadtrat Weber möge mit eisernen Faust hier Ordnung machen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Reismann (soz. dem.) führt gegenüber dem Redner der Minderheit aus, dass vor allem auch die Erfahrungen, die man in anderen kapitalistischen Staaten gemacht habe, für die Aufrechterhaltung der Wohnbaupolitik der Gemeinde spreche. In allen kapitalistischen Staaten wo der Mieterschutz abgebaut oder beseitigt wurde, hat sich die Wohnungskrise zu ungunsten der breiten Massen der Bevölkerung verschärft, die private Bautätigkeit hat sich nirgends belebt. (Lebhafter Widerspruch bei der Minorität).

GR. Rummelhardt: Das ist ganz unwahr! Gehen Sie nach Zürich!

GR. Holoubek: Gehen Sie doch nach Deutschland!

GR. Kolassa: Reden Sie doch nicht Dinge, gegen jede Statistik und Erfahrung!

GR. Reismann: Bei der letzten Tagung der Zentralstelle für deutsche Wohnungsreform wurde festgestellt, dass es heuer in Deutschland ein Wohnungsdefizit von eineinhalb Millionen gibt. Im bayrischen Landtage haben sich Abgeordnete der bayrischen Volkspartei, also einer Partei, die nicht uns sondern Ihnen nahesteht, gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft aufgelehnt. In einer Generalversammlung des Bundes der deutschen Gartengesellschaft wurde festgestellt, dass sich die Wohnungsnot in Deutschland verschärft hat. Der Abbau des Mieterschutzes und die Ueervalorisierung der Mietzinse in Deutschland ist auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiterklasse gegangen. Amtlich wurde festgestellt, dass in der Inflationszeit 45 Prozent aller Berliner Häuser an das Ausland verkauft wurden wodurch zwei Milliarden Goldmark an das Ausland verschenkt worden sind. Bei uns sind die Verhältnisse ganz ähnlich. Von der Aufhebung des Mieterschutzes würden nur die ausländischen Hausbesitzer profitieren.

GR. Wagner: Die preussische Regierung hat doch das ganze über den Haufen geworfen! Das müssten Sie doch wissen!

GR. Reismann: Die Aufhebung des Mieterschutzes in Oesterreich würde eine ungeheure politische und soziale Katastrophe bedeuten. (Lebhafte Zwischenrufe bei der Minderheit).

GR. Dr. Hengle: Wer spricht denn von der Aufhebung des Mieterschutzes!

GR. Dr. Kolassa: Reden Sie von einer Aenderung des Mietengesetzes und nicht vom Mieterschutz! Der soll bleiben!

GR. Rummelhardt: Sie brauchen halt das Schlagwort vom Mieterschutz!

GR. Holoubek: Das ist ein Schwindel, was Sie sagen! Das ist eine verlogene Politik!

GR. Reismann: In Deutschland zahlt man vom 1. Oktober 120 Prozent Friedensmiete. Das ist eine ungeheure Belastung der Mieter. Wenn die Christlichsozialen sagen, dass die öffentlichen Körperschaften eingreifen sollen, wo eine Wohnungsnot besteht, so mögen sie vor allem dafür sorgen, dass der Bund dies tut.

Wenn wir den Mieterschutz aufheben wollten, so würde der Zustand der Vorkriegszeit wieder hergestellt werden, dass ein wesentlicher Teil des Arbeitereinkommens für die Wohnungsmiete bezahlt werden müsste. Jede Mietzinserhöhung würde naturgemäss ungeheure Lohn- und Gehaltsbewegungen auslösen und eine Aufhebung des Mieterschutzes würde daher auch Ihr Sanierungswerk gefährden. Die Wähler haben am 24. April nicht für uns entschieden, weil wir, wie Sie das behaupten, mit dem Mieterschutz Schwindel getrieben haben, sondern weil sie den Schwindel der Christlichsozialen durchschaut haben, dass der Mieterschutz gesichert sei. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Die Herren behaupten immer, sie seien für ein modernes Mietenrecht. Sie mögen uns doch sagen, wie ein solches modernes Mietenrecht ausschauen wird.

GR. Rummelhardt: Geben Sie uns im Nationalrat dazu Gelegenheit!

Dr. Kolassa:

GR. Reismann: Soll das moderne Mietenrecht am Ende so ausschauen, wie das ein anderes Mitglied der Regierungsparteien Herr Pistor erklärte, der meinte, dass es am 31. Juli 1930 zur freien Mietzinsbildung kommen soll?

GR. Rummelhardt: Das sagt der Herr Pistor und nicht wir!

GR. Reismann: Wenn Sie behaupten, dass Sozialdemokraten in Deutschland für den Abbau des Mieterschutzes waren, so nennen Sie uns einen einzigen führenden Sozialdemokraten in Deutschland, der jemals dafür gesprochen oder gestimmt hat.

GR. Rummelhardt: Ihr habt es in Wien bei Euren Häusern gemacht!

GR. Reismann: Weil Sie den Antrag Danneberg abgelehnt haben,

der eine Ausdehnung des Mieterschutzes auch auf die Neubauten bezweckte.

Der Redner kommt sodann auf die Siedlungsbewegung zu sprechen und bemerkt, keine Stadt in Europa habe in so kurzer Zeit auf dem Gebiete der Siedlungsbewegung so viel geleistet (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Die Frage ob Hoch- oder Flachbau ist keine Parteifrage die entscheidende Frage war vielmehr wie die Gemeinde in der Zeit der schwersten Not möglichst rasch viele gesunde und kleine Wohnungen errichten konnte. Wenn die Christlichsozialen für die Förderung der Gartenstadt-bewegung sind, so mögen Sie die Grundlage hierzu durch ein Enteignungsgesetz schaffen (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Schiener (E.L.) bezeichnet die Finanzierung des städtischen Wohnhausbaues aus Steuergeldern für verfehlt. Die Minderheit kämpft dagegen, dass einer Generation die Lasten auferlegt werden, die nach anerkannten volkswirtschaftlichen Grundsätzen auf eine Reihe von Generationen aufzuteilen sind. Die Wohnbautätigkeit der Gemeinde hat auch nicht vermocht die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu lindern. Wirkliche Bauarbeiter gibt es in Wien rund 23.000, davon waren im Juli, also in der Zeit der Hochsaison rund 8000 arbeitslos. Bei aller Anstrengung ist die Gemeinde nicht in der Lage, den vorhandenen Bauarbeitern Beschäftigung zu bieten. Ein Viertel der Bauarbeiter ist das ganze Jahr hindurch arbeitslos, ein weiteres Viertel durch einige Monate. Im Durchschnitt ist jetzt jeder Bauarbeiter siebeneneinhalb Monate im Jahr ohne Arbeit. Da von der Beschäftigung der Bauarbeiter die ganze Industrie und viele andere Gewerbe abhängig sind, so trägt das System der Gemeinde zur allgemeinen Arbeitslosigkeit bei. (Beifall bei der Minderheit).

Die Wohnbaupolitik der Mehrheit verurteilt Wien zum Absterben. Die Zuwanderung aus dem Bundesländern, die eine Blutauffrischung bedeuten würde, fehlt gänzlich. Sie begehen wirtschaftlichen Mord an der Stadt und werden so zum Totengräber des ganzen Volkes. In Wien gab es vor dem Krieg mehr als tausend Baumeister, heute nur mehr 450. Das kommt davon, dass die Gemeindebauten nur an solche Firmen vergeben werden, die der sozialdemokratischen Mehrheit nahestehen. Siebzig Prozent aller Bauarbeiten haben vier Baufirmen, nämlich der Grundstein, die Reformbaugesellschaft, die Firma Korn und die Oesterreichisch-ungarische Baugesellschaft bekommen. Elf Prozent vier weitere Firmen und nur 18 Prozent die übrigen Baumeister. Viele Baumeister sind an den Bettelstab gebracht worden. Die Gemeinde baut aber gar nicht billig. Nach Berechnungen erster Fachleute baut sie doppelt so teuer, als der Private vor dem Kriege gebaut hat. Welche Unsummen des Volksvermögens durch diese bornierte politische Idee verloren gehen, ist leicht zu berechnen. Man sagt, dass die Gemeinde kein Geld zum Bau einer Untergrundbahn hat. Dafür gibt sie aber viele hunderte Millionen Schilling für ertragslose Wohnhausbauten aus. Mit aller Entschiedenheit weist die Minderheit die Lüge zurück, dass sie für die Aufhebung des Mieterschutzes sei. Sie will nur eine Regelung des Mietzinses. Raub und Betrug können sich auf die Dauer nicht durchsetzen.

Redner spricht dann noch über die schlechte Beschaffenheit der städtischen Wohnhausbauten und verlangt, dass das Baugewerbe mehr als bisher herangezogen werde. Solange eine solche parteipolitische Wirtschaft betrieben wird, kann die Minderheit für den Voranschlag nicht stimmen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Wagner (E.L.) stellt fest, dass im Voranschlag die Ausgaben für den Wohnhausbau mehr als ein Drittel gekürzt worden sind. Es ist auffallend, dass bei der Mehrheit nicht mehr mit derselben Schärfe, wie früher, auf die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes verwiesen werde.

GRin. Grünwald (Soz. Dem.): Geben Sie sich keinen Illusionen hin!

GR. Dr. Wagner (E.L.): Es wäre für mich politisch sehr interessant, von einem der führenden Funktionäre darüber etwas zu hören.

Stadtrat Weber: Die Freude werden wir Ihnen machen!

GR. Dr. Wagner: Sie leben in Wien, in einem Zentralpunkt, von dem ausgehend kapitalistische Staaten ihre Wirtschaftspolitik betreiben. Sie wollen aber hier, gleichsam auf einer Insel der Seligen marxistische Wohnungspolitik machen. Der Wahlschlager vom Mieterschutz, der zu einer schrankenlosen Demagogie geführt hat, darf nicht geopfert werden. Das Wort vom Mieterschutz ist zweideutig und darum muss mit aller Offenheit einmal darüber gesprochen werden. Wenn man unter Mieterschutz die Beschränkung des Kündigungsrechtes in vernünftigen Grenzen versteht, so gibt es auf den Banken der Minderheit keinen Gegner des Mieterschutzes (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Wogegen wir uns wehren, ist die Aufrechterhaltung der heutigen Mietzinse, die volkswirtschaftlich aufs Äusserste schädlich, und daher produktionshemmend ist. Wer auf dem Standpunkt steht, an dem gegenwärtigen Mietrecht darf nicht gerüttelt werden, ist ein Feind der Volkswirtschaft und der Bevölkerung (Lebhafter Beifall bei der E.L.). Es ist unrichtig, dass die Bautätigkeit der Gemeinde Wien eine Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeiführt, wie dies aus der Arbeitslosenkurve festzustellen ist. Wenn dies der Fall sein soll, müsste die private Bautätigkeit ermöglicht werden. Es ist eine alte Erfahrung, dass dort wo Privaten gebaut wird, die Blüte der Volkswirtschaft beginnt. Wir dürfen nicht die einzige Grundlage für einen gesunden Kredit verkennen lassen, weil ein grosser Teil der Bevölkerung einer demagogischen Phrase nachläuft. Uns erscheint das Mietenproblem als ein Zentralproblem der österreichischen Volkswirtschaft. Bei einsichtigen Männern unter den Sozialdemokraten beginnt sich diese Erkenntnis auch schon Geltung zu verschaffen. Aber diese Erkenntnis hängt nicht durch weil, wie dies Gemeinderat Stein mit dankenswerter Offenheit sagte, das kommunistische Programm der sozialdemokratischen Partei es nicht zulässt. Der Redner nimmt sodann gegen die Behauptung des Gemeinderates Reismannes Stellung dass der Bund seine Pflichten auf dem Gebiete der Wohnbautätigkeit nicht erfülle und weist darauf hin, dass vom Bund den Bundesunternehmen und Bundesbetrieben eine ausserordentlich grosse Anzahl von Wohnhäusern für die Angestellten gebaut werde. Sie rühmen sich, dass Sie nun so viele Häuser in ihrer Verwaltung haben. Sicher ist, dass die Abgabenteilung, die Sie vom Bundeserpressen haben, Ihnen die Mittel zum Bauen gibt. Man könnte auf die Wohnhausbauten der Gemeinde statt der Lüge "Erbaut aus den Mitteln der Wohnbausteuer" sehr gut auch darauf schreiben: "Erbaut aus den Mitteln der Bundesabgaben". Die unbedingte Aufrechterhaltung des Mieterschutzes führt, wie man dies alltäglich am Morgen beobachten kann, zu einer Massenwanderung der Arbeiter und Angestellten von ihrer Wohnstätte zur Arbeitsstätte, eine Vergeudung an Zeit, Geld und Betriebsmitteln. Auch wie längeren Zeiträumen und niedrigeren Spannungen vor. Sie werden auf die Dauer / Zustand gesetzlich nicht verankert lassen können, dass für den Gebrauch eines Gegenstands weniger bezahlt wird, als die normale Abnutzung nötig macht. Sie werden sich die Frage einer Reform des Mietrechtes mit allen sittlichen Ernst vorlegen müssen. Und von dem Augenblick, wo Sie umkehren würden sich die günstigen Folgen in unserer ganzen Volkswirtschaft zeigen. Den Beamten legen Sie durch die starre Aufrechterhaltung des Mieterschutzes geradezu Qualen auf. Versetzungen auf einen höheren Posten in einen anderen Ort sind geradezu unmöglich. Der Redner nimmt gegen die von Gemeinderat Reismann für Deutschland angeführten Zahlen Stellung

indem er darauf hinweist, dass auch in Deutschland infolge der ausserordentlichen Belastung durch die Friedensverträge gegenwärtig normale Zustände nicht herrschen. Man sollte sich vielmehr auf das Beispiel der Tschechoslowakei berufen, wo die private Bautätigkeit Wohnungen in Massen geschaffen hat. Zum Schlusse erinnert der Rädner daran, dass die Sparkassen sich durch die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes seit einigen Jahren/in einer sehr bedrängten Lage befinden (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Angermayer (E.L.) stellt gegenüber dem Gemeinderat Reismann fest, es sei niemandem von der Minderheit eingefallen an dem Mieterschutz auch nur im geringsten zu rütteln. Die Sozialdemokratie hat ein vollständiges Baumonopol geschaffen und wie auf dem Gebiete des Monopoles überhaupt arbeitet sie auch hier nicht zum Segen der Bevölkerung. Beim Anblick der grossen Gemeindebauten hat man den Eindruck eines Massenquartiers. Auch städtebaulich sind diese Gebäude nicht besonders schön. Mit der grössten Schärfe hat die Mehrheit immer gegen das Zusammenpfählen von Menschen gewettert, jetzt kommen in so einem Neubau bis zu zweitausend Menschen hinein. Dem Architekten werden gar unmögliche Aufgaben gestellt. Er soll aus vierzig Quadratmetern drei Räume schaffen. Die Wohnungen sind niedrig, was heuer im heissen Sommer in den im fünften Stock gelegenen Räumen Zustände geschaffen hat, die an die längst aufgelaassenen Bleikammern von Venedig erinnern. Die Gemeindebauten tragen den Charakter von Notstandswohnungen. Dazu ist aber viel zu viel Geld aufgewendet worden. In den Häusern selbst müssen die Mieter jeden eigenen Willen aufgeben. Wer sich dem Diktat der Sozialdemokratie nicht fügt, der wird gekündigt. Auch die grossen Höfe in den Gemeindebauten können den kasernenartigen Charakter nicht abstreifen. Die gegenwärtige Mehrheit werde aber von diesem System deshalb nicht lassen, weil diese grossen Wohnhausbauten Bezirksfilialen der sozialdemokratischen Partei geworden sind. Nur so ist die grosse Begeisterung für die Zwangsbewirtschaftung zu verstehen. Wir aber neigen nach wie vor der privaten Wohnbautätigkeit zu, von der wir uns erhoffen, dass sie auch zur Besserung der Wirtschaftslage beitragen wird. (Beifall bei der Minderheit).

Für den Wohnungsbau sind 76 Millionen Schilling eingestellt. Die Wohnbausteuer liefert aber nur 32 Millionen, so dass 44 Millionen auf allgemeinen Steuern genommen werden müssen. Würden Sie eine Wohnbaulasthe aufnehmen, so fallen diese 44 Millionen weg. Sie könnten dann eine der fürchterlichsten Abgaben, die Fürsorgeabgabe auf die Hälfte herabsetzen. Wenn Sie dies aber nicht wollen, dann können Sie die Lustbarkeitssteuer derart formen, dass wirklich nur Lustbarkeiten besteuert werden, oder sie könnten die Nahrungs- und Genussmittelabgabe auf die Nobelrestaurants beschränken, Sie könnten auch die Krendenzimmerabgabe vollständig aufheben und die Biersteuer auf die Hälfte herabsetzen. All das wäre eine wirkliche Hilfe für die Volkswirtschaft. Aber Sie halten an Ihrem Steuersystem starr fest, weil es Ihr Hintergedanke ist, die Privatwirtschaft niederbrechen zu lassen. (Beifall bei der Minderheit).

In den Gemeindehäusern gibt es längst bezüglich des Mietzinses keinen Mieterschutz mehr. Kürzlich wurde der Beitrag für die Waschküchenbenützung von 3.5 Schilling auf 7 Schilling erhöht. Für eine Wohnung, bestehend aus Zimmer und Küche, müssen jetzt 17 Schilling monatlich bezahlt werden.

GR. Reismann: Ganz falsch! Der Mietzins beträgt 5 Schilling. Man kann doch die Benützungsgeld für die Waschküchen nicht in den Mietzins einrechnen. Die Gemeinde stellt doch die Kohle bei!

GR. Angermayer (E.L.): Wenn Sie wissen wollen, wie wir uns ein ordentliches Mietengesetz vorstellen, dann müssen Sie Ihren Parteigenossen im Parlament sagen, dass sie endlich die Verhandlungen über die neue Mietenvorlage aufnehmen müssen. Bis jetzt haben sie den schärfsten Widerstand geleistet.

Die Sozialdemokraten brauchen kein Gesetz, um den Mieterschutz in den Gemeindehäusern einzuführen. Heute erklärt GR. Reismann, die Frage, ob Hoch- oder Flachbau, sei keine Parteifrage. Früher einmal haben Sie gegen die Zinskasernen gewettert und die damaligen Zinskasernen waren Armitzkerl gegen die heutigen Wohnhausbauten. Der Rädner erklärt zum Schlusse, dass seine Partei gegen den Voranschlag st. immen werden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Stadtrat Weber kommt in seinem Schlusswort auf die vom Gemeinderat Doppler erhobenen Vorwurf zurück, dass in den Gemeindehäusern Versammlungen abgehalten werden, dass die Anschaffung von Fahnen beschlossen werden usw. und bemerkt hiezu, man müsse die Tätigkeit der Wohnhausverwaltung von der Tätigkeit der Mieter trennen. Es kann nicht die Aufgabe einer Hausverwaltung sein, die Mieter in ihrer Entschliessungsfreiheit zu behindern oder sie davon abzuhalten, sich in der Form von Vereinen oder Versammlungen zusammenzuschliessen.

GR. Doppler (E.L.): Sie müssen aber die Leute schützen! Die Mieter werden gekündigt und hinausgeworfen!

Stadtrat Weber: Das ist nicht richtig! Die Gemeinde hat bei ihrem ungeheuren Wohnungsbestande in diesem Jahre im ganzen in 32 Fällen Kündigungen vorgenommen. In einem einzigen Falle musste sie mit der exekutiven Räumung vorgehen, wie hat aber in jedem Falle und auch in diesem jeder Partei und sei das Delikt dessenthalb geräumt werden musste auch noch so gross, eine Wohnung gegeben. Zeigen Sie mir den privaten Hausbesitzer, der etwas Ähnliches macht. Der Bund hat z.B. aus dem Blindenheim Blinden einfach hinausgeworfen und auch die Witwe des langjährigen Direktors der Anstalt, ohne ihr eine andere Wohnung zu geben. (Zwischenrufe: GR. Doppler: Das sind ganz andere Verhältnisse! Stürmischer Widerspruch bei der Mehrheit und Rufe: Natürlich, da ist es anders!) GR. Doppler: Einen 75prozentigen Invaliden haben Sie hinausgeworfen!

Stadtrat Weber: Die Gemeinde hat dem Mann sogar die städtischen Uebersiedlungskosten gezahlt.

Die Herren beschwerten sich über die Wohnungsvergebungen. Zuerst kritisieren sie alles in Grund und Boden und verweigern alles, dann wollen sie aber, dass die Verwaltung nach ihren Wünschen geführt wird und dass die anderen die Verantwortung tragen. Selbstverständlich wird es immer solange Zuteilungen notwendig sind, auch Beschwerden geben. Stadtrat Weber greift einen der von GR. Doppler angeführten Fälle ungerechter Wohnungvergebungen heraus und teilt mit, dass es sich in diesem Falle um einen Mann mit schweren pathologischen Erregungszuständen gehandelt habe, der in einer Wohnung, bestehend aus Küche und Zimmer, zusammen mit sieben anderen Leuten wohnte, und nach einem Zeugnis des Professors Wagner-Jauregg, sofort unterzubringen war. Dass man in diesem Falle nicht lange gefragt hat, wie lange der Mann vorgemerkt ist, sei selbstverständlich.

Stadtrat Weber beschäftigt sich sodann eingehend mit verschiedenen anderen Behauptungen der Gemeinderäte Doppler und Daffinger und kommt sodann auf die von der Minderheit so oft kritisierte Tätigkeit des Gemeinderats Reismann im Wohnungsamt zu sprechen. Ich stelle, sagt Stadtrat Weber, an die Spitze meiner Erwiderung auf diese Anwürfe, den Dank für die Mitwirkung meines Genossen Reismann. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. Zahlreiche Rufe bei der Minderheit: Ihres Genossen!)

Stadtrat Weber: Ja, meines Genossen Reismann! (Zahlreiche Zwischenrufe bei der Minderheit).

GR. Kunschak (E.L.): Was können Sie sagen, wenn Sie im Parteisekretariat Floridsdorf sitzen. Im Wohnungsamt gibt es nur Beamte und keine Genossen!

Stadtrat Weber: Reismann ist kein Beamter des Wohnungsamtes. Wir haben nach dem Erlöschen des Anforderungsgesetzes einige Zeit gehofft, Sie würden sich dafür einsetzen, dass das Anforderungsgesetz wenigstens für die Zeit der Wohnungsnot verlängert wird. Wir haben uns darin getäuscht. Die früher bestandene Kommission hat nur einen Sinn, solange wir alle Wohnungen bewirtschaftet haben, sie wäre heute sinnlos, wo es sich um nichts anderes, als um Wohnungszuteilungen handelt. (Lebhafter Widerspruch bei der Minderheit und Rufe bei der Minderheit: Also eine kontrollose Verwaltung). GR Doppler: Hoch die Kontrollosigkeit!

Stadtrat Weber: Diese Wohnungszuteilung ist durchaus nicht kontrollos. Sie und die ganze Öffentlichkeit hat immer die Möglichkeit zu kontrollieren, wer in die Wohnungen kommt. Ein ganzes Amt ist ja mit den Zuteilungen beschäftigt und die beste Kontrolle ist die der Öffentlichkeit und der Wohnungsuchenden.

GR Dr. Hengl (E. L.): Was macht der Genosse Reismann?

Stadtrat Weber: Gemeinderat Reismann hat zu dieser Zeit in den Agenden soweit sie auf dem Anforderungsgesetz beruhen, es sind noch nicht alle Akten liquidiert und insbesondere noch nicht alle Vormerkungen erledigt, mir im Amt und insbesondere im Parteienverkehr behilflich zu sein.

GR Doppler: Ein einzelner Gemeinderat hat dazu kein Recht!

GR Biber (E. L.): Das ist Freunderlwirtschaft! (Zahlreiche Zwischenrufe bei der Minderheit).

GR Doppler: Das ist eine offene Verpolitisierung des Wohnungsamtes! Ein öffentlicher Skandal!

GR Kunschak: Das ist und bleibt verfassungswidrig!

GR Untermüller: Was für Bezüge hat Herr Reismann?

GR Daffinger (E. L.): Hat er Bezüge oder hat er keine?

Stadtrat Weber: Ich teile Ihnen mit, dass Gemeinderat Reismann von der Gemeinde nicht einen Groschen bezieht, ausserdem, was auch Sie an Sitzungsgebühren haben. (Diese Bemerkungen des Stadtrates Weber haben einen Sturm von Zwischenrufen bei der Minderheit zur Folge. Im Saale herrscht minutenlanges Lärm, der so gross wird, dass die folgenden Ausführungen des Stadtrates Weber unverstänglich bleiben.

Aus der grossen Zahl von Zwischenrufen sind nur einzelne herauszuhören.

GR Doppler: Das ist unerhört!

GR Dr. Hengl: Eine solche Parteiwirtschaft!

GR Kunschak: Ich beantrage, dass der Direktor des Kontrollamtes herkommt, um darüber Auskunft zu geben!

GR Dr. Kolassa: Wer zahlt also die Tätigkeit des Herrn Reismann? Umsonst arbeitet er doch nicht!

GR Biber: Eine skandalöse Freunderlwirtschaft!

GR Hengl: Das ist eine kontrollose Wirtschaft! Wo ist der Bürgermeister? In der ganzen Budgetdebatte sieht man ihn nicht! So ein Skandal!

Vorsitzender Weigl ersucht den GR Hengl um Ruhe.

GR Dr. Hengl macht zahlreiche Zwischenrufe.

Vorsitzender Weigl ruft den GR Hengl zur Ordnung.

GR Biber: Wo ist der Bürgermeister?

GR Doppler: Die wichtigsten Dinge werden verschwiegen! Wo sind wir hier?

GR Dr. Hengl: Das ist eine Frechheit!

GR Dr. Kolassa: Es muss festgestellt werden, woher Reismann die Bezüge hat!

GR Dr. Kolassa (E. L.): Die Gemeinde zahlt an Reismann keinen Groschen! Es kümmert sie gar nichts, wer ihm etwas zahlt!

GR Kolassa (E. L.): Das wissen wir, das er nicht umsonst arbeitet!

GR Weigl als Vorsitzender ersucht um Ruhe, wird aber sofort vom Gemeinderat Doppler unterbrochen, der laut ruft: Bringen Sie den Kontrollamtsdirektor her! Gemeinderat Ullrich ruft: Was ist es mit der Stellung des Herrn Reismann? Gemeinderat Weyerka: Das ist eine Bauwirtschaft!

Endlich gelingt es dem Stadtrat Weber sich wieder verständlich zu machen. Er sagt, dass er schon im Vorjahr diese Angelegenheit in der Budgetdebatte aufgeklärt hat. Neuer habe er auch im Finanzausschuss und Stadtsenat über die Stellung des Gemeinderates Reismann berichtet. Man hat doch noch gehofft, dass das Anforderungsgesetz wieder wirksam werden wird, und wollte für die Übergangszeit eine Kommission einsetzen. Das Anforderungsgesetz wurde aber nicht mehr verlängert und ich habe den Herrn Bürgermeister ersucht, mir den Herrn Gemeinderat Reismann, der besondere Erfahrungen im Parteienverkehr hat, weil er jahrelang Vorsitzender der Zuweisungskommission war, für die Liquidierung der Angelegenheiten aus der Zeit der Anforderung beizugeben.

GR Biber: Das sollen Beamte machen!

ST R. Weber: Die Liquidierung ist nahezu abgeschlossen. Wir haben schon alle Hotelzimmer geräumt. Was Sie heute Zuweisung nennen, spielt sich folgendermassen ab. Bei der Besiedlung eines Neubaus wird von ganz Wien das Material gesammelt und dann setzen sich die Hauptreferenten der einzelnen Bezirke zusammen und sichten dieses Material.

GR Doppler: Dass Sie den Mut aufbringen, das so unrichtig darzustellen! Das ist empörend!

Bürgermeister Seitz: Wer hat denn eigentlich hier das Wort im Gemeinderat? Wir haben ein Recht den Referenten zu hören!

ST R. Weber: Sie können das auch Kommission nennen!

GR Biber: Was macht der Reismann? Tausend Beamte sind zu dumm, nur der Reismann kann das?

GR Dr. Kolassa: Wie steht es mit den Bezügen des Gemeinderates Reismann?

Vorsitzender GR Weigl: Ich kann nur sagen, dass es erhört ist, wie der Referent behandelt wird.

Diese Aeusserung löst abermals einen Sturm von Zwischenrufen bei der Minderheit aus. Als langsam Ruhe eintritt, erklärt Stadtrat Weber, dass in der Zeit des Anforderungsgesetzes die Zuweisung der angeforderten Wohnungen viel leichter war, als dies jetzt bei den Neubauten ist.

GR Dr. Kolassa ruft ununterbrochen: Wir wollen die Bezüge des Gemeinderates Reismann wissen!

Bürgermeister Seitz: Herr Stadtrat Weber! So sagen Sie doch dem Herrn zum zehnten mal, dass Gemeinderat Reismann von der Gemeinde nichts bezahlt bekommt.

GR Dr. Kolassa: Ja, von der Gemeinde bekommt er nichts! Aber er arbeitet doch in einem städtischen Amt! Von wem wird er dafür bezahlt?

Bürgermeister Seitz: Wir werden auch von Ihnen verlangen, dass jeder Einzelne, einbekommt, von was er lebt!

Der Bürgermeister begibt sich zum Stadtrat Kunschak und der Referent unterbricht seine Ausführungen. Es tritt nun vollständige Ruhe ein und Stadtrat Weber erwidert auf die einzelnen Redner. Er erklärt, dass die Gemeinde sich die Baugründe nicht aussuchen könne, sondern dort wo sie einen geeigneten Baugrund bekomme, Neubauten auführt. So war es auch auf der Hagenwiese, wo sich gewisse Senkungen gezeigt haben. Der Untersuchungsausschuss überprüft alle Details und es wäre vorgebracht, seinen Bericht vorzugreifen.

Der Vorwurf, dass wir die Arbeitslosigkeit züchten, ist ganz unbegründet. Durch unsere Wohnbautätigkeit werden zwei Drittel des Gewerbes und der Arbeiterschaft beschäftigt. Die Zahl der beim Bau beschäftigten schwankt zwischen 8500 und 16.000. Darüber hinaus finden noch gegen fünfzig Gewerbe hinreichende Beschäftigung. Ich würde nur wünschen, dass der Bund in gleicher Weise die Arbeitslosigkeit bekämpfe wie wir. Dass der Mieterschutz die private Bautätigkeit unterdrückt, ist keine absolute Wahrheit. Es gibt kein Land, wo nicht eine Wohnungsnot herrscht. Wir sind der Ueberzeugung, dass der Mieterschutz auf die Dauer der absoluten Wohnungsnot unbedingt notwendig ist. Er ist für Oesterreich ein Zentralproblem und die Mietzinse können nicht aufgewertet werden, solange nicht auch Renten, Sparkassengelder usw. aufgewertet werden. (Gemeinderat Wagner: Das ist ein volkswirtschaftlicher Irrtum.) Die öffentliche Bautätigkeit ist eine soziale Pflicht der Gemeinde. Wir setzen deshalb den Wohnhausbau fort und halten mit Zähigkeit an dem Mieterschutz fest. (Starker Beifall bei Mehrheit).

Das Budget der Verwaltungsgruppe IV wird angenommen und die Anträge des Gemeinderates Ullreich abgelehnt.

Stadtrat Richter berichtet nun über das Budget der Verwaltungsgruppe V (Technische Angelegenheiten). Das Budget der Verwaltungsgruppe macht beinahe ein Fünftel des Gesamtbudgets aus. Es werden im Jahre 1928 keine grossen Umwälzungen vor sich gehen; wir werden aber die begonnenen Arbeiten emsig fortsetzen. Stadtrat Richter berichtet dann über die Einführung des Coloniasystems, des Wechseltonnensystems über die Strassenpflege, an deren Mechanisierung weitergearbeitet wird. Grosse Sorgfalt wird auch der Anlage von öffentlichen Gärten gewidmet. Im heurigen Jahr wurde die Gesamtgartenfläche Wiens um 300.000 Quadratmeter vergrössert. Es ist auch geplant, in vielen Strassen Bäume zu pflanzen, um Alleen zu schaffen. Im Bäderbetrieb werden neue Kinderfreibäder, sowie neue Bäder überhaupt geschaffen werden und viele Bäder vergrössert werden. Der Plan, auch im I. Bezirk ein Kinderfreibad zu schaffen, musste aufgegeben werden, da der Bund der Errichtung eines Kinderfreibades im Volksgarten seine Zustimmung versagte. Die Strassenerhaltung wird mit grosser Aufmerksamkeit gepflegt und es ist vorgesehen, im kommenden Jahr möglichst viele Strassen mit geräuschvermindernder Strassendecke zu versehen. Was die Strassenbeleuchtung anlangt, so ist die Gasbeleuchtung bereits auf den Friedensstand gekommen. Ein Plus dazu ist die elektrische Strassenbeleuchtung. Die Beleuchtung der Wiener Strassen ist heute schon eine derartige, dass sich Wien damit sehen lassen kann. Im Kanalisationsbetrieb ist vorgesehen, die alten Ziegelkanäle zu beseitigen und sie durch Rohrkanäle zu ersetzen. (Beifall bei der Mehrheit).

G.R. Kunschak: Der neue amtsführende Stadtrat hat sich hier nicht gut eingeführt. Er hat behauptet, dass die Gasbeleuchtung schon den Friedensstand erreicht hat und die elektrische Strassenbeleuchtung ein Plus dazu ist. Das ist vollkommen unrichtig.

Redner teilt nun mit, dass der Bürgermeister ihm einen Bericht des Kontrollamtes über die Bezüge des Gemeinderates Reismann zugesagt habe. Damit ist vorläufig diese Frage erledigt. Sie ist aber gar nicht entscheidend. Klargestellt werden muss die verfassungsmässige Stellung des Herrn Gemeinderates Reismann im Wohnungsamt. In der Verfassung ist nirgends eine Bestimmung zu finden, die die Tätigkeit des Gemeinderates Reismann im Wohnungsamt rechtfertigen würde. Er wurde auch nicht vom Gemeinderat bestellt. Wir stehen hier vor einem Verwaltungsskandal, der seinesgleichen nirgends findet. Wir können das, was sich hier abgespielt hat, nicht ungeschehen machen, wir werden aber nicht dulden, dass Gemeinderat Reismann auch nur einen Tag länger in dieser Stellung bleibt. Ich stelle den Antrag, dass der Herr Bürgermeister verfügt, es möge jede Tätigkeit des Herrn Gemeinderates Reismann unverzüglich eingestellt werden. Wir bitten, dass der Bürgermeister noch heute dazu Stellung nimmt. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

G. B. Biber (E. L.) bespricht ausführlich die Aenderung der Geschäftssinter bei der Gruppe für technische Angelegenheiten. Es war hier eine Umgruppierung vorgenommen, die so wie die Umgruppierungen im Krieg beweist, dass Fehler begangen wurden. Die Umgruppierung wurde auch nicht nach sachlichen Momenten vorgenommen. Man hat aus dieser Verwaltungsgruppe die Stadtregulierung, eine rein technische Angelegenheit ausgeschieden. Aber gerade diese Magistratsabteilung gehört in die Gruppe V.

Redner bespricht dann die Senkungen bei dem Bau in Heiligenstadt. Die Schäden waren längst bekannt und man hat keinen Bericht bekommen. Die Betonpfähle wurden nicht ordentlich in den Boden gerammt. Der Redner beschäftigt sich sodann mit dem Vergabungswesen und kritisiert, dass man den technischen Ausschuss dazu nicht heranziehen habe. Es fehle bei den Vergabungen an einem System. Einer Baufirma, die schon Wochen vorher von der Vergabung Kenntnis hatte, obwohl sie durch öffentliche Ausschreibung erfolgte, sei die Arbeit vergeben worden obwohl sie an 15. Stelle war und gegenüber dem billigsten Anbot eine Differenz von 84.000 Schilling bestand (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der Minderheit). Der Redner kommt sodann auf die Anstände zu sprechen, die sich bei der Materialversorgung ergeben haben und bemerkt, obwohl er dies aus eigener Erfahrung wisse, dass es unmöglich sei, Diebstähle in einer grossen Verwaltung zu verhindern, so hätte doch der einfachste Bauschreiber die plumpen Diebstähle im Falle Haas bemerken müssen. Ebensolche Anstände ergeben sich bei der Fabrikation. Das Ziegelwerk in Oberlaa, das mit einem ungeheuren Anlagenaufwand erbaut worden ist, liefert zwar nicht die schlechtesten Ziegel, aber das Werk ist durchaus nicht rentabel. Der Redner bringt sodann Aeusserungen des Prof. Salinger im Unterausschuss zur Kenntnis, dass die Decken in der Heiligenstädterstrasse rechnergemäss stark genug seien, dass man in der Praxis aber mit Rücksicht auf die grosse Empfindlichkeit dieser starren Decken allgemein Verstärkungseisen anbringe. Diese Verstärkungseisen hat man beim Bau im III. Bezirk angebracht, im XIX. Bezirk aber nicht. (Lebhafte Hört! Hörtrufe b. d. E. L.) Gemeinderat Biber kritisiert sodann die Offertausschreibung und die Arbeitsvergebungen. Er tadelt auch, dass dem Unterausschuss ein Experte noch beigezogen wurde, der weder vom Unterausschuss noch vom Gemeinderat ernannt wurde. Er stellt an Stadtrat Richter das Ersuchen, zu veranlassen, dass der Untersuchungsausschuss möglichst bald einberufen werde und die Experten über ihre Wahrnehmungen Berichterstaten sollen. Die Mitglieder der Minderheit des Ausschusses werden dafür Sorge tragen, dass die Wahrnehmungen der Experten photographisch dargelegt werden. Gemeinderat Biber schliesslich der Tüchtigkeit des Beamtenchors des Bauamtes das grösste Lob und erklärt, dass er trotzdem dem Budget nicht seine Zustimmung erteilen könne. (Beifall bei der Minderheit).

Gemeinderat Weigl erklärt, dass Bürgermeister Seitz augenblicklich nicht anwesend sei. Er habe jedoch dem Wunsche des Stadtrates Kunschak Rechnung getragen und den Bürgermeister von dem Inhalt der Rede des Stadtrates Kunschak verständigen lassen.

Die Sitzung wird um zehn Uhr geschlossen. Nächste Sitzung morgen vier Uhr nachmittags.

.....

Wien, am Dienstag, den 20. Dezember 1927 (Dritte Ausgabe

.....
Ueberreichung der Staatsprüfungsdiplome an die Absolventinnen des ersten Jahrganges der Krankenpflegerinnenschule der Stadt Wien. Bekanntlich hat die Wiener Gemeindeverwaltung im Jahre 1924 eine Krankenpflegerinnenschule in Lainz geschaffen. Diese dient der einheitlichen Ausbildung von Krankenpflegerinnen für alle Arten in der Krankenpflege. Die Absolventinnen der Krankenpflegerinnenschule versehen dann vor allem in den städtischen Heilanstalten den Dienst. Die Ausbildung dauert drei Jahre. Heute wurden nun die Staatsprüfungsdiplome den Absolventinnen des ersten Jahrganges der Krankenpflegeschule der Stadt Wien überreicht, der im Jahre 1924 geschaffen wurde. Zur Feier hatten sich unter anderem die Nationalrätinnen Boschek, Popp, und Seidel, Stadtrat Breitner, viele Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die leitenden Beamten des Gesundheitsamtes sowie die Primärärzte der Anstalt eingefunden. Stadtrat Professor Dr. Tandler liess die Festgäste herzlich willkommen, worauf Bürgermeister Seitz auf die grosse Bedeutung der Krankenpflege hinwies. Es gibt ^{sehr} viele Erwerbszweige, sagte er, und ein solcher ist auch die Krankenpflege. Was ihn

aber von den anderen unterscheidet, ist, dass die Krankenpflegerin ihren Beruf mit aller Liebe ausfüllen muss, derer die kranken Menschen bedürfen. Sie erfüllen eine heilige Pflicht und ich hoffe, dass sie ihrem Beruf so dienen werden, dass die Menschen, die sie pflegen, ihrer immer dankbar gedenken werden. Bürgermeister Seitz dankte dann insbesondere dem Stadtrat Professor Dr. Tandler für die Schaffung der Krankenpflegerinnenschule sowie allen, die an dem Werden der Anstalt mitgearbeitet haben. Oberstadtphysikus Dr. Böhm, der Vorsitzender der Staatsprüfungskommission war, vor der die Pflegerinnen ihre Staatsprüfung abgelegt haben, überreichte dann den 16 Absolventinnen des ersten Jahrganges die Staatsprüfungsdiplome. Direktor Hofrat Dr. Baumgarten richtete dann einige herzliche Worte an die Pflegerinnen, worauf eine Absolventin für die liebevolle Sorgfalt, die die Pflegerinnen in der Krankenpflegerinnenschule finden, dankte. Die Festgäste besichtigten dann alle Räume der Anstalt, deren Einrichtungen bei allen ungeteilte Anerkennung fand.

.....

Wien, am Mittwoch, den 21. Dezember 1927

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 21. Dezember 1927

B E R A T U N G D E S H A U P T V O R A N S C H L A G E S 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um vier Uhr nachmittags und kommt zunächst auf den gestern von Gemeinderat Kunschak überreichten Antrag zurück, in dem die Einstellung der Tätigkeit des Gemeinderates Reismann beim Wohnungsamt verlangt wird. Der Bürgermeister bemerkt hierzu: Bekanntlich war Gemeinderat Reismann Obmann der Wohnungskommission, die seinerzeit unter dem Besitze des Wohnungsanforderungsgesetzes vom Gemeinderat eingesetzt worden war. Mit dem Erlöschen des Anforderungsgesetzes wurde diese Kommission gegenstandslos und der amtsführende Stadtrat Weber betraute mit Genehmigung des Bürgermeisters den Gemeinderat Reismann mit der Liquidierung. Liquidationen dauern gewöhnlich längere Zeit. Ich habe mich in der Sache erkundigt und kann dem Gemeinderat bekanntgeben, dass nach den Mitteilungen sowohl des amtsführenden Stadtrates Weber als auch des Gemeinderates Reismann die Tätigkeit des letzteren als Liquidator dieser Kommission in der nächsten Zeit beendet sein wird. Sie wird keinesfalls länger als bis in den März dauern und hoffentlich schon früher beendet werden können. Damit wird jede Tätigkeit des Gemeinderates Reismann im Wohnungsamt ein Ende haben. Zum Schluss bemerkt der Bürgermeister, er könne den Antrag Kunschak nicht zur Verhandlung stellen, weil über die Gruppe, zu der er gehört, schon abgestimmt sei.

GR. Schmidt (soz. dem.) berichtet über Abänderungen im Budget der Verwaltungsgruppe V, dies infolge der Abänderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat ergeben hat. Er ersucht, die Abänderungen zu genehmigen.

GR. Erban (E. L.) erklärt, dass der Strassenpflegebetrieb in den letzten Jahren sehr viel zu wünschen übrig gelassen hat. Strassenkehrer und Kehrmaschinen sind sehr selten zu sehen. Die Schneeabseiligung ist ebenfalls ein sehr trauriges Kapitel. Für die Schneeabseiligung werden viel zu wenig Arbeitslose eingestellt. Auf dem Gebiete des Strassenbaues und der Strassenerhaltung geschieht ebenfalls

fast gar nichts. Es wäre höchste Zeit, für den Strassenbau im Budget grössere Posten einzustellen. Bei der Aktion Wien im Blumenschmuck wäre es angezeigt, mehr Preise zu stiften. Der Redner wünscht dann die Schaffung eines Kinderbades im Schwimm- Sonnen- und Luftbad Hohe Warte, eine bessere Verkehrsmöglichkeit zum Bad Krapfenwaldä sowie eine bessere Reinigung der Badekabinen. Die Behauptung des Stadtrates Richter, dass die Beleuchtung Wiens den Friedensstand erreicht hat, ist unrichtig. Es wäre nur zu wünschen, wenn der Friedenszustand bald erreicht sein würde. Gemeinderat Erban bringt dann verschiedene Bezirkswünsche vor und erklärt schliesslich, nicht für das Budget stimmen zu können. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Müller (E. L.) erklärt, dass die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien durch den Mieterschutz bald in die Lage kommen wird, bei ihr eingelegte Gelder nicht mehr in Wien anlegen zu können, weil der Hausbesitz durch den Mieterschutz an einer Kreditaufnahme gehindert wird. Der Redner wünscht, dass nicht alle Gaslaternen in Wien ausser Betrieb gesetzt und wenigstens in frequentierten Strassen an den Kreuzungspunkten eine Gaslaterne beibehalten werden soll. Er bringt ebenfalls einige Bezirkswünsche vor, darunter auch den Wunsch, die Gemeinde

die Liesingtalkanalisation, zu deren Bau zwanzig Prozent der Kosten beizutragen sie sich verpflichtet hat, entsprechend fördern. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Kunschak (E. L.) kommt auf die Antwort, die der Bürgermeister auf seinen Antrag wegen Einstellung der Tätigkeit des Gemeinderates Reismann im Wohnungsamt erteilte, Ich muss feststellen, sagt der Redner, dass wir auch diesen Standpunkt des Bürgermeisters nicht akzeptieren können und dass wir nach wie vor den Standpunkt vertreten, dass die Tätigkeit des Gemeinderates Reismann im Wohnungsamt unter allen Umständen verfassungswidrig ist. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Wir können daher auch nicht zur Kenntnis nehmen, dass dieser Zustand noch bis Mitte März andauern soll, obwohl wir andererseits gewiss anerkennen, dass man sich jetzt doch für verpflichtet erachtet, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Stöger bemerkt, Lueger habe Wien zu einer Gartenstadt, zu schönsten Stadt der Erde gemacht. Als die Christlichen Sozialen zur Herrschaft kamen, waren 800.000 Quadratmeter städtischen Anlagen gewidmet, zehn Jahre später umfasste die Fläche eineinhalb Millionen und selbst in der Kriegszeit wurden neue Gartenanlagen errichtet. Seither geht es sehr langsam. Beim Umsturz waren 190 Hektar Gartenfläche, am Beginn des Jahres 1927 nur 228 Hektar. Der Redner fragt den Referenten, wie gross die Vermehrung der Gartenfläche im Jahre 1927 war und bezeichnet es als erfreulich, dass der Referent eine Vermehrung um dreissig Hektar für 1928 ankündigte. Wichtiger als der Ausbau ist die Ausgestaltung der Gartenanlagen, die durch den Krieg sehr gelitten haben. In Wien gibt es heute keine Anlage, die an die von Hübner geschaffenen Blumenwunder heranreicht, da zu wenig Mittel für diesen Zweck aufgewendet werden. Der Redner appelliert an den Referenten, diesem Zweck mehr Mittel zu widmen, er verlangt insbesondere die Anpflanzung von mehr Coniferen und die Vermehrung der Bäume in den Baumalleen. Sodann beschäftigt er sich mit der Strassenpflege und erhebt namentlich wegen der Vernachlässigung der Wieden an dieser Beziehung Beschwerde. Im vergangenen Jahre wurde eine einzige Strasse repariert und auch im kommenden Jahre soll es nicht besser werden. Die Zurücksatzung der Wieden ist unerträglich. Der Redner fragt den Referenten, warum nicht mehr Schneeschaufler eingestellt werden. Beim Betrieb "Bäder" frage er neuerlich, wann endlich die Abrechnung über das Amalienbad vorgelegt werden wird. Das Schieberbad im 10. Bezirk wurde ja mit ungeheuren Kosten errichtet, während z. B. das Volksbad auf der Wieden, das für die Mittelschichten und das Proletariat bestimmt ist, drei Tagen in der Woche fast immer aus Ersparungsrücksichten geschlossen bleiben muss. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Prinke (E. L.) beschwert sich darüber, dass in Simmering zu wenig Wasserhydranten vorhanden sind, sodass bei Brandkatastrophen sehr böse Situationen entstehen. Ein grosser Mangel besteht bei der Teerag, die ihre Abwässer nicht in den Donaukanal, sondern in die angrenzenden Gärten ableitet. Die Gemeinde ist an dieser Unternehmung mit 40 Prozent beteiligt und könnte diesen Uebelstand gewiss abstellen. Jetzt werden die Gärtner furchtbar geschädigt, weil das Gemüse nach Teer riecht und nicht verkauft werden kann. Die Simmeringer Gärtner haben sich wiederholt an die Gemeinde um Wasserversorgung gewendet, bis heute ist aber nichts geschehen. Es wäre wünschenswert, wenn die Gemeinde diesen Leuten entgegenkommt.

Redner bringt dann einige Bezirkswünsche vor. Vor allem wünscht er, dass in Simmering mehr Parkanlagen geschaffen werden, dass das Simmeringer Bad durch einen Zubau vergrössert wird und die Strassenpflege, die in diesem Bezirk viel zu wünschen übrig lässt, auf einen höheren Stand gebracht wird. Wiederholte Wünsche der Bezirksvertretung, die von den Vertretern aller Parteien geäussert wurden, blieben leider bis jetzt unberücksichtigt.

GR. Merbaul (E.L.) tadelt, dass die Gemeinde für eine Schneefurche, die vier Kubikmeter Schnee befördert, vier Schillinge bezahlt. Die Strassenaufscher lassen aber immer sieben Kubikmeter aufladen, wodurch natürlich die Fuhrleute geschädigt werden. Auch für den Sonntagsdienst gilt die gleiche Bezahlung. Weil nun die Fuhrleute bei dieser Entschädigung ihre Kutscher nicht für den Sonntagsdienst entsprechend bezahlen können, sind auch am letzten Sonntag keine Fuhrwerke zur Schneebeseitigung ausgefahren. Der Redner kritisiert dann noch die Lieferung von schlechten Wassermessern und wünscht schliesslich, dass seine vorgebrachten Bezirkswünsche erfüllt werden. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Pfeiffer (E.L.) meint, dass das Budget von einem sehr engen Horizont begrenzt ist. Es nimmt auf viele Dinge, für die die Technik Interesse haben müsste keine Rücksicht. Es lässt nicht erkennen, ob und inwieweit sich die Gemeindeverwaltung der Bedeutung des Wienerwaldes als Siedlungsgebiet bewusst ist, welche Bedeutung der Donau und welche Bedeutung dem Flugverkehr zukommt. Die technische Arbeit der Gemeinde darf nicht im Häuserbau erstarren. Genau so wie Wien sich vom Tullnerbecken, dem ebenfalls eine Bedeutung als Siedlungsgebiet zukommt, abgeschlossen hat, so hat es sich auch vom Marchfeld abgeschlossen. Wien hat die Pflicht, die Fühlung mit dem flachen Lande zu suchen. Es ist einmal eine unnatürliche Sache, zwischen Niederösterreich und Wien den Trennungsstrich gezogen zu haben. Trotz dieser Trennung soll jedoch der Gedanke des wirtschaftlichen Zusammenhanges zwischen Wien und Niederösterreich wieder aufleben. Die Bedeutung der Donau für Wien werde ebenfalls unterschätzt. Der Nationalrat hat beantragt, die österreichische Donau zu einer Grossschiffahrtsstrasse auszugestalten. Diese Sache kann die Bundesregierung selbstverständlich nicht allein durchführen, dazu ist auch die Gemeinde Wien notwendig. Vor dem Krieg betrug der Jahresumschlag in Wien mehr als zwei Millionen Dollar. Wir haben wohl in Wien Landungsplätze mit einer Länge von acht Kilometer und den Freudenaue-Hafen. Das ist jedoch zu wenig. Die Idee des Rhein-Main-Donaukanals ist nicht fallen gelassen und da muss man sich doch der Bedeutung bewusst sein, wenn auf der Donau aus den reichen deutschen Industriezentren die Waren an Wien vorbei nach Osten geführt werden. Unsere Blicke müssen in die weite Zukunft gerichtet sein, denn ich darf wohl sagen, dass unsere Zukunft auf der Donau liegt. Die Gemeindeverwaltung geht auch saftlos an dem Flugwesen vorbei. Wien tut nichts, um Aspern zu einem internationalen Flugplatz auszubauen. Die Gemeinde Wien müsste der Förderung des Flugverkehrs die allergegrösste Aufmerksamkeit zuwenden. Der Redner ersucht den Referenten sich zu den von ihm berührten Fragen zu äussern. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Hörnayer (E.L.) verlangt die Einstellung einer grösseren Post zur Vornahme von Reparaturen an der Pfarre St. Leopold. Er verlangt die endliche Renovierung des Tegetthoffdenkmals und ersucht der Strassenpflege in der Leopoldstadt mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Abfallkörbe sollten nicht an Stöcken angebracht werden, was eine Verkehrshinderung bedeutet, sondern an den Häusern. Ebenso müssten die Gartenanlagen in der Leopoldstadt ausgebaut werden. Dies gilt namentlich von der Gartenanlage an der Reichsbrücke. Der Redner beantragt die Schaffung einer Parkanlage mit Kinderspielplatz an der Stelle des städtischen Stei-

lagerplatzes in der Oberen Donaustrasse, ferner beantragt er, der amtsführende Stadtrat sei zu beauftragen, sofort die Vorarbeiten für die Schaffung eines städtischen Bades im Bezirksteil "Donaustadt" zu treffen und die erforderlichen Kredite so rechtzeitig anzusprechen, dass mit dem Bau noch im Jahre 1928 begonnen werden kann. Er bringt sodann zahlrei-

che Wünsche hinsichtlich der Strassenerhaltung in der Leopoldstadt vor und erwähnt unter anderem die Böcklinstrasse, Obere Donaustrasse und den Handelskai. Er fordert, dass die fehlenden Stücke der Kaimauer zur Ausführung gebracht werden und dass die Beleuchtung im zweiten Bezirk insbesondere auf den Sportplätzen verbessert werde. Sodann erneuert er den wiederholt vorgebrachten Wunsch, dass die Marienstatue auf der Marienbrücke, ebenso wie früher beleuchtet werde. Dazu sei nur notwendig, dass 27 Birnen angeschafft werden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Dirisamer (E.L.) beschäftigt sich mit den Wasserrohrbrüchen der letzten Zeit, insbesondere mit dem Wasserrohrbruch in der Schlachthausgasse, als deren Grund er die wenig sorgfältige Arbeit bei Erneuerungen und Auswechslungen der Rohrstränge angibt. Es müsste alles vorgekehrt werden, damit die Schäden so rasch wie möglich behoben werden. Dazu ist vor allem ein Ausbau des Bereitschaftsdienstes notwendig. Aus dem Werkstättenpersonal müsste eine Anzahl von Arbeitern zu diesem Zweck geschult und herangebildet werden. Beim Gartenwesen werde solches Parteipolitik betrieben. Er verlangt die Herstellung einer Reihe Anlagen auf der Landstrasse, insbesondere auf der Erdbergerlände zwischen der Wassergasse und der Franz Haugergasse, die Ausgestaltung des Kanalräumungsdienstes und wendet sich dagegen, dass den Hausbesorgern zugemutet werde, ohne irgendeine Entschädigung, das Trottoir von den Eiskrusten zu räumen, während die Sozialdemokraten die Trottoirreinigung früher als eine Pflicht der Gemeinde hinstellten. Die Schneesäuberung ist gegen früher ein Jammer. Trotz der Schneemaschine, die man eigens aus Amerika angeschafft hat, geht die Schneesäuberung nicht rascher vor sich. Er beschäftigt sich sodann mit der Strassenherstellung und bemerkt, es wäre zweckmässig, mit Rücksicht auf den stärkeren Verkehr von der Makdamisierung ab und zur Steinpflasterung überzugehen. Für den dritten Bezirk geschehe in Bezug auf Strassenherstellungen sehr wenig. Insbesondere die Strassen, die durch die Wohnhausbauten in sehr schlechten Zustand gekommen sind, müssten repariert werden und wäre dies auf das Konto der Wohnhausbauten zu buchen. Unter den notwendigen Strassenherstellungen hebt er insbesondere die der Marxergasse hervor. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Die Verhandlung für den Voranschlag wird sodann unterbrochen und zur Erledigung einiger dringender Gegenstände der Tagesordnung geschritten.

GR. Stein referiert in Vertretung des Vizebürgermeisters Amann über einen Nachtragskredit von 250.000 Schilling, für den Ausbau der öffentlichen elektrischen Beleuchtung.

HR. Waldsam (E.L.) verweist auf die Mitteilung "Metallarbeiter" dass die Arbeiterschaft der Elektrizitätswerke durch den Vertrag eine nicht unbeträchtliche Einbusse an Lohnsinnommen auf sich nehmen musste. (Hört! Hört! bei der Minderheit). Der Redner beantragt, die Kündigungsklausel dahin zu ändern, dass es dort zu heissen hat "wenn sich die Kosten der Lebenshaltung nicht wesentlich geändert haben". Er weist sodann darauf hin, dass der Vertrag eine ganze Reihe von Verschlechterungen aufweise. Das Recht der Betriebsräte wird eingeschränkt (Hört! Hört! bei der E.L.) die Normalarbeitszeit wird verschlechtert, hinsichtlich der Frühstückspausen tritt eine Verschlechterung ein. Während es bisher einen eigenen Mietsinsbeitrag gegeben hat, ist dieser Beitrag nun in den Stundenlöhnen enthalten. Wenn man bedenkt, dass die Elektrizitätsarbeiter mit den Ueberständen die 56 Stundenarbeitswoche hatten, so ergibt sich bei den Vorarbeitern ein Verlust von 12 bis 16'58 Schilling bei den Facharbeitern von 10'72 bis 10'80 bei den angelernten Arbeitern von 7'42 bis 8'40 und bei den Hilfsarbeitern Minderbeträge bis zu drei Schilling 10 Groschen. Auch die Qualifikationssulage ist wesentlich verschlechtert.

Es wäre nur im Interesse der Elektrizitätsarbeiter gelegen gewesen, wenn dieser Vertrag nicht abgeschlossen worden wäre, weil sie durch den Abschluss nur benachteiligt sind. Die Minderheit übernimmt für diesen Vertragsabschluss keine Verantwortung (Beifall bei der Minderheit).

ST. R. Speiser erwidert, dass 74 Prozent, also fast drei Viertel der Belegschaft für diesen Vertrag gestimmt haben. Der Vertrag wurde unter gewissen Schwierigkeiten abgeschlossen, weil die Einführung des reinen 48 Stunden Dienstes in einem kontinuierlichen Betrieb nicht einfach ist. Vor dem Vertragsabschluss war im Elektrizitätswerk die 52 Stundenwoche. Es musste jeder Arbeiter vier Ueberstunden wöchentlich machen. Jetzt wurde restlos die 48 Stundenwoche eingeführt. Es wurden die Nachtschichtzulagen erhöht und die Sonntagschichtzulagen eingeführt. Ueber die Stundenlöhne ist zu sagen, dass der Elektrizitätswerksarbeiter nach 25 Dienstjahren einen Stundenlohn von 1'72 Schilling hat, während in den Bundesbetrieben nach 35 Dienstjahren, also um zehn Jahre mehr, nur 1'37 Schilling gezahlt werden. Ein Vorarbeiter bekommt nach 25 Dienstjahren im Elektrizitätswerk 1'76 Schilling für die Stunde, in den Bundesbetrieben nach 35 Dienstjahren nur 1'42 Schilling. Die Arbeiter werden mit diesem Vertrag zufrieden sein. Der Wiener Gemeinderat kann mit grosser Beruhigung dem Vertrag zustimmen. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Vorlage wird angenommen. Die Anträge des Gemeinderates Daffinger werden abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende Gemeinderat Hofbauer schliesst nach drei Viertel Elf Uhr nachts die Meldung.

-.-.-.-

Wien, am Donnerstag, den 22. Dezember 1927. 451

Keine Frostgebrechen im öffentlichen Wasserleitungsrohrnetz. Trotz der aussergewöhnlichen Kälte sind keine Frostgebrechen im öffentlichen Wasserleitungsrohrnetz und in den von diesem zu den Wassermessern führenden Abzweigungsleitungen eingetreten. Wohl aber werden sehr viele Gebrechen bei Wassermessern gemeldet. Sie sind darauf zurückzuführen, dass es der Hausbesitzer verabsäumt hat, die Wassermesser vor Frost entsprechend zu schützen.

Schutz der Gasanlagen vor Frost beugt Störungen in der Gasverwendung vor. Der andauernde strenge Frost führte zu Störungen in der Gasverwendung, die dadurch verursacht wurden, dass Gasmesser, die gegen Frost nicht genügend geschützt sind, vereisten. Die meisten solcher Störungen waren am Mittwoch zu verzeichnen, ^{gegen} wo 2000 Störungen gemeldet wurden, die aber auch bei einer Gesamtzahl von über 450.000 in Betrieb stehenden Gasmessern nicht einmal ein halbes Prozent ausmachen. Die städtischen Gaswerke haben

gegen 300 Angestellte zur Instandsetzung der vereisten Anlagen in den Dienst gestellt. Viele solche Störungen liessen sich aber vermeiden, wenn die Gasmesser vor Frost entsprechend geschützt werden würden. Das Einfrieren der Gasmesser wird durch unverschlossene Kellerlucken und Ventilationsöffnungen, unverglaste Fenster und unverschlossene Türen begünstigt. Wird dies vermieden, würde sich die Zahl der Störungen auf ein so geringes Mass beschränken, dass die Instandsetzung einer vereisten Gasanlage sofort möglich wäre.

Eröffnung der neuerrichteten Wannenbadabteilung im Volksbad Hermannsgasse. Im Zuge der Ausgestaltung der städtischen Badeanstalten wurde im städtischen Volksbad in der Hermannsgasse eine Wannenbadabteilung neu geschaffen. Die Anlage ist nun fertig gestellt. Sie wird morgen, Freitag, der Benützung übergeben.

Weihnachtsfeier der Wiener Lehrlinge und Lehrlädchen. Eine überaus schöne Weihnachtsfeier veranstaltete am Mittwoch abends die Lehrlingsfürsorgeaktion. Der Mittlere Konzerthausaal war überfüllt. Für den Bundesminister für soziale Verwaltung war Sektionschef Scherrer erschienen. Ferner nahmen an dem Fest Bürgermeister Seitz mit Frau, Frau Vizebürgermeister Emmerling, amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler, Präsident Eldersch, viele Nationalräte und Gemeinderäte sowie die Vertreter der Krankenkassen teil. Die Feier war mit einer Bekleidungsaktion für 387 Lehrlinge und 89 Lehrlädchen verbunden. Der Leiter der Lehrlingsfürsorgeaktion August Marianek eröffnete das Fest mit Dankesworten an die Gemeinde und an den Fortbildungsschulrat, die durch die Uebernahme der Kosten die Aktion ermöglicht haben. Dann gab Hofrat Professor Dr. Max Springer dem Fest durch Orgelvorträge eine stimmungsvolle Weihe. Frau Hilde Wegner las Strindberg und Staatsopernsänger Arnold erfreute vor allem die Jugend durch seine Gesangkunst. Nach vorzüglichen Darbietungen des Gottesmannquartetts würdigte Stadtrat Professor Dr. Tandler die nützliche Arbeit der Lehrlingsfürsorgeaktion. Unter grossem Jubel wurden dann die in den Lehrlingsheimen untergebrachten Jugendlichen beteiligt. Von den vor allem mit Kleidern und praktischen Gegenständen bewteilten 476 Lehrlingen und Lehrlädchen sind nicht weniger als 382 Ganz- oder Halbwaisen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

452

Wien, am Donnerstag, den 22. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

Wiener Gemeinderat als Landtag

Sitzung vom 22. Dezember 1927

Auf der der Tagesordnung steht nur eine Gesetzesvorlage. Sie betrifft die Einhebung eines Zuschlages zu den Immobiliargebühren und zum Gebührenäquivalente.

Die Sitzung wird um vier Uhr nachmittags vom Präsidenten Dr. Danneberg eröffnet.

Ueber die Aenderung des Gesetzes referiert amtsführender Stadtrat Breitner. Die Immobiliargebühren werden vom Bund anlässlich der Uebertragung des Eigentums unbeweglicher Sachen eingehoben. Die Immobiliargebühren sind gemeinschaftliche Abgaben. Von dem Ertrag bekommt der Bund zwanzig Prozent, Länder und Gemeinden je vierzig Prozent. Ausserdem wird in Wien auf Grund landesgesetzlicher Bestimmung ein fünfzigprozentiger Zuschlag zu diesen Gebühren eingehoben, dessen Erträgnis ausschliesslich der Gemeinde zufliesst. Kürzlich hat nun der Nationalrat eine Abänderung des geltenden Tarifes der Immobiliargebühren beschlossen. Es wurden die Wertstufen, nach denen die Gebührensätze gestaffelt sind, auf das Doppelte erhöht. Ausserdem kommt der fünfzigprozentige Zuschlag, der vom Bund im Falle der Uebertragung unbeweglicher Sachen durch entgeltliche Rechtsgeschäfte unter Lebenden eingehoben wird, in Wegfall. Durch diese Ermässigungen des Tarifes der Immobiliargebühren würde sich für Wien eine Verminderung der Einnahmen in doppelter Beziehung ergeben. Durch die Erhöhung der Wertstufen einerseits, durch den Wegfall des bisherigen Bundeszuschlages andererseits, würden die Einnahmen sinken. Damit werden sowohl der achtzigprozentige Anteil Wiens als Land und Gemeinde als auch infolge der Herabsetzung der Bemessungsgrundlage der fünfzigprozentige Gemeindegzuschlag verringert. Die Regierung hat nun am 17. Dezember im Nationalrat eine Erklärung abgegeben, die besagt, dass sie ^{gegen} solche Landesgesetze, welche durch Erhöhung der Zuschläge zu den von Uebertragungen nicht der Landwirtschaft gewädmeter Realitäten entfallenden Immobiliargebühren den Ausfall ausgleichen, keine Einwendung erhebt. Diese Erhöhungen dürfen aber nicht über die Einholung jenes Anteiles, an dem bisherigen fünfzigprozentigen Bundeszuschlag hinausgehen.

Der bisherige Gemeindegzuschlag betrug, wie bereits erwähnt fünfzig Prozent. Nunmehr soll dieser Zuschlag auf 76 Zweidrittel Prozent erhöht werden. Dadurch dürfte die Kürzung dieser Einnahmepost vermieden werden.

Das Gesetz, dass heute bereits vom Stadtsenat als Landesregierung genehmigt wurde, wird ohne Debatte in beiden Lesungen beschlossen.

Präsident Dr. Danneberg schliesst vor halb fünf Uhr nachmittags die Sitzung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

453

Wien, am Donnerstag, den 22. Dezember 1927 (Dritte Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 22. Dezember 1927

Fortsetzung der Budgetdebatte

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr fünfzehn Minuten die Sitzung. Die Beratungen über das Budget der Verwaltungsgruppe für Technische Angelegenheiten wird fortgesetzt.

GR. Dr. Hengl (E.L.) führt aus dass in Döbling noch viele Strassen sehr mangelhaft beleuchtet sind. Der Vorschlag für 1928 sieht die Einführung der elektrischen Beleuchtung nur in drei Strassen Döblings vor, in der Silbergasse, Grinzingerstrasse und in der Heiligenstädterstrasse. Es wäre aber auch dringendst notwendig die Sandgasse, die Hohe Warte von der Endstation der 37er Linie bis zur Heiligenstädterkirche und die Sieveringerstrasse bis zur Endstation der 39er Linie zu beleuchten. Der Redner bezeichnet es dann als eine Schmutzerei, dass die Gemeinde Wien die Kosten des Einbaues der von ihr gespendeten elektrischen Uhr in der Grinzingerkirche, die nur 450 Schilling betragen, zu tragen sich weigert. Diesen Standpunkt möge die Gemeinde doch aufgeben. Es ist auch unerklärlich, warum den Siedlern und Landwirtschaften der begünstigte Wasserpreis beim Mehrverbrauch nicht zukommt. Der Redner stellt dann schliesslich die Anträge, in der Sandgasse, auf der Hohen Warte von der Endstation der Strassenbahn bis zur Grinzingerkirche und in der Sieveringerstrasse bis zur Endstation der 39er Linie die elektrische Beleuchtung einzuführen und das Gesetz über den begünstigten Wasserpreis beim Wassermehrverbrauch dahin abzuändern, dass auch die Siedler und Landwirtschaften in den Genuss des begünstigten Wasserpreises kommen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Schels (E.L.) findet die Kanalaräunung unter jeder Kritik. Es müssten mehr Kanalspülungen vorgenommen werden. Bei dem verfallenen Zustand unserer Kanäle ist es kein Wunder, dass eine solche Rattenplage in Wien herrscht. Bei den Kanalbauten haben in den letzten Jahren Unterschreitungen bis zu einem Drittel, beziehungsweise bis zur Hälfte stattgefunden. Der Redner verlangt sodann, dass an Stelle des Steinlagerplatzes in der Oberen Donaustrasse eine Gartenanlage errichtet wird, er fordert die Stockwerksaufsetzung auf das Volksbad in der Treustrasse im 20. Bezirk, in dem er hervorhebt, dass dieses Bad im Jahre 1926 eine Besucherzahl von 139.738 aufwies. Nachdem für dieses Jahr vorgesehenen Plan sollen aber die Baderäumlichkeiten zweiter Klasse verkleinert, anstatt vergrössert werden. Schliesslich verlangt er, dass die Brigittenau und Zwischenbrücken bei den Strassenreparaturen nicht so schlecht behandelt werde, wie bisher. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Untermüller (E.L.) bringt eine Reihe von Wünschen für den Bezirk Mariahilf vor. Bei dem städtischen Volksbad in diesem Bezirk wäre eine Stockwerksaufsetzung notwendig. Der Obelisk müsste wieder beleuchtet werden. Der Redner bezeichnet die Schneesauberung als mangelhaft und kritisiert es vor allem, dass an vielen Stellen der von den Hauptstrassen abgeführte Schnee in den Seitengassen abgelagert wird. Wenn der Referent vom der "gepflegten" Stadt Wien spricht, so mag er dabei vielleicht an die Haar- und Bartpflege, nicht aber an die Strassenpflege gedacht haben. (Heiterkeit). Der Redner verlangt ferner die Vermehrung der Abfallkörbe in den äusseren Bezirken, sowie den Bau einer

unterirdischen Bedürfnisanstalt am Mariahilfer Gürtel und fragt den Referenten, welchem Platz die Urania gebaut werden soll. Schliesslich fordert er, dass am Mariahilfer Gürtel noch in diesem Jahre Baumpflanzungen hergestellt werden mögen und dass das von der Mariahilfer Bezirksvertretung einmütig beschlossene Beleuchtungsprogramm durchgeführt werde. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Stadtrat Richter widerspricht im Schlusswort der Behauptung dass die vorgenommene Umgruppierung eine Niederlage der Verwaltung bedeute. Seit dem Jahre 1920 ist bei der Gemeinde eine Änderung in der Ressorterteilung nicht erfolgt, anders als beim Bund, wo schon mannigfache Ressortverschiebungen unterdessen stattgefunden haben. Der gegenwärtige Augenblick war für eine solche Umgruppierung mit Rücksicht auf den Wechsel in der Leitung besonders günstig und dafür waren lediglich Zweckmässigkeits- und Kompetenzgründe massgebend. Was das Ziegelwerk in Oberlaa betrifft, so hat seine Inbetriebsetzung vor allem den Zweck gehabt, die Bildung eines Kartells zu verhindern, was auch gelungen ist, da sich dieses Werk als ein Preisregulator erwiesen hat. Hinsichtlich der Offertvergaben hat Gemeinderat Biber selbst ein Kompromiss für notwendig gehalten. Es ist daher ungerechtfertigt, wenn gleichzeitig der Gemeinde der Vorwurf gemacht wird, dass sie nicht immer den billigsten Offerten berücksichtigt. Bekanntlich liegen den billigsten Offerten nicht immer die lautesten Mobile zugrunde. Stadtrat Richter tritt sodann den Beschwerden über die Schneesauberung entgegen und weist darauf hin, dass heuer mehr Schnee, als in den letzten vier Jahren gefallen ist. Täglich wurden ausser den eintausend ständig Bediensteten, neun- bis zehntausend Personen und auch darüber hinaus mit der Schneesauberung beschäftigt. In keinem Jahre wurde die Schneefahrt so rasch und kluglos bewältigt, wie heuer. Dass die Strassenpflege in Wien nicht ideal ist, ist in der Verschiedenheit der Wiener Strassen begründet, die teils Holzstöckel, teils Asphalt, teils Granit und Makadampflaster haben. Die Umwälzung im Verkehr, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat, zwingt auch die Strassentechniker anderer Staaten zu Überlegungen, welches System das haltbarste und staubfreieste ist. Die Wiener Strassenwesen war schon vor 20 Jahren Gegenstand der Kritik. Die Strassen vor dem Krieg waren zumindest in keinem besseren Zustand als heute, was angesichts der Tatsache, dass durch acht Jahre nichts geschehen konnte, viel zu bedeuten hat, die Strassenpflege und Strassenerhaltung hat aber namentlich in den äusseren Bezirken ganz gewaltige Fortschritte gemacht. Selbst von Ausländern wird anerkannt, dass die Wiener Strassenpflege verhältnismässig gut ist. Den Vorwürfen über die Vernachlässigung des Gartenwesens hält Stadtrat Richter entgegen, dass der Zuwachs ^{an neuen Gartenflächen} für die Jahre 1927 und 1928 351.000 Quadratmeter, also ungefähr das Dreifache dessen ausmacht, was im Jahre 1911, dem stärksten Jahre des Gartenzuwachses in der früheren Zeit, geleistet worden ist. Dazu kommen noch zirka 100.000 Quadratmeter Gartenflächen in den städtischen Wohnbauanlagen. Was die Strassenbeleuchtung betrifft, so ist es lediglich der Gemeinde Wien zu danken, dass sich die elektrische Industrie auf die Strassenbeleuchtung umgestellt hat, während früher alle diese Artikel aus dem Ausland bezogen wurden. Die 73 Wasserrohrbrüche im heurigen Jahre gehen nicht auf das Konto der Gemeinde, sondern der Wientalwasserleitung. Die Verhandlungen mit der belgischen Wientalwasserleitung will ich, sagt Stadtrat Richter, lieber nicht schildern, da hierbei die frühere Verwaltung nicht gut wegkäme. Für die Wasserbereitschaft ist besser vorgesorgt, als früher. Nach den Ausführungen der Minderheitsredner soll die Aufschliessung des Wienerwaldes, der Bau der Reichsbrücke, das Flugwesen und noch

manches andere, Aufgabe der Wiener Gemeindeverwaltung sein. Dann bleibt ja dem Bund gar nichts zu tun übrig. (Lebhafte Heiterkeit). In Bezug auf das Flugwesen beispielsweise haben wir getan, was wir tun konnten, indem wir die Strassen zum Flugplatz im besten Zustand gebracht haben. Die Lösung der Liesingkanalfrage hängt nicht von der Gemeinde Wien allein ab. Eine ganze Reihe von Liesingtalgemeinden erklären sich zu einer Beitragsleistung nicht bereit.

GR. Müller (E.L.): Das ist nicht richtig! Das ist bewusst unwahr!

Stadtrat Richter: Zum Beispiel Kaltenleutgeben und Kalksburg!

GR. Müller: Das ist nicht richtig! Das war vor einem Jahr!

Stadtrat Richter: Der Bericht, an dem ich mich halte, stammt von der niederösterreichischen Landesregierung.

GR. Müller: Also zahlen Sie die zwanzig Prozent!

Da GR. Müller diese Frage ununterbrochen dem Stadtrat Richter zuruft, mahnt ihn Vorsitzender Weigl, den Referenten nicht zu unterbrechen.

Stadtrat Richter ersucht schliesslich den Voranschlag der Verwaltungsgruppe V zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe V wird mit dem Antrag Schmidt angenommen, die übrigen Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

ST. R. Kokrda berichtet nun über das Budget der Verwaltungsgruppe VI (Ernährungs- und Wirtschaftsbesen). Die Ansätze betragen über 79 Millionen Schilling, was gegenüber dem Voranschlag für 1927 eine Vermehrung um acht Millionen Schilling bedeutet. In diesem Betrag sind aber die Erfordernisse der Lagerhäuser, der Baustoffbeschaffung und des Wirtschaftsamtess nicht inbegriffen. Von dem Betrag von 79 Millionen sind 70 Millionen allein für das Schulwesen bestimmt. Diese wesentliche Erhöhung der Budgetpost gegenüber dem Vorjahr ist durch die Aenderung der Schulverfassung bedingt. Die städtischen Lagerhäuser machen seit Jahren eine empfindliche Krise mit. Sie hatten im Jahre 1926 einen Abgang, auch heuer wird ein Abgang zu verzeichnen sein, aber für das kommende Jahr wurde schon ein weit geringerer Abgang veranschlagt, weil die begründete Hoffnung besteht, dass die Krise ihren Höhepunkt schon überschritten hat. Durch Reformen und Reorganisationen wurde in den Lagerhäusern eine wesentlich bessere Situation erzielt. Vom Rathauskellerbetrieb der durch die allgemeine wirtschaftliche Situation und durch den Rückgang des Weinkonsums ebenfalls in eine kritische Situation gebracht wurde, ist gleichfalls zu hoffen, dass sich die Situation bessern wird. Für die Ausgestaltung der Betriebe und Anstalten die der Approximation dienen, werden ebenfalls namhafte Beträge veranschlagt. Der Zentralviehmarkt und das Rinderschlachthaus wie auch die Grossmarkthalle wurden den Anforderungen entsprechend ausgestaltet. Die Ausgestaltung der Grossmarkthalle ist noch im Gange und im nächsten Jahr werden die grössten Umbauten vollendet sein. Im Vorjahr wurden in der Grossmarkthalle 578.245 Meterzentner Fleischwaren vermarktet, wogegen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres schon 492.166 Meterzentner Fleisch auf den Markt gebracht wurden. Das ist eine Menge, die vor dem Kriege niemals erreicht wurde. Auftrieb auf dem Zentralviehmarkt hat sich ebenfalls bedeutend gehoben. Im Vorjahr wurden 116.568 Rinder, von denen 34.541 aus dem Inland waren, aufgetrieben. In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres betrug der Gesamtauftrieb schon 153.906 Tiere, wovon 33.836 aus dem Inland waren. Die Bäckerei Spinnerin am Kreuz wird nach Ottakring verlegt. Bei den übrigen Posten der Verwaltungsgruppe VI ändert sich nicht viel und so bitte ich um Genehmigung der Ansätze. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Vizebürgermeister Hoss (E.L.) kritisiert, dass, obwohl die Sozialdemokraten, als sie früher in der Minderheit waren, von der Gemeindeverwaltung immerwährend verlangten, auf die Preisbildung Einfluss zu nehmen, sie heute als Mehrheit sich gar nicht um die Preise kümmern. Die Ausgestaltung der Märkte, der Schlachthäuser und des Zentralviehmarktes ist eine selbstverständliche Sache. Auch wir haben Verbesserun-

gen durchgef. So haben wir auch die Frage des Kontumazmarktes gelöst. Da die Beschickung der Märkte keine regelmässige ist, die Beschickung der Märkte von den Kommissionsären reguliert wird, entstehen die Preisschwankungen. Da hätte nun die Gemeinde die Verpflichtung, zu versuchen, mit unserem Aussenministerium und mit den Gesandtschaften jener Staaten, die uns liefern, über eine gleichmässige Marktbeschickung zu verhandeln. Bei der Schaffung der Märkte wird ganz planlos vorgegangen. Da wird eine Häusergruppe gebaut, Leute aus dem Bezirk, die gar nichts davon verstehen, werden wegen der Errichtung eines Marktes gefragt und nach ihrer Meinung vorgegangen. So war es in Floridsdorf. Der Markt am Spitz war zu klein, und schon vor dem Krieg hat die Absicht bestanden, hier eine Reform durchzuführen. Jetzt wurde dieser Markt zu der grossen Wohnhausanlage bei der Brünnerstrasse gegeben. Wir haben verlangt, dass vorläufig dort nicht mehr Stände vergeben werden, als bereits am Spitz bestanden haben. Sie haben aber eine Reihe neuer Stände vergeben. Unsere Befürchtungen sind bereits eingetreten. Eine Anzahl von diesen Ständebesitzern ist bereits zugrundegegangen. Gegen einen Teil dieser Leute führt nun die Gemeinde Prozesse, weil sie die Standgebühren nicht bezahlt haben. Die geldkräftigeren Standbesitzer haben schon herausgefunden, dass dort für sie kein Geschäft zu machen ist. Sie haben die Mittel, um sich in privaten Häusern Geschäftslöcher einzurichten, aber was sollen die anderen machen, die auf dem Markt weiter bleiben und kein Geschäft machen. Ebenso ist es mit den Geschäftslöcher im Schlingerhof. Dort sind 34 Geschäfte, es würden aber sieben genügen. Ähnlich, wie bei dem Markt am Schlingerhof wurde auch bei der Vergabung der Stände in Favoriten und Meidling vorgegangen. In die Grossmarkthalle stecken Sie sehr viel Geld hinein. Die Ausgestaltung ist vom hygienischen Standpunkt gewiss zu begrüssen und es war höchste Zeit, dass sie erfolgt ist. Aber auch hier ist man ganz eigenartig vorgegangen. Vier Jahre wird an der Ausgestaltung bereits gearbeitet, das sind vier Jahre der Qual für die dortigen Geschäftsleute. Es ist auch unverständlich, warum diese Milliardenausgaben aus den laufenden Einnahmen genommen werden und nicht aus einer Investitionsanleihe. Unbegreiflich ist auch, dass man die Fischstände aus der Grossmarkthalle entfernt hat.

Das Lagerhaus ist unter Ihrer Verwaltung in eine Gruppe hineingekommen, wo der amtsführende Stadtrat scheinbar wenig Zeit für dieses Unternehmen hatte. Als es schon ganz heruntergewirtschaftet war, wurde es dann zur Wirtschaftsgruppe gegeben. Wir müssen zugeben, dass jetzt ein Herr dort ist, der die Gewähr für eine Gesundung dieses Unternehmens bietet.

Die Gemeinde hat vier Millionen Schilling zum Ankauf von Grundstücken in Häusern in den Voranschlag eingesetzt. Wir halten diesen Betrag für zu hoch und ich beantrage die Herabsetzung auf eine Million.

Schliesslich wünscht Radner, dass für den Ankauf von Baumaterialien, der nunmehr auch zu dieser Verwaltungsgruppe gekommen ist, ein kleiner Unterausschuss bestellt wird, dass ferner der Frage näher getreten werden möge, ob nicht die städtischen Unternehmungen, die keinen Monopolcharakter haben, insbesondere das Brauhaus, zur Wirtschaftsgruppe gegeben werden können. Es wäre wünschenswert, wenn grosse Fragen zu lösen oder grosse Ankäufe zu machen sind, die Minderheit zur Mitwirkung herangezogen wird. Solange das nicht geschieht, sind wir nicht in der Lage dem Voranschlag dieser Verwaltungsgruppe unsere Zustimmung zu geben. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Rummelhardt (E.L.) bespricht zunächst die Verhältnisse im städtischen Lagerhaus und bemerkt, dass die Bestellung des Leiters ein rein parteipolitischer Akt gewesen sei, worin die Minorität schon seinerzeit gewarnt worden sei. (Lebhafte Zustimmung bei der E.L.) Experimente des seinerzeitigen amtsführenden Stadtrates Emmerling haben das Lagerhaus heruntergebracht und die Schuld hat man auf den früheren Direktor Mibel geschoben, an dessen Stelle man den Direktor Hammer gesetzt hat, dessen einzige Beschäftigung es war, alle Angehörigen zu terrorisieren, die nicht Sozialdemokraten waren. Hammer ist merkwürdigerweise noch immer im Lagerhaus, obwohl ein ausländischer Fachmann einberufen wurde. Wir warnen die Mehrheit davor, den Mann an irgendeine Stelle zu setzen wo er Einfluss auf die Personalien hat. Wir würden uns den Mann auch in einem anderen Betrieb nicht gefallen lassen.

Der Redner erhebt sodann Beschwerden darüber, dass es kein eigenes Schulreferat gibt, sondern dass das Schulwesen auf nicht weniger als 4 Verwaltungsgruppen aufgeteilt ist. Dass ist eine Bagatellisierung des Schulwesens. Dadurch ist es auch der öffentlichen Erörterung entzogen, da die Mitglieder des Stadtschulrates zur Wahrung des Amtsgeheimnisses verpflichtet sind. Im Stadtschulrat herrscht die Mehrheit mit den 20 Mitgliedern, die neben den mit Proporz Einberufenen ohne Proporz bestellt werden, schrankenlos. Daraus ergeben sich die zahlreichen Beschwerden die nicht von Christlichsozialen erhoben werden. Auch Arbeitereltern, die es mit ihren Kindern ehrlich meinen, üben an der Entreligisierung der Schule ebenso Kritik wie gläubige katholische und jüdische Eltern. Wir haben es neuer wieder erlebt, dass Schulleiter in ganz ungehöriger Weise Kreuze aus den Klassenzimmern entfernt haben und wir verlangen, dass der Stadtrat eine magistratische Kommission an alle Schulen entsendet, die nachzuprüfen hat, ob die Kreuze, die einen Bestandteil des Klasseninventars bilden, noch im Schulzimmer sind. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit) und dass alle Lehrpersonen, die sich am Gemeindegut in der Klasse vergriffen haben, bei der Schulbehörde angezeigt werden. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit). Sie machen sich mit Ihrem Kampf gegen die katholische Kirche nur lächerlich. Die sozialdemokratische Partei wird die katholische Kirche nicht zugrunde richten. Die absichtliche Sabotage des Religionsunterrichtes widerspricht dem Paragraph 1 des Reichsvolksschulgesetzes, wie agitieren, dass sich kein Lehrer zum Religionsunterricht melden soll. Pensionisten, die sich melden, verbietet man es. An den Mittelschulen werden in einer Klasse bis zu neunzig Schüler in Religion unterrichtet. (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

Das Pädagogische Institut ist ein Betrug an der Lehrerschaft, sie spiegeln den Leuten vor, dass sie dann angestellt werden, was nicht der Fall ist. Sie wollen dem Ausland Sand in die Augen streuen. Die Ausländer, denen nur von Mitgliedern der Mehrheit die Wiener Schulen gezeigt werden, werden auch sonst falsch informiert. So wurde einem deutschen Stadtrat, ^{gesagt,} dass der Gruss "Freundschaft" den er in den Wiener Schulen hörte, nun der Gruss in ganz Wien sei. Wir werden das Ausland schon darüber aufklären, dass die grosse Masse der Bevölkerung noch immer mit "Grüssgott" grüsst. (Lebhafte Zustimmung bei der E.L.) Die Kinder verstehen ja nicht, was der Gruss "Freundschaft" heisst. Erst sagen sie Freundschaft und dann in 5 Minuten prügeln sie sich. Ich bin einmal Leuten, die aus einem Strassenbahnwagen ausgestiegen sind und sich alle mit Freundschaft begrüsst haben, nachgegangen und habe gehört, wie eine der Frauen nach ein paar Schritten einer anderen gesagt hat: Hast Du gesehen, wie das Luder mit meinem Mann kokettiert hat. (Lebhafte Heiterkeit bei der E.L.) Ein solcher Gruss könnte sich vielleicht nach zwei Generationen einleben. Nach zwei Generationen wird es aber weder den Gruss "Freundschaft" noch eine sozialdemokratische Partei geben. Aus der Schule muss ein solcher Unsinn verschwinden. Sie kündigen

jetzt in allen Plaketen den Kampf um die Schule an. Der Stadtrat möge dafür sorgen, dass in der Schule endlich Ruhe wird. Wenn um die Schule gekämpft werden kann, so haben wir das moralische Recht und die Pflicht dazu, damit die Schule wieder auf den Boden des Gesetzes und des wahren sittlichen Zweckes zurückgeführt werde.

Der Redner wendet sich dagegen, dass die neuen Atlanten, die jetzt verteilt werden, ^{und die} übrigen eine ausgezeichnete photographische Arbeit seien, nicht jedem Kind, sondern nur zwei Schulkindern zusammen gegeben werden und beanstandet es, dass der Atlas ^{der} vor Appropriation durch das Ministerium ausgegeben worden sei. Er verlangt weiters eine Aenderung des Wiener Fortbildungsschulgesetzes, da die Zusammensetzung des Wiener Fortbildungsschulrates das Ungerechtigste sei, was es geben könne. Eine Schmutzerei ist es, dass das Nutzwasser für die gewerbliche Fortbildung der Gerber- und Färbereilehrlinge von der Gemeinde der Fortbildungsschule als Trinkwasser verrechnet wird. Diese unerhörte Schmutzerei muss sofort abgestellt werden. Stadtrat Rummelhardt schliesst seine Ausführungen mit der Forderung, alle Schulangelegenheiten einschliesslich der Personalangelegenheiten in eine Gruppe zu vereinigen, für die dann ein Stadtrat die Verantwortung zu tragen hat. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Hengl (E.L.) kritisiert, dass beim Weineinkauf für den Rathauskellerbetrieb reine Parteipolitik geübt wird. Einkäufer ist der Landtagsabgeordnete Mentastl, der Führer der roten Kleinbauernbewegung, also ein Parteipolitiker. Er sitzt auch im Exekutivkomitee des niederösterreichischen Landesmuskeller und kauft so für den Wiener Rathauskeller für ein Konkurrenzunternehmen des Landesmuskeller ein. Dieser unerträgliche Zustand muss abgestellt werden. Der Redner tadelt dann, dass die Wiener Landwirtschaft und der Wiener Weinbau von der Gemeinde fast gar nicht gefördert werden. Anbetracht der schlechten Lese dieses Jahres stellt er den Antrag, Stadtrat Kokrda habe binnen vier Wochen Notstandsmassnahmen für die durch die schlechte Weinernte in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohten Weinbautreibenden vorzuschlagen. Die Verschreibung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe ist eine zu drückende, da sie wegen der Absatzkrise im Weinbau auf die Konsumenten nicht überwältet werden kann.

Wir haben uns auch für die Erzeugung von alkoholfreiem Most eingesetzt, um den Bestrebungen der Abstinenten entgegenzukommen. Der amtsführende Stadtrat hat sich sehr für diese Sache interessiert, aber wir konnten nichts erreichen. Unsere Bevölkerung gibt Unsummen für Frühgemüse aus, das aus dem Ausland stammt. Unsere Landwirte könnten Frühgemüse anbauen, unsere Weinbautreibenden die Kultur von Tafeltrauben pflegen, aber wir finden bei der Gemeinde keine Hilfe. Unsere Vorschläge wurden längst unterbreitet. Wir haben hunderttausend Schilling für die Gartenbauförderung, für den Obst- und Weinbau und für den Pflanzenbau verlangt, müssen aber feststellen, dass die Gemeinde für die Zwecke der Landeskultur keine Mittel und kein Verständnis aufbringt. (Beifall)

Gemeinderätin Wielsch wünscht die Ausgestaltung des Fischmarktes und verlangt das die Marktorgane auf die Preisbildung bei Obst mehr Einfluss ausüben. Auffallend ist der Unterschied der Preise bei den Strassenhändlern. Es müsse auch dahin gewirkt werden, dass auf den Märkten dem Publikum die schöne zur Schau gestellte Ware verkauft werde und nicht die mindere Ware, die rückwärts liegt.

Die Vergebung der Schulräume an Vereine wird heute parteiisch durchgeführt. Vereine, die eine andere Weltanschauung haben, als die der gegenwärtigen Mehrheit, werden übergangen. Die Schulen sind aus den Steuergeldern der Gesamtheit errichtet worden und es dürfen deshalb die Räume nicht nur den Angehörigen einer Partei vermietet werden. (Beifall)

Schliesslich beschwert sich die Rednerin darüber, dass die Amtshäuser zu einer Zeit renoviert werden, wo bereits der Parteienverkehr ist und die Schulen im Herbst, wodurch der Unterricht behindert werde. Auch die Schulbehelfe lassen viel zu wünschen übrig. Die Kinder erhal-

Vierter Bogen.

ten schlechte und beschädigte Bücher. Oft bekommen zwei bis drei Kinder nur ein Buch, was auch für die Lehrpersonen eine grosse Schwierigkeit bedeutet. Wenn die Mehrheit schon das Prinzip der unentgeltlichen Lernmittel eingeführt hat, so soll es wirklich befolgt werden. (Beifall).

GRtin Schlössinger (E.L.) führt Klage über den Schulbücher-skandal in den Wiener Schulen. Die Jugendschriftsteller, die es ernst mit der Jugend meinen, erhalten vom Stadtschulrat keine Bestellungen. Der Stadtschulrat hat ein Monopol, er druckt seine Bücher selbst. Das traurigste ist, dass die Lehrerschaft auf die Auswahl der Bücher keinen Einfluss hat. Namentlich in der Volksschule ist es mit der Klassenlektüre sehr traurig bestellt. Bei diesem Mangel an Lesestoff ist es nicht verwunderlich, dass es ^{auch} in der Haupt- und Bürgerschule Schüler gibt, die nicht lesen können. Kaum eines der Volksschulbücher ist einwandfrei. Namentlich das Buch "Des

Knaben Wunderhorn" für die vierte Klasse, kann an Albernheiten nicht übertroffen werden. Die Rednerin bringt unter lebhafter Heiterkeit der Minderheit aus diesem Buch das Gedicht "Kinderkonzert" zur Verlesung.

GR Kenschik: Das ist nur für alte Herren lächerlich, nicht für Kinder!

GR Lenschak (E.L.): Mit der Literatur geht man dann in die Mittelschule und in das Gymnasium!

GRtin Schlössinger: In einem der Gedichte dieses Buches beginnt eine Strophe mit den Worten: "Als ich ein armes Weib war zog ich über den Rhein, beschert mir Gott einen Floh, war ich ein reiches Weib (lebhafter Heiterkeit bei der Minderheit und Rufe: Das ist vom Herrn Fadrus!)

GR Angermayer (E.L.): Ah von dem Herrn Fadrus, dem Flohdichter! (Heiterkeit).

GRtin Schlössinger: Die Auswahl von Musterprosa ist wieder zu hoch gegriffen. In den Lesebüchern wird den Kindern zu oft das Bild von entarteten Eltern gezeigt. So wird der Familiensinn untergraben. Es gibt Lesestücke, die die ^{sexuelle} Aufklärung in einer ganz gemeinen und plumpen Weise betreiben und schamlose Unsittlichkeiten enthalten. Diesen Schulbücherskandal muss ein Ende bereitet werden (lebhafter Beifall bei der Minderheit). Die Rednerin stellt schliesslich den Antrag, dass bei Einführung neuer Lehr- und Lesebüchern in öffentlichen Schulen gewäss den Bestimmungen des Reichsvolkschulgesetzes und der Schul- und Unterrichtsordnung sowie ^{des} Hauptschulgesetzes, ^{es} das Recht der Lehrerschaft auf Mitarbeit durch die Lehrerkonferenzen zu wahren ist und dass die Volks- und Hauptschulen mit den für den katholischen Religionsunterricht vorgeschriebenen Diözesan Gebetbüchern sowie mit Klassenlektür für den katholischen Religionsunterricht zu beliefern sind. (lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR Körber (E.L.) weist darauf hin, dass die städtischen Lagerhäuser von der christlichsozialen Stadtverwaltung als eine muster-gültige Einrichtung geschaffen wurden. Ihr Betrieb aber wurde während der Verwaltung der Sozialdemokraten durch Parteipolitik schwer geschädigt. Gemeinderat Körber beschäftigt ^{sich} sodann sehr eingehend mit den Marktverhältnissen in der Leopoldstadt, insbesondere mit dem Grossmarkt in der Donaustadt, dessen weitere Ausdehnung ebenfalls durch parteipolitische Machinationen gehemmt wurde. Der Redner nimmt sodann sehr ausführlich zu dem Betrieb der städtischen Bäckerei auf der Spinnerin am Kreuz Stellung und schliesst seine Ausführungen mit der Erklärung, für das Budget nicht stimmen zu können. (Beifall bei der Einheitsliste)

Vorsitzender Gemeinderat Weigl bricht die Verhandlungen ab. Schluss der Sitzung zehn Uhr nachts. Fortsetzung morgen Freitag, vier Uhr nachmittags.

Wien, am Freitag, den 23. Dezember 1927

.....
Eine Klage gegen die Gemeinde Wien wegen der Anleihe aus dem Jahre 1902 abgewiesen. Das Land gericht in Berlin, vor dem eine Klage der Besitzer der Anleihe aus dem Jahre 1902 geführt worden ist, hat am 6. Dezember ein in dieser Frage überaus wichtiges Urteil zugunsten der Gemeinde Wien gefällt. Ein deutscher Inhaber dieser Anleihe hatte den Anspruch erhoben, es möge die Gemeinde Wien zur Zahlung der Couponfälligkeiten in schweizerischer Währung oder deren Gegenwert in deutscher Reichswährung nach Wahl des Obligationärs verhalten werden. Während sich das Kammergericht im Juni 1927 als unzuständig erklärt hatte, war durch Beschluss des Reichsberichtes vom September 1927 die Zuständigkeit der deutschen Gerichte ausgesprochen worden. Es hatte dies aber für den Kläger nicht den gewünschten Erfolg. Das Landgericht sprach vielmehr folgendes aus: Aus der Tatsache, dass nach dem Text der Schuldverschreibungen eine Reihe von Zahlstellen im Auslande eröffnet worden sind, kann nicht geschlossen werden, dass an Stelle des einheitlichen Rechtsverhältnisses nun acht verschiedene Rechtsordnungen gelten sollen, je nach dem ob die Schuldverschreibung hier oder dort präsentiert würde. Es ist vielmehr unter Zugrundelegung des vernünftigen Willens der Parteien anzunehmen, dass ausschliesslich das Recht des Emissionsortes massgebend sein soll. Dem gemäss ist auch das österreichische Bundesgesetz vom 27. Jänner 1922 in Anwendung zu bringen, durch das die Gemeinde ermächtigt wurde, die Rückzahlung der Anleihe aus dem Jahre 1902 zum Nennwerte in Kronen zu vollziehen. Ueberaus interessant ist es, was das deutsche Gericht zu der Behauptung des Klägers sagt, wonach angeblich dieses Bundesgesetz unmoralisch gewesen sei. Es heisst in der Urteilsbegründung diesbezüglich wörtlich: "Das Gesetz dient dem Wohle der Allgemeinheit und kann deshalb nicht als sittenwidrig bezeichnet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Oesterreich durch den Vertrag von St. Germain wirtschaftlich äusserst geschwächt war und zwar ungleich mehr, als das deutsche Reich durch den Vertrag von Versailles. Bei der verzweifeltten wirtschaftlichen Lage Oesterreichs im Jahre 1922 war das Gesetz nötig, um die beklagte Gemeinde Wien und Oesterreich vor schweren Erschütterungen zu schützen. Aus diesen Gründen kann es auch dahingestellt bleiben, ob das Gesetz eine Enteignung enthält. Denn sie wäre zum Wohle der Allgemeinheit vorgenommen, wobei die Festsetzung einer Entschädigung nicht erheblich ist. Es sei noch darauf hingewiesen, dass das Gesetz in der deutschen Kriegs- und Nachkriegsgesetzgebung eine Parallele findet. So wird zum Beispiel durch die Mieterschutzgesetzgebung ein bestimmter Stand der Mieter im Interesse der Allgemeinheit geschützt. Ferner sei an die Ausserkraftsetzung der Goldklausel erinnert und an den Schutz der Banken durch das Aufwertungsgesetz. Nach den österreichischen Gesetz vom 27. Jänner 1922 hat also die beklagte Gemeinde Wien ihre Verbindlichkeit gegenüber dem Kläger dadurch erfüllt, dass sie den auf die Schuldverschreibungen und Zinsscheine des Klägers entfallenden Betrag beim Bezirksgericht Innere Stadt in Wien in Kronen im Nominalwert hinterlegt hat." Durch dieses Urteil ist nunmehr eine völlig klare Sachlage geschaffen. Zu bemerken ist noch, dass die Gemeinde im Frühjahr 1922, zu einer Zeit, als der Entwertungsprozess der Reichsmark noch keineswegs sehr weit vorgeschritten war, den deutschen Obligationären ein über den

Rahmen des Gesetzes vom Jänner 1922 hinausgehendes Anbot gemacht hat. Es hat damals die Zustimmung der ersten deutschen Banken gefunden. Von diesem Anerbieten machten tatsächlich die meisten Obligationäre Gebrauch. Damals gelangten Schuldverschreibungen im Nennwerte von mehr als 48 Millionen Kronen gütlich zur Einlösung. Nur eine kleine Minderheit nahm einen ablehnenden Standpunkt ein und versucht nun, im Klageweg von der Gemeinde Goldzahlung zu erlangen.

.....
Mitnahme von Sportgeräten auf der Strassenbahn und Stadtbahn. Auf der Strassenbahn dürfen Sportgeräte während der Wintermonate in allen Beiwagen auf den Plattformen und im Wageninneren mitgenommen werden. Es entfällt daher im Strassenbahnverkehr die besondere Bezeichnung des Sportwagens. Dagegen bleibt die Beförderung von Sportgeräten auf Triebwagen verboten, die Beiwagen führen. Bei alleinfahrenden Triebwagen dürfen Sportgeräte nur auf der vorderen und hinteren Plattform mitgenommen werden. Auf der Stadtbahn und auf den Zügen der Linie 18G dürfen Sportgeräte auf allen Plattformen mit Ausnahme der Plattformen des führenden elektrischen Stadtbahn Triebwagens befördert werden. In Wagen, die mit der Tafel "Sportwagen" gekennzeichnet sind, können Sportgeräte auch ins Wageninnere mitgenommen werden.

.....
Die Gemeinde Wien widmet 4000 Schilling für die Wiederinstandsetzung der Schule in Schwadorf. Durch das letzte grosse Erdbeben hat insbesondere der Ort Schwadorf schwer gelitten. Viele Bauwerke wurden mehr oder minder stark beschädigt. Auch die Schule in Schwadorf wurde durch das Erdbeben stark mitgenommen. Mit Rücksicht darauf, dass die Gemeinde Wien in Schwadorf ein Kindererholungsheim besitzt und die Schule daher von einer erheblichen Anzahl von Wiener Kindern besucht wird, hat der städtische Finanzausschuss nach einem Bericht des Gemeinderates Hiess eine Subvention von 4000 Schilling für die Wiederinstandsetzung der Schule genehmigt.

.....
Subvention für das Wiener Symphonieorchester. Das Wiener Symphonieorchester, das für Wien von besonderer Bedeutung ist, wurde in den letzten Jahren von der Wiener Gemeindeverwaltung mit zweitausend Schilling jährlich unterstützt. Da der Verein mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, beantragte Gemeinderat Thaller im städtischen Finanzausschuss, dem Wiener Symphonieorchester nunmehr eine Subvention von viertausend Schilling zu gewähren. Der Antrag wurde angenommen.

.....
Das Wiener Psychotechnische Institut. Anlässlich der Weihnachtsferien bleibt das Wiener Psychotechnische Institut, I., Seilerstätte 8, vom 24. Dezember 1927 bis einschliesslich 6. Jänner 1928 geschlossen.

.....
Die städtischen Schneesäuberungsarbeiten. Zur Beseitigung der in den Wiener Strassen liegenden Schneemengen wurden Mittwoch, Donnerstag und heute 24.129 Arbeitslöse aufgenommen. In den letzten drei Tagen waren auch 2867 städtische Strassenarbeiter mit der Schneesäuberung beschäftigt. Für die Säuberung der Strassen und für die Schneeabfuhr wurden 37 Pferdeschnellpflüge, 37 Lastkraftwagen, die neue Schneeauflademaschine und 1451 fremde Pferdepaare verwendet.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Dezember 1927

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr die Sitzung. Es wird die Budgetberatung über die Verwaltungsgruppe VI (Ernährungs- und Wirtschaftswesen) fortgesetzt.

Zunächst nimmt Gemeinderat Dr. Neubauer (soz. dem.) in einer einstündigen Rede zu den Ausführungen der Reiner der Minderheit Stellung, die den Inhalt und die Ausstattung der Klassenlektüre, die jetzt in den Wiener Schulen verwendet wird, abfällig kritisiert habe. Wenn man auf die Informationen der Gegner der Schulreform angewiesen wäre, um einen Einblick in das Leben der Schule zu gewinnen, erhielte man aus ihnen einen ganz falschen Eindruck. Die Meinung, dass die Schullektüre nichts wert ist, ist ganz falsch. Schon das Verzeichnis des Verlages für Jugend und Volk über herausgegebene Schulbücher zeigt, dass in wenigen Jahren sehr Bedeutendes geleistet wurde. Die Kritik, die die Lektüre absichtlich lächerlich macht, ist am Wesen der Sache vorbeigegangen. Ich kann aus eigener Erfahrung konstatieren, dass alle Kinder, die die Grundschule heute besuchen, gerne in die Schule gehen und dass noch keine so grosse Schulfreudigkeit bis heute zu verzeichnen war als jetzt. (Zustimmung bei der Mehrheit). Selbst wir Lehrer können heute von dem Kind unglaublich viel lernen. Es ist ein mächtiger Erfolg der Schulreform, dass nicht nur das Kind, sondern auch die gesamte Elternschaft den Wert der Schulreform geniessen. Das Kind wird unmittelbar an dem Born der Weisheit geführt und das ist für das Kind eines der stärksten Erlebnisse. Die Klassenlektüre ist aber auch Elternlektüre und ich freue mich dem mit einem abgebrauchten Wort einen sinnfälligen Ausdruck geben zu können, mit dem Wort: Schule und Haus. (Beifall bei den Sozialdemokraten). Wenn in der Klassenlektüre das oder jenes so ist alles noch kein Grund für eine bemängelt wurde. Kritik, die alles verdammt.

Tatsache ist, dass unsere Kinder die grösste Freude empfinden, wenn sie von der Schule ein Buch mit nach Hause bekommen. (Gemeinderätin Dr. Motzko: Das ist Ihre Phantasie-!) Sie haben in Brehms Tierbüchern gefunden, dass die Kinder da sexuell aufgeklärt werden. Da tun Sie Brehm ein gewaltiges Unrecht und ich bitte Sie mit eine Stelle zu nennen, die die Kinder in einer schlechten Art sexuell aufklärt. Da kann der Zweck Ihrer Kritiken nur der sein, den Unwissenden das Gruseln vor der Schulreform zu lernen. Und was Sie mit Ihrer Kritik noch bezwecken ist, dass Sie unsere Schule in den Augen der Anderen herabzusetzen versuchen. Es zeigt sich also, dass Ihre Kritiken mit aller Vorsicht aufzunehmen sind. Die Wiener Schulreform ist ein grosser Schritt nach vorwärts, weil es durch sie möglich ist, das Prinzip der geistigen Auslese auf weitester Basis wirken zu lassen. Die Hauptschule ist da eine Etappe zu hoher geistiger Bildung. Jetzt können die Proletariatskinder aus der Hauptschule in die Obermittelschule geschickt werden, den Proletariatskindern sind alle Pforten zu einer wahren Bildung offen, weshalb auch eine Gegnerschaft zur Hauptschule durch die soziologische Einstellung gewisser Kreise bedingt ist. Die Wiener Schulreform hat nicht nur für Oesterreich beispielgebend gewirkt, aus allen Herren länder kommen die Schulmeister nach Wien, um hier Erfahrungen zu sammeln. Manche legen ihre Erfahrungen auch schriftlich nieder und was sie dann schreiben ist, dass Wien auf dem Gebiete des Schulwesens an der Spitze marschiert, dass wir ein Land sind, das sich alle anderen Länder auf dem

Gebiete des Schulwesens zum Beispiel nehmen können. Wien wird als Mekka der Pädagogik bezeichnet. Von einer solchen Warte und von der Warte der gesamten Lehrertätigkeit aus betrachtet, verschwindet Ihre Kritik zu einem ziemlich wesenlosen Bemühen (Beifall bei den Sozialdemokraten). Wir sind für jede Kritik dankbar, aber wir erheben auch die berechnete Forderung, dass die Kritik sachlich ist, dass sie auf das Wesen der Dinge eingeht und nicht nur an der Oberfläche bleibt. Dass unsere Jugend in die Schulerneuerung hineingekommen ist, ist für sie ein grosses Glück. Und dass es zur Schulerneuerung überhaupt gekommen ist, ist das grösste Verdienst der Gemeinde Wien. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Höppeler (E.L.): weist zunächst auf einige Widersprüche in dem Voranschlag und in dem Bericht des Stadtschulrates hin und bemerkt sodann es seien in der letzten Zeit an ihn Beschwerden von Lehrpersonen aller Richtungen und von 102 Schulen eingelangt. Er bringt einige dieser Beschwerden, die von der Knabenbürgerschule am Schulmeisterplatz stammt, zur Kenntnis. Sodann beschäftigt er sich mit der Klassenlektüre in der Hauptschule und bemerkt, es sei wohl ein sehr reiches Büchermaterial zur Verfügung gestellt worden, ein grosser Teil ist aber nicht brauchbar. In vielen dieser Bücher ist die Sprache eine unmögliche, der Inhalt ist meist nicht bildend.

GR. Dr. Neubauer: Beweisen Sie das! Nennen Sie Namen!

GR. Höppeler: bringt nun einen Aufsatz aus dem Buch "Wiener Schicksal" zur Verlesung.

Während der Verlesung ruft GR. Jenschke: Das ist doch herrlich schön, aber Sie lesen es schlecht (Heiterkeit).

GR. Höppeler: Ein anderer Aufsatz "Die Geschichte von der Maschine" hat revolutionären Inhalt. Gemeinderat Höppeler liest diesen im Wiener Dialekt geschriebenen Aufsatz.

GR. Pokorny (E.L.): Um das lesen zu können, muss man den Wiener Dialekt kennen! Im Liebhartstal redet man nicht so!

GR. Gröbner: Mein Karl liest besser vor als er! (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten).

GR. Höppeler: In einem anderen Aufsatz wird dem Amalienbad und der Kinderübernahmestelle ein grosses Loblied gesungen. Auch die christlichsoziale Verwaltung hat sehr grosse Werke geschaffen, aber niemals ist in einer so demagogischen und parteipolitischen Weise in der Schule gearbeitet worden.

GR. Dr. Neubauer: Ist es Parteipolitik, wenn das Amalienbad und die Kinderübernahmestelle gelobt wird?

GR. Höppeler: Ich als Lehrer muss mich dagegen auf das Entschiedenste verwahren, dass in der Schule Parteipolitik getrieben wird. Der Redner verlangt die Einhaltung des § 19 des Reichsvolksschulgesetzes wonach den Lehrern die Auswahl auf die Lehr- und Lesebücher zustehen soll. Auch die sozialdemokratischen Lehrer sind über die Beschränkung der Rechte der Lehrerschaft in dieser Beziehung empört. Für unnütze Dinge wird Geld hinausgeworfen, das unbedingt Notwendige fehlt. So fehlt es an Handtüchern, an Fenstervorhängen, es sind nicht genug Schwämme und Tafelfetzen da. Wenn es an Material fehlt müssen die Elternvereinigungen dafür aufkommen.

Die Elternversammlungen werden zu politischen Zwecken benutzt. In der Schule am Bebelplatz hat ein Oberlehrer vor den Wahlen Wahlreden über die Säuglingswäsche gehalten. Auch sozialdemokratische Lehrer haben sich darüber beschwert. Der Redner wendet sich sodann dagegen, dass in der Schule in der Unlandgasse einer Frau Suschitzky der Turnsaal für rhythmische Gymnastik zur Verfügung gestellt wurde. Diese Frau ist eine Jüdin.

GR. G. Schökel: Ehrentabelle:

GR. Höppeler: In Wirklichkeit handelt es sich um eine reine Tanzschule. Der Tanzunterricht besteht meist im Nackttanzen, bei dem die männliche Jugend aus Favoriten von dem freien Platz vor der Schule aus zusieht. Der Frau Sushitzky werden gegen das Gesetz alle möglichen Begünstigungen erteilt, sie führt sich als Herrin in der Schule. Das kann man nicht anders nennen als Skandal und Schweinerei.

GR. Dr. Neubauer: Sie wissen nicht, was rhythmische Gymnastik ist!

GR. Jenschik: Haben Sie auch zugesehen Kollege Höppeler! (Heiterkeit).

GR. Höppeler stellt gegenüber dem Gemeinderat Neubauer fest, dass er in seiner mehr als 30jährigen Praxis niemals sowenig Schul- und Arbeitsfreudigkeit gefunden habe, wie jetzt.

GR. Neubauer: Das hängt von Lehrer ab!

GR. Höppeler: Das hängt nicht vom Lehrer, sondern vom Milieu ab. Die Kinder kommen gern in die Schule, aber sie wollen, dass man mit ihnen in einem Fort Fussball und Faustball spielt. A' die Kinder müssen auch etwas ernstes lernen.

GR. Neubauer: Stellen Sie sich doch nicht solch ein Armutszeugnis aus!

GR. Höppeler schliesst seine Ausführungen mit der Erklärung, dass er einer Verwaltung der Kultur ^{-feind-}lichkeit, der Korruption und des Terrors und daher auch nicht dem Budget seine Zustimmung erteilen könne. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Stöger (E.L.) bezeichnet die Budgetposten der städtischen Wirtschaftseinrichtungen als volks- und gewerbefeindlich. Er nimmt dann ausführlich zum Schulwesen Stellung. Gemeinderat Dr. Neubauer hat erklärt, dass wir mit unseren Kritiken im Unrecht sind. Dem gegenüber verweise ich auf viele Fälle, die beweisen, wie planmässig die Vergiftung unserer Jugend durchgeführt wird. Der Redner verliest dann Auschnitte aus dem Buch "Reise zum Vorgebirge der guten Hoffnung", die er heftig kritisiert. Es wäre die höchste Aufgabe des Wiener Gemeinderates, die Seelenräuber der Kinder, die die Kinder auch planmässig verdummen, unmöglich zu machen und ihnen das Handwerk zu legen.

Die Unentgeltlichkeit der Lernmittel für alle Schulkinder, dieser unglückselige Ladenhüter der sozialdemokratischen Partei, trägt die Schuld an dem Büchermangel, unter dem Lehrer und Eltern zu leiden haben. An den Bürgerschulen gibt es jetzt überhaupt kein Rechenbuch. Die neuen, soviel gepriesenen Rechenbücher an den Volksschulen sind fast unbrauchbar. Ähnlich ist es auch bei den Büchern für den Sprachunterricht. Die Atlanten müssen in der Schule bleiben. Die Kinder dürfen sie nicht nachhause nehmen, wodurch ihr Zweck nicht erfüllt wird. Von den Büchern sind meist nur Fetzen vorhanden. Die Reisezeuge bekommen nicht alle Schüler, sondern es wird nur ein Stück für je zwei Schulkinder ausgegeben. Die Unentgeltlichkeit der Lernmittel hat viele Papierhändler zugrunde gerichtet. Wir können immer wieder nur feststellen, dass das wichtigste Charakteristikum Ihrer Verwaltung die Glaubens- und Gewerbe Feindlichkeit ist. Die Gelder werden hier für die Entchristlichung und Verdummung der Jugend ausgegeben. Vom Standpunkt der Jugend und des christlichen Glaubens müssen wir gegen diese Vorstösse Verwahrung einlegen. Die Sozialdemokraten werden das Christentum nicht entwurzeln, wir sind überzeugt, dass der Glaubensfeindliche Marxismus am Christentum zerschellen wird. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

ST. Kokrda erwidert, dass die Frage der geistigen Beschaffenheit der Lernmittel eine Angelegenheit der Schulbehörde ist. Der Stadt-

schulrat ist eine Bundesbehörde und die Gemeinde hat auf die Beschaffenheit der Lernbehelfe keinen Einfluss. Diese Frage müssen die Vertreter der Minderheit im Stadtschulrat erörtern.

ST. R. Rummelhardt: Das ist der Fehler der Verfassung!

ST. R. Kokrda: Wir haben nur die Bücher anzukaufen. Wenn im Inhalt etwas nicht richtig ist, dann müssen die Herren im Stadtschulrat intervenieren.

ST. R. Kyschak: In jedem Landtag ist es möglich über Schulangelegenheiten zu sprechen. Überall muss der Verantwortliche Rede und Antwort stehen.

ST. R. Kokrda: Wir haben den Stadtschulrat. Wir haben bis jetzt 24.000 Atlanten geliefert bekommen. Es werden noch 26.000 geliefert. Es bekommt dann jedes Kind diesen Atlas und kann ihn auch nach Hause nehmen.

ST. R. Rummelhardt: Aber der Atlas ist noch gar nicht approbiert!

ST. R. Kokrda: Auch das ist eine Sache der Schulbehörde. Durch die erst im August vom Nationalrat beschlossenen Hauptschulgesetze sind so viele Veränderungen auf dem Gebiet der Unterrichtsbehelfe eingetreten, die nicht in der kurzen Zeit bis zu Schulbeginn sich auswirken könnten.

Der Referent bespricht nun die Marktgebühren, die noch lange nicht valorisiert sind. Gegenwärtig betragen die Gebühren für ein Rind 8'95 Schilling gegenüber 8'42 Goldkronen im Jahre 1914. Dagegen hebt der Bund für ein inländisches Rind 20'91 Schilling und für ein ausländisches gar 68 Schilling ein. Wenn also die Minderheit die Gemeindegebühren als fleischverteuernd bezeichnet hat, dann bin ich gerne bereit, darüber zu reden. Wir haben mit den Genossenschaften Fühlung genommen, die sämtlich erklärt haben, dass eine Erhöhung dieser Gebühren vollständig gerechtfertigt ist. Es ist unrichtig, dass der Landtagsabgeordnete Mentasti für den Rathaukeller Wein einkauft. Von den Wiener Weinbauern, die durch den heurigen Frost geschädigt worden sind, wurden bis jetzt nur 16 Gesuche um die Gemeindefürsorge beim Magistrat überreicht. Einer Verringerung der Budgetpost Grundankäufe kann nicht zugestimmt werden, weil die Gemeinde zur Durchführung des grossen Wohnbauprogrammes die Grundstücke benötigt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Voranschlag dieser Verwaltungsgruppe wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, die Anträge des Vizebürgermeisters Hoss und Gemeinderates Hengl auf Herabsetzung der Ausgaben für Grundankäufe von vier Millionen auf eine Million Schilling und Erhöhung der Subvention für die Landwirtschaft auf hunderttausend Schilling werden abgelehnt.

ST. R. Linder leitet die Verhandlung über die Verwaltungsgruppe VII (Allgemeine Angelegenheiten) ein: Das Gesamterfordernis der Gruppe beträgt 12,602.910 Schilling. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahre um 5,800.000 Schilling. Dieses Mehrerfordernis erstreckt sich vor allem auf die Gemeindefürsorge und zwar ist dafür der Betrag von etwas über drei Millionen Schilling vorgesehen. Der Hauptposten im Budget dieser Gruppe ist die Feuerwehr. Wir sind nach wie vor bestrebt, die Feuerwehr auf der Höhe zu erhalten, auf der sie sich befindet, ihren internationalen Ruf zu erhalten. Auch für das folgende Jahr sind eine Reihe von Massnahmen zur Verbesserung des Feuerwehrdienstes an und hebt insbesondere hervor, dass der Meldedienst in den Bezirken I bis VII ausgestattet werden soll. Sodann bespricht der Berichterstatter die einzelnen Posten des Voranschlags und schliesst mit der Bitte, das Budget der Gruppe anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Dritter Bogen.

GR. Kunschak (E.L.) bemerkt, dass durch die Neugruppierung der Referate nunmehr alle Agenden der politischen Polizei in der Hand eines Referenten vereinigt werden, sodass der neue Referent, gewissermassen der Polizeiminister der Stadt Wien ist. Ihm ist auch das Oberkommando über die Gemeindefürsorge zugewiesen. Und wie im Stadtschulrat ist auch hier ein geschäftsführender Vizepräsident in der Person des Branddirektors Wagner bestellt worden. Ich erlaube mir daher, sagt Redner, meine Visitkarte mit den ergebensten Empfehlungen beim Herrn Polizeiminister Linder abzugeben. Wir möchten seine Aufmerksamkeit auf eine Erscheinung lenken. Wir haben in Wien eine Reihe von sehr dunklen Existenzen, die auf verschiedenen Gebieten ihr Unwesen treiben.

GR. Schön: Schober! (Lebhafte Protestrufe bei der Minderheit)

GR. Dr. Wagner (E.L.): Das ist doch unerhört!

GR. Uebelhör (E.L.): Die Hetze wird fortgesetzt!

GR. Rummelhardt (E.L.): Ohne Schober süssen Sie nicht mehr hier!

GR. Schels (E.L.): Wenn der Schober nicht gewesen wäre!

GR. Kunschak: Diesen Zwischenruf tut man am besten damit ab, dass man auf ihn nicht reagiert. Schober steht viel zu hoch, als dass er in diesem Saal beleidigt werden kann. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit. - Widerspruch bei der Mehrheit und Rufe: 85 Tote!) Ein Gebiet, auf dem sich diese dunklen Existenzen besonders breit machen ist das Kreditwesen, die insbesondere infolge der unzulänglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, in hohem Grade aber auch durch ihre unzulässige Handhabung die weiteste Möglichkeit haben, sich hier zu betätigen. Gegen das bodenständige Gewerbe und gegen den bodenständigen Handel, wird zwar unter den verschiedensten Titel seitens der magistratischen Organe in der schikanösesten Weise vorgegangen. Auf anderen Gebieten muss man leider zum Schaden des Publikums ein Versagen der polizeilichen Instanzen der Gemeindeverwaltung konstatieren. Der Redner wolle nur einen Fall anführen, der aber typisch sei. Ein Mann der Betriebskapital benötigt wurde durch ein Inserat auf einen Herrn Fränkel in der Novaragasse aufmerksam gemacht. Dort musste er gleich im Voraus zehn Schilling für die Information erlegen. Dann wurde er an die Adresse Mariahilferstrasse 80 gewiesen wo sich an zwei Tafeln kennbar das kommerzielle "Kreditbüro" für Handel und Gewerbe befindet. Dort wurden dem Mann zwei Unterschriften abgenommen und wegen Behebung des Geldes an einen Herrn Peschke in die Florianigasse 5 gewiesen. Dieser Peschke wieder verlangte, dass ein Bürge den Betrag auf sein Gehalt vormerken lassen müsse und erklärte, dass der betreffende Kreditwerber den Herrn Fränkel in jedem Falle Provisionspflicht sei. Da stellte sich nun heraus, dass der Fränkel in der Novaragasse auch das kommerzielle Kreditbüro in der Mariahilferstrasse betreibt. Fünf Tage nachher bekam der Mann von einem Dr. Epstein, einem polnischen Flüchtling, der in der Ebendorferstrasse 3 auf einem Kabinett in Untermiete wohnt die Aufforderung, beim Kreditbüro 36 Schilling Provision zu erlegen. Da der Mann beim Telefon unhöflich war wurde er auf Ehrenbeleidigung geklagt aber nicht vom kommerziellen Kreditbüro sondern von einer privaten Geschäftswmittlung und als er nun sich im Rathause beschwerte sagte man ihm, da könne man nichts machen, Herr Fränkel sei ein Handelsagent, er hätte sich nicht anschmieren lassen sollen. Das Ende war, dass der Mann auf Zahlung der Provision klagte und dazu verurteilt wurde, obzwar er gar keinen Kredit bekommen hat. Der Redner er-

warte, dass der amtsführende Stadtrat dem Herrn Fränkel das Handwerk legen werde. Wenn der Magistrats sich einige Mühe nehmen wollte, würde er darauf kommen, dass es solche Vampire des Wiener Gewerbe- und Handelsstandes zu hundert in Wien gibt. Es müsste eine gründliche Razzia zum Schutze des ehrlichen Gewerbe- und Handelsstandes veranstaltet werden.

Ein zweiter solcher Fall Dr. Zalman. Alle die Leute, die in der Gemeinderatskommission mit einer kleinen Rente bedacht worden sind, haben von Dr. Zalman am 20. ein Schreiben bekommen, indem es heisst: Wir sind in der Lage Ihnen die freudige Mitteilung zu machen, dass die Gemeinderatskommission ihnen am 19. d.M. Zuschüsse zu den Zinsen zugesprochen hat. Sie werden den Betrag noch vor Weihnachten bekommen. Vorläufig erhalten Sie die einfache Aufwertung, weil die Zuerkennung der doppelten Aufwertung erst nach vollständiger Erledigung aller Gesuche erfolgen kann. Wir sind aber nach genauer Kenntnis der Dinge in der Lage, Ihnen schon jetzt mitzuteilen, dass Sie voraussichtlich auf Lebensdauer den doppelten Betrag bekommen werden. Wir teilen Ihnen mit, dass die Hauptleitung beschlossen hat, an die Mitglieder, welche die Zuschüsse bekommen haben, heranzutreten und sie zu bitten von den Zuschüssen des Jahres 1927 mindestens 25 Prozent dem Verbandszukunftsfonds zu lassen. (Stürmische Rufe: Hörtrufe und Rufe Skandal bei der Minderheit). Dann heisst es weiter: Wir übermitteln Ihnen 2 Erlagscheine und bitten Sie jetzt die 25 Prozent von dem Betrage, den Sie jetzt bekommen haben, einzuschicken und sobald Sie die Differenz auf die doppelte Aufwertung für das Jahr 1927 erhalten bitten wir Sie, unter Benützung des zweiten Erlagscheines auch von diesem Betrag die 25 Prozent einzuschicken. (Stürmische Rufe: Hörtrufe bei der Minderheit).

GR. Heppeler: Ein polnischer Jud aus Czernowitz!

GR. Hörmayer (E.L.): Das ist eine Gemeinheit!

Vierter Bogen.

Dr. Kunschak: Zunächst ist interessant, dass der Mann, der in der Kommission sitzt, in der Lage ist, die Beschlüsse der Kommission, die am 19. getagt hat, noch am 19. allen Mitgliedern schriftlich mitzuteilen. Die Beschlüsse sind gewiss nicht vertraulich, aber es ist eine ausgemachte Lumperei (Lebhafter Beifall bei der Minderheit), dass man Tatsachen, zu deren Kenntnis man nur durch die Mitgliedschaft einer Behörde kommt, sofort weitergibt, wobei ich mich das Eindrücke nicht erwehren kann, dass der Mann schon früher davon Kenntnis gehabt haben muss. Denn wenn die Briefe am 20. den Parteien zugestellt werden, müssen sie schon früher vorbereitet worden sein. Das heisst, der Mann muss vor dem 19. Einblick in die Akten bekommen haben um für seine Organisation Kapital daraus zu schlagen. Interessant ist auch, dass eine Organisation, die nicht schaurig genug das Elend der Kleinrentner ausmalen kann, sich nicht scheut, von diesem Betrugsgeld, das die Gemeinde zahlt, 25 Prozent für sich in Anspruch zu nehmen. (Lebhaftes Rufen bei der Minderheit: Unerhört!). Hier liegt nicht nur im Vorgang eine Lumperei vor, sondern auch materiell das Kriterium des Wuchers an armen bedauernswerten Leuten (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Im Voranschlag ist für die Kleinrentner ein Betrag von 500.000 Schilling eingesetzt, der Betrag wird eventuell bis auf eine Million Schilling erhöht werden, das heisst also, der Mann ist ein Parasit, der von dieser einen Million Schilling 250.000 Schilling für seine Organisation, für seine Zwecke (Stürmische Rufe bei der Minderheit: Hört! Hört!) vom amtsführenden Stadtrat muss dafür sorgen, dass der Herr Zelman aus dieser Kommission entfernt wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Minderheit). und wenn er es nicht tut, so erkläre ich namens meiner Partei, mit dem Menschen wird sich unser Vertreter in Rücksicht auf unsere persönliche Ehre nicht mehr an einen Tisch setzen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Minderheit). Dass der Mann den Leuten verspricht, sie werden den doppelten Betrag auf Lebensdauer bekommen ist ein aufgelegter Schwindel. Es liegt hier also auch eine gröbliche und bewusste Irreführung dieser armen Leute vor.

GR. Döppler: Direkt ein Betrug!

GR. Kunschak: Wir ersuchen den Stadtrat Linder auf diesem Gebiet Ordnung zu machen und diese armen Opfer des Schlachtfelds der Inflation von den Hyänen diesem Schlachtfeld zu befreien. (Lebhafter und Händeklatschen bei der Minderheit).

Hinsichtlich der Wahlen im XVIII. Bezirk verweist der Redner auf seine Ausführungen in der Generaldebatte und ersucht den Stadtrat Linder eindringlichst, den Bürgermeister zu veranlassen, dass die Wahlen in Währing ohne Säumen ausgeschrieben werden. Wir erwarten das von Stadtrat Linder umso mehr, als er ein Mandatar des XVIII. Bezirks und daher doppelt daran interessiert ist, dass die Wahlen in Währing über allen Zweifel und Verdacht hinausgehoben werden (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Minderheit).

ST. R. Rummelhardt kritisiert zunächst die Post Gemeindewache. Sie wird mit drei Millionen Schilling bestimmt zu teuer bezahlt, weil kein Mensch in Wien weiss, warum die Gemeindewache eigentlich da ist. Die Gemeindewache ist eine Abschlagszahlung für den republikanischen Schutzbund, ein neuer Beweis, wie sehr die Majorität dieses Saales an den Vorgängen des 15. Juli interessiert war und verantwortlich ist.

Die nächsten Ausführungen des Stadtrates Rummelhardt beschäftigen sich dann mit dem Prozess und der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes über die Verlegung des Infanterieregimentes 5 aus Wien. Die Ausführungen des Redners werden wiederholt von Lärmereien unterbrochen.

Fünfter Bogen.

GR. Rummelhardt (E.L.) sagt, dass das alte 84er und das alte 4er Infanterieregiment die beiden Wiener Hausregimenter waren. Die Angehörigen des Regiments verbinden mit Wien die engsten Bande. Es war daher das Vorgehen des Landeshauptmannes von Wien, die Angehörigen des Infanterieregimentes Nr. 5 aus Wien zu weisen, sehr unmoralisch. Im April 1920 wurde das erste Bataillon und im Juni 1920 vom damaligen Heeresminister Deutsch auch das zweite Bataillon in Wien garnisoniert. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Damals war Wien noch kein eigenes Land! Später wurde dann das dritte Bataillon unterabteilungsweise auch in Wien garnisoniert. Als die Trennung des Landes Wien von Niederösterreich schon erfolgt war, hat Körner die Garnisonierung des ganzen Bataillon in Wien verfügt. Körner und Deutsch haben also das Wehrgesetz nicht eingehalten und sie waren die wirklichen Angeklagten im Prozess. Der Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, dass das erste und zweite Bataillon in Wien bleibt. Bezüglich des dritten Bataillons wurde die Entscheidung getroffen, dass das Bataillon nicht zu Recht in Wien ist. Das ist eine Entscheidung gegen Körner und eine Blamage für Ihre Partei. Die Vorgeschichte nun ist folgende: Bis 1924 hat weder der Bürgermeister noch sonst jemand gefragt, warum das Infanterieregiment in Wien ist. Die Angehörigen des Infanterieregimentes 5 waren meistens Angehörige Ihrer Gewerkschaft. Da trat nun ein Umschwung ein. Eine grosse Zahl trat aus Ihrer Gewerkschaft aus und dem Wehrbund bei, der unpolitisch ist. (Heiterkeit bei der Mehrheit) und eine wirkliche Standesorganisation ist. Es bestand nun die Gefahr, dass das Ergebnis der Soldatenratswahlen für Sie sehr unangenehm ausfallen könnte. Deshalb wurde der Bürgermeister losgelassen. (Bürgermeister Seitz: Jedenfalls hat Vaugoin nicht das Recht, über unser Land zu entscheiden. - Gemeinderat Wagner: Kein Wiener Soldat darf in einem anderen Bundesland ohne Zustimmung des betreffenden Landeshauptmannes sein. - Im Saal herrscht Unruhe). Eine Deputation sprach beim Bürgermeister vor und ihr wurde in sozialdemokratischen Deutsch gesagt, wenn Ihr nicht rot wählt, werdet ihr als landfremde Elemente aus Wien ausgewiesen. Daraufhin hat Ihre Organisation im Infanterieregiment 5 immer mehr an Boden verloren und deshalb wurde versucht, es aus Wien zu entfernen. Der Prozess war eine vernichtende, moralische Niederlage der sozialdemokratischen Partei. Das dritte Bataillon schwebt noch in der Gefahr, aus Wien ausgewiesen zu werden. Deshalb richte ich an den Bürgermeister den Appell, in wohlwollender Bedachtnahme auf die Verhältnisse der Angehörigen des Inf. Reg. 5 das dritte Bataillon und damit das ganze Regiment in Wien zu belassen. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

Bürgermeister Seitz erwidert zunächst auf die tadelnden Bemerkungen der Minderheit, dass er während der Budgetberatung nicht immer anwesend sei, die Geschäfte des Bürgermeisters machen es ihm unmöglich, stets an den Beratungen des Voranschlags teilzunehmen.

Der Bürgermeister geht sodann auf die Ausführungen des Gemeinderates Rummelhardt über, und erinnert daran, dass, als das Wehrgesetz geschaffen wurde, die Sozialdemokraten als die zentralistische Partei den Standpunkt vertraten, dass in einem so kleinen Staate die Wehrmacht ein einheitlicher Körper sein und dass das Wehrgesetz danach aufgebaut werden müsse. Während die Christlichsozialen als die Zentralisten dieser Auffassung widersprachen und verlangten, dass die Wehrmacht den Eigenheiten der verschiedenen Ländern angepasst werden müsse. Schliesslich ist ein Kompromiss zustande gekommen, bei dem die christlichsoziale Partei mit ihrer Ansicht sehr stark durchgedrungen ist. Vor allem ist im Wehrgesetz die Bestimmung festgesetzt worden, dass der Sitz der einzelnen militärischen Formationen nur in dem Lande sein darf, zu dessen Werbereich es gehört. Werbereich und Sitz der Formation sind also identisch. Man hat unseren zentralistischen Ansichten gegenüber eingewandt, es wäre doch ganz

unmöglich, dass etwa in der Steiermark oder in dem christlichen Lande Tirol Leute aus irgendeinem anderen Land, die vielleicht nicht fromm genug sind, man dachte hier an Wien - Aufnahme finden könnten oder dass gar einmal ganze Formationen, die aus Wien oder Niederösterreich rekrutiert sind, im frommen Lande Tirol oder Vorarlberg disloziert werden könnten. Als Herr Vaugoin Minister wurde wollte er nach dem bekannten Witzwort

Schockolade und Knobel vorgehen, er wollte beides haben, er wollte die Autonomie für die christlichsozialen Länder und den Zentralismus für Wien, wenn immer er hier disloziert, den müsse man anerkennen, in den Ländern aber habe es natürlich beim Wehrgesetz zu bleiben. Faktum ist, dass kein Wiener je in ein Bundesland kommt sei es individuell, sei es generell in der Form einer militärischen Formation. Als Herr Vaugoin unter meiner Ära wieder einmal ein Bataillon nach Wien verlegen wollte und als er einigemal sogar individuelle Versetzungen vornehmen wollte, habe ich ihm bewiesen, dass sich Wien nicht so behandeln lässt und dass Wien alle Rechte behaupten wird, die jedem anderen Lande zukommen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten). Ich lehne es absolut ab, das Land Wien, dessen Steuerkraft zum grossen Teil der Republik zugute kommt, das ein Drittel der Bevölkerung der gesamten Republik beherbergt,

dass diese altehrwürdige Stadt sich gegenüber anderen Gebietskörperschaften degradieren lässt, die kaum so gross sind wie der kleinste Bezirk Wiens. In dieser Sache sollten alle Wiener zusammenstehen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten). Meine Aufgabe als Bürgermeister und Landeshauptmann war es daher, dem Herrn Heeresminister da er es sonst nicht anerkennen wollte, durch einen spruch beweisen zu lassen, dass jede individuelle Versetzung eines Mitgliedes der Wehrmacht dass nach den Bestimmungen des Wehrgesetzes seinen Aufenthalt in Wien nicht nehmen kann und dass jede Versetzung einer Formation von uns bewilligt werden muss. Den Beweis habe ich ihm erbracht und damit ist die Rechtslage hergestellt. Wir haben damit gesichert, dass sich kein anderer Heeresminister und auch nicht der derzeitige erlauben darf, Land und Stadt Wien irgendwie anders zu behandeln als jedes andere Land. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten). Die zweite viel weniger wichtige Frage ist, ob es uns Wienern zweckmässig erscheint, diese oder jene militärische Formation, die nicht in unseren Werbereich gehört, hier zuzulassen oder eine individuelle Versetzung zuzugestatten. Diese Frage werden wir immer im einzelnen Falle prüfen. Der Bürgermeister stellt sodann gegenüber dem Gemeinderat Rummelhardt fest, dass die Verwaltungsgerichtshofbeschwerde in dieser Sache längst vor den Wahlen eingebracht war womit auch die verdächtige Argumentation des Gemeinderates Rummelhardt erledigt. Der Deputation, die bei mir vorgesprochen hat habe ich gesagt wir werden prüfen ob die Verlegung nach Wien bewilligt werden kann oder nicht wobei ich mich von dem für uns wichtigsten Gedanken leiten lasse, dass die Wehrmacht nach Verfassung und Gesetz dazu berufen ist, die Republik zu verteidigen. Ich sage das heute noch einmal und wenn es vielleicht wieder einmal dem Herrn Heeresminister einfallen sollte, irgendeine Formation nach Wien zu verlegen die in der bekannten Weise nach rein politischen Gesichtspunkten zusammengestellt die etwa monarchistisch ist, werde wir schon aus diesem Grunde die Versetzung ablehnen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). - Lebhaftes Zwischenrufe bei der Minderheit).

GR. Dr. Kollasa: Das ist eine Verdächtigung!

GR. Rummelhardt: Wie können Sie bei Leuten, die durch ihr Verhalten in der Burgenlandaffäre bewiesen haben, dass sie die Republik mit ihrem Blut verteidigen? Welches Recht haben Sie, die Leute so zu verdächtigen?

GR. Beisser: Die sind schon längst abgebaut!

Bürgermeister Seitz: Das Wichtigste, worauf es mir ankommt, ist, erstens, dass sich der Heeresminister uns gegenüber nichts herausnehmen darf, was ihm nicht zukommt (Stürmischer Beifall und Handklatschen bei den Sozialdemokraten) und dass wir zweitens unseren ganzen Einfluss aufbieten werden, um den monarchistischen Gedanken in Oesterreich auszurotten und den republikanischen Gedanken zu schützen. (Stürmischer langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten).

Gemeinderat Wagner (Sozialdemokrat): Der Wiener Stadtkommandant Wiesinger ist ein Monarchist!

Stadtrat Kunschak: Der Herr Bürgermeister hat in seiner Erwiderung auf die Ausführungen des Kollegen Rummelhardt mit Nachdruck betont, dass es sich hier um die Wahrung eines verfassungsmässigen Rechtes der Stadt Wien handelt. Ich erlaube mir hinzuzufügen, dass wenn es sich darum handelt, der Bürgermeister uns immer auf seiner Seite findet. Als der Bürgermeister sein Amt angetreten hat, hat er auf diesem Gebiet bereits ein fait accompli vorgefunden. Das dritte Bataillon des Infanterieregimentes war bereits in Wien disloziert.

Gemeinderat Nachtnebel: Aber ohne monarchistische Offiziere!

Stadtrat Kunschak: Er hat vorgefunden, dass dieses Bataillon auf eine Verfügung des Generals Körner in Wien disloziert wurde. Er hat vorgefunden, dass diese Tatsache seinem Amtsvorgänger bekannt war und dieser gegen diese Tatsache keine verfassungsmässigen Bedenken vorgetragen hat.

Bürgermeister Seitz: Aber, der Minister hat mich ja gebeten diese Versetzungen zu genehmigen. Erst durch das Schreiben des Ministers wurde ich darauf aufmerksam.

Stadtrat Kunschak: Der Minister wollte das, was Körner schlecht gemacht hat, in Ordnung bringen. Deshalb hat er um die Legalisierung eines bereits bestehenden Zustandes angesucht. Bürgermeister Seitz hat sich aber nicht damit begnügt, feststellen zu lassen, ob das dritte Bataillon in Wien zu Recht disloziert ist, sondern auch das erste und zweite Bataillon vor den Verwaltungsgerichtshof zitiert. Er hat also den Kreis weiter gezogen, und das zu einer persönlichen Frage zwischen ihm und dem Minister gemacht.

Bgm. Seitz: Dagegen protestiere ich! Ich habe mit dem Minister persönlich nichts zu tun. Seit er sich einmal nicht angemessen benommen hat!

Stadtrat Kunschak: Sie haben sich Herr Bürgermeister eine 66prozentige Blamge zugezogen. Der Verwaltungsgerichtshof hatte ja nicht zu prüfen, ob hier ein bereits bestehender Zustand legalisiert werden sollte, sondern sich nach der Aktenlage zu halten. So haben Sie recht bekommen. Es laufen doch fortgesetzt Ansuchen beim Wiener Landeshauptmann ein, dass der und jener Infanterist aus K&Ksterneburg u.s.w. nach Wien transferiert werden soll.

Bürgermeister Seitz: Das haben wir ihm gelehrt! Früher war es anders!

St. R. Kunschak: Ich muss schon sagen: Seitz als Politiker gefällt mir besser, als Seitz als Erzieher! Es werden fast jede Woche Aufenthaltsbewilligungen an Leute gegeben, die wegen irgend eines Deliktes aus Wien ausgewiesen wurden. Wenn man nun lauffremden Verbrechern Aufenthaltsbewilligungen erteilt, dann ist es für mich gar keine Frage, dass man sich nicht dazu hergeben darf, anständige Bürger, die im dritten Bataillon des Infanterieregimentes 5 dienen, aus Wien zu entfernen (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Ich erwarte zuversichtlich, dass der Herr Bürgermeister mir Gelegenheit geben wird, mitzuwirken, dass das dritte Bataillon des Infanterieregimentes 5 auch weiterhin als ein Regiment, das ehrenhafte Männer umschliesst, in Wien verbleibt (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

GR. Doppler (E. L.) bespricht die Zustände im Gemeindegefängnis und erklärt, dass eine Reform der Haftvollziehung dringend notwendig sei. Der Redner regt dann, weil nach seiner Meinung die Strassenbeleuchtung Wiens noch lange nicht auf der Höhe der Zeit ist, die Anbringung beleuchteter Strassentafeln in grösseren Zwischenräumen an. Die nächsten Ausführungen gelten dann der Gemeindewache, die Gemeinderat Doppler als eine höchstüberflüssige Einführung bezeichnet. Bürgermeister Seitz hat mit der Errichtung der Gemeindewache einen groben Fehlgrieff getan. Der Redner wendet sich sodann gegen die Beistellung der Gemeindewache zum Invalidenamt und bemerkt, es wäre absolut unstatthaft, wenn aus den Mitteln des Invalidenamtes, die für bestimmte Zwecke vorgesehen und übrigens Bundesmittel sind, die Gemeindewache gezahlt werden würde. Wir lehnen es ab, dass die Gemeinde diese Einrichtung beibehält und beantrage, die Post für die Gemeindewache zu streichen. Der Redner führt Beschwerde darüber, dass die Gemeindewache unter das Kommando des Branddirektors gestellt wurde, der dadurch von seiner eigentlichen Beschäftigung abgehalten werde. Während die härtesten Abbaumassnahmen verfügt wurden, hat man für die Gemeindewache auf einmal Geld gehabt. Der Zweck war nur, einen Grossteil des republikanischen Schutzbundes in die Gemeindeverwaltung zu übernehmen.

GR. Untermüller (E. L.) Geschlossene Fürsorge (Lebhafter Heiterkeit).

GR. Doppler beschäftigt sich sodann mit dem Feuerlöschwesen und weist darauf hin, dass ein Drittel aller Auslagen für das Feuerlöschwesen im Wege der Feuerversicherung eingehen werden. Die Feuerversicherung ist zu hoch, sie müsste ermässigt werden.

Es ist zehn Uhr geworden und Bürgermeister Seitz unterbricht den Redner mit der Frage, ob er seine Ausführungen unterbrechen will. Gemeinderat Doppler bejaht dies, worauf der Bürgermeister verkündet, dass die nächste Gemeinderatssitzung am Mittwoch, den 28. Dezember um vier Uhr nachmittags stattfindet.

Bürgermeister Seitz: Es ist nicht möglich, den geehrten Mitgliedern des Wiener Gemeinderates einen längeren Weihnachtsurlaub zu gewähren. Wir müssen die Budgetberatungen zu Ende führen und daher auf einen längeren Urlaub verzichten. Ich wünsche den Mitgliedern des Gemeinderates und der ganzen Bevölkerung Wiens von dieser Stelle aus gute Weihnachten.

Schluss der Sitzung zehn Uhr nachts.

.....

Wien, am Samstag, den 24. Dezember 1927

Die städtischen Schneeeisberäumungsarbeiten kosten bis heute 757.000 S.-
Die gegenwärtige Schneeperiode setzte am 9. Dezember mit einem Schneefall ein, den nach leichteren Schneefällen am 11., 13. und 15. Dezember der heftige Schneefall am 18. Dezember mit Sturm und Verwehungen folgten. Schon während des ersten Schneewetters wurden die Schneeeisberäumungsarbeiten sofort mit allen zur Verfügung stehenden Maschinen und Schneepflügen aufgenommen. Nach den Schneefällen am 11. und 15. Dezember setzten auch die städtischen Strassenbahnen alle ihre Schneeeisberäumungsmaschinen in den Dienst. Am 18. Dezember waren alle Auto- und Pferdeschneepflüge des städtischen Fuhrwerksbetriebes den ganzen Tag im Betrieb. Insgesamt wurden vom städtischen Fuhrwerksbetrieb bis heute dreissig Tagschichten der Autokkehrzüge, sechzig Tagschichten der Autoschneepflüge, 1620 Tagschichten der Pferdeschneepflüge und 20 Tagschichten der Pferdekehrmaschinen geleistet. Zur Schneeeisabräumung wurden schon am 9. Dezember Arbeitslose von der städtischen Strassenreinigung aufgenommen. In den letzten Tagen waren durchschnittlich 9000 Arbeitslose mit der Schneeeisabräumung beschäftigt. Insgesamt wurden bis heute rund 102.000 Schneearbeiterschichten mit einem Kostenaufwand von rund 655.000 Schilling geleistet. Für die Schneeeisabfuhr mit Fuhrwerken wurden 4300 Pferdefuhrwerks- und 250 Autotagschichten aufgewendet, die gegen 102.000 Schilling kosten. Es wurden rund 120.000 Kubikmeter Schnee abgeführt. Die Kosten der gesamten Schneeeisberäumung betragen also bis heute 757.000 Schilling. Heute stehen 7300 Schneearbeiter und 430 Fuhrwerke in Verwendung.

Die Einzahlung von Steuern in der Neujaehrswocbe. Vom 27. bis einschliesslich 31. Dezember bleiben die Rechnungsabteilungen der magistratischen Bezirksämter, die bekanntlich auch als Einhebungsstellen für Steuern und Abgaben fungieren, geschlossen. In dieser Zeit werden die Steuerkonten abgeschlossen und entfällt der Parteienverkehr. Für die Erledigung unabwieslicher Fälle und für die unentgeltliche Ausgabe von Postsparkassenerlagecheinen wird vorgesorgt werden. Die Möglichkeit der Einzahlung von Steuern und Abgaben wird nicht beschränkt, weil der für die Steuerzahler viel bequemere Weg der Postsparkassenzahlung offen bleibt.

Am Stephanitag Sonntagsfahrpreis auf der Strassenbahn und Stadtbahn. Am Montag, den 26. Dezember (Stephanitag), gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher an diesem Tag die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Fürsorgefahrtscheine, Arbeitslosenfahrtscheine und Schüleranweisungen keine Gültigkeit.

Spenden für Wohltätigkeitszwecke. Die Zentraleuropäische Länderbank, Niederlassung Wien, hat zu Händen des Bürgermeisters 5000 Schilling für humanitäre und Bildungszwecke gespendet. 50 Dollar hat Frau Ottilie Gobel für verkrüppelte Wiener Kinder, 5000 Schilling die Niederösterreichische Escomptgesellschaft für Wohltätigkeitszwecke und schliesslich hat der unter dem Decknamen (Wilhelm) wirkende Wohltäter für arme Schulkinder der Knaben- und Mädchenschule in der Vorgartenstrasse 25 Paar Schuhe und sechs Dutzend Strümpfe gespendet. Der Bürgermeister hat den Spendern den Dank ausgesprochen.

Die Kongressstadt Wien 1928. Die von der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich mit grossem Erfolg begonnene Aktion "Kongressstadt Wien" wird auch im kommenden Jahr fortgesetzt. Schon jetzt liegen viele Anmeldungen von Tagungen vor, die im nächsten Jahr in Wien stattfinden sollen. Im Jänner tagt der Erste Artisten-Weltkongress in Wien. Vom 2. bis 4. Februar hält auf Einladung der Fremdenverkehrskommission die Vereinigung deutscher Reisebüros ihre Hauptversammlung in Wien ab. Vom 18. bis 20. Mai findet eine internationale Tagung der Ligue des adversaires de prohibition (Prohibitionsgegner) statt. Im Mai wird auch der Internationale Agrar-Tag in Wien abgehalten. Während der Festwochen vom 3. bis 17. Juni sollen ein Mitteleuropäischer Gewerbetag, ein internationaler Kunsthistorikerkongress, ein internationaler Musikpädagogischer Kongress, ein internationaler Schulmusikerkongress, die Vollsession der internationalen Donaukommission, die nummehr ihren Sitz in Wien hat, und die Hauptversammlung deutscher Elektrizitätswerke stattfinden. Für den Monat Juli, in dem auch das zehnte deutsche Sängerbundesfest stattfindet, werden folgende Tagungen vorbereitet: Der deutsche Hafnertag, die Tagung des österreichischen Auslandsbundes, die Tagung der Federation internationale des philatelistes verbunden mit einer Tagung des Bundes deutscher Philatelistenverbände, der deutsche Graveurtag und der deutsche Geologentag. Im September werden in Wien der Internationale Kongress des Verbandes der Fachpresse und der Internationale Kongress für Krankenversicherung in Wien tagen. In Baden wird der deutsche Balneologen-Tag abgehalten. Im Oktober findet eine Tagung deutscher Urologen, im November die europäische Fahrplankonferenz und im Dezember voraussichtlich der Deutsche Orgeltag in Wien statt. Besonders zahlreich sind auch die Anmeldungen von Gesellschaftsreisen nach Wien. Auf Anregung der Ravag werden im Frühsommer 500 amerikanische Radiomateure Wien besuchen. Dem Vermögen des Amerika-Institutes ist es gelungen, zahlreiche Gesellschaftsreisen für das kommende Jahr nach Wien zu sichern. Insbesondere dürfte eine Gesellschaftsreise von Dozenten der deutschen Sprache an amerikanischen Universitäten eine grosse Anzahl von Fremden nach Wien bringen. Zu den beiden Wiener Messen, die vom 11. bis 17. März und vom 2. bis 8. September abgehalten werden, sind zahlreiche Gesellschaftsreisen, insbesondere aus Deutschland, aus den Nachbarstaaten und aus Frankreich angemeldet. Auch für die kommenden Jahre liegen bei der Fremdenverkehrskommission schon Zusagen für grosse Kongresse vor, die in Wien veranstaltet werden sollen. Interessant ist, dass diese Anmeldungen schon bis zum Jahre 1931 reichen.

Ausgestaltung der städtischen Volksbibliothek Wertheimstein in Döbling

Die städtische Volksbibliothek, die in der Villa Wertheimstein in Döbling untergebracht ist, hat zwei Kataloge ausgegeben, die eine gezielte Auswahl der Werke der schönen Literatur geben. Die Bibliothek, die bekanntlich im Jahre 1912 eröffnet wurde, hat einen Bestand von 13.200 Werken und verfügt auch über ein gut ausgestattetes Lesezimmer.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

457

Wien, am Samstag, den 24. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

.....

Die Forderungen der Jugendämtertagung. Mitte Dezember fand in Linz eine Jugendämtertagung statt, die von freigewählten und beamteten Vertretern der Länder und autonomen Städte besucht war. Die Tagung, die sich als ständige Arbeitsgemeinschaft für öffentliche Jugendfürsorge in Oesterreich konstituiert hat, hat einstimmig dem Gedanken Ausdruck gegeben, dass die Jugendfürsorge einer gesetzlichen Regelung, insbesondere wegen des Ausserkrafttretens der bisher geltenden Staatsgesetze auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, bedürfe. Im Sinne des Artikels 12 der Bundesverfassung ist ein Rahmengesetz ehestens zu erlassen. Dieses Gesetz müsste in möglichster Anlehnung an die bewährten Bestimmungen des deutschen Jugendwohlfahrtsgesetzes das Recht des Kindes auf Fürsorge festlegen und die Mindestleistungen der öffentlichen Jugendfürsorge umgrenzen. Die gesetzliche Regelung hat sich auf alle Zweige der Jugendfürsorge einschliesslich der Ziehkinderaufsicht und der Armenkinderpflege zu erstrecken. In allen Ländern, wo Landesjugendämter und Jugendämter autonomer Städte bestehen, sind diese mit der Durchführung zu betrauen. Da in Tirol und Vorarlberg dies bisher nicht der Fall ist, bleibt es diesen Ländern zunächst überlassen, auf andere Weise für die Durchführung dieses Gesetzes Vorsorge zu treffen. Die Tagung gibt der Erwartung Ausdruck, dass der Entwurf des österreichischen Jugendwohlfahrtsgesetzes vom Bundesministerium für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit der Arbeitsgemeinschaft für öffentliche Jugendfürsorge in Oesterreich ehestens ausgearbeitet wird.

.....

Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten. Die Bezirksvertretung Favoriten hält am Freitag, den 30. Dezember 1927, um 16 Uhr nachmittags eine Plenarsitzung ab.

.....

Die Tätigkeit der Wiener städtischen Schulzahnkliniken. In den letzten Jahren wurde seitens der Wiener Gemeindeverwaltung der Zahnpflege der Schulkinder ein besonderes Augenmerk zugewendet. Bis heute stehen 11 städtische Schulzahnkliniken im Dienste der modernsten Zahnpflege. Die Errichtung weiterer 5 Schulzahnkliniken ist im Voranschlag für 1928 vorgesehen. Alle Schulzahnkliniken der Gemeinde Wien werden von der Primärärztin Dr. Greiner geleitet. Die Tätigkeit der Schulzahnkliniken ist eine ausserordentliche. So wurden im Jahre 1926 unter anderem 24.885 Zahnfüllungen und 9.234 Zahnextraktionen durchgeführt. In 56.841 Fällen wurde den Kindern der bewährte Zahnbürsteunterricht erteilt.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Honay

458

Wien, am Dienstag, den 27. Dezember 1927

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat die Herstellung der öffentlichen elektrischen Strassenbeleuchtung in Meidling in der Grünberggasse, in der Defreggerstrasse, Atzgersdorferstrasse, Jungpointgasse und Dorfmeistergasse, in Hietzing in der Steinbrückengasse und in der Brigittenau auf der Wehrbrücke und in der Strasse von der Wehrbrücke zum Rangierbahnhof Brigittenau beschlossen.

Die städtischen Schneesäuberungsarbeiten während der Weihnachtsfeiertage. Während der zwei Weihnachtsfeiertage wurden 7887 Arbeitslose zu Schneesäuberungsarbeiten aufgenommen. An beiden Tagen waren auch 2082 städtische Strassenarbeiter mit der Strassenreinigung beschäftigt. Für die Schneeabfuhr wurden 77 Pferdeschneepflüge, ³⁴ Lastkraftwagen und 837 fremde Pferdepaare verwendet. Heute wurden 6990 Arbeitslose zur Schneesäuberung aufgenommen und 975 städtische Strassenarbeiter sind mit der Strassenreinigung beschäftigt. Im Betrieb stehen 38 Pferdeschneepflüge und vier Kehrmaschinen. Für die Schneeabfuhr werden 444 fremde Pferdepaare benötigt.

Sitzung der Bezirksvertretung Margareten. Die Bezirksvertretung Margareten hält am Montag, den 2. Jänner 1928, um fünf Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab.

Eine Kleinkinderabteilung im Zentralkinderheim der Stadt Wien. Mit der Eröffnung des neuen Kinderheimes der Stadt Wien "Wilhelminenberg" und mit der Auflassung des Heimes "Am Tivoli" hat die Gemeinde Wien für die vorübergehende Unterbringung von Kleinkindern eine eigene Abteilung im Zentralkinderheim geschaffen. Die neue Abteilung passt sich in den mehr spitalsmässig geführten Betrieb des Zentralkinderheimes sehr gut ein. Der Belagraum der neuen Abteilung beträgt rund fünfzig Betten. Die Abteilung enthält eine Beobachtungsabteilung, die nach dem Boxsystem eingerichtet ist, und eine offene Abteilung, wo die Kinder nach ihrer gesundheitlichen Beobachtung bis zur Rückgabe an ihre Abgehörigen oder bis zur Abgabe an Pflegeparteien verpflegt und gewartet werden. Die beiden Abteilungen sind selbstverständlich streng voneinander getrennt. Die offene Abteilung hat auch einen gesonderten Spielplatz. Die neugeschaffene Kleinkinderabteilung im Zentralkinderheim ist ganz modern und allen Anforderungen entsprechend ausgestattet.

Neue Kurse an der städtischen Frauengewerbeschule. An der städtischen Frauengewerbeschule V., Margaretenstrasse 152, beginnen anfangs Jänner folgende neue Abend- und Nachmittagskurse: Weissenähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen für Schneiderinnen und Weissenäherinnen, Frisieren und Modistenarbeiten. Einschreibungen werden in der Kanzlei der Frauengewerbeschule täglich von 8 bis 14 Uhr vorgenommen.

Wien, am Mittwoch, den 28. Dezember 1927

.....
Wieder grosse Bestellungen durch die Gemeinde Wien. In den letzten Tagen hat die Wiener Gemeindeverwaltung wieder sehr grosse Arbeitsaufträge an Industrie und Gewerbe vergeben. Vor allem sind hier die vom Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten vergebenen Bestellungen hervorzuheben. In den letzten Tagen hat dieser Ausschuss für nicht weniger als rund eine Million Schilling Bestellungen der verschiedensten Art vergeben. So wurden für 180.000 Schilling Installationsarbeiten für die Herstellung der elektrischen Strassenbeleuchtung an Stelle der bisherigen Gasbeleuchtung, für 120.000 Schilling für Gas-, Wasser- und Lichtinstallationsarbeiten im städtischen Wohnhausbau in der Klärgasse und in der Siedlung Neues Leben vergeben. Erwähnung verdienen noch die umfangreichen Bestellungen für die städtischen Wasserversorgungsbetriebe im Ausmass von 184.000 Schilling für die Lieferung von 36.320 Kilogramm gusseiserner Rohrformstücke, von Schwachstromkabeln für den Ausbau der Fernleitungen der Hochquellenleitungen, Druckbleirohren, Schrägventilen und von Strassenwechsellern. Schliesslich hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten noch für 133.000 Schilling Erd- und Pflasterungsarbeiten vergeben.

.....
Neue Kurse an der städtischen Koch- und Haushaltungsschule. Am 1. Jänner beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI., Brückengasse 3 neue Kurse. Es werden abgehalten ein täglicher Vormittagskochkurs für einfache und feine Küche, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs mit einer Abteilung für einfache und feine Küche, der im III., Bezirk, Petrusgasse 10 abgehalten wird, zweimal wöchentlich ein Abendkurs für Weissnähen und Kleidermachen, einmal wöchentlich ein Abendmodistenkurs und einmal wöchentlich ein Abendservierkurs. Einschreibungen täglich von 10 bis 13 Uhr. Prospekte beim Schulwart. Telefonische Anfragen unter Nummer 54.19.

.....
Mehr als 84.000 Sanitätsrevisionen im Jahre 1926 in Wien. Neben den laufenden Kommissionen bei Bauten und Gewerbebetrieben sowie dem normalen Inspektionsdienst haben im Jahre 1926 die Organe des städtischen Gesundheitsamtes mehr als 84.000 Sanitätsrevisionen vorgenommen. Davon entfielen 46.975 allein auf Revisionen von öffentlichen Versammlungsorten, Herbergen, Massenquartieren, Schanklokalen und Verkaufsläden für Nahrungs- und Genussmittel. 24.229 Revisionen wurden in Häusern und Schulen zumeist wegen aufgetretener übertragbarer Krankheit vorgenommen. Die Zahl der Apothekenrevisionen betrug 235.

.....
Nur mehr ein Raucherwagen bei den Dreiwagenzügen der Strassenbahn. Von Freitag, den 30. Dezember, an werden die Dreiwagenzüge der elektrischen Strassenbahn nur mehr einen Raucherwagen führen. Dieser wird durch eine Tafel gekennzeichnet sein, die in der Mitte der Aussenseite des Wagens angebracht ist und die Aufschrift "Raucher" führt. Der zweite Beiwagen, der nun wie der Triebwagen ebenfalls für Nichtraucher bestimmt ist, trägt aussen keine Bezeichnung, hat aber im Wageninnern eine Tafel: "Nichtraucher". Auf diesem Wagen ist das Rauchen auch auf den Plattformen nicht gestattet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

459

Wien, am Mittwoch, den 28. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 28. Dezember 1927

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr die Sitzung.

GR. Doppler (E. L.) setzt seine am Freitag abends unterbrochene Rede fort und beschäftigt sich ausführlich mit dem Budget der städtischen Feuerwehr, wobei er feststellt, dass die Ausgestaltung der Feuerwehr noch nicht auf der Höhe der Zeit ist. Der Branddirektor soll sich mehr dem Löschwesen widmen als in der Kronenzeitung Romane zu kontrollieren, um dann der Verfasserin eines Romanes für die Anerkennung der Wiener Feuerwehr zu danken. Gemeinderat Doppler bringt dann einige Beschwerden in Bezug auf die Aufnahme in den Wiener Heimatsverband vor und erklärt, dass der begründete Verdacht bestehe, dass bei der Aufnahme in den Wiener Heimatsverband nicht die Sachlichkeit, sondern auch die politische Einstellung entscheidend ist. Bei den Wahlen haben sich auch Amtsmisbräuche ergeben, die eigentlich mit dem Kerker zu bestrafen wären. In die Wählerlisten wurden Menschen hineingenommen, die gar nicht österreichische Staatsbürger waren. Nicht nur bei den Währinger Wahlen sondern bei den Wahlen überhaupt wurde noch eine Reihe anderer solcher Pflichtverletzungen verübt. Es ist höchste Zeit, dass nun ein anderer Geist zur Geltung komme; hoffentlich werden die Wahlen in Währing mit reinen Listen durchgeführt. Solange die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung nicht im Stande ist, unser Vertrauen zu erwerben, müssen wir Ihnen unser Vertrauen versagen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Preyer (E. L.) beschäftigt sich mit der Gemeindewache und bemerkt, es handelt sich hier nicht um die Wache der Gemeinde sondern um eine sozialdemokratische Parteiwache. Dafür dürfen nicht Steuergelder ausgegeben werden. Man braucht diese Wache im Elektrizitäts- und Gaswerk um die Arbeiter und Angestellten zu überwachen, ob sie nichts gegen die sozialdemokratische Partei unternehmen. Man wird die Gemeindewache bei den Wahlen zu Zutreiberdienste verwenden. Wie wenig sie sich im Wachdienst bewährt hat, beweist der Umstand, dass sie bei dem Brand des Amtshauses nicht zur Stelle war. Während die Schneearbeiter für ihre schwere Arbeit einen Schundlohn erhalten, Jugendliche 55 Groschen und Erwachsene 70 Groschen in der Stunde, bekommt die Gemeindewache, die nichts zu tun hat, als spazieren zu gehen, acht Schilling im Tag. Der Redner wendet sich dagegen, dass dem Branddirektor das Kommando über die Gemeindewache übertragen wurde, da darunter das Feuerlöschwesen leiden werde. Er wendet sich ferner dagegen, dass für die nach dem Brand des Amtshauses eingeführte Feuerskontrolle nicht neue Posten systemisiert worden sind und zitiert einen Artikel aus dem vom Abgeordneten Forstner herausgegebenen Blatt "Zeitrad", worin dem Branddirektor der Vorwurf gemacht wird, dass er sich auf Kosten des Personals beliebt zu machen versuche (Hört! Hört! bei der Minderheit). Der Redner verlangt die Streichung der Post für die Gemeindewache. Er ersucht den Stadtrat Linder, dafür zu sorgen, dass bei Verleihung des Heimatsrechts objektiv vorgegangen werde und bringt Beschwerden über die Abfassung der Wählerlisten für den XVII. Bezirk vor. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Wien, am Donnerstag, den 29. Dezember 1927

Eröffnung der neuen Feuerwache "Wienerberg". Im Zuge der Wiener Feuer-
schutzreform wurde heute die 26. Feuerwache der städtischen Berufsfeu-
erwehr eröffnet. Die neue Feuerwache, die in der vierten Feuerschutzsek-
tion des Wiener Gemeindegebietes eingeteilt ist, ist in der neuen städti-
schen Wohnhausanlage am Wienerberg untergebracht. Sie ist für Meidling,
Altmannsdorf und Hetzendorf bestimmt. Die neue Feuerwache ist mit einem
Rüstwagen, einer Gasspritze mit einer kleinen Magirusleiter und einem
Pumpenwagen ausgerüstet. Den Dienst versehen zwei Exerziermeister, sechs
Löschmeister, sechs Maschinenfahrer, zwei Telegraphisten und 16 Feuer-
wehrmänner der städtischen Berufsfeuerwehr. Die neue Feuerwache ist mit
allen technischen Errungenschaften ausgestattet, die die Alarmbereit-
schaft der Feuerwehr leben. Der Feuerwache steht auch ein grosser Hof
mit einer drei stock hohen Übungsfront für Hackenleiterübungen als
Exerzierhof zur Verfügung. - Die neue Feuerwache wurde heute vormittag
eröffnet. Zur Eröffnung waren amtsführender Stadtrat Linder, Branddi-
rektor Ingenieur Wagner, Obermagistratsrat Dr. Klaus sowie viele ^{Bezirks-}Man-
datare erschienen. Stadtrat Linder hielt an die Mannschaft der neuen
Feuerwache eine herzliche Ansprache und erklärte sodann die Feuerwa-
che für eröffnet. Dann gab Branddirektor Ingenieur Wagner den Befehl
zu einem Probealarm, wobei die neue Feuerwache in nicht
mehr als 22 Sekunden ausrückte.

Spenden für wohltätige Zwecke. Der Wiener Bankverein hat für humanitä-
re und Bildungszwecke fünftausend Schilling gespendet. Weiters hat der
unter dem Decknamen ^{"Wilhelm"} wirkende Wohltäter für arme Schulkinder der Kna-
benvolksschule in der Brigittenau, Vorgartenstrasse 50, 35 Paar Schuhe
und zehn Dutzend Strümpfe gespendet. Der Bürgermeister hat den Spen-
dern den Dank ausgesprochen.

Gegen 8000 Arbeitslose täglich mit der Schneesäuberung beschäftigt.
Die Säuberung der Wiener Strassen vom Schnee wird ununterbrochen fort-
gesetzt. Der städtische Strassenreinigungsbetrieb hat alle verfügbaren
Kräfte zur Säuberung der Wiener Strassen aufgeboten. So wurden gestern
und heute 16.425 Arbeitslose aufgenommen, die mit 1955 städtischen
Strassenarbeitern mit der Reinigung der Strassen beschäftigt sind.
Für die Schneeabfuhr wurden gestern acht Lastkraftwagen und 491 Pfer-
depaare und werden heute zwölf Lastkraftwagen und 494 fremde Pferde-
paare verwendet.

Mutterhilfe der Stadt Wien. Wie bekannt, gewährt die Gemeinde Wien all-
in Wienwohnhaften Frauen ohne Rücksicht auf ihre Zuständigkeit durch
vier Wochen nach der Niederkunft eine Mutterhilfe von je zehn Schil-
ling, wenn die Frauen mittellos sind und weder als Krankenkassenmit-
glieder noch als Familiensversicherte auf eine Krankenkassenhilfe An-
spruch haben. Die Mutterhilfe ist aber an die Bedingung gebunden, dass
sich die Frauen spätestens im vierten Schwangerschaftsmonat beim zu-
ständigen Bezirksjugendamt anmelden und sich einer fachärztlichen Un-
tersuchung unterziehen. Diese Bedingung wird aber sehr oft nicht einge-
halten. Die Folge davon ist, dass dann vielen bedürftigen Müttern die
Mutterhilfe verloren geht. Es wird daher nochmals darauf aufmerksam ge-
macht, dass sich alle werdenden Mütter, wenn sie auf die Mutterhilfe
der Stadt Wien Anspruch erheben, spätestens im vierten Schwangerschafts-
monat beim zuständigen Bezirksjugendamt melden müssen.

GR. Dr. Wagner (E.L.) bezeichnet die Verwaltungsgruppe VII als das "Rattenstahl" der Wiener Gemeindeverwaltung. In ihr sucht man vergeblich nach einem Organismus. Deshalb kann man auch die Verwaltungsreform überhaupt nicht würdigen, die dem Gedanken entsprungen zu sein scheint, der Kritik Schwierigkeiten zu machen und die Verwaltung zu verschleiern. Bei der Besprechung des Budgets der städtischen Berufsfeuerwehr erklärt Gemeinderat Dr. Wagner, dass es hoch an der Zeit sei, den Frieden zwischen der Berufsfeuerwehr und den freiwilligen Feuerwehren herzustellen. Der Redner kritisiert dann insbesondere, dass der Wiener Branddirektor zugleich auch Kommandant der Gemeindewache ist. Es ist unbegreiflich, dass an der Spitze der Gemeindewache, die Gefahren heraufbeschwört, der Branddirektor steht. Das ist eine sehr merkwürdige Personalunion, die die aller schärfste Kritik finden muss. Dieser Zustand muss verschwinden. Die Gemeindewache wird immer als ein Kapitel der Herausforderung (Beifall bei der Minderheit) und als ein Kapitel der Verschwendung von Steuergeldern bezeichnet werden. Bis jetzt wurden schon über dreieinhalb Millionen Schilling für diese höchst gefährliche Institution ausgegeben. Der Stand der Wiener Gemeindewache war Ende August 1935 Angestellte und 9 vom Magistrat zugeteilte Beamte. Auf 45 Mann kam also ein Beamter (Gemeinderat Untermüller: Die müssen ja streng bewacht werden!) Wie hoch ist nun heute der Stand? Wie steht es mit der Ausgestaltung des Fahrparks und wozu dient dieser? Jeder Groschen, der für die Gemeindewache ausgegeben wird, ist ein verlorener Groschen. Ich wünsche auch Auskunft darüber, wie die Gemeindewache ausgerüstet ist und wozu ihr überhaupt Waffen gegeben werden. Das ist eine Frage, die täglich auf den Lippen der Wiener Bevölkerung brennt. Die nächsten Ausführungen des Gemeindevaters Dr. Wagner beschäftigen sich dann mit der Baupolizei, wobei er erklärt, dass in den letzten Jahren nicht nur Private ohne Baubewilligung gebaut haben, sondern auch die Gemeinde selbst in einem Fall die Baubewilligung nicht eingeholt hat. Hinsichtlich der Bewilligung von Konzessionen für periodische Personenbeförderung, erklärt der Redner, dass bei der Verhandlung von Verkehrsangelegenheiten nicht partikularistisch gedacht werden dürfe. Sodann bespricht Gemeinderat Dr. Wagner die Subventionierung von Kunst- und Bildungsstellen. Der deutsche Kunst- und Bildungsstelle, die tausenden von Schülern klassische Aufführungen bietet wurde bisher jedes Subventionsansuchen abgeschlagen. Der Wiener Stadtschulrat hat dazu noch den Kartenverkauf an den Schulen für die Aufführungen der deutschen Kunst- und Bildungsstelle verboten. Das ist ein Versuch, die deutsche Kunst- und Bildungsstelle aus Parteigründen abzuwürgen. Wir werden uns aber dadurch nicht in unserer Bildungsarbeit stören lassen und wir werden auch heuer wieder um eine Subvention einreichen. Der Skandal wird aber jedesmal wieder besprochen werden, solange Sie Ihr System nicht ändern. Den amtsführenden Stadtrat ersuche ich, den Wiener Stadtschulrat anzuweisen, das Verbot des Kartenverkaufes an den Schulen aufzuheben. Dann beschäftigt sich Gemeinderat Dr. Wagner mit der Verleihung des Wiener Heimatsrechtes. Er tadelt, dass einem Assistenten der Technischen Hochschule, der seit 15 Jahren in Wien ist, das Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Heimatverband abgelehnt wurde, hingegen aber einem ungarischen Zahnarzt mit sehr verdächtigen Namen, der erst kurze Zeit in Wien ist, das Heimatrecht mit der Begründung verliehen wurde, dass er ein besonderer Spezialarzt der Zahnpflege ist. (Gemeinderat Müller (E.L.): Das war der Zahnarzt des Bela Kun). Unerklärlich ist auch die Behauptung, dass die Nationalität der Ansuchenden ganz gleichgültig und es ungesetzlich sei, darauf Rücksicht zu nehmen, wo doch in der Wiener Bevölkerungspolitik am meisten darauf gesehen werden soll, dass vor allem Deutschen das Heimatrecht verliehen wird. Deutschen Arbeitern und Angestellten wird das Heimatrecht verweigert, hingegen aber Polnischen, ungarischen und rumänischen Juden das Heimatrecht verliehen. Der Zuwachs an polnischen, un-

garischen und rumänischen Juden ist ein unerwünschter Bevölkerungszuwachs (Zustimmung bei der Minderheit). Gemeinderat Wagner bespricht dann noch das Russlandgeschäft und erklärt, dass die Förderung des Russlandgeschäftes zu einer Schädigung desselben wird. Die Russen verlangen die gleichen Bedingungen auch für die Urexportgeschäfte. Es ist deshalb höchste Zeit, im Landtag eine Novelle einzubringen, in der der Begriff Zusatzexport verschwindet. Dann wendet sich Dr. Wagner der Kleinrentnerfrage zu und erklärt, dass es ungeheuerlich ist, dass bei der Aufwertung der städtischen Anleihe Dr. Zalmann ein Viertel des Betrages einstecken will. Das sind, sagt Gemeinderat Dr. Wagner, Verbrecherische Machinationen. Das Bestreben Dr. Zalmanns, an der Not der Ärmsten noch zu verdienen, ist niederträchtig. Unerklärlich ist es auch, warum Stadtrat Breitner zu diesem Treiben Dr. Zalmanns im Gemeinderat noch nicht Stellung genommen hat. Schliesslich erklärt Gemeinderat Dr. Wagner, dass er dem Budget seine Zustimmung verweigert (Beifall bei der Minderheit).

GR. Angermayer (E.L.) bemerkt, die Gemeindewache werde, wenn ihr Stand auf tausend Mann gebracht wird, der Wiener Bevölkerung 80 Millionen im Tag kosten. Man fragt sich vergeblich wofür. Die Aufgaben, die der Gemeindewache übertragen worden sind, sind bisher klaglos und kostenlos versehen worden. Der Gemeindeüberwachungs- und Sicherheitsdienst ist seit dem Bestand der Gemeindewache womöglich schlechter geworden. Die Gemeindewache hat weder den Brand, noch den Wasserschaden im Amtshaus entdeckt und auch ein Einbruch im Elektrizitätswerk oberhalb des Zimmers der Gemeindewache ist von ihr nicht bemerkt worden. In der Wiener Bevölkerung ist die Meinung verbreitet, dass die Gemeindewache eine Durchzugsstation für die militärische Ausbildung des republikanischen Schutzbundes ist. Und nach allem, was man hört scheint dies auch der Fall zu sein. Die Mannschaft ist im vergangenen Herbst täglich auf den Laaerberg ausgerückt und nachdem dort eine Gruppe ein- bis einhalb Stunden Fussball gespielt hat, ist sie unter der Leitung von ehemaligen Offizieren einexerziert worden und zwar wurden auch Schwarmlinien exerziert. Wozu ist das für die Bewachung von Gemeindeämtern notwendig. Wir verwahren uns mit aller Entschiedenheit dagegen, dass so auf eine versteckte Weise militärisch ausgebildet wird. Der Redner beantragt die Streichung der Post für die Gemeindewache. Er fordert sodann die Drucklegung der stenographischen Protokolle indem er bemerkt, dass dieser Forderung bisher nur aus Besheit nicht Rechnung getragen worden sei, und beantragt, dass die stenographischen Protokolle über die Verhandlungen des Gemeindevaters in Druck zu legen und im Amtsblatt der Stadt Wien zu veröffentlichen sind. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

ST. R. Linder: kommt zunächst auf den vom Gemeinderat Kynschak erwähnten Fall des unbefugten Betriebes einer Kreditunternehmung zu sprechen und bemerkt, es handle sich hier um eine Erscheinung, die sich in der Nachkriegszeit bemerkbar gemacht habe. In die Kompetenz der Gemeinde fällt die Ueberwachung befugter Gewerbetriebe gegen unbefugte hat sie zunächst innerhalb ihrer Kompetenz keine Handhabe. Nichtsdestoweniger werde er den Fall erheben lassen und sich bemühen, einen derartigen Unfug abzustellen.

Was die vom Gemeinderat Kynschak erwähnte Angelegenheit der Kleinrentner betrifft, ich spreche absichtlich nicht von einem Fall Zalmann, weil der Brief vom Hauptverband der Sparer und Kleinrentner ausgegangen ist, so ist die Gemeinde nicht in der Lage in geschäftliche Dinge einer Organisation einzugreifen. (Widerspruch bei der Minderheit.) Auch hat Gemeinderat Kynschak wahrscheinlich den letzten Satz dieses Briefes übersehen, in dem es ausdrücklich heisst: "Wir betonen, dass es sich nicht um eine Verpflichtung, sondern um eine freiwillige Spende handelt, zu der Sie nach unserer Auffassung moralisch verpflichtet sind". Die Organisation der Klein-

rentner ist eine Kampforganisation, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Erhöhung ihrer Renten durchzusetzen und ich kann mir vorstellen dass die Kleinrentner, um diese Organisation zu stärken, eine freiwillige Spende leisten werden (Lebhafte Rufe bei der Minderheit: Sie nehmen das noch in Schutz!). Ich nehme es nicht in Schutz, ich habe nur keine Macht einzugreifen.

Den Antrag des Gemeinderates Rummelhardt betreffs des dritten Bataillons des Infanterieregimentes Nr. 5 beantragt Stadtrat Linder, der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuführen.

Was die Verhältnisse im Schubhaus betrifft, so habe ich, das Schubhaus selbst besichtigt und von allen Inhaftierten und Schülern erfahren, dass sie zufrieden sind (Widerspruch bei der Minderheit). Sie haben alle erklärt, dass es ihnen besser geht als im Polizeigefängnis. Das Schubhaus ist sehr rein und hygienisch gehalten, auch die Kost ist tadellos gut.

Wegen der Beleuchtung der Strassentafeln werden wir in absehbarer Zeit Anträge stellen. So weit Strassentafeln ausgewechselt werden müssen, wird der bisherige Usus beibehalten werden, dass jene Strassen die zum Stephansplatz führen eckige und jene, die parallel zur Ringstrasse verlaufen abgerundete Tafeln bekommen.

Stadtrat Linder beschäftigt sich sodann mit der Kritik an der Gemeindegewache und bemerkt, wer die Gemeindegewache bei ihrer Arbeit gesehen hat, (Lachen bei der Minderheit), wer weiss, welchen schweren Dienst sie zum B. bei den Arbeitslosenütern leistet, kann ihr die Anerkennung nicht versagen. Wir sind davon überzeugt, dass wenn es einmal anlässlich einer Katastrophe notwendig werden sollte, die Gemeindegewache im Einvernehmen mit der Feuerwehr gute Arbeit leisten wird, und dass sich dann auch die Meinung über die Gemeindegewache ändern wird.

Mit dem Heim für die Feuerwehrmannschaft in Schönberg hat die Gemeinde nichts zu tun, da es sich um ein Heim der Angestellten handelt.

ST.R. Linder tritt sodann den Beschwerden des Gemeinderates Wagner wegen angeblicher Schikanen der freiwilligen Feuerwehr entgegen und betont, dass die Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehr von allen Seiten anerkannt werde. Der Bürgermeister wird diese Anerkennung auch dadurch bekunden, dass eine Reihe von Feuerwehr ^{Leuten der freiwilligen} ausgezeichnet werden. Selbstverständlich muss aber in einer Grossstadt getrachtet werden, den Feuerwehrdienst zu vereinheitlichen und nur von diesem Bestreben lasse sich auch die gegenwärtige Gemeindeverwaltung leiten.

Auf eine Anfrage des Gemeinderates Wagner gibt sodann Stadtrat Linder bekannt, dass der Stand der Gemeindegewache gegenwärtig 397 Mann betrage und dass ihr drei Beamte zugeteilt sind. Zur Beförderung der Gemeindegewache in ihre Dienstlokale stehen 4 Autos und für die Inspektion 3 Motorräder zur Verfügung.

Schliesslich ^{verpflichtet} Stadtrat Linder, dass von seiner Seite bei Erteilung des Heimatrechtes durchaus objektiv vorgegangen werde. Zu wünschen wäre nur, dass auch das Bundeskanzleramt ebenso objektiv vorgehe. In der kurzen Zeit seiner Amtsführung habe er feststellen müssen, dass das Bundeskanzleramt in den Fällen in denen es sich um Arbeiter und Angestellte gehandelt hat, ablehnend und dort wo es sich um Selbstständige ^{oder Private} gehandelt hat, zustimmend entschieden hat. Stadtrat Linder ersucht den Voranschlag seiner ^{Gruppe} anzunehmen (Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

GR. Kunschak ^{bemerkt} in einer tatsächlichen Berichtigung gegenüber dem Stadtrat Linder ^{in dem Schreiben an die Kleinrentner} der von diesem zitierte Satz/laute wörtlich: Wir betonen, dass es sich nicht um eine Verpflichtung, sondern

Es wird nun die letzte Verwaltungsgruppe (Städtische Unternehmen) verhandelt. Die Beratung leitet amtsführender Stadtrat

Vizebürgermeister Emmerling ein, der gleichzeitig auch über die Rechnungsabschlüsse der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1926 referiert. Im Jahre 1928 rechnen die städtischen Unternehmungen mit Gesamteinnahmen von rund 324 Millionen Schilling. Die Ausgaben sind mit um eine freiwillige Spende handelt, zu der Sie nach unserer Auffassung verpflichtet sind (Lebhafte Rufe bei der Minderheit: das ist keine Abschwächung des freiwilligen Charakters einer Spende, das ist der stärkste Druck, den man auf jemanden ausüben kann, das grenzt hart an Erpressung. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit)).

Der Voranschlag der Gruppe VII wird angenommen.

Die Anträge Doppler und Angermayer auf Streichung der Post für die Gemeinde ^{zwei} werden abgelehnt.

Der Antrag Angermayer wegen Drucklegung der stenographischen Protokolle des Gemeinderates, sowie der Antrag Rummelhardt betreffend die Garnisonierung des III. Bataillons ^{des Inf. Regimentes 5} werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

308 Millionen veranschlagt, davon entfallen rund 132 Millionen auf Personalausgaben. Hier fällt insbesondere der Personaletat der Strassenbahn ins Gewicht, weil dieser Betrieb achtzig Prozent seiner gesamten Ausgaben für das Personal zu buchen hat. Die Unternehmungen werden nach dem Voranschlag kleine Ueberschüsse aufweisen, die mit Ausnahme Brauhaus und Ankündigungsanstalt bei den Unternehmungen verbleiben.

Die Tarifpolitik ist auf die Deckung der Selbstkosten eingestellt. Das hat dazu geführt, dass der Gaspreis seit 8. November 1923 unverändert ist, ebenso der Lichtstrompreis seit 1. April 1924. Der Preis für den Kraftstrom wurde sogar am 1. Mai 1925 von 2'8 auf 2'5 Groschen herabgesetzt. Der Voranschlag für die städtischen Unternehmungen wurde ohne Rücksicht auf die Aufnahme einer Anleihe erstellt. Es werden nun alle Anschaffungen, die mit Bankkredit gedeckt hätten werden sollen, auf die Anleihe verwiesen.

Die städtischen Unternehmungen haben in den letzten Jahren eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen. Beim Gaswerk ist seit 1923 die Gasabgabe um 51 Prozent gestiegen, während die Zahl der Gasabnehmer gar um 93 Prozent sich vermehrt hat. Entsprechend des starken Anstiegs müssen die Werke ununterbrochen ausgebaut werden. Auch für das kommende Jahr ist der Neubau von Anlagen vorgesehen, wobei insbesondere die Errichtung eines 200.000 Kubikmeter fassenden Gasbehälters hervorgehoben werden muss. Im Jahre 1928 werden 37.000 Gasmesser bestellt werden. Für den Ausbau der Gaswerke sind allein 26 Millionen Schilling im kommenden Jahr vorgesehen.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Gas- und Elektrizität entwickelt sich sehr günstig. Ende 1928 hatten nur 170.145 Wohnungen Gas und elektrisches Licht. Ende November 1927 bereits 370.000, also zwei Drittel aller Wohnungen. Im Jahre 1918 hatten nur 18.600 Geschäfte lokale Gas eingeleitet, heute sind es bereits 41.600. Allein im Jahre 1927 wurden 36.156 Gasmesser und 42.394 Elektrizitätszähler montiert. Wir haben heute in Wien rund 423.000 Gasmesser und 544.000 Elektrizitätszähler in Betrieb. Das beweist, dass hier eine ganz aussergewöhnliche Entwicklung vor sich geht. Es können aber auch nicht alle Wünsche der Bevölkerung nach Installierung erfüllt werden, weil auch auf den Zustand der Strassen Rücksicht genommen werden muss. Wenn eine Strasse erst vor kurzer Zeit instandgesetzt worden ist, dann kann nicht wegen der Legung von Gasrohren oder Kabel der Strassenkörper wieder aufgerissen werden. Es wird deshalb im Frühjahr eine genaue Liste jener Strassen veröffentlicht werden, die hergerichtet werden, damit die dort wohnenden Leute rechtzeitig ihre Wünsche nach Einleitung von Gas und elektrischem Licht vorbringen können.

Auf eine Anfrage des Gemeinderates Wagner gibt Stadtrat Linder bekannt, dass der Stand der Gemeindefache gegenwärtig 397 abnahme von 323 Millionen Kilowattstunden gerechnet. Ein Drittel dieser Mann betrage und dass ihr drei Beamte zugeteilt sind. Zur Beförderung Strommenge wird aus Wasserkraftanlagen bezogen. Die Bevölkerung klagt über die gewiss sehr unliebsamen Stromstörungen. Es wird alles getan, um diese Störungen auf ein Mindestmass herabzudrücken. Es darf aber

Schliesslich Stadtrat Linder, dass von seiner Seite bei Erteilung des Baumrechtes durchaus objektiv vorgegangen worden. Zu wünschen wäre nur, dass auch das Bundeskanalverant ebenso katastrophe im dortigen Stromgebiet solche Störungen hervortufen kann. Es wird wohl für eine genügende kalorische Reserve vorgesorgt, doch stellen müssen, dass das Bundeskanalverant in den Fällen in denen es sind die Anforderungen in der betriebsstarken Zeit derart gross, sich um Arbeiter und Angestellte gehandelt hat, ablehnend und dort dass eine gewisse Unterbrechung oft nicht zu vermeiden ist. Im Vorwo es sich um Selbstständige gehandelt hat, zustimmend entschieden hat. anschlag sind grosse Summen für den Ausbau der Anlagen vorgesehen, Stadtrat Linder ersucht den Voranschlag seiner anzunehmen (Beifall und Hochklatschen bei der Mehrheit). wobei insbesondere auf die Vermeidung von Stromstörungen Bedacht genommen wurde.

GR. Rumschak in einer tatsächlichen Berichtigung gegenüber dem Stadtrat Linder, dass von diesen sittliche Rücksichten nicht mit 30% 2 Millionen Schilling in den Voranschlag eingesetzt. Sie werden lich: Wir betonen, dass es sich nicht um eine Verpflichtung sondern auf die Anleihe verwiesen. Von diesem Betrag entfallen 18 7 Millionen auf die Strassenbahn, 3 2 Millionen auf die Stadtbahn und 8 3 Millionen auf die Kraftstellwagen. Im Jahre 1928 wird mit einer Frequenz von 612 Millionen Fahrten gerechnet.

um bessere Verkehrsverhältnisse zu bekommen, wird neben dem Strassenbahnverkehr auch eine nicht unbeträchtliche Automobilisierung des Verkehrs durchgeführt werden. So werden im Sommer nächsten Jahres 100 bestellte Autobusse angeliefert und in Betrieb gestellt werden. Neben der Automobilisierung des Verkehrs ist auch eine Vermehrung des Wagenparks vorgesehen. So ist für das Jahr 1926 die Bestellung von 260 neuen Strassenbahnwagen geplant. Der gegenwärtige Wagenstand beträgt 3736 Wagen. Durch die starke Belastung der Wagen sind auch stärkere Motore notwendig weshalb auch alle neuen Wagen mit starken Motoren ausgerüstet sein werden. Dafür sind in den letzten Monaten grosse Aufträge hinausgegangen. Für das Jahr 1928 ist auch der Bau einer neuen Linie, die die Sandleiten mit der Stadt verbindet, und der Ausbau der Linie 11 vorgesehen. Weiters ist noch der zweigleisige Ausbau der 10er Linie durch die Reingasse und die Umlegung der 6er Linie geplant. Der Wunsch nach neuen Linien ist gewiss sehr gross, aber wir sind verpflichtet, die Wirkungen des automobilisierten Verkehrs abzuwarten, um darnach unsere Massnahmen zu treffen. In der allernächsten Zeit wird auch der Autobusverkehr durch die Krottenbachstrasse aufgenommen werden. Der Tarif wird dem heutigen Autobustarif angepasst werden, wobei ich gleich auch bemerke, dass der Tarif nach Pötzleinsdorf abgeändert werden wird. Vizebürgermeister Emmerling berichtet dann noch über die städtischen Leichenbestattung, das städtische Brauhaus und über die Gewiste und ersucht schliesslich um die Genehmigung des Voranschlages. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Schelz (E.L.) erklärt, dass die städtischen Gaswerke und die städtischen Elektrizitätswerke doch nicht ohne Gewinne gearbeitet haben, weil sie sonst ihre Werke nicht hätten ausbauen hätten können. Unrichtig ist auch, dass es bis heute keine Tarifierhöhung gegeben habe, da ja zuletzt der Strassenbahntarif von 24 auf 28 Groschen erhöht wurde. Der Referent hat auch mit keinem Wort in seinem Bericht gesagt, was mit der Dollaranleihe geschehen wird; wir bitten deshalb um weitgehende Aufklärung im Schlusswort. Das Gas, das jetzt von den städtischen Gaswerken abgegeben wird, ist um 25 bis 30 Prozent schlechter als früher. Das Gas wird unter ungleichmässigen Druck abgegeben, was eine grosse Gefahr für die Konsumenten ist. Die Gaswerke haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Konsumenten das Gas so erhalten, dass sie es normal verbrauchen können. Gemeinderat Schelz tadelt auch, dass der Re-

ferent in seinem Bericht nicht gesagt hat, welche Massnahmen getroffen werden, um die Bevölkerung vor dem Gasunfällen zu schützen. Die Gaswerke haben die Pflicht, die Bevölkerung aufzuklären, wie sie sich bei der Verwendung von Gas verhalten sollen. Es ist auch die Ausgabe eines Merkblattes dringend notwendig, da noch nie so viel Unglücksfälle durch Gas zu verzeichnen waren wie heute. Hinsichtlich der Vorauszahlungen für Gas und elektrischen Strom erklärt Gemeinderat Schelz, dass es nun an der Zeit wäre, diese Schuld an die Bevölkerung abzutragen, und stellt den Antrag, die von den Konsumenten von Gas und elektrischen Strom geleisteten Vorauszahlungen werden in der Weise rückvergütet, dass ihnen jene Menge von Gas oder elektrischen Strom, die sie um den Betrag der geleisteten Vorauszahlung nach den seinerzeitigen Preisen hätten beziehen können, unentgeltlich geliefert wird.

Gemeinderat Schelz beschäftigt sich sodann mit den Elektrizitätswerken und bemerkt, der Hauptgrund der vielen Stromstörungen liege darin, dass die Kabel alt und überlastet sind. In den letzten Jahren sind trotz der riesigen Steigerung der Abonnementzahl sehr wenige Kabel neugelegt oder ausgewechselt worden. Es gibt Schwankungen bis zu 20 Prozent der Spannung. Diesen Spannungsabfall bezahlen die Konsumenten. Im Elektrizitätswerk muss eine Kabelrevision erfolgen. Es ist auch nicht richtig, dass wir den billigsten Strom haben. In Berlin, wo es kein Wasserkwerk, sondern nur ein kalorisches Werk gibt, wird der Strom um 20 bis 45 Prozent billiger abgegeben.

Auch das Zillingdorfer Kohlenwerk ist schlecht geführt. In einem Schacht hat es Rutschungen gegeben, ganze Schächte wurden demoliert oder sind in Bruch gegangen. Die Einlösung der Gründe hat der Gemeinde sehr viel Geld gekostet. Im Frühjahr hat man dort einen freiwilligen Abbau vorgenommen, bei dem an Abfertigungen 3 Milliarden gezahlt wurden (Lebhafte Hört!Hörtrufe bei der Minderheit). Die Leute haben nach einem halben Jahr ihre Abfertigung verbraucht, sie beziehen jetzt die Arbeitslosenunterstützung, wohnen in den Siedlungen weiter und man kann neue Arbeiter in den Siedlungen nicht unterbringen. Im Herbst hat man wieder 60 neue Leute einstellen müssen. So sieht Ihre Arbeiterfreundlichkeit aus.

Bei den Strassenbahnen sieht die gegenwärtige Gemeindeverwaltung im Gegensatz zu früher gar nicht auf die Reinlichkeit. Die Wagen werden wochenlang nicht gereinigt. Auch müssten jetzt wieder wie im Frieden Vorhänge in den Wagen angebracht werden. Bei jedem Strassenbahnunfall redet man sich auf die ^{Bremse} aus. Wenn man sieht, wie manche jüngere Fahrer mit den Fahrschalter herumreissen, ist es kein Wunder, dass die Fahrgarnituren so bald kaputt werden. Es müssten entsprechende Instruktionen herangezogen werden. Schliesslich führt der Redner Beschwerde über die Behandlung des Unternehmungsausschusses. Dieser Ausschuss werde bagatellisiert. Wenn das sich nicht ändert, wird sich die Minderheit mit allen Mitteln ihr Recht selbst verschaffen (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

GR. Haider (E.L.) bestreitet die Behauptung des Referenten, dass die städtischen Unternehmungen nach dem Prinzip der Selbsterhaltung verwaltet werden. Im Jahre 1926 hatten die städtischen Unternehmungen einen Reingewinn von etwa 955.000 Schilling, für das Jahr 1928 wird ein solcher von 615.870 Schilling eröffnet. Dass es städtische Unternehmungen heute gibt ist ein Verdienst Lugers. Der Redner verlangt Aufklärung über einzelne Posten des Voranschlages, so über die Post "Allgemeine Unkosten" die in 3 Jahren ausserordentlich gestiegen ist sowie über die ebenfalls sehr stark gestiegenen Posten

der Wertabschreibung bei der Ueberlandzentrale und beim Zillingdorfer Werke. Er beschäftigt sich sodann mit den Strassenbahnen. Der Verkehr auf der Strassenbahn ist unerhört. Auch der Referent muss sagen, dass in anderen Grossstädten im Gegensatz zu Wien ein menschenwürdiger Verkehr besteht. Die Frequenz könnte durch eine Verdichtung des Verkehrs, eine Verkürzung der Intervalle herbeigeführt werden, was natürlich der Wagenspark entsprechend vermehrt werden müsste. Alles das scheitert an dem Fiskalismus der Gemeindeverwaltung. Auch bei der Leichenbestattung gibt es eine Reihe von Missständen. Der Verkehr von städtischen Lastautos während der Leichenbegängnisse ist eine Entweihung der Feierlichkeit und hat übrigens auch zu Unfällen geführt. Der Redner verlangt die endliche Rückerstattung der Vorauszahlungen für Gas und Strom und fordert, dass der Terror christlichen Arbeiter und Angestellten gegenüber endlich ein Ende nehme (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

Vizebgm. Hoss (E.L.) erklärt, dass es der Wunsch der Floridsdorfer Bevölkerung sei, die 32er Linie bis in die Stadt hinein zu führen. Dieser Wunsch soll nicht so ohne weiteres abgelehnt werden, sondern die Strassenbahndirektion soll zumindest den Versuch machen, die Linie bis in die Stadt hinein probeweise zu führen. Wünschenswert wäre es auch, dass die 17er Linie zweigleisig ausgebaut werde und die Züge in kürzeren Intervallen verkehren. Eine Verbesserung des Verkehrs über die Reichsbrücke ist ohne Umbau der Reichsbrücke nicht möglich. Es wäre ein schweres Versäumnis, die Lösung der Frage der Reichsbrücke nicht sofort in Angriff zu nehmen. Die Gemeinde Wien muss mit dem Bund verhandeln damit der Brückenbau möglichst rasch zustande kommt. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Daffinger (E.L.) führt Beschwerde über die Behandlung der Mitglieder des Ausschusses VIII. Ihnen wird erst bei Beginn der Ausschusssitzungen die Tagesordnung vorgelegt, ein Zustand, der unerträglich ist. Die nächsten Ausführungen des Redners beschäftigen sich dann mit den Gasvergiftungen und mit den Unfällen im Strassenbahnverkehr. An den Triebwagen sind zwei Arten von Bremsen angebracht, die Handbremse und die elektrische Bremse. Die Handbremse ist aber meist unbrauchbar und es müsste endlich darauf gesehen werden, dass man auch mit der Handbremse den Wagenszug zum Stehen bringen kann. Immer mehr breitet sich in den Haushalten die Benützung von elektrischen Gebrauchsgegenständen aus. Auch die Zahl der Unfälle nimmt zu. Die Elektrizitätswerke haben wohl ein Untersuchungslaboratorium eingerichtet, das jeden Apparat auf seine Güte prüft. Aber das Gesetz hat eine grosse Lücke, weil niemand verbieten kann, dass selbst Apparate, die den Anforderungen nicht entsprechen, verkauft werden. Die Untersuchungsstelle der Elektrizitätswerke müsste ausgebaut werden. Der Redner bittet schliesslich den Wünschen nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der Angestelltenschaft der städtischen Betriebe mehr wie bisher Rechnung zu tragen (Beifall bei der Minderheit).

Vorsitzender Gemeinderat Hofbauer bricht um zehn Uhr abends die Verhandlungen ab. Die nächste Sitzung findet morgen um vier Uhr nachmittags statt.

Wien, am Donnerstag, den 29. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 29. Dezember 1927

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr die Sitzung.

Es wird die Beratung des Voranschlages der Gruppe VIII fortgesetzt. Gemeinderat Dr. Pfeiffer (E. L.) beschäftigt sich mit den Ausführungen des Vizebürgermeisters Emmerling über die Schaffung neuer Autobuslinien und äussert die Meinung, dass Autobuslinien nur als Ergänzungslinien der Strassenbahn, nicht als Konkurrenzlinien in Betracht kommen. Auch durch eine Verdichtung des Strassenbahnverkehrs kann nicht geholfen werden, da es an den notwendigen Wagenpark fehlt. Man müsste dem Schnellbahnprojekt nach den Plänen Hocheneggs härter treten. Eine Verbindungslinie von der Norwest- beziehungsweise Nordbahn über die Nordwestbahnstrecke nach Heiligenstadt hätte nicht nur Bedeutung für die Überführung des Vollverkehrs auf der Nord- und Norwestbahnlinie in den Stadtverkehr, sie wäre auch ausserordentlich bedeutungsvoll für den Verkehr der Arbeiterbevölkerung, für den geschäftlichen Verkehr. Ausserdem würde die Verwirklichung eines solchen Projekts weiche Arbeitsmöglichkeit schaffen. Der Redner polemisiert sodann gegen die Behauptung des Referenten, dass die städtischen Unternehmungen nicht auf Gewinn berechnet seien indem er darauf hinweist, dass der Betrag von ungefähr fünf Millionen, der aus dem Titel Fürsorgeabgabe von den städtischen Unternehmungen gezahlt wird, tatsächlich ein sehr ansehnlicher Reingewinn sei. Dass der Gaspreis nicht verteuert worden ist, ist keine besondere Leistung, da man, bei der Erhöhung der Gasproduktion auf das Doppelte und der dadurch eingetretenen Verbilligung der Produktionskosten eine Verbilligung des Gaspreises hätte erwarten können. Der Redner kritisiert sodann die Unklarheit der Bilanzen der städtischen Unternehmungen und unterstützt den Antrag Scholz auf Rückerstattung der Vorauszahlungen für Gas- und elektrischen Strom. Er errechnet sodann, dass wenn man eine einzige Strassenbahnfahrt zugrunde legt auf den Kopf der Bevölkerung 12 ein halb Schilling pro Jahr entfällt, ein Betrag der für die schlecht bezahlten Bevölkerungskreise eine sehr grosse Rolle spielt. In Berlin beträgt der Einheitspreis 20 Pfennige, dagegen kann man dort von der elektrischen auch auf die Autobusse und die Untergrundbahn umsteigen.

Vizebgr. Emmerling: Das ist falsch! Entscheidende

GR. Dr. Pfeiffer: Das ist aber, dass diese zwanzig Pfennige nach der Kaufkraft ungefähr 20 Groschen entsprechen, sodass also der Berliner Tarif billiger ist als unser Tarif (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Der Redner wendet sich sodann dagegen, dass am 15. Juli der Strassenbahnverkehr stillgelegt wurde und verlangt, dass den Angestellten der Strassenbahnen klar gemacht werde, was sie der Bevölkerung in ihrem Dienste schuldig sind. Er kritisiert sodann die Plakatierung in den Strassenbahnen und wendet sich insbesondere dagegen, dass in einem Plakat der Verkauf von polnischen Schnäpsen empfohlen wird. Schliesslich urgiert er den Bau der Strassenbahnlinie durch das Krottenbachtal, verlangt, dass der Umsteigerverkehr von der Strassenbahn

auf den Autobus durchwegs und insbesondere für die Strecke Neustift und Salmannsdorf ermöglicht werde. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Stöger (E. L.) bezeichnet es als traurig, dass manche der Männer, die einst auf hohen Posten in vorbildlicher Weise ihre Pflicht erfüllten und zu denen die Bevölkerung mit Stolz und Dankbarkeit aufschaut, jetzt der Meinung sind, die Bevölkerung sei ihrer wegen da und nicht umgekehrt. Das gilt leider auch für den Direktor der Strassenbahn. Die eine so berückichtigte polnisch-galizische Wirtschaft der Vorkriegszeit ist auf Wien übertragen, einerseits bezüglich des Zustandes der Strassen, andererseits in der Verlotterung der Strassenbahn. Auf den frequenztesten Linien erinnert überhaupt noch nur die Oberleitung und die Schienen daran, dass wir dort eine Elektrische haben. Es fahren oft Vehikel, die als Modelle für die erste Strassenbahn gedient haben. Die Pausen sind endlos und die Intervalle zu gross. Das Vieh im Viehwagen wird oft humaner behandelt als heute die Fahrgäste auf der Strassenbahn. Die Automobilisierung wird wohl eine Erleichterung schaffen, nicht aber Abhilfe bringen. Würde der Referent am eigenen Leibe die Folgen dieser Verkehrsmisere fühlen so würde er nicht zulassen, dass der städtische Finanzminister Millionen auf Millionen häuft, während die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung nicht erfüllt werden. Der Redner beschwert sich sodann darüber, dass in den letzten Tagen anlässlich eines Rohrbruches am Favoritnerplatz ein nur sehr mangelhafter Pendelverkehr eingerichtet wurde. Er verlangt schliesslich mehr Reinlichkeit in den Strassenbahnen und bezeichnet die brutale Drosselung des Personals als eine der Hauptursachen der Unreinlichkeit auf den Strassenbahnen (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Kolassa (E. L.) verlangt den endlichen Bau der Linie nach Neustift und Salmannsdorf, um die die Währinger seit Jahrzehnten kämpfen. Der Bau der Linie ist nicht nur deshalb notwendig, weil diese beiden Orte Ausflugsorte sind, sondern auch im Interesse der dort beschäftigten Arbeiter und der Siedler, die heute den Weg zu Fuss machen müssen. Autolinien können nur ein Provisorium sein, das bald durch den Bau der Strassenbahnlinie beseitigt werden muss. Der Redner wendet sich ferner dagegen, dass das Umsteigen vom Autobus auf die Elektrische nicht gestattet werden soll und fragt, wieso die Bevölkerung von Neustift und Salmannsdorf beziehungsweise die dort Beschäftigten dazu kämen neben dem Preis für den Autobus auch den Strassenbahntarif zu bezahlen, auch wenn diese Linie nicht rentabel wäre würde das die Rentabilität der Strassenbahnen sicherlich nicht beeinträchtigen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Binder (E. L.) verlangt eine Verbesserung der Beleuchtung der Strassenbahn und bringt sodann eine Reihe von Wünschen des II. Bezirks vor. Der Verkehr auf der F Linie müsste gebessert und neben dem F Wagen ein Pendelverkehr zum Ring eingeführt werden. Der Autobusverkehr müsste bis St. Marx geführt werden. Eine Verdichtung der J Linie wäre schon mit Rücksicht auf die zahlreichen Neubauten in Erdberg notwendig. Diese Linie sollte bis zu den Gaswerken fortgesetzt werden. Der Redner verlangt ferner, dass ein Zug der F Linie auch über den Kai und die vom Prater über die Löwengasse geführt werden auch über den Ring geführt werden. Schliesslich wünscht er die Schaffung einer Haltestelle bei der Beatrie- und Gärtnergasse und die Rückverlegung der Haltestelle bei der Dapontegasse in die Neulinggasse-Ungargasse (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Lehninger (E.L.) bemerkt, Vizebgm. Emmerling habe es meisterhaft verstanden, die Wiener Bevölkerung mit seinem Referat zu "pflanzen". Die Personalbezüge sind zu hoch, die Einnahmen lächerlich gering eingestellt. Wenn man bedenkt, dass die ^{letzte} Tarifierhöhung bei den Strassenbahnen 18 einhalb Prozent betragen ^{hat}, dass den Angestellten aber nur eine vierprozentige Erhöhung und den Pensionisten gar nichts gegeben wurde, wenn man weiter bedenkt, dass seit dem Jahre 1924 der Tarif um 56 Prozent erhöht wurde, während man den Angestellten nur zehn Prozent mehr gegeben hat, muss man fragen wie so ein Defizit bzw. ein so lächerlich geringer Reingewinn möglich ist. Der Voranschlag wird nicht detailliert. Er ist in jeder Beziehung salopp zusammengestellt. Der Redner verlangt Aufklärung über die Post "Verlustvorträge" sowie über die Post Ruhe- und Versorgungsgeldes, die in jedem Jahre geringer wird, sowie eine Detaillierung der Post "Allgemeine Unkosten". Eine Verbesserung des Strassenbahnverkehrs wird auch mit 260 neuen Wagen nicht möglich sein, solange eine ausreichende Personalvermehrung nicht eintritt und man den Achtstundentag nicht sich voll auswirken lässt. In einer Besprechung der Betriebsunfälle stellt Redner fest, dass die Ausstattung der Strassenbahnwagen äusserst mangelhaft ist, dass an den Betriebsunfällen auch die Ueberfüllung schuld sei, die nirgends so arg ist wie bei uns sowie die Ueberanstrengung des Personals. Verantwortlich für die Betriebsunfälle ist daher nicht das Personal, sondern die Gemeindeverwaltung, die die Strassenbahn nach echt kapitalistischen Grundsätzen führt. Der Redner beschwert sich sodann über die langen Intervalle auf den den nach Hietzing führenden Linien und bemerkt, dass die Reinigung der Strassenbahnwagen viel schlechter sei als im Jahre 1913. Schliesslich erinnert er an seine in der Generaldebatte vorgebrachten Beschwerden über die Behandlung des Strassenbahnpersonals und richtet an den Vizebgm. Emmerling den Appell, das Personal objektiv zu behandeln und dafür Sorge zu tragen, dass die neue Wahlordnung für die Personalvertretung von der Strassenbahndirektion möglichst bald vorgelegt werde. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Unterwiesing (E.L.) bezweifelt die Richtigkeit der bei der letzten Tarifierhöhung vom Referenten vorgebrachten Gründe. Es wurde damals mit einem Rückgang der Frequenz und mit einem Defizit gerechnet. Heute wird ein wenn auch nur kleiner Ueberschuss und eine Frequenzzunahme veranschlagt. Obwohl bei der Art der Bilanzierung der städtischen Unternehmungen alles so gerichtet werden kann, wie man es für notwendig erachtet, so wäre doch eine genaue Darstellung erwünscht.

Die Mehrheit behauptet immer, aus Wien eine Weltstadt gemacht zu haben. Dazu gehört aber auch ein weltstädtischer Verkehr. Davon ist aber nichts zu sehen. Schliesslich wird doch dem Bau einer Untergrundbahn in absehbarer Zeit nähergetreten werden müssen. Auch der Autobusverkehr ist heute völlig unzulänglich. Es sind viel zu wenig Wagen vorhanden. Das führt dazu, dass beispielsweise bei der Oper fortwährend Verhandlungen zwischen dem Fahrer und dem Publikum stattfinden. Der Fahrer ist nämlich der Meinung, dass der Wagen schon komplett sei, während die Fahrgäste das bestreiten. Erst nach langwierigen Verhandlungen setzt sich dann doch der Wagen in Bewegung. Beschwerden bei der Direktion werden überhaupt nicht beachtet. Die Wünsche der Bezirksvertretungen, selbst wenn sie noch so begründet sind, bleiben ebenfalls unberücksichtigt. Herzlich wenig hat der Referent über die neue Sandlitenlinie berichtet. Ihre Führung würde gewiss tausende von Menschen interessieren. Der angekündigte zweigeleisige Ausbau des 10er Wagens in der Reingasse hat gar keinen Zweck, wenn nicht auch die eingleisige Strecke dieser Linie in der Huttengasse zweigeleisig ausgebaut wird.

Für die Mariahilfer Bevölkerung ist die Wiedereinführung der Linie K eine wirtschaftliche Notwendigkeit, ebenso wie die Ausgestaltung der Linien 57 und 157, die beide viel zu lange Intervallen haben. Bei der grossen Kälte in den letzten Tagen mussten die Bediensteten genau so viel Touren leisten, wie bei normaler Witterung. Das war früher nicht so. Heute aber sagen die Vertrauensmänner, dass eine Verminderung der Tourenzahl nicht im Kollektivvertrag steht. Das ist sehr bequem, schädigt aber das Personal an der Gesundheit.

Bei der Strassenbahn hat man übrigens auch für das fahrende Publikum nichts übrig. Was man sich hier erlaubt, ist nur in Wien möglich, weil man auf die Gütmütigkeit der Bevölkerung baut. In jeder anderen Stadt wäre das vollständig unmöglich. Wir warnen, dass die Dinge allzusehr überspannt werden und doch daran zu denken, dass die Bevölkerung ein Recht auf eine menschenwürdige Beförderung hat. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Doppler (E.L.) bezeichnet die Verkehrsverhältnisse bei der elektrischen Strassenbahn als eine Rückständigkeit sondern gleichen. Um Mitternacht wird bei der Strassenbahn Betriebsschluss gemacht und schon von halb zehn Uhr abends an wird der Verkehr so gedrosselt, dass man eine Ewigkeit auf einen Strassenbahnzug warten muss. Das ist eine Frotzelei gegenüber der Bevölkerung, die eine besondere Kritik verdient. Eine Schande für die Wiener Verkehrsverhältnisse ist auch die Ueberfüllung der Strassenbahnen, die der Bevölkerung förmlich aufgezwungen wird. Es ist nur zu wundern, dass sich die Bevölkerung einer solchen Behandlung gefallen lässt. Die rücksichtslose kurzzeitige und rückständige Art des Verkehrs macht nicht nur die Fahrgäste sondern auch die Angestellten nervös. Während ein grosser Teil von alten Angestellten einen ausgezeichneten Dienst macht, geht eine Gruppe von Angestellten rücksichtslos gegen die Bevölkerung vor. Es wird auch sehr darüber Beschwerde geführt, dass die Haltestellen nicht ausgerufen werden und dass die Beheizung der Strassenbahnzüge im Winter sehr viel zu wünschen übrig lässt. Gemeinderat Doppler stellt den Antrag, die Linie 43 nach Neuwaldegg hinaus auszubauen. Dann bringt er zur Sprache, dass ein Fuhrwerker, der auf das Vorkommen von Diebstählen auf Gemeindebauten aufmerksam gemacht hat, deshalb von jeder weiteren Verwendung ausgeschlossen wurde. Das ist ein System brutalster Gewalt und solange die Gemeindeverwaltung solche Niederträchtigkeiten nicht verhindert, kann ihr nicht das Vertrauen geschenkt werden. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Müller (E.L.) bringt einige Meidlinger Bezirkswünsche vor, so die Schaffung von eigenen Amtsräumen für die Filiale Meidling der städtischen Gewerke, die Herstellung von Umkleideräumen für die Angestellten von privaten Leichenbestattungen auf den Friedhöfen. Auch Gemeinderat Müller tadelt die Ueberfüllung auf der Strassenbahn und bezeichnet sie als eines der traurigsten Kapitel des Strassenbahnverkehrs.

Er wünscht ferner die stärkere Heranziehung des für die Strassenbahn bestehenden Textilkomitees und verlangt, dass die Frage der Untergrundbahn einer Lösung zugeführt werde. Wenn diese Frage auch wegen der Terrainverhältnisse in Wien schwer zu lösen ist, muss sie doch in Angriff genommen werden. Schliesslich gibt er dem Wunsche Ausdruck, dass die Beschwerden der Opposition berücksichtigt und ihren Wünschen Rechnung getragen werden möge. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Vizebgn. Emmerling kommt zunächst auf die Anfragen wegen Verwendung der Anleihe zurück und erklärt noch einmal, dass der Voranschlag, der im Oktober aufgestellt wurde, von der Anleihe unbeeinflusst geblieben ist. Wir haben uns verpflichtet, ein Programm über die Verwendung der Anleihe vorzulegen, dass kann natürlich nicht in wenigen Tagen geschehen.

Vizebgn. Emmerling beschäftigt sich sodann mit den Beschwerden des Gemeinderates Scholz. Aufklärungsschriften sind zu Hundertausenden an die Gaskonsumenten hinausgegeben worden. Wir haben uns erst vor kurzem öffentlich bereit erklärt, jede Anlage darauf zu prüfen, ob sie den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Leider wird davon sehr wenig Gebrauch gemacht. An den Rabattsätzen beim Gaswerk hat sich nichts geändert. Was die Vorauszahlungen betrifft, so hat auch die frühere Gemeindeverwaltung sich solche Vorauszahlungen unter dem Titel einer Kautions zahlen lassen. Ausserdem musste für jeden Gasmesser monatlich eine Rente bezahlt werden. Hinsichtlich der Forderung nach Valorisierung der Vorauszahlungen beruft sich Vizebürgermeister Emmerling auf ein Urteil des Obersten Gerichtshofes in dem ausdrücklich erklärt wird, dass es sich nicht um Vorauszahlungen handle, die ins Depot gegeben wurden, sondern um Vorauszahlungen, die bei der nächsten Rechnung verrechnet wurden. Im Uebrigen ist nicht zu bestreiten, dass es sich hier um eine Art Betriebskapital für das Gaswerk und E.W. handelt. Müsste dieses durch einen verzinslichen Bankkredit ersetzt werden, so würde die Betriebsführung der Werke dadurch beeinflusst werden. Dass die Beschaffenheit der Kabel gelitten hat ist selbstverständlich, wenn man bedenkt, dass in den Kriegsjahren 98 Waggons Kupfer und 90 Waggons Blei aus der Erde genommen und dem Moloch Militarismus geopfert wurden. In der letzten Zeit wurden eine grosse Menge Kabel verlegt und wir sind bemüht durch solche Kabelverlegungen die Störungen auf ein Minimum herabzudrücken. Gegenüber dem Jahre 1926 ist eine wesentliche Besserung in den Störungen zu verzeichnen. Von den 356 Tagen, an denen es keine Störung gibt, spricht man nicht, während die neun Tage des Jahres wo Störungen vorkommen zum Anlass einer Kritik genommen werden. In Budapest sind unlängst alle Betriebe und Werke dreistundenlang wegen Störungen gestanden. Solche Störungen hat es bei uns nie gegeben. Vizebürgermeister Emmerling nimmt sodann gegen die Behauptung des Gemeinderates Scholz Stellung, dass die Berliner Tarife niedriger seien. In Berlin muss jeder eine monatliche Gebühr von 6.20 Schilling bezahlen, auch wenn er nichts verbraucht, auch sonst sind die Strompreise sowie die Anschlusskosten wesentlich höher als bei uns. Die Arbeiten im Bergwerk Zillingdorf stehen unter der ständigen Kontrolle der Bergbaubehörden. Man darf dieses Werk nicht als Spielerei hinstellen. Denn wir schöpfen daraus 138.000 Kilowattstunden, das sind 45 Prozent unseres gesamten Stromkonsums.

Die Kosten für den Bau der Krottenbacherlinie betragen 4.4 Millionen Schilling. Gewiss keine kleine Summe, weshalb wir zunächst eine Autobuslinie hinaus führen werden.

Unrichtig ist, dass die Strassenbahn während der grossen Kälteperiode den Tourenplan nicht geändert hat. So wie jedes Jahr wurden auch heuer die Veränderungen durchgeführt. Was die Ueberstunden anlangt, so lassen sie sich bei dem Achtstundendienst nicht vermeiden. Man kann doch nicht den Schaffner am Schottenring absteigen lassen und seinen Ablöser dort postieren. Was die Wünsche und Beschwerden über den Strassenbahnverkehr anlangt, so werden sie von der Direktion genau überprüft werden. (Beifall bei der Mehrheit)

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe für die städtischen Unternehmungen wird nun von den Sozialdemokraten angenommen; ebenso die Rechnungsabschluss für das Jahr 1926 von der Leichenbestattung vom Bren-

aus und von der Ankündigungsunternehmung mit den Berichten des Kontrollamtes. Die Anträge der Gemeinderäte Doppler und Scholz (Strassenbahnlinie Dornbach und Rückzahlung der Vorauszahlungen) werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Stadtrat Breitner beantragt, dass so wie in den Vorjahren auch für 1928 der Abgang auf die Kassenbestände verwiesen werden soll. Wir werden uns bemühen, sagt Stadtrat Breitner, die Kassenbestände zu schonen. (Lebhafte Heiterkeit bei der Minderheit)

Gemeinderat Zimmerl führt nun aus: Wir sind am Schluss der Beratung des Voranschlages. Stadtrat Kunschak hat die Debatte damit eingeleitet, dass er auch über das Verhältnis der Minderheit zur Mehrheit gesprochen hat. Er hat festgestellt, dass die Minderheit niemals faktische Opposition getrieben hat, sondern zur sachlichen Mitarbeit immer bereit war. Er hat aber auch festgestellt, dass die Mehrheit alle Anträge der Minderheit obstruiert. Der Verlauf dieser Budgetdebatte hat das abermals bestätigt. In der Gruppe Finanzen haben Sie alle unsere Anträge abgelehnt, in den übrigen Gruppen durch die Zuweisung zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung begraben. Aber irgend einer Behandlung und Erledigung müssen diese Anträge doch zugeführt werden und wir erwarten, dass diese Anträge wirklich geschäftsordnungsmässig behandelt werden. Wir hoffen, dass die Antragsteller eine Antwort bekommen werden. Welcher Art waren denn unsere Anträge? Sie waren gewiss nicht parteipolitisch oder demagogisch. Wir haben beantragt, dass ein Unterausschuss des Finanzausschusses eingesetzt werde, der sich mit der Ueberprüfung der Abgaben beschäftigt und insbesondere das freie Ermessen, das bei allen unseren Abgaben eine so grosse Rolle spielt, zu prüfen hat. Der Antrag wurde abgelehnt. Am 17. Dezember hat der sozialdemokratische Nationalrat Allina im Parlament dasselbe verlangt, obwohl bei den Bundessteuern das freie Ermessen gar keine Rolle spielt.

Im Zuge der Verhandlungen sind auch einige kritische Worte über Gemeindeangestellte gefallen. Ich erkläre hier, dass wir die Gesamtheit der städtischen Angestelltenschaft wegen ihrer Arbeitsfreudigkeit und ihrer besonderen Fähigkeiten hochschätzen und wir bitten den Herrn Bürgermeister, ihr für ihre Mitarbeit den Dank des gesamten Gemeinderates auszusprechen. Der Wiener Bevölkerung wünschen wir eine Besserung der Verhältnisse. Wir sind nicht die Vertreter von einzelnen Gruppen, sondern wir vertreten die Gesamtheit der Bevölkerung und unsere Bestrebungen gelten ihrem Wohl. (Beifall bei der Minderheit)

In seinem Schlusswort erwidert Stadtrat Breitner, dass das freie Ermessen wohl keine sympatische Angelegenheit ist, dennoch aber mit gewissen Steuern untrennbar verbunden ist, wobei allerdings der grösste Teil der Steuern für das freie Ermessen aber auch nicht den geringsten Spielraum lässt. Unser Steuersystem durch einen Unterausschuss einer Betrachtung unterziehen zu lassen, darauf können wir nicht eingehen und ich bitte das Kapitel Bilanz und Bedeckung zu genehmigen. (Beifall bei der Mehrheit)

Das Kapitel wird sodann angenommen.

Bürgermeister Seitz: Wir sind nun am Schlusse der Budgetberatung angelangt und ich danke vor allem dem Finanzreferenten Stadtrat Breitner (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit) für seine ungeheure Arbeit, die er Jahr für Jahr unermüdlich vollbringt. Wer die Arbeit Breitners beobachtet und erkennt, weiss, dass die grossen Erfolge unserer Verwaltung vor allem auf den unermüdlichen Fleiss des Stadtrates Breitner zurückzuführen sind. Woh danke auch allen Stadträten, den Vorsitzenden die mich in der Führung des Vorsitzes unterstützt haben und ich danke auch allen Mitgliedern des Gemeinderates, für ihre aufopfernde Arbeit. Ich danke auch dem gesamten Beamtencorps der Stadt, ich danke insbesondere dem Magistratsdirektor Dr. Hartl, den Obermagistratsrat Dr. Neumayer, dem Direktor Knobloch und dem Kontrollamtsdirektor Müller, die mit ungeheuren Fleiss und mit grosser Opferfreudigkeit an der grossen Arbeit teilgenommen haben. Nicht zuletzt danke ich auch den Mitgliedern des Stenographenbüros und der Rathauskorrespondenz für die wirklich ausgezeichneten Dienste. (Lebhafter Beifall)

7

Es gelangt dann noch das Geschäftstück über den Ankauf der Bäckerei des I. Wiener Konsumvereines in Ottakring zur Verhandlung. Das Referat erstattet Gemeinderat Suchanek, dazu bemerkt Gemeinderat Körber, es sei zu befürchten, dass die Bäckerei eine sehr grosse Anlage sei, den Gewerbetreibenden arge Konkurrenz mache.

GR. Suchanek bemerkt, es könne heute noch nicht festgestellt werden in welchem Ausmass der Betrieb ausgenützt werden wird.

Der Antrag wird angenommen.

Bürgermeister Seitz: Wir sind am Ende der Arbeit dieses Jahres angelangt, und ich kann wohl sagen, dass wir alle ohne Unterschied, sowohl die Mehrheit wie die Opposition in diesem Jahre hinsichtlich des Umfanges wie der Intensität grosse Arbeit geleistet haben. Man kann sich eine geordnete und gute Verwaltung ohne einen gut funktionierenden parlamentarischen Körper nicht vorstellen. Zu einem solchen parlamentarischen Körper ^{aber} gehört nicht nur eine tragfähige Mehrheit sondern auch eine kritikübende Opposition. Ich glaube, wohl ohne anmassend zu sein, sagen zu können, sowohl der eine wie der andere Teil des Gemeinderates hat gemäss seiner Funktion gute Arbeit geleistet. ^{Dadurch} ist ein ungeheurer Fortschritt in der Verwaltung der Stadt ^{erzielt worden.} — Es ist eine Fortsetzung der Aufbauarbeit, zu der wir verpflichtet sind und die leider noch sehr viele Jahre andauern wird, bis wir alles das überwunden haben werden, was das Schicksal Oesterreichs und damit auch das Schicksal der Stadt Wien geworden ist. ^{Da es nichts vollkommenes gibt, wird} Die Verwaltung der Stadt immer Kritik finden, ^{aber sie erfreut sich doch}

in der Bevölkerung der Achtung und Anerkennung, sie erfreut sich auch der Achtung und Anerkennung des Auslandes und die grosse Tatsache des Zustandekommens unserer Anleihe, die Art ihres Zustandekommens und ihre ganze Gestaltung, ist ein Beweis dafür, dass auch das Ausland die Verwaltung der Gemeinde für eine gute hält, dass, an uns Vertrauen schenkt und an den Aufbau der Stadt Wien wirklich glaubt.

Immer werden die Meinungsverschiedenheiten fortbestehen. Es wird immer die Klage der Mehrheit sein, dass sie in ihrem kühnen Flug durch die Opposition gehemmt wird und es wird immer die Klage der Opposition sein, dass sie ihre Wünsche nicht durchsetzt. ^{Allerdings} wird es auch immer der Triumph der Opposition sein, dass viele ihrer Anregungen von der Mehrheit schliesslich anerkannt werden.

Im parlamentarischen Verkehr ^{ringen immer gegen} / Ideen / einander ^{Das diese} / Ringen sich ^{abgesehen in urbanen und kollegialen Formen vollzogen} hat, das freuen wir uns. Es entspricht dem Volkscharakter der Wiener, dass sie Feindschaft nicht kennen, wenn sie auch oft lebhaft gegeneinander disputieren.

Der Bürgermeister dankt sodann allen Mitgliedern des Gemeinderates, den Ausschüssen und Kommissionen, den beiden Vizebürgermeistern, dem Vorsitzenden des Gemeinderates, den manuellen und den geistigen Arbeitern, die ihre Kraft in den Dienst der Verwaltung der Stadt stellen und wünscht allen Mitgliedern des Gemeinderates ein frohes und glückliches Neujahr.

Dem Volke von Wien wünschen wir alle, dass sich die Hoffnungen die sie an das Neue Jahr knüpfen verwirklichen,

dass es sich allmählich emporhebe, dass das furchtbare Gespenst der Arbeitslosigkeit gebannt werde, dass sich unsere Wirtschaft wieder belebe, und dass die Stadt auch im neuen Jahre einer glücklichen Zukunft entgegengehe (Stürmischer und anhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Schluss der Sitzung acht Uhr abends.

Wien, am Donnerstag, den 29. Dezember 1927 (Dritte Ausgabe)

Auszeichnung von 51 Mitgliedern von Freiwilligen und Fabriksfeuerwehren und von drei Mitgliedern der Hietzinger freiwilligen Rettungsgesellschaft. Heute nachmittags überreichte Bürgermeister Seitz 16 Mitgliedern von freiwilligen Feuerwehren und drei Mitgliedern der Hietzinger freiwilligen Rettungsgesellschaft die Ehrenmedaille für vierzigjährige und 28 Mitgliedern von freiwilligen Feuerwehren, fünf Mitgliedern von Fabriksfeuerwehren und zwei Feuerwehrmännern der städtischen Berufsfeuerwehr die Ehrenmedaille für fünfundzwanzigjährige eifrige und erspriessliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Feuerwehr- und Rettungswesens. Zur Feier waren Vizebürgermeister Hoss, amtsführenden Stadtrat Linder, Branddirektor Ingenieur Wagner und viele Angehörige der Ausgezeichneten erschienen. Nach einer Ansprache, in der Bürgermeister Seitz das Wirken der freiwilligen Feuerwehren, der Fabriksfeuerwehren und der freiwilligen Rettungsgesellschaften würdigte, überreichte er den Ausgezeichneten die Ehrenmedaille. Dann leisteten neun neugewählte Hauptleute beziehungsweise Hauptleute Stellvertreter der freiwilligen Feuerwehren Rudolfshügel, Wolfersberg, Josefsdorf auf dem Kahlenberg, Floridsdorf und Strobersdorf dem Bürgermeister die Angelobung. Sodann dankten für die ausgezeichneten Mitglieder der Hietzinger freiwilligen Rettungsgesellschaft Obmann Mittermüller, für die ausgezeichneten Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren Bezirksinspektor Schödl, Feuerwehrhauptmann der freiwilligen Feuerwehr Josefsdorf auf dem Kahlenberg, und für die ausgezeichneten Mitglieder der freiwilligen Fabriksfeuerwehren Ingenieur Menschik der freiwilligen Fabriksfeuerwehr Siemens und Schuckert.

Verbot der Verwendung leicht brennbarer Gegenstände in geschlossenen, dem Publikum zugänglichen Räumen. Der Wiener Magistrat hat eine Verordnung erlassen, wonach in geschlossenen, dem Publikum zugänglichen Räumen, die für Vergnügungszwecke oder für besondere Festlichkeiten verwendet werden, verboten ist: Die Ausschmückung mit leichtbrennbaren, nicht flammensicher imprägnierten Stoffen, wachsetränkten Blättern und Blumen, die Ausschmückung mit Pflanzen und Gewinden in nicht frischem Zustande und die Verwendung offenen Lichtes in Lampions (Papierlaternen). Ferner ist in diesen Räumen das Tragen nichtflammensicher imprägnierter Papier- und Wattekostüme mit Ausnahme von Kopfbedeckungen die Abgabe und das Werfen von Bällen und dergleichen aus Zelluloid, von Bällen, Kugeln, Serpentina und ähnlichen Gegenständen aus nicht flammensicher imprägniertem Papier mit Ausnahme von Konfetti und Koriandoli sowie das Werfen von nassen oder beschmutzten Gegenständen dieser Art verboten, ebenso das Füllen und die Abgabe von Ballons mit brennbaren Gasen. Das Verbot gilt auch für Warenschauen oder für sonstige Veranstaltungen in Warenhäusern, in denen grössere Menschenansammlungen zu erwarten sind, und für Ausstellungen.

Wien, am Freitag, den 30. Dezember 1928

Sylvesternachtverkehr der Wiener städtischen Strassenbahn. Im Anschluss an den Abendverkehr am Sylvestertag wird auf den Hauptlinien der städtischen Strassenbahnen bis ungefähr fünf Uhr früh ^{ab Ring} ein Sylvesternachtverkehr durchgeführt. Auf den Zügen des Nachtverkehrs gilt der Einheitsnachtfahrpreis von fünfzig Groschen für Erwachsene und Kinder. Die Monats- und Halbjahrsnetzkarten sind gültig. Die Erkennungskarten für die Bahnhofrundlinie berechtigen bei Lösung eines Tagesfahrscheines zur Fahrt auf allen Linien des Sylvesternachtverkehrs. Dagegen haben Streckenkarten, Anweisungen auf freie oder ermässigte Fahrt sowie im fahrplamässigen Betrieb des Vortages gelöste Fahrscheine auf den Nachtverkehrszügen keine Giltigkeit. Die Linien des Nachtverkehrs sind aus den Verzeichnissen zu entnehmen, die in den Strassenbahnwagen angebracht sind. Der Bahnhofrundverkehr entfällt in der Sylvesternacht gänzlich. Der Verkehr auf der Wiener elektrischen Stadtbahn wird auch in der Sylvesternacht nicht verlängert.

Die städtischen Mutterberatungsstellen. Im Jänner 1926 hatte die Gemeinde Wien nur fünfzehn ärztliche Mutterberatungsstellen. Heute sind es schon 34. Der Besuch der Kinder stieg von Jänner 1926 von rund 3700 Kindern auf mehr als 14.800 im September des heurigen Jahres. Die Verdichtung des Netzes der städtischen Mutterberatungsstellen und die bedeutende Vermehrung der Beratungsstunden wirken sich auch in der Zahl der Besucher aus. Seit Oktober dieses Jahres müssen nicht bloss die der Generalvormundschaft und Ziehkinderaufsicht der Bezirksjugendämter unterstehenden Kinder in den städtischen Mutterberatungsstellen vorgestellt werden, sondern auch die Säuglinge und Kleinkinder bei städtischen Pflegeparteien und jene Kinder im vorschulpflichtigen Alter, deren Eltern oder Verwandte von der Gemeinde für das Kind einen Pflegebeitrag erhalten. Im Uebrigen gewinnt die Einsicht von dem Wert der Mutterberatungsstellen in der gesamten Bevölkerung immer mehr Raum. In den Monaten Juli bis September dieses Jahres wurden nicht weniger als rund 41.000 Kinder in den städtischen Mutterberatungsstellen vorgestellt.

Wien, am Samstag, den 31. Dezember 1927

Neuwahl der Währinger Bezirksvertretung am 25. März 1928. Bekanntlich hat der Verfassungsgerichtshof die Wahl der Währinger Bezirksvertretung, die am 24. April dieses Jahres vorgenommen wurde, aufgehoben. Nunmehr hat Bürgermeister Seitz die Bezirksvertretungswahl für Währing ausgeschrieben. Der Wahlausschreibungstag ist der 1. Jänner 1928. Als Wahltag wurde der 25. März 1927 bestimmt. In einer zweiten Verordnung wird gemäss Paragraph 13 der Gemeindeordnung die allgemeine Verpflichtung der Mitwirkung bei der Verzeichnung der Wahlberechtigten festgelegt. Da nach hegen die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter die Hauslisten auszufüllen und die Wähleranlageblätter an die in jeder Wohnung befindlichen wahlberechtigten Personen binnen 24 Stunden nach ihrer Zustellung zu verteilen. Die Wahlberechtigten sind verpflichtet, die Wähleranlageblätter in allen Rubriken nach dem Stande vom 1. Jänner 1928 deutlich auszufüllen und spätestens am 7. Jänner 1928 dem Hauseigentümer oder dessen Stellvertreter zu übergeben. Jeder Wahlberechtigte kann jedoch auch das Wähleranlageblatt unter gleichzeitiger Verständigung des Hauseigentümers oder dessen Stellvertreter unmittelbar dem magistratischen Bezirksamt übergeben oder übersenden. Die Hauseigentümer oder ihre Stellvertreter sind weiters verpflichtet, die Wähleranlageblätter zu sammeln, ihre Anzahl in der Hausliste einzutragen und bis zur Abholung durch einen Beauftragten des Magistrates aufzubewahren. Dieser wird sein Erscheinen mindestens 24 Stunden vorher dem Hauseigentümer bekannt geben, der verpflichtet ist, hiervon die Wohnungsinhaber zu verständigen. Dem Beauftragten des Magistrates sind alle für die Beurteilung des Wahlrechtes massgebenden Dokumente vorzulegen. Als solche kommen in Betracht: Im Bezug auf den Wohnsitz der Meldazettel oder eine polizeiliche Wohnsitzbestätigung. Bezüglich der Bundesbürgerschaft und des Alters der Heimatschein einer zur Republik Oesterreichs gehörenden Gemeinde oder das Optionsdekret, ferner Tauf-Geburts- und Trauungsschein sowie alle anderen amtlichen Urkunden, aus denen das Alter und die Bundesbürgerschaft unzweifelhaft zu entnehmen sind. Dem Beauftragten des Magistrates ist zur Vornahme seiner Amtshandlungen ein geeignetes Lokal beizustellen.

Gleichzeitig hat Bürgermeister Seitz die alljährliche Kundmachung bezüglich der Richtigstellung der Wählerverzeichnisse für das letzte Jahr erlassen, die sich diesmal, da in Währing ohnedies eine Neuaufnahme der Wähler stattfindet, nur auf die Bezirke I bis XVII und XIX bis XXI beschränkt. Nach dieser Kundmachung werden Änderungen, die sich nach dem dem Magistrat zu Gebote stehenden Behelfen an der letzten Nationalratswählerliste ergeben, amtlich vorgenommen. Darüberhinaus können alle Bundesbürger, die in der letzten Nationalratswählerliste nicht eingetragen sind, also insbesondere jene, die im Laufe des Jahres 1927 das zwanzigste Lebensjahr erreicht haben, ihre Eintragung unter Vorweis der entsprechenden Dokumente bis längstens 20. Jänner 1928 beim magistratischen Bezirksamte ihres Wohnortes verlangen. Die ergänzten Wählerverzeichnisse werden dann vom 1. Februar bis 14. Februar 1928 in den magistratischen Bezirksämtern zur allgemeinen Einsichtnahme und zur Einbringung von Reklamationen aufgelegt. Diese Bestimmungen gelten auch für die Währinger Bezirksvertretungswahl, werden aber für sie noch mittel einer eigenen Kundmachung verlautbart werden.

Aus der Tuberkulosefürsorge der Gemeinde Wien. Im Rahmen der grosszügig angelegten Tuberkulosefürsorge der Gemeinde Wien wurde seinerzeit beim städtischen Wohlfahrtsamt auch eine Zentralaufnahmestelle für Kurbedürftige geschaffen. Aufgabe der Zentralaufnahmestelle ist es, bedürftige Kranke auf Heilanstaltenplätze der Gemeinde Wien unterzubringen.

Nach einer Statistik des städtischen Gesundheitsamtes wurden nun im Jahre 1926 rund 12.200 Ansuchen um Aufnahme in die verschiedenen Heilanstalten bei der Zentralaufnahmestelle für Kurbedürftige eingebracht. Ausserdem lagen mehr als 12.000 Ansuchen um Kurverlängerungen vor. Rund 11.300 Kranke, darunter 5781 Kinder, wurden in der Zentralaufnahmestelle ärztlich untersucht. In Heilanstalten wurden gegen 3000 Kinder, gegen 3800 Frauen und gegen 300 Männer untergebracht. Hiervon wurden die meisten Kranken in den städtischen Lungenheilstätten Baumgartnerhöhe und Kreuzwiese zur Pflege aufgenommen.

Neue Kurse an der städtischen Frauengewerbeschule. An der städtischen Frauengewerbeschule V., Margaretenstrasse 152, beginnen anfangs Jänner folgende neue Abend- und Nachmittagskurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen für Schneiderinnen und Weissnäherinnen, Frisieren und Modistenarbeiten. Einschreibungen werden in der Kanzlei der Frauengewerbeschule täglich von 8 bis 14 Uhr vorgenommen.

Keine Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt weder der Wiener Stadtsenat noch der Wiener Gemeinderat zusammen. Die nächste Gemeinderatssitzung wird voraussichtlich am Freitag, den 13. Jänner 1928, abgehalten werden.

125 Millionen Schilling für die Schneesäuberungsarbeiten. Die Schneeperiode setzte am 9. Dezember mit einem Schneefall ein, dem nach leichteren Schneefällen am 11., 13. und 15. Dezember der heftige Schneefall am 18. Dezember mit Sturm und Verwehungen folgte. Schon während des ersten Schneewetters wurden die Schneesäuberungsarbeiten sofort mit allen zur Verfügung stehenden Maschinen und Schneepflügen aufgenommen. Nach den Schneefällen am 11. und 15. Dezember setzten auch die städtischen Strassenbahnen alle ihre Schneesäuberungsmaschinen in den Dienst. Insgesamt wurden vom städtischen Fuhrwerksbetrieb bis heute 40 Tagschichten der Autokahrzüge, 60 Tagschichten der Autoschneepflüge, 1954 Tagschichten der Pferdeschneepflüge und 30 Tagschichten der Pferdekehrmaschinen geleistet. Zur Schneesäuberung wurden schon am 9. Dezember Arbeitslose von der städtischen Strassenreinigung aufgenommen. Vom 9. Dezember bis heute waren durchschnittlich 9000 Arbeitslose mit der Schneebeseitigung täglich beschäftigt. Insgesamt wurden bis heute rund 155.000 Schneesäubererschichten mit einem Kostenaufwand von rund 990.000 Schilling geleistet. Für die Schneefuhr mit Fuhrwerken wurden 7600 Pferdefuhrwerks- und 300 Autotagschichten aufgewendet, die gegen 240.000 Schilling kosteten. Es wurden rund 220.000 Kubikmeter Schnee abgeführt. Die Kosten der gesamten Schneesäuberung, in die die Kosten für die ständigen Strassenarbeiter nicht eingerechnet sind, betragen also bis heute 1.230.000 Schilling. Auch heute stehen 7303 Arbeitslose und 989 städtische Strassenarbeiter bei der Strassenreinigung in Verwendung.

